Spätkapitalismus und Klassenkampf

Eine Auswahl aus den *Quaderni Rossi*

Herausgegeben und eingeleitet
von Claudio Pozzoli

Europäische Verlagsanstalt

Arbeiterbewegung
Theorie und Geschichte

Redaktion Claudio Pozzoli

Inhalt

Aus dem Italienischen von Christel Schenker

Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main
Druck: Poeschel & Schulz-Schomburgk, Eschwege
ISBN 3 434 10043 1
Printed in Germany

Notiz des Herausgebers

In den Jahren 1959–1960 wird die institutionalisierte Arbeiterbewegung Italiens mit einer neuen Situation konfrontiert. Das sogenannte Wirtschaftswunder verhilft dem italienischen Kapitalismus zu einer Größe und Bedeutung, die zunehmend europäischen Rang annimmt. Gleichzeitig, nach einigen Jahren Stillstand, brechen Arbeitskämpfe in immer härterer Form aus.

Diese neue Lage und die Unfähigkeit der traditionellen Arbeiterbebewegung – Gewerkschaften, sozialistische und kommunistische Partei – sie zu reflektieren, bringt eine Gruppe Turiner Intellektueller um die Zeitschrift »Quaderni Rossi« (Rote Hefte) dazu, die Strategiekrise der italienischen Linken zum Anlaß für eine grundlegende Kritik der Ideologie und Praxis der Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg zu nehmen.[1]

Zentral für die theoretische Arbeit der Gruppe ist nicht nur eine erneute Lektüre des Marxschen Werkes, das in der ideologischen Tradition der italienischen Arbeiterbewegung hauptsächlich als »Methode« für eine *realistische* Auffassung der Geschichte oder als »Philosophie« verkürzt aufgenommen wurde; vielmehr geriet nun die »Kritik der politischen Ökonomie« zum Angelpunkt der Marx-Rezeption. »Das Kapital« wird zum ersten Mal in Italien »gelesen«. Dem »Kapital« und den »Grundrissen« werden die Interpretationskategorien für eine Analyse der italienischen Gesellschaft in revolutionärer Absicht entnommen.[2]

---

1 »Der Ausgangspunkt der Kritik, die sich zu Anfang der sechziger Jahre mit der Aktivität der »Quaderni Rossi« entwickelte, war durch die Spaltung zwischen der Wiederaufnahme der Arbeiterkämpfe und der politischen Linie der Organisationen der Arbeiterbewegung gegeben.« Istituto R. Morandi, *Quaderni Rossi – Uno strumento di lavoro politico collettivo*, S. 1, Sapere Edizioni, Milano 1970–71.
Dieser Aufsatz, von ehemaligen Mitgliedern der »Quaderni Rossi«-Redaktion verfaßt, erschien als Beiheft zum photomechanischen Nachdruck der Sammlung von »Quaderni Rossi« (6 Bände Zeitschrift und 2 Bände Materialien: Flugblätter, Broschüren, Arbeitspapiere).

2 Für weitere Informationen über die Zeitschrift »Quaderni Rossi« und ihre politi-

Die Koppelung von theoretischer Reflexion und politischer Praxis soll, nach den Vorstellungen der Gruppe, den Ansatz für die Wiederaufnahme des Marxismus als revolutionäre Theorie der Arbeiterbewegung liefern.

Die offizielle Ideologie der sozialistischen Partei (PSI), der kommunistischen Partei (PCI) und der linken Gewerkschaften (CGIL) wird bestimmt durch den sogenannten »italienischen Weg zum Sozialismus«: man glaubt den Sozialismus durch »Strukturreformen« herbeiführen zu können, Strukturreformen, die die Aufgabe hätten, die »Hauptprobleme der italienischen Gesellschaft« – wie z.B. die ökonomische Rückständigkeit des Südens – schrittweise und auf demokratischem Wege durch eine Beteiligung linker Parteien an bürgerlichen Regierungen lösen zu können. Dieser Vorstellung nach haben die Organisationen der Arbeiterklasse – die mit der Klasse selbst identifiziert werden – die Aufgabe, durch eine »demokratische Programmierung« und zunehmende »öffentliche Entscheidungen« die kapitalistische Entwicklung zu lenken und zu kontrollieren.

Das erste Heft der »Quaderni Rossi« versteht sich noch bedingt innerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung. Aber seine theoretischen Voraussetzungen – insbesondere der Aufsatz Raniero Panzieris »Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus« – und die damit verbundene praktische Intervention bei FIAT implizieren schon eine Perspektive, die mit den innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung herrschenden Vorstellungen unvereinbar ist. »Nach Panzieris Analyse war es die kapitalistische Anwendung der Maschinerie, die die technologische Entwicklung bestimmte. Diese konstituierte andererseits die Macht der Kapitalisten in Form von Wissenschaft und Organisation der Arbeit auf Massenbasis. Es war also nicht möglich, eine solche Entwicklung als eine Art Verdrehung eines neutralen objektiven Prozesses anzusehen; noch weniger möglich war es, eine demokratische Kontrolle der monopolistischen Entwicklung zu programmieren. Die Geschichte der technologischen Entwicklung konnte daher auch nicht von der Geschichte der kapitalistischen Herrschaft losgelöst werden; der Arbeiterkampf, dessen umwälzender Charakter in direktem Zusammenhang mit dieser Entwicklung stand, konnte ge-

---

sche Rolle in den sechziger Jahren: Vittorio Rieser, *I Quaderni Rossi*, in »Rendiconti« No. 10, März 1965; die Einleitung zur französischen Ausgabe der »Quaderni Rossi«, *Luttes ouvrières et capitalisme d'aujourd'hui*, Maspero Ed., Paris 1968; *Istituto Gramsci, Il marxismo italiano degli anni sessante – La formazione teorico-politica delle nuove generazioni*, Editori Riuniti, Roma 1972, (besonders die Aufsätze von G. Vacca und N. Badaloni).

nausowenig mit dem Kampf ihrer Organisationen identifiziert werden.«[3]
Die Intervention bei FIAT, deren vorläufige Ergebnisse im ersten Heft der »Quaderni Rossi« als »Dokumente über den Klassenkampf bei FIAT« erschienen sind,[4] beruht *auf einer instrumentellen* Beziehung zu den Gewerkschaften: dieser »Gebrauch« der Gewerkschaften hing nicht nur davon ab, daß die Mitglieder der Gruppe innerhalb der Arbeiterbewegung tätig waren; er war vielmehr die Konsequenz aus der Tatsache, daß die Gewerkschaften als einzig möglicher Kanal für die Aufnahme direkter Kontakte mit der Arbeiterklasse bei FIAT angesehen wurden. Hinzu kommt, daß die linke Metallarbeitergewerkschaft (FIOM) in Turin, aufgrund von anarcho-syndikalistischen Positionen die dort vertreten wurden, einen der wichtigsten *Ausgangspunkte* für die Wiederaufnahme der Diskussion um die Strategie der Arbeiterbewegung darstellte.
Nach den Arbeitskämpfen bei FIAT im Jahre 1962 wird diese instrumentelle Beziehung zu den Gewerkschaften aufgegeben.
Bezugspunkt für die politisch-theoretische Arbeit der Gruppe wird die *»Autonomie der Arbeiterklasse«. Das bedeutet den Bruch mit den* traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung einerseits und die Wiederaufnahme der Diskussion um die Rolle der Partei andererseits, wobei das Problem der politischen Organisation der Arbeiterklasse jenseits der historischen Organisationsformen sozialdemokratischer oder bolschewistischer Herkunft gesehen wird.
Mit Bezugnahme auf »Quaderni Rossi« bilden sich in Italien eine ganze Reihe von Gruppen, die praktisch jene außerparlamentarische Strömung initiieren, die man »Ouvrierismus« genannt hat. Einen wesentlichen Beitrag zur Organisation der Arbeiterspontaneität zu liefern, gelingt ihnen aber nicht. Die theoretische Arbeit der Zeitschrift wird zu einem der wichtigsten Orientierungspunkte vieler oppositioneller Gruppen innerhalb und außerhalb der offiziellen Organisationen. Trotzdem bleibt diese Strömung elitär.
Die theoretische Bedeutung von »Quaderni Rossi« wird dadurch nicht vermindert. Mit ihrem Erscheinen zeichnet sich eine entscheidende Wende in der Geschichte der kritischen oppositionellen Gruppen der italienischen Linken ab. Während bis dahin die institutionalisierten Organisationen den Bezugsrahmen für Kritik und Aktionen antireformistischer Gruppen abgegeben haben, wird dieser Rahmen durch den Ein-

---

3 Istituto R. Morandi, *Quaderni Rossi*, cit. S. 3–4.
4 Vgl. »Quaderni Rossi«, *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*, Trikont Verlag, München 1972.

fluß der »Quaderni Rossi« von der Arbeiterklasse selbst gegeben. Diese grundlegende Umkehrung ermöglicht eine allgemeine Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und der darin auftretenden reformistischen Lösungsvorschläge zugleich. Und sie bildet das Element der Kontinuität zwischen der Arbeit von »Quaderni Rossi« und den neuen Oppositionsformen einer Massenbewegung, die das Ende der sechziger Jahre in Italien kennzeichneten.

Der Arbeit Panzieris folgt eine theoretische Weiterentwicklung im zweiten Heft der »Quaderni Rossi« mit dem Aufsatz Mario Trontis über »Fabrik und Gesellschaft«,[5] und im dritten und vierten Heft mit der Kritik der »programmazione democratica«. Diese Art von »Planung« erscheint der Gruppe als die neue Form, die der reformistische Anspruch auf eine öffentliche Kontrolle der kapitalistischen Entwicklung annimmt. Die Analyse von »kapitalistischen Planvorstellungen« – siehe dazu Panzieris Aufsatz über »Mehrwert und Planung« – wird mit der Kritik am Modell des Sozialismus, wie er aus den Erfahrungen nach der Oktoberrevolution aufgebaut wurde, in Zusammenhang gebracht. Wenn der Kapitalismus Planungselemente einführt – so wird argumentiert – dann kann der Sozialismus nicht auf Planung und Parteikontrolle über den Staat reduziert werden. Dadurch wurde aber die ganze Perspektive kommunistischer Parteien bewußt in Frage gestellt.[6]

Die Gruppe selbst wollte sich nicht als Partei konstituieren oder als Kern einer neuen revolutionären Organisation begreifen. Die Praxis außerhalb der alten Organisationsformen wurde als einzige Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Marxismus im Zusammenhang mit den sich entfaltenden Arbeiterkämpfen angesehen. Diese Aktualisierung der revolutionären Theorie implizierte gleichzeitig für die Gruppe eine radikale Kritik der Identifikation von Parteigeschichte (als Geschichte von Ideen und Organisationen) und Geschichte der Arbeiterklasse. Es ist gerade diese historische Entmystifizierung, die die Gruppe beim Versuch, die politische Intervention in die Arbeiterkämpfe zu organisieren, vor dem Fehler bewahrt hat, sich als die neue Avantgarde der Arbeiterklasse zu proklamieren.

An dieser Frage aber entzündeten sich die Diskussionen, die zur Abspaltung zweier Gruppen von den »Quaderni Rossi« führten: zuerst

---

5 Die zwei wichtigen Aufsätze Mario Trontis aus »Quaderni Rossi« wurden in diese Sammlung nicht aufgenommen, da sie in dem Buch Trontis erschienen sind: Mario Tronti, *Kapital und Arbeiterklasse*, Verlag Neue Kritik, Fankfurt/M. 1972.

6 Allerdings wurde ab der vierten Nummer der Zeitschrift der chinesische Kommunismus »rehabilitiert«. Vgl. Edoarda Masi, *Die chinesische Herausforderung*, Rotbuch 17, Wagenbach Verlag, Westberlin 1970.

die Gruppe um die Zeitschrift »Classe operaia« (1963), dann 1966 die »Potere operaio«-Gruppe in Pisa.
»Classe operaia« gründete den eigenen Standort auf Mario Trontis Analyse über die Beziehung zwischen Arbeiterkampf und kapitalistischem Plan. Die Gruppe löste sich bald als selbständige Interventionsgruppe auf. Mit der Parole »innerhalb und gegen« die traditionellen Parteien schlug Tronti den »Gebrauch« (*uso operaio*) der alten Organisationen als Strategie vor.[7]
Die »Potere operaio«-Gruppe übernahm einfach das »leninistische Modell« der Beziehung zu den Massen. Ihrer Meinung nach sollten die »Quaderni Rossi« ein organisatorisch zentralisierter Kern mit einem zentralen Presseorgan und einem Minimalprogramm gewerkschaftlicher Forderungen werden.
Die Gruppe, die nach 1966 unter dem Namen »Quaderni Rossi« weiterarbeitet, ist der Meinung, daß die italienische Situation es einer kleinen Avantgarde nicht erlaubt, den wirklich allgemeinen politischen Kontakt zu den Massen herzustellen. Die »Quaderni Rossi«-Gruppe schlägt daher eine den unterschiedlichen Entwicklungs- und Krisenstadien der traditionellen Arbeiterbewegung entsprechende artikulierte und autonome Intervention einzelner lokaler Gruppen vor, um die Gewerkschaftskämpfe mit den strategischen Zielen des antikapitalistischen Kampfes zu verbinden. Die politischen Interventionen sollten die ständige Aufgabe wahrnehmen, den Widerspruch zwischen den zum Ausdruck gekommenen gesellschaftlichen und betrieblichen Forderungen von Teilen der Arbeiterklasse und den reformistischen Zielen der historischen Organisationen der Arbeiterbewegung zu akzentuieren. Dies sollte jenes politische Selbstbewußtsein der Klasse hervorrufen, das neue – der Situation entsprechende – Organisationsformen ermöglichen würde.
Das was die Gruppe um »Quaderni Rossi« von den »Neoleninisten« unterscheidet, ist die Praxis einer politischen Intervention auf Betriebsebene, die auf der »Arbeiteruntersuchung« basiert[8]: »Die Untersuchung als Methode für ein neues politisches Verhältnis zwischen Intellektuellengruppen und Arbeiterklasse, strebte einerseits danach, durch eine direkte und permanente Verifizierung des Wesens gesellschaftlicher Widersprüche, die traditionelle Trennung zwischen theoretischem Gedanken (politische Linie) und Massenaktion zu überwinden.

---

7 Vgl. M. Tronti, *Op. cit.*, und M. Tronti, *La nuova sintesi: dentro e contro*, in »Giovane Critica« No. 17, Herbst 1967.
8 Vgl. »Quaderni Rossi«, *Op. cit.*, und die kritische Einleitung dieses Bandes von W. Rieland.

Andererseits fördert die Untersuchung die direkte Teilnahme der Arbeiter an dieser Verifizierung selbst und dadurch an der Überwindung der organisatorischen Spaltung zwischen politischen Kadern und Arbeiterklasse. Die Methode ›Untersuchung-Intervention‹ sollte die angemessene Praxis sein, um Intellektuelle und Arbeiterklasse bis zur Bildung einer einheitlichen politischen Bewegung eng zu verbinden, die die bisherige Trennung – als politischer Ausdruck der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung – überwinden würde. Bedeutung erlangte die Methode der Untersuchung hauptsächlich als theoretisches Modell, da sie von kleinen Interventionsgruppen in ihrer ganzen Tragweite nicht verifiziert und praktiziert werden konnte: das wäre nur möglich gewesen als gesellschaftliche Praxis einer bedeutenden politischen Kraft.«[9]

Die politische Intervention hat die Aufgabe, revolutionäre Kader herauszubilden, die sowohl im Kampf durch Flugblätter und Broschüren als auch durch Diskussionen und Bildungsarbeit herangezogen werden sollen. Das Instrumentarium für die Bildung politisch organisierter Kerne in den Betrieben geht von längeren, argumentierenden (nicht rein agitatorischen) Flugblättern bis zu Betriebszeitungen, die von Arbeitern für Arbeiter redigiert werden.

Die Bedeutung der Zeitschrift »Quaderni Rossi«, von der nur 6 Nummern erschienen sind, für die Geschichte der italienischen Linken ist nicht leicht einzuschätzen. Eine ganze Reihe von Impulsen, die heute noch ihre Gültigkeit haben, gingen von ihr aus. Daß einige Hypothesen, die die Arbeit der Gruppe wesentlich beeinflußten, sich als falsch erwiesen haben (wie die Verabsolutierung der im Kapitalismus durch den Staat eingeführten Planungselemente), vermindert die Rolle der Zeitschrift nicht. Man muß beginnen diese politische Erfahrung auch in der deutschen Diskussion miteinzubeziehen.

Die Gruppe um »Quaderni Rossi« löst sich 1968 mit den Anfängen jener Massenbewegung auf die die Kritik an den historischen Organisationen der Arbeiterbewegung mit praktisch-politischen Aktionen auf Massenbasis weiterführen sollte.

Aber der Prozeß der politischen Rekonstruktion des Proletariats vollzog sich schneller als die Fähigkeit der in verschiedene Gruppierungen zerfallenden Studentenbewegung, die neuen Elemente einer Autonomie der Arbeiterklasse zu begreifen. Eine Autonomie, die die politischen Parteien rechts liegen ließ und die Gewerkschaften erheblich erschütterte.

---

9 Istituto R. Morandi, *Op. cit.*, S. 11–12.

Über diese Auswahl

In der hier vorliegenden Auswahl aus »Quaderni Rossi« wird mar leicht eine Reihe wichtiger Artikel vermissen. Diese Anthologie ist ir Zusammenarbeit mit dem Morandi-Institut in Turin (das die »Qua derni Rossi« herausgegeben hat) entstanden. Dabei wurden die Schrif ten von wichtigen Mitarbeitern der Zeitschrift, die in der BRD schoı erschienen sind oder gleichzeitig mit diesem Band erscheinen, nicht auf genommen (siehe Anhang). Berücksichtigt wurden hauptsächlich di Beiträge, die theoretische Relevanz aufweisen können. Daher sind aucl alle Schriften Raniero Panzieris – der verstorbene Initiator und Haupt theoretiker der Zeitschrift – enthalten. Vittorio Riesers Beitrag wurd von ihm selbst für die deutsche Ausgabe gekürzt.

Raniero Panzieri
Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus

Bekanntlich tritt nach Marx die einfache Kooperation historisch zu Beginn des Entwicklungsprozesses der kapitalistischen Produktionsweise auf. Aber diese *einfache Gestalt* der Kooperation ist nur eine *besondere Form* der Kooperation als *Grundform* der kapitalistischen Produktionsweise[1]. »Die kapitalistische Form setzt (...) von vornherein den freien Lohnarbeiter voraus, der seine Arbeitskraft dem Kapital verkauft«. Aber der Arbeiter tritt als Eigentümer und Verkäufer seiner Arbeitskraft nur als *Vereinzelter* in ein Verhältnis zum Kapital. Die Kooperation, dieses wechselseitige Verhältnis der Arbeiter untereinander, »beginnt erst im Arbeitsprozeß, aber im Arbeitsprozeß haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören. Mit dem Eintritt in denselben sind sie dem Kapital einverleibt. Als Kooperierende, als Glieder eines werktägigen Organismus, sind sie selbst nur eine besondere Existenzweise des Kapitals. Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals. Die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit entwickelt sich unentgeltlich, sobald die Arbeiter unter bestimmte Bedingungen gestellt sind, und das Kapital stellt sie unter diese Bedingungen. Weil die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit dem Kapital nichts kostet, weil sie andrerseits nicht von dem Arbeiter entwickelt wird, bevor seine Arbeit selbst dem Kapital gehört, erscheint sie als Produktivkraft, die das Kapital von Natur besitzt, als seine immanente Produktivkraft«[2].

Der kapitalistische Produktionsprozeß entwickelt sich in seinen verschiedenen historischen Phasen als Entwicklungsprozeß der Arbeitsteilung, und dieser Prozeß spielt sich hauptsächlich in der Fabrik ab: »Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen [den Teilarbeitern] die geistigen Potenzen des materiellen Produktions-

1 Karl Marx, *Das Kapital*, I, MEW, Bd. 23, S. 355
2 Ibid., S. 352–53

prozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen. Dieser Scheidungsprozeß beginnt in der einfachen Kooperation, wo der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers vertritt. Er entwickelt sich in der Manufaktur, die den Arbeiter zum Teilarbeiter verstümmelt. Er vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt«[3].

Die Entwicklung der Technologie vollzieht sich ausschließlich innerhalb dieses kapitalistischen Prozesses. So zersplittert die Arbeit auch sein mag, das handwerkliche Geschick bleibt doch die Grundlage der Manufaktur, und da »der in ihr funktionierende Gesamtmechanismus kein von den Arbeitern selbst unabhängiges objektives Skelett besitzt, ringt *das Kapital beständig mit der Insubordination der Arbeiter*«. Die Manufaktur hat also eine enge technische Basis, die »mit den von ihr selbst geschaffenen Produktionsbedürfnissen in Widerspruch« gerät[4]. Die Einführung der Maschinen in großem Maßstab kennzeichnet den Übergang von der Manufaktur zur Großindustrie. Dieser Übergang erscheint einerseits als Aufhebung des »technischen Grundes der lebenslangen Annexation des Arbeiters an eine Teilfunktion (...) Andrerseits fallen die Schranken, welche dasselbe Prinzip der Herrschaft des Kapitals noch auferlegte«[5].

Die im kapitalistischen System angewandte Technologie zerstört gleichzeitig das »alte System der Teilung der Arbeit« und konsolidiert es *systematisch* »als Exploitationsmittel der Arbeitskraft in noch ekelhaftrer Form. Aus der lebenslangen Spezialität, ein Teilwerkzeug zu führen, wird die lebenslange Spezialität, einer Teilmaschine zu *dienen*. (...) Nicht nur werden so die zu seiner eignen Reproduktion nötigen Kosten bedeutend vermindert, sondern zugleich seine hilflose Abhängigkeit *vom Fabrikganzen, also dem Kapitalisten*, vollendet«[6].

Der technische Fortschritt selbst erscheint also als Existenzweise des Kapitalismus, als seine Weiterentwicklung. »Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der Tortur, indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. Aller kapitalistischen Produktion, soweit sie nicht nur Arbeitsprozeß, sondern zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals ist, ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die

---

3 Ibid., S. 382
4 Ibid., S. 389–90
5 Ibid., S. 390
6 Ibid., S. 444–45

Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das Arbeitsmittel während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als Kapital gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt«[7].
Die automatische Fabrik begründet *potentiell* die Herrschaft der assoziierten Produzenten über den Arbeitsprozeß. Aber bei der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie, in dem modernen Fabriksystem »ist der Automat selbst das Subjekt, und die Arbeiter sind nur als bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet und mit denselben der zentralen Bewegungskraft untergeordnet«[8]. Es kann also unter anderem festgestellt werden: 1) die kapitalistische Anwendung der Maschinerie ist keine bloße Verzerrung oder Abweichung von einer »objektiven«, in sich rationalen Entwicklung, sondern sie bestimmt den technischen Fortschritt; 2) »die Wissenschaft, die ungeheuren Naturkräfte und die gesellschaftliche Massenarbeit (sind) im Maschinensystem verkörpert (...) und (bilden) mit ihm die Macht des ›Meisters‹«[9]. Für den individuellen, »entleerten« Arbeiter äußert sich die technische Entwicklung also als Entwicklung des Kapitalismus: »als Kapital, und als solches besitzt der Automat im Kapitalisten Bewußtsein und Willen«[10]. In dem »Hirn [des Meisters] (sind) die Maschinerie und sein Monopol an derselben unzertrennlich verwachsen«[11].
Je höher das Niveau des technologischen Fortschritts des Industrialisierungsprozesses ist, desto mehr verstärkt sich die *Autorität* des Kapitalisten. Mit dem zunehmenden Umfang der dem Arbeiter gegenüberstehenden Produktionsmittel wächst die Notwendigkeit einer absoluten Kontrolle von seiten des Kapitalisten. Der *Plan* des Kapitalisten wird den Lohnarbeitern ideell als »Zusammenhang ihrer Arbeiten« gegenübergestellt, »praktisch als Autorität des Kapitalisten (...), als Macht eines fremden Willens«[12]. Eng verbunden mit der Entwicklung der kapitalistischen Anwendung der Maschinen vollzieht sich also die Entwicklung der kapitalistischen Programmierung. Der Entwicklung der Kooperation, des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, entspricht in der kapitalistischen Leitung die Entwicklung des Planes zum *Despotismus*. In der Fabrik bringt das Kapital seine Macht in zunehmendem

7 Ibid., S. 445-46
8 Ibid., S. 442
9 Ibid., S. 446
10 Ibid., S. 425
11 Ibid., S. 446
12 Ibid., S. 351

Maße »privatgesetzlich« zur Geltung. Sein Despotismus ist seine Planung, »die kapitalistische Karikatur der gesellschaftlichen Regelung des Arbeitsprozesses«[13].

Die technischen und organisatorischen Veränderungen des Kapitalismus und die objektivistischen Interpretationen

Die Methodologie, die Marx bei der Analyse der Arbeitsteilung im System der kapitalistisch geleiteten Großindustrie angewandt hat, erscheint geeignet, die verschiedenen »objektivistischen« Ideologien zu widerlegen, die derzeit im Hinblick auf den technischen Fortschritt (insbesondere im Zusammenhang mit der Phase der Automation) wieder aufkommen. Die *kapitalistische* Entwicklung der Technologie bringt durch die verschiedenen Phasen der Rationalisierung, durch immer subtilere Formen der Integration, usw., eine ständig wachsende kapitalistische Kontrolle mit sich. Das Hauptmerkmal dieses Prozesses ist die Zunahme des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen Kapital. Im Spätkapitalismus kommt es mit dem Übergang zu monopolistischen und oligopolistischen Formen zu einer ungeheuren Ausweitung der Planung, die von der Fabrik auf den Markt und dann auf alle Bereiche der Gesellschaft übergreift.

Es gibt keinen »objektiven«, verborgenen Faktor, der dem technischen Fortschritt oder der Planung in der spätkapitalistischen Gesellschaft immanent ist und die »automatische« Transformation oder den »notwendigen« Umsturz der bestehenden Verhältnisse gewährleistet. Die allmählich erreichten neuen »technischen Grundlagen« der Produktion stellen für den Kapitalismus neue Möglichkeiten der *Konsolidierung* seiner Macht dar. Das heißt natürlich nicht, daß sie nicht gleichzeitig auch neue Möglichkeiten der Systemüberwindung eröffnen. Aber diese Möglichkeiten fallen mit dem systemsprengenden Charakter zusammen, den die »Insubordination der Arbeiter« gegenüber dem immer unabhängigeren »objektiven Skelett« des kapitalistischen Mechanismus tendenziell annimmt.

Die »objektivistischen«, »ökonomistischen« Ideologien weisen daher offensichtlich in bezug auf die Probleme des technischen Fortschritts und der Betriebsorganisation die interessantesten Aspekte auf. Wir beziehen uns hierbei natürlich nicht auf die neokapitalistischen Ideologien, son-

---

13 Ibid., S. 447

dern auf Anschauungen, die innerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer theoretischen Problematik entwickelt wurden.

Der Prozeß der Erneuerung der Klassengewerkschaft gegen die alten ideologischen Verkrustungen der Gewerkschaftsaktion geht in diesen Jahren in erster Linie von der Anerkennung der »neuen Realitäten« des Spätkapitalismus aus. Aber die Aufmerksamkeit, die den Veränderungen der gegenwärtigen technologischen und ökonomischen Phase zu Recht geschenkt wird, wird in zahlreichen Positionen und Analysen verzerrt, indem diese Veränderungen in »reiner«, idealisierter Form dargestellt werden, isoliert von den konkreten Zusammenhängen mit den allgemeinen und (in bezug auf die Macht) entscheidenden Elementen der kapitalistischen Organisation[14]. Die Rationalisierung mit ihrer ungeheuren Zersplitterung der Arbeit, mit der »Sinnentleerung« der Funktionen des Arbeiters, wird als eine zwar »schmerzliche«, aber notwendige Phase des Übergangs zu dem Stadium betrachtet, in dem die »Teilarbeiten wieder vereint und zusammengefaßt« werden. Es wird widersprüchlicherweise anerkannt, daß die verringerte Anwendung der lebendigen Arbeit in der Produktion und die damit verbundene Erhöhung des konstanten Kapitals zu einer Kontinuität des Zyklus führt und zu einer »weiteren Verstärkung der inneren und äußeren Interdependenz: ebenso wie innerhalb einer Produktionseinheit der einzelne Arbeitsplatz und der einzelne Arbeiter nur als Teil eines organisch gefügten Ganzen gesehen werden können, so sind jede einzelne Produktionseinheit und ihr Verhalten nach außen hin enger mit dem ganzen Wirtschaftskörper verflochten«[15].

Neue Merkmale der kapitalistischen Organisation werden so mit Entwicklungsstufen einer objektiven »Rationalität« verwechselt. So wird beispielsweise die positive, »rationale« Funktion des MTM betont, da »der Techniker durch die Fertigungszeiten gezwungen ist, die Methoden zu untersuchen«[16]! Darüber hinaus wird vollkommen übersehen, zu welchen verheerenden Auswirkungen es in einem modernen Großbetrieb »mit einer geplanten und kontinuierlichen Produktion« kommen kann, wenn »ein Arbeiter oder eine Gruppe von Arbeitern den Anforderungen nicht entspricht, die aufgrund der im Produktionspro-

---

14 Wir beziehen uns hier auf die ersten Dokumente des gewerkschaftlichen »Umschwungs«, die der Debatte auch heute noch zugrunde liegen: *I lavoratori e il progresso tecnico* (Dokumente des Seminars im Institut »Antonio Gramsci« in Rom vom 29. 6. – 1. 7. 1956 zum Thema: *Le trasformazioni tecniche e organizzative e le modificazioni del rapporto di lavoro nelle fabbriche italiane*); Silvio Leonardi, *Progresso tecnico e rapporti di lavoro.*

15 Vgl. Leonardi, a.a.O., S. 93; vgl. auch S. 35, 46, 55–59

16 Ibid., S. 48

gramm des Betriebs formulierten Prognosen an sie gestellt werden«[17]; betont wird dagegen die (natürlich »rationale«) Notwendigkeit »des sogenannten ›moralischen‹ Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitenden, das Voraussetzung und Zweck der sogenannten ›human relations‹ ist, weil die Zusammenarbeit eben einzig und allein auf ihrer Grundlage hergestellt werden kann«: »einer integrierten Produktion muß eine Integration des Arbeiters in den Betrieb entsprechen, und diese Integration muß freiwillig erfolgen, da kein Zwang und keine Disziplin die Menschen dazu bringen kann, auf die Freiheit zu verzichten, beispielsweise an einem Tag etwas weniger und an einem anderen Tag etwas mehr zu produzieren«, usw.[18]. So daß »diese Bewegung [der ›human relations‹] erst dann wird aufhören können, wenn man ihre positiven Aspekte übernommen haben wird«; wobei die Gewerkschaften allerdings eingreifen müssen, um »gefährliche Formen des Betriebspatriotismus zu unterbinden, die eng mit den ›human relations‹ selbst verknüpft sind«[19]! Die *Substanz* der Integrationsprozesse wird also akzeptiert, und ihnen wird eine immanente Notwendigkeit zugesprochen, die zwangsläufig aus dem Wesen der »modernen« Produktion hervorgeht. Es wird lediglich gefordert, einige »Verzerrungen« zu korrigieren, die dieser Prozeß im Kapitalismus erfährt. Sogar die »funktionale« Organisation der Produktion wird in diesem Rahmen nur in ihrer technologisch »sublimierten« Form gesehen, geradezu als eine Überwindung der Hierarchisierung, die die früheren Phasen der Mechanisierung kennzeichnete. Man hegt nicht den leisesten Verdacht, daß der Kapitalismus die neue »technische Basis«, die der Übergang zum Stadium der fortgeschrittenen Mechanisierung (und der Automatisierung) ermöglicht hat, dazu ausnutzen könnte, um die *autoritäre* Struktur der Fabrikorganisation zu verewigen und zu konsolidieren; der ganze Industrialisierungsprozeß ist nämlich angeblich von der »technologischen« Zwangsläufigkeit beherrscht, die zur Befreiung »des Menschen von den Schranken führt, die ihm seine Umwelt und seine physischen Möglichkeiten auferlegen«. Die »Verwaltungsrationalisierung«, der gewaltige Ausbau von Funktionen der »Organisation nach außen hin« werden ebenso in einer »technischen«, »reinen« Form gesehen: die Beziehung zwischen diesen Entwicklungen und den Widersprüchen und Prozessen des Spätkapitalismus (der nach immer komplexeren Mitteln

17 Ibid., S. 50. »Eine bloße Verspätung, ein Ausfall oder auch nur ein geringer Leistungsabfall eines einzigen Arbeiters kann sich auf ein ganzes Fließband auswirken«, usw. (S. 50 ff.).
18 Leonardi, a.a.O., S. 50–51
19 Ibid., S. 52

sucht, um *seine* Planung durchzusetzen), d. h. die konkrete historische Wirklichkeit, in der die Arbeiterbewegung lebt und kämpft, die heutige »kapitalistische Anwendung« der Maschinen und der Organisation – alles das wird zugunsten einer idyllischen technologischen Konzeption völlig übersehen.

In bezug auf das Wesen der Arbeitsleistung in der modernen Fabrik sind die Entstellungen, die einer »objektiven« Betrachtung der neuen technologischen und organisatorischen Formen entspringen, besonders bedenklich. Es wird auf das Ende der Parzellierung der Arbeit und auf das Auftreten neuer, einheitlicher Funktionen hingewiesen, die Verantwortungsbewußtsein, Entschlußkraft und vielseitige technische Vorbereitung erforderten[20]. Die Entwicklung der mit dem Management verbundenen Techniken und Funktionen wird von ihrem konkreten gesellschaftlichen Zusammenhang, nämlich von der zunehmenden Konzentration der kapitalistischen Macht, isoliert und dementsprechend als Quelle neuer Kategorien von Arbeitenden (Techniker, »Intellektuelle der Produktion«) betrachtet, die »ihrer Natur nach«, als unmittelbare Folge ihrer neuen Berufe, die Widersprüche »zwischen Wesen und Erfordernissen der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen aufheben würden[21]. Der Gegensatz zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erscheint hier als technische »Inkongruenz«: »wenn es beispielsweise um die Wahl der besten Kombination bestimmter Produktionsfaktoren geht, die heutzutage mit objektiv immer zuverlässigeren Methoden getroffen werden kann, sind sie [die Arbeitenden neuen Typs] gezwungen, die objektiv besten Lösungen abzulehnen, um sich innerhalb der von den Privatinteressen gesetzten Grenzen zu halten«[22]. Und unter diesem Gesichtspunkt steht fest, daß »Hammer und Sichel ... heute nur ideell ein Symbol der menschlichen Arbeit sein können«[23]! Das alles wirkt sich natürlich unmittelbar auf die Konzeption von den Arbeiterkämpfen und auf die Vorstellung von den Protagonisten dieser Kämpfe selbst aus. Die Realität der heutigen Kämpfe zeigt, daß die verschiedenen »Schichten« der Arbeitenden, die die heutige Organisation der großen Fabrik hervorgerufen hat, sich in der Forderung nach *Mitbestimmung* treffen[24]. Dieser Prozeß erfolgt na-

---

20 Ibid., S. 55–56

21 Ibid., S. 82. Zum Thema der »völligen Entfremdung« der »Intellektuellen der Produktion« s. dagegen die interessanten und scharfsinnigen Ausführungen von Pino Tagliazucchi in seinem Artikel *Aspetti della condizione impiegatizia nell' industria moderna*, in »Sindacato moderno«, Nr. 1, Februar–März 1961, S. 53 ff.

22 Leonardi, a.a.O., S. 81–82

23 Ibid., S. 67

24 *S. das Referat von R. Alquati in »Quaderni Rossi«, Nr. 1, September 1961*

türlich auf der Grundlage objektiver Faktoren, die eben in der unterschiedlichen »Stellung« der Arbeiter im Produktionsprozeß, in ihrem jeweils verschiedenen Verhältnis zu Produktion und Organisation, usw., bestehen. Aber man kann das Spezifische dieses Prozesses der »Vereinheitlichung und Zusammenfassung« nicht erfassen, wenn man den Zusammenhang zwischen dem »technologischen« Faktor und dem politisch-organisatorischen (d. h. Macht-) Faktor im kapitalistischen Produktionsprozeß übersieht oder bewußt ignoriert. Das *Klassenniveau* manifestiert sich nicht als Fortschritt, sondern als Bruch, nicht als »Enthüllung« der verborgenen Rationalität, die dem modernen Produktionsprozeß innewohnt, sondern als Schaffung einer vollkommen neuen Rationalität, die im Gegensatz zu der vom Kapitalismus praktizierten Rationalität steht. Wenn die Arbeiter der großen Fabriken heute ein Klassenbewußtsein entwickeln, so »kommt darin nicht nur die grundlegende Forderung nach einer Entfaltung der Persönlichkeit *in der Arbeit zum Ausdruck, sondern auch eine strukturell* motivierte Forderung nach der Verwaltung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Unternehmens und damit der Gesellschaft«[25]. Deshalb tragen die oben erwähnten Faktoren der »objektiven« Bestimmung der verschiedenen Schichten von Arbeitenden im Produktionsprozeß zweifellos dazu bei, daß die Arbeiter sich der politischen Implikationen der Produktion »kollektiv« bewußt werden. Aber damit bildet sich eine geschlossene, systemdurchbrechende Kraft heraus, die die heutigen technologischen, organisatorischen und Eigentumsverhältnisse der kapitalistischen Fabrik in allen ihren Aspekten anzugreifen droht.

Integration und Gleichgewicht des Systems

Bei der vollen Bejahung der Rationalisierungsprozesse (die als Gesamtheit der im Rahmen des Kapitalismus entwickelten Produktionstechniken verstanden werden) wird übersehen, daß gerade der kapitalistische »Despotismus« die Form der technologischen Rationalität annimmt. Im Kapitalismus werden nicht nur die Maschinen, sondern auch die »Methoden«, die Organisationstechniken, usw., dem Kapital einverleibt und den Arbeitern als Kapital, als *ihnen fremde* »Rationalität«, gegenübergestellt. Die kapitalistische »Planung« setzt die Planung der lebendigen Arbeit voraus, und je größere Anstrengungen unternommen

25 Ibid.

werden, um sie als ein in sich geschlossenes, vollkommen rationales System darzustellen, desto abstrakter und partieller ist sie und erscheint nur für eine hierarchisch gegliederte Organisation geeignet. Die *Kontrolle* und nicht die »Rationalität«, der Machtanspruch der assoziierten Produzenten und nicht die technische Planung ermöglichen es, ein angemessenes Verhältnis zu den technischen und ökonomischen Gesamtprozessen zu gewährleisten.

Bei einer »technischen«, pseudowissenschaftlichen Betrachtungsweise der neuen Probleme und der neuen Widersprüche, die im heutigen kapitalistischen Unternehmen auftreten, ist es in der Tat möglich, für die neuen Ungleichgewichte immer »fortgeschrittenere« Lösungen zu finden, bei denen die Entfremdung nicht nur im wesentlichen unangetastet bleibt, sondern durch die das Gleichgewicht des Systems sogar noch konsolidiert wird. Die soziologischen und Organisationsideologien des modernen Kapitalismus weisen verschiedene Phasen auf, vom Taylorsystem über den Fordismus bis hin zur Entwicklung der Integrationstechniken wie *human engineering, human relations*, Regelung der Kommunikationen, usw.[26]. Diese Techniken stellen den immer subtileren und komplizierteren Versuch dar, die Planung der lebendigen Arbeit den jeweiligen, durch die ständige Zunahme des konstanten Kapitals bedingten Erfordernissen der Produktionsplanung anzupassen[27]. Angesichts dessen versteht es sich, daß die »Informationstechniken«, die den Protest der Arbeiter gegen den »totalen« Charakter der Entfremdungsprozesse in der rationalisierten Großfabrik neutralisieren sollen, immer größere Bedeutung gewinnen. Natürlich findet man sich bei der konkreten Analyse mit Situationen konfrontiert, die in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich sind, was mit einer Vielzahl spezifischer Faktoren zusammenhängt (Unterschiede in der technologischen Entwicklung, in der subjektiven Zielsetzung der kapitalistischen Leitung, usw.); aber worauf es uns hier ankommt, ist die Feststellung, daß der Kapitalismus bei der Anwendung der »Informationstechniken« zur Manipulation des Verhaltens der Arbeiter einen breiten, unbestimm-

---

26 Vgl. Nora Mitrani, *Ambiguïté de la technocratie*, in »Cahiers internationaux de sociologie«, Bd. XXX, 1961, S. 111.

27 Franco Momigliano hat zu Recht darauf hingewiesen, daß »die moderne Fabrik die Arbeiter nicht nur in zunehmendem Maße von der bewußten Teilnahme an der Ausarbeitung des rationalen Produktionsplans, am globalen Produktionsprozeß, ausschließt, sondern daß sie von den Arbeitern, die der neuen Rationalität unterworfen sind, gleichzeitig verlangt, das »antirationale« Moment zu verkörpern, das der Kunst des »Improvisierens« des überkommenen Empirismus entspricht. So wird paradoxerweise sogar der Widerstand der Arbeiter noch rational ausgenutzt«. Vgl. *Il Sindacato nella fabbrica moderna*, in »Passato e Presente«, Nr. 15, Mai–Juni 1960, S. 20–21.

baren Spielraum für »Zugeständnisse« besitzt. Die Grenze, bei deren Überschreitung die »Information« über die globalen Produktionsprozesse aufhört, ein Faktor der Stabilisierung der Macht des Kapitals zu sein, ist nicht bestimmbar. Fest steht, daß die Informationstechniken in der komplexeren Situation des modernen kapitalistischen Betriebs tendenziell jenen »Reiz« der Arbeit wiederherstellen, von dem bereits im *Kommunistischen Manifest* die Rede war[28].

Die Verbreitung der Informationstechniken und ihres Anwendungsbereichs ebenso wie die Ausweitung der Sphäre der technischen Entscheidungen[29] passen ausgezeichnet in das Bild der kapitalistischen »Karikatur« der gesellschaftlichen Regelung der Produktion. Es muß also betont werden, daß das »Produktionsbewußtsein« nicht den Umsturz des Systems herbeiführt und daß die Teilnahme der Arbeiter an dem »funktionalen Plan« des Kapitalismus an sich ein Faktor der Integration, der Entfremdung, sozusagen an den äußersten Grenzen des Systems, ist. Allerdings stellt die Entwicklung der »Stabilisierungsfaktoren« im Spätkapitalismus für die Aktion der Arbeiterklasse eine Prämisse dar, die den totalen Umsturz der kapitalistischen Ordnung unmittelbar notwendig macht. Der Kampf der Arbeiterklasse erscheint deshalb als Notwendigkeit des globalen Antagonismus gegen den kapitalistischen Plan, wobei das dialektische Bewußtsein der Einheit der beiden Momente der gegenwärtigen Produktionsorganisation, nämlich des »technischen« und des »despotischen« Moments, ausschlaggebend ist. Die revolutionäre Aktion muß die technologische »Rationalität« »verstehen«, aber nicht um sie zu akzeptieren und zu verherrlichen, *sondern um sie einer neuen Verwendung zuzuführen, nämlich der sozialistischen Verwendung der Maschinerie*[30].

---

28 »Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für den Arbeiter verloren. *Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine* ...«

29 Vgl. Seymour Melman, *Decision Making and Productivity*, Oxford, 1958. In diesem sehr wichtigen Buch wird auf die Notwendigkeit einer »demokratischen« Teilnahme der Arbeiter im Interesse einer rationaleren kapitalistischen Verwaltung hingewiesen.

30 Die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der ökonomischen und technischen Forschung in der Sowjetunion sind recht doppeldeutig. Während die Forderung *nach der Autonomie der Forschung zweifellos einen Gegensatz und Bruch* gegenüber den gröbsten Formen des Voluntarismus bildet, wie sie in der Planung Stalinscher Prägung zum Ausdruck kommen, scheint die Entwicklung »rationaler« Prozesse, unabhängig von der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion, vielmehr die Voraussetzung und Grundlage für neue Entwicklungen der alten Bürokratisierungsprozesse zu sein (schon heute? oder erst als Zukunftsperspektive?). Es darf allerdings nicht übersehen werden, worin sich die sowjetische Planung von der kapitalistischen *unterscheidet. Das autoritäre, despotische Moment der Produk-*

Da sich mit der modernen Organisation der Produktion »theoretisch« für die Arbeiterklasse neue Möglichkeiten ergeben, die Produktion selbst zu kontrollieren und zu lenken, während andererseits durch die immer stärkere Konzentration der Machtentscheidungen die Entfremdung »praktisch« auf die Spitze getrieben wird, zielt der Kampf der Arbeiterklasse, und zwar *jeder* Kampf der Arbeiterklasse, tendenziell auf die politische Durchbrechung des Systems. Und diese Systemdurchbrechung beruht nicht auf dem Vergleich zwischen den »rationalen« Erfordernissen, die den neuen Techniken immanent sind, und der Verwendung, die der Kapitalismus von ihnen macht, sondern auf dem Widerstand einer Arbeiterkollektivität, die die Unterordnung der Produktionsprozesse unter die gesellschaftlichen Kräfte fordert. Eine Kontinuität der technisch-ökonomischen Entwicklung über den revolutionären Sprung hinaus gibt es nicht: die Aktion der Arbeiterklasse stellt die Grundlagen des Systems und alle seine Äußerungen und Aspekte auf allen Ebenen in Frage.

Der technische Forschritt, »diese stets rascher einander verdrängenden Erfindungen und Entdeckungen, diese sich in bisher unerhörtem Maße Tag auf Tag steigernde Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit«[31] ist natürlich im Wesen der kapitalistischen Entwicklung begründet.

Aber während dieser Prozeß bei Engels zur »Spaltung der Gesellschaft in eine kleine, übermäßig reiche, und eine große, besitzlose Lohnarbeiterklasse« führt, sieht Marx die Erhöhung nicht nur des Nominal-, sondern auch des Reallohns voraus: »Vermehrt sich ... die Einnahme des Arbeiters mit dem raschen Wachstum des Kapitals, so vermehrt

---

tionsorganisation entsteht innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse und *überlebt* in den Planwirtschaften bürokratischen Typs. *In ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse* können die Bürokratien sich nicht nur auf die objektive Rationalität berufen, sondern müssen sich auf die Arbeiterklasse selbst berufen. Mit dem Wegfall des grundlegenden Elementes, dem des Privateigentums, wird der bürokratischen Organisation sozusagen ihre eigene Grundlage entzogen. Deshalb erscheinen die Widersprüche in der UdSSR und in den Volksdemokratien in anderer Form, und der Despotismus ist prekär und nicht systemimmanent. Das heißt natürlich nicht, daß er sich nicht ebenso krass äußern kann wie in den kapitalistischen Gesellschaften. Vgl. die sehr wichtigen Ausführungen von Rodolfo Morandi in den Schriften: *Analisi dell'economia regolata* (1942) und *Criteri organizzativi dell' economia collettiva* (1944), die in *Lotta di popolo*, Turin 1958, abgedruckt sind. Das Eigentumsmoment wegfallen zu lassen und das autoritär-bürokratische Moment oder die technische Entfremdung (oder beides) für sich zu betrachten, darauf gründet sich bekanntlich eine inzwischen ins Uferlose wachsende ideologische Literatur des Spätkapitalismus und des Neoreformismus.

31 Vgl. Friedrich Engels, *Einleitung zu Marx' »Lohnarbeit und Kapital«*, MEW, Berlin 1970, Bd. 22, S. 209

sich gleichzeitig die gesellschaftliche Kluft, die den Arbeiter vom Kapitalisten scheidet, so vermehrt sich gleichzeitig die Macht des Kapitals über die Arbeit, die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital«[32]. Je rascher also das Kapital anwächst, desto besser wird die *materielle* Lage der Arbeiterklasse. Und je enger der Arbeitslohn mit dem Wachstum des Kapitals verknüpft ist, desto unmittelbarer ist die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital. Anders ausgedrückt: in dem Maße, wie *sich die materielle Lage des Arbeiters verbessert, verschlechtert sich seine* gesellschaftliche Lage, vertieft sich die »gesellschaftliche Kluft, welche ihn vom Kapitalisten trennt«[33].

In diesem direkten Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Kapital ist »die günstigste Bedingung für die Lohnarbeit ... möglichst rasches Wachstum des produktiven Kapitals«: d. h. »Je rascher die Arbeiterklasse die ihr feindliche Macht, den fremden, über sie gebietenden Reichtum vermehrt und vergrößert, unter desto günstigern Bedingungen wird ihr erlaubt, von neuem an der Vermehrung des bürgerlichen Reichtums, an der Vergrößerung der Macht des Kapitals zu arbeiten, zufrieden, sich selbst die goldnen Ketten zu schmieden, woran die Bourgeoisie sie hinter sich herschleift«[34].

Auch in der »Kritik des Gothaer Programms« weist Marx darauf hin, daß »das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, *ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfange«* (Hervorhebung durch mich, R. P.). Lenin stellt diesen Aspekt des Marxismus klar heraus: »Und wir wissen, daß auch die Marxsche Theorie diese Ansicht der Klassiker von der Akkumulation übernommen hat, indem sie anerkennt, daß sich, je rascher der Reichtum wächst, die Produktivkräfte der Arbeit und ihre Vergesellschaftung desto vollständiger entwickeln, *die Lage des Arbeiters desto mehr verbessert,* soweit sie sich in dem gegebenen System der Volkswirtschaft überhaupt verbessern kann«[35]. Die ständige Vertiefung der »gesellschaftlichen Kluft« zwischen Arbeitern und Kapitalisten wird von Marx auch in der Form des *relativen Lohns* und seiner Verringerung ausgedrückt. Aber dieser Begriff impliziert natürlich das Element des politischen Bewußtseins, nämlich der Einsicht, daß der Verbesserung der materiellen Bedingungen, der Zu-

---

32 Karl Marx, *Lohnarbeit und Kapital,* MEW, Bd. 6, S. 416
33 Ibid., S. 416
34 Ibid., S. 416
35 Lenin, *Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik,* in *Werke,* Berlin 1961, Bd. 2, S. 141

nahme des Nominal- und des Reallohns die Verstärkung der »politischen Abhängigkeit« entspricht. Die sogenannte Unvermeidlichkeit des Übergangs zum Sozialismus ist nicht im materiellen Konflikt begründet, sondern sie hängt, gerade aufgrund der *ökonomischen* Entwicklung des Kapitalismus, mit der »Unerträglichkeit« der gesellschaftlichen Kluft zusammen, die sich *nur* als politische Bewußtwerdung äußern kann. Aber gerade deshalb wird mit der Umwälzung des Systems durch die Arbeiterklasse die ganze Organisation negiert, in der die kapitalistische Entwicklung sich manifestiert, und in erster Linie die Technologie, da sie mit der Produktivität verknüpft ist.
Der Mechanismus Lohn-Produktivität kann also nicht durch die »allgemeine« Forderung nach einer Erhöhung des Lohnniveaus durchbrochen und überwunden werden. Natürlich ist der Kampf um die Nivellierung des Lohngefälles ein Aspekt der Überwindung dieses Verhältnisses. Für sich genommen garantiert er keineswegs die Systemüberwindung, sondern lediglich »goldenere Fesseln« für die gesamte Arbeiterklasse. Allein der Angriff auf die Wurzeln der Entfremdungsprozesse, das Bewußtsein der zunehmenden »politischen Abhängigkeit« vom Kapital ermöglicht eine wirklich allgemeine Klassenaktion[36].
Mit anderen Worten: die Kampfbereitschaft, die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse erscheint (potentiell) gerade in den »Wachstumsbereichen« des Kapitalismus am stärksten, d. h. dort, wo sich die Arbeiterklasse aufgrund des erdrückenden Verhältnisses des konstanten Kapitals gegenüber der lebendigen Arbeit und der diesem Verhältnis aufgeprägten Rationalität unmittelbar die Frage ihrer politischen Knechtschaft stellt. Übrigens entspricht die zunehmende Abhängigkeit der »äußeren« gesellschaftlichen Gesamtprozesse vom kapitalistischen Plan, wie sie sich vor allem auf der Ebene des Betriebs äußert, der elementaren Logik der kapitalistischen Entwicklung. Bekanntlich hat Marx wiederholt auf diese ständig wachsende Ausbreitung der Grundlagen der kapitalistischen Macht hingewiesen: als Grenzfall fällt die Arbeitsteilung in der Fabrik tendenziell mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zusammen – was natürlich nicht in eng ökonomistischem Sinne zu verstehen ist.

36 Vgl. die Debatte in der Zeitschrift »Politica ed economia« mit Beiträgen von Garavini, Tato', Napoleoni, usw. 1960–61

Der »Objektivismus« erkennt die kapitalistische »Rationalität« auf Betriebsebene an, spricht dem Kampf innerhalb der Strukturen und in den Wachstumsbereichen jede Bedeutung ab und neigt vielmehr dazu, die Wichtigkeit der Aktion in der äußeren Sphäre, nämlich der des Lohns und des Konsums, zu betonen; infolgedessen sucht er nach einer »Dialektik« zwischen Kapital und Arbeit auf höherem Niveau innerhalb des Systems, überschätzt den Wert der Aktion auf staatlicher Ebene, unterscheidet bzw. trennt das gewerkschaftliche und das politische Moment, usw. So erschöpfen sich schließlich auch die ernsthaftesten Debatten (die heute vor allem in der Klassengewerkschaft ausgetragen werden) in einer bloßen Bestätigung der alten »demokratischen« Tendenzen des Kampfes der Arbeiterklasse, wenngleich in kritischeren und moderneren Formen. Alle Analysen und Bemühungen, die Gewerkschaftsaktion den Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus anzupassen, laufen damit Gefahr, schließlich in eine Bekräftigung alter Positionen einzumünden, die zwar mit neuem Inhalt erfüllt werden, die ihrer Form nach aber mystifiziert sind. So »wird die autonome Aktion der breiten Massen niemals a priori bestimmt, sondern erst, nachdem die Unternehmer ihre Entscheidungen getroffen haben«[37].

Während die der kapitalistischen Akkumulation immanenten Prozesse in zunehmendem Maße global bestimmt werden, sowohl »innen«, auf der Ebene des Betriebs, als auch »außen«, auf der Ebene der Gesellschaft, erscheinen die verschiedenen, an Keynes anknüpfenden Positionen, die auch innerhalb der Arbeiterbewegung wieder aufkommen, als

---

37 Vgl. Ruggero Spesso, *Il potere contrattuale dei lavoratori e la »razionalizzazione« del monopolio*, in »Politica ed economia«, November 1960, S. 10. Einige besondere Betrachtungen müssen zu den von Franco Momigliano vertretenen Positionen angestellt werden. Er weist zu Recht darauf hin, daß die Gewerkschaft von der Analyse der »Instrumente der Organisation und Rationalisierung der *modernen Welt« ausgehen muß, »um die Bedingungen für einen wirksamen Wett*streit und für die Hegemonie der Arbeiterklasse zu ermitteln« (zitierter Artikel, S. 20–29). Und er hat wiederholt die Notwendigkeit betont, daß die Arbeiterklasse auf diesem Wege gegenüber dem Kapital wieder eine echte und vollständige Autonomie erlangt. Aber es ist unverständlich, wie er diese Thesen und Forderungen damit vereinbaren kann, daß er der Gewerkschaft einen »besonderen institutionellen Boden« zuerkennt und der Gewerkschaftsaktion dementsprechend den Charakter einer systemsprengenden Kraft abspricht (vgl. F. Momigliano, *Struttura delle retribuzioni e funzioni del Sindacato*, in »Problemi del Socialismo«, Juni 1961, S. 633). S. auch F. Momigliano, *Una tematica sindacale moderna*, in »Passato e presente«, Nr. 13, Januar–Februar 1960, sowie das Referat auf dem Kongreß über den technischen Fortschritt und die italienische Gesellschaft (Mailand, Juni 1960) über das Thema »Lavoratori e sindacati di fronte alle trasformazioni del processo produttivo nell'industria italiana«.

regelrechte Ideologien, als Reflex der spätkapitalistischen Entwicklungen. Für sie gilt mehr denn je der Hinweis Marx', daß die Sphäre der Zirkulation oder des Waren*austauschs*, in welcher sich der *Verkauf* und *Ankauf* der *Arbeitskraft* vollzieht, in der Tat ein wahres *Eden der unveräußerlichen Menschenrechte* ist. Nicht umsonst wird dem vom Kapitalismus »aufgezwungenen« Konsum der »sinnvolle« Konsum gegenübergestellt, den die Arbeiterklasse vorschlagen müßte, und die allgemeine Anhebung der Löhne, d. h. die Bekräftigung der kapitalistischen Knechtschaft, wird als »Forderung« des Arbeiters ausgegeben, der als »Mensch« die Anerkennung und Bestätigung seiner »Würde« (innerhalb des Systems!) fordert[38].

Die Forderung nach Befriedigung der »wesentlichen Bedürfnisse« (wie Bildung, Gesundheitswesen), die sich gegen die vom Kapitalismus oder vom Spätkapitalismus aufoktroyierte Konsumskala richtet, ist – wie Spesso zu Recht bemerkt – sinnlos, wenn sie nicht mit der Ablehnung der kapitalistischen Rationalisierung und mit der Forderung der Arbeiterklasse verbunden ist, die Kontrolle und Leitung der Produktion selbst zu übernehmen[39].

Es ist bezeichnend, daß »revisionistische« Positionen sich – wenn auch unter Entstellungen – auf die Marxsche Konzeption der »Freizeit«, ihres Verhältnisses zum Arbeitstag und ihres Stellenwerts in der Perspektive einer kommunistischen Gesellschaft berufen. Ausgehend von

---

38 Vgl. Antonio Tato', *Ordinare la struttura della retribuzione secondo la logica e i fini del sindacato* in »Politica ed economia«, Februar–März 1961, S. 11–23
Der zunehmende unmittelbare gesellschaftliche Einfluß der Sphäre der Produktion wird bekanntlich in allen marxistischen Untersuchungen hervorgehoben. Unter anderem hat Paul Sweezy in *Die Theorie der kapitalistischen Entwicklung* einen in verschiedener Hinsicht noch heute gültigen Nachweis dafür erbracht.
Sweezy zitiert diesen Passus aus *Sozialreform oder Revolution?* von Rosa Luxemburg: »Das, was heute als ›gesellschaftliche Kontrolle‹ funktioniert ... betätigt sich nicht als Beschränkung des kapitalistischen Eigentums, sondern umgekehrt als dessen Schutz. Oder ökonomisch gesprochen, sie bildet nicht einen Eingriff in die kapitalistische Ausbeutung, sondern eine Normierung, Ordnung dieser Ausbeutung«. Vgl. auch *Das Kapital*, I, 8., 6., zur englischen Gesetzgebung über die Beschränkung des Arbeitstags.

39 Vgl. R. Spesso, a. a. O.: »Der Wunsch nach einem höheren Konsum an Kulturgütern ist sinnlos, wenn die Anwendung dieser Kultur durch den Menschen gerade bei seiner schöpferischen Aktivität, und das heißt im Arbeitsprozeß, unmöglich ist ... Der Konsum eines Menschen selbst hängt vollkommen von seiner Stellung in der Produktion ab ... Die ›wesentlichen Bedürfnisse‹ (Bildung, Gesundheit) entstehen, präzisieren sich und machen sich geltend in der Ablehnung der *work rules*, in dem Prozeß, in dem die Arbeiterklasse sich der Bedeutung und der Rolle der Arbeit bewußt wird« (S. 9–10).
Die Entfremdung im Spätkapitalismus als Entfremdung des Konsumenten darzustellen, ist eine der lächerlichsten und zugleich verbreitetsten Ideologien, die heute gängig sind.

einer »ökonomistischen« Interpretation neigt man also dazu, im Marxschen Denken die kommunistische Freiheit gleichzusetzen mit der Zunahme der freien Zeit, die durch eine immer größere »objektive« Planung und Rationalisierung der Produktionsprozesse ermöglicht wird[40]. Für Marx nämlich fällt die für die freie geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen freie Zeit nicht einfach mit der Verkürzung des »Arbeitstags« zusammen. Sie setzt vielmehr die tiefgreifende Veränderung der Arbeitsbedingungen des Menschen, die Abschaffung der Lohnarbeit und die »gesellschaftliche Regelung des Arbeitsprozesses« voraus. Sie erfordert also die vollständige Umkehrung des kapitalistischen Verhältnisses von Despotismus und Rationalität zugunsten einer von freien Produzenten verwalteten Gesellschaft, in der – mit der Aufhebung der Produktion um der Produktion willen – die Planung, die Rationalität und die Technologie der ständigen Kontrolle der gesellschaftlichen Kräfte unterliegen; denn so (und nur so) kann die Arbeit zum »ersten Bedürfnis« des Menschen werden. Die Überwindung der Arbeitsteilung, die das Ziel des Klassenkampfes und der gesellschaftlichen Entwicklung darstellt, bedeutet nicht etwa einen Sprung in das »Reich der Freizeit«, sondern die Erkämpfung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Sphäre der Produktion. Die »vollständige Entfaltung« des Menschen, seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten (die zahlreiche »humanistische« Kritiker der »Industriegesellschaft« zu beschwören lieben) erscheint als Mystifikation, wenn sie als *»Genuß der freien Zeit«*, als *abstrakte* »Vielseitigkeit«, dargestellt wird, unabhängig von dem Verhältnis des Menschen zum Produktionsprozeß, von der Wiederaneignung des Produkts und des Inhalts der Arbeit durch den Arbeiter selbst in einer Gesellschaft freier assoziierter Produzenten[41].

---

40 Vgl. Paul Cardan, *Capitalismo e socialismo*, in »Quaderni di unità proletaria«, Nr. 3. Es muß allerdings festgestellt werden, daß Cardan sich in einer Polemik gegen den Marxismus von einem revolutionären Standpunkt aus auf diese Interpretation bezieht.

41 Die Darstellung der kommunistischen Gesellschaft als eine Gesellschaft des »Überflusses« an Gütern (allerdings nicht nur an materiellen Gütern) und an »Freizeit« ist in den sowjetischen Ideologien sehr verbreitet; sie entspringt offensichtlich der Verweigerung einer wahrhaft gesellschaftlichen Regelung des Arbeitsprozesses. Die heute gängigen »technologischen« Illusionen tun ein übriges, um diese Ideologien heute zu begünstigen. Bei Strumilin beispielsweise werden die »Funktionen der Leitung der Produktionsprozesse« mit der »technischen« Kontrolle, mit dem »höchsten geistigen Inhalt« der Arbeit gleichgesetzt, der durch »den Fortschritt der Technik mit ihren wunderbaren automatischen Mechanismen und den ›denkenden‹ elektronischen Maschinen« ermöglicht worden ist (vgl. *Sulla via del comunismo*, Moskau 1959). Und so wird dank der Automation eine wirkliche »Überflußgesellschaft«, eine Gesellschaft von »Freizeitkonsumenten« verwirklicht werden können!

Die »neuen« Forderungen der Arbeiterklasse, die in den Arbeitskämpfen artikuliert werden, haben keinen unmittelbaren revolutionären politischen Inhalt und implizieren auch keine automatische Entwicklung in dieser Richtung. Dennoch kann ihre Bedeutung auch nicht auf die einer bloßen »Anpassung« an die jüngsten technologischen und organisatorischen Entwicklungen in der modernen Fabrik zurückgeführt werden, die eine »Regelung« der Arbeitsverhältnisse auf einem höheren Niveau ermöglichten. Sie liefern vielmehr *Hinweise auf die zukünftige Entwicklung* des Kampfes der Arbeiterklasse allgemein und seiner politischen Bedeutung. Diese Hinweise ergeben sich jedoch nicht einfach aus der Kenntnisnahme und aus der »Summe« jener Forderungen, so neu und »fortschrittlich« sie sich auch im Vergleich zu den traditionellen Zielen ausnehmen mögen. Die Verhandlungen über Arbeitszeiten und -rhythmen, über die Höhe der Belegschaft, das Verhältnis von Lohn und Produktivität, usw., neigen natürlich dazu, das Kapital innerhalb des Akkumulationsmechanismus selbst und auf der Ebene seiner »Stabilisierungsfaktoren« anzugreifen. Daß diese Forderungen durch die Kämpfe der Arbeiter in den Schlüssel- und Wachstumsindustrien vorangetrieben werden, ist eine Bestätigung ihres systemsprengenden Charakters. Der Versuch, sie für die engen Ziele eines allgemeinen Lohnkampfes auszunutzen, führte in der Praxis nicht zu einer neuen, umfassenderen Einheit der Klassenaktion, sondern zu ihrem geraden Gegenteil, nämlich zu dem Rückfall in betriebliche Abgeschlossenheit als notwendige Folge der Aushöhlung der potentiellen Elemente politischen Fortschritts. Die Grundtendenz, die als gültige Hypothese und Richtschnur objektiv erkennbar ist, zielt in Richtung auf die Verstärkung und Ausweitung der Forderung nach Arbeiterkontrolle. Da sie sich nicht in einer bloßen Forderung nach Beteiligung an den »Kenntnissen« erschöpft, sondern das konkrete Verhältnis von Rationalisierung, Hierarchie und Macht berührt, bleibt sie nicht auf den Rahmen des Betriebes begrenzt, sondern wendet sich eben gegen den »Despotismus«, den das Kapital auf alle Bereiche der Gesellschaft projiziert und ausübt, und äußert sich als Notwendigkeit, das System durch einen umfassenden Prozeß der Bewußtwerdung und einen allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse als solcher vollkommen umzustürzen.

(Vgl. Anmerkung 30). Als Beispiel für eine typische Entstellung der Marxschen Texte zu diesem Thema vgl. Georges Friedmann, *Zukunft der Arbeit*, dt. 1953, wo die Wiederaneignung des Produktes und des Inhalts der Arbeit selbst durch den Arbeiter mit der psycho-physiologischen Kontrolle der Arbeit gleichgesetzt wird.

Unseres Erachtens kann diese Linie praktisch und unmittelbar in der Forderung nach Arbeiterkontrolle zum Ausdruck gebracht werden. Hier muß allerdings einiges klargestellt werden. Der Ausdruck »Arbeiterkontrolle« kann heutzutage mißverständlich erscheinen, er kann einer »zentristischen« Konzeption zugeschrieben werden, die die in den Kämpfen erhobenen revolutionären Forderungen abschwächt oder sie mit der traditionellen nationalen, parlamentarischen und demokratischen Linie in Einklang zu bringen sucht, und es fehlt tatsächlich nicht an Hinweisen dafür, daß der Ausdruck in diesem Sinne gebraucht wird. Zweideutig und unglaubwürdig ist die Berufung auf die Arbeiterkontrolle beispielsweise, wenn man darunter die Fortführung oder die Wiederaufnahme der Vorstellung und der Erfahrung der Betriebsräte versteht. In der Bewegung der Betriebsräte wurde eine echte Forderung nach Arbeiterkontrolle (bis zu ihrer schließlichen Aufhebung) dem »sozialpartnerschaftlichen« Element untergeordnet, das mit den Ideologien des nationalen Wiederaufbaus verknüpft war, und die lebendige Bewegung wurde für institutionelle und wahltaktische Zwecke ausgenutzt. Ebenso zweideutig ist es, wenn die Strategie der Arbeiterkontrolle als »akzeptable« Alternative, als »Korrektur« des »Extremismus« der Perspektive der Arbeiterselbstverwaltung vorgeschlagen wird. Es liegt auf der Hand, daß eine nicht mystifizierte Konzeption der Arbeiterkontrolle nur im Zusammenhang mit dem Ziel des revolutionären Umsturzes und mit der Perspektive sozialistischer Selbstverwaltung sinnvoll ist. In diesem Rahmen bringt die Arbeiterkontrolle die Notwendigkeit zum Ausdruck, die gegenwärtig bestehende Diskrepanz zwischen den auf gewerkschaftlicher Ebene formulierten fortschrittlichsten Forderungen der Arbeiterklasse und der strategischen Perspektive zu überwinden. Sie stellt also (potentiell) in ihrer nicht mystifizierten Form eine unmittelbare politische Alternative zu den gegenwärtig von den Klassenparteien vorgeschlagenen Linien dar.

Die Strategie der Arbeiterkontrolle wird hier offensichtlich als Mittel zur Beschleunigung des allgemeinen Klassenkampfes, als politisches Instrument zur schnellen Herbeiführung der revolutionären Durchbrechung verstanden. Weit davon entfernt, die Eroberung der politischen Macht zu ersetzen, stellte die Arbeiterkontrolle eine Phase des *höchsten* Drucks auf die kapitalistische Macht dar (da sie das System ausdrücklich an seinen Grundlagen bedroht). Die Arbeiterkontrolle muß also als Vorbereitung auf Situationen der »Doppelherrschaft« im Hinblick auf die vollständige Eroberung der politischen Macht gesehen werden.

Es erübrigt sich, hier auf die Gründe hinzuweisen, weshalb die Arbei-

terkontrolle gegenwärtig zum allgemeinen politischen Ziel erhoben wird. Worauf es wirklich ankommt, ist, daß die Polemik gegen die Formeln nicht zum Vorwand genommen wird, um sich dem allgemeinen politischen Problem, das durch die Arbeiterkämpfe mit Macht aufgeworfen wurde, zu entziehen, sondern daß man konkret darauf hinarbeitet, ausgehend von diesen Kämpfen eine neue politische Perspektive zu entwickeln, die die Aktion der Arbeiterklasse vor dem »gewerkschaftlichen« Verfall und vor ihrer Integration in die kapitalistische Entwicklung bewahrt.

(Quaderni Rossi, Nr. 1, 1961)

Dario Lanzardo
Produktion, Konsumtion und Klassenkampf

1. Eines der wichtigsten Ergebnisse der marxistischen Analyse des Kapitalismus ist die Erkenntnis, daß das ökonomische System sich im Laufe seines historischen Entwicklungsprozesses tendenziell selbst überwindet und – nicht ohne tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte, ja sogar mit deren Hilfe – eine höhere Form gesellschaftlicher Produktion herbeiführt[1].
Lenin bestimmt darüber hinaus eine Endphase des Kapitalismus, deren wesentliche Merkmale er beschreibt[2].

---

1 »Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben *damit schafft es unbewußt* die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform.« (Karl Marx, *Das Kapital*, III, MEW, Bd. 25, S. 269). Es ist natürlich unmöglich, in einem einzigen Zitat, auch wenn es noch so wichtig ist, die Bestätigung für unsere Behauptung zu finden. Es sei immerhin auf den siebten Abschnitt des dritten Buchs, 15. Kapitel, verwiesen.

2 Lenin umreißt die Entwicklung des Kapitalismus und des Mechanismus, der ihn tendenziell bis zu seiner letzten Phase vorantreibt, in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (Lenin, *Ausgewählte Werke in 3 Bänden*, Berlin 1966, Bd. 1, S. 763–873). Der Grundgedanke der rein ökonomischen Abhandlung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: die Kräfte der freien Konkurrenz führen unweigerlich zuerst zur Herausbildung von Monopolen, dann zur Entstehung von nationalen und internationalen Kartellen und schließlich zum Zusammenschluß und zur Herrschaft des internationalen Finanzkapitals über das Industriekapital. Auf der Grundlage dieses Finanzkapitals entsteht dann eine regelrechte Finanzoligarchie. Vor allem letztere deutet darauf hin, daß der Kapitalismus in die Phase des Imperialismus eingetreten ist.
Der Imperialismus bedeutet einerseits Kolonialpolitik, Kampf zwischen wenigen privilegierten Ländern um die Kontrolle über die Rohstoffe und folglich Kriege. Auf der anderen Seite bedeutet er jedoch »allseitige Vergesellschaftung der Produktion« (S. 784), die mit der Herrschaft weniger privater Monopole über das gesellschaftliche Produkt gegeben ist. Mit der Monopolbildung kommt es zu einer spürbaren Verschärfung des Gefälles zwischen den verschiedenen Sektoren, was vor allem für das Gefälle zwischen Industrie und Landwirtschaft gilt, als »wesentliche, unvermeidliche Bedingungen und Voraussetzungen dieser Produktionsweise«; und die ungleichmäßige Entwicklung führt zu einem Kapitalüberschuß, der »nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet (wird) – denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten –, sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins

Unter den Hauptwidersprüchen, die das kapitalistische System entsprechend der marxistischen Analyse kennzeichnen und diese Tendenz begünstigen, ist der Widerspruch, der dem Mechanismus der Akkumulation innewohnt, besonders wichtig, vor allem aufgrund der politischen Implikationen, die sich daraus für die Arbeiterklasse ergeben. Nicht zufällig war dieser Punkt der Analyse des »Kapitals« die meistdiskutierte Frage und gab Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung.

Es geht um den Widerspruch zwischen den Bedingungen der Ausbeutung (Produktion) und den Bedingungen der Realisierung von Mehrwert in der Gesellschaft (produktiver und individueller Konsum).

Die ersten Bedingungen sind nur durch die Produktivkraft der Gesellschaft beschränkt, die sich jedoch tendenziell unbegrenzt entwickelt: in der Tat wird der Profit im Marxschen Modell vorwiegend zur Investition verwendet. Daraus ergibt sich allerdings ein anderer wichtiger Widerspruch, nämlich daß die Tendenz, in der Abteilung, die Produktionsmittel erzeugt (Abteilung I), zu investieren, eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals bewirkt, die sich ihrerseits in einem Fall der Profitrate und infolgedessen in einer nachlassenden Investitionsneigung niederschlägt. Daraus folgt, wenn die Grenzen des Weltmarktes der Produktionsmittel durch die Entwicklung der Produktivkräfte maximal ausgedehnt sind, letzten Endes eine allgemeine Tendenz zur Stagnation.

Die Bedingungen der Realisierung von Mehrwert sind beschränkt durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige, ob sie Produktionsmittel oder Konsumgüter produzieren (in dem Sinne, daß die Produktionskapazität jedes einzelnen Produktionszweigs der Kon-

---

Ausland, in rückständige Länder« (S. 816). Das Elend der Massen und die Kriege sind also die beiden hauptsächlichen gesellschaftlichen Folgen, die der Imperialismus innerhalb der einzelnen Länder und im Weltmaßstab herbeiführt. Lenin schließt mit dem Satz: »Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus« (S. 872).

Kautsky vertrat dagegen die These, daß der Kapitalismus nach dem Imperialismus noch eine weitere Phase durchlaufen kann. In scharfer Polemik gegen Kautsky, die vor allem durch den reformistischen Gebrauch, den Kautsky von seiner Analyse gemacht hatte, hervorgerufen war, zitiert Lenin aus »Die Neue Zeit« vom 11. September 1914, S. 921, und vom 30. April 1915, S. 144, folgende Stellen: »Vom rein ökonomischen Standpunkt ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus«, d. h. – wie Lenin polemisch hinzufügt – des Überimperialismus, der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, nicht aber ihres Kampfes, eine Phase der Aufhebung der Kriege unter dem Kapitalismus, eine Phase der »gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital« (S. 843).

sum- und folglich der Produktionskraft der anderen Produktionszweige, die ihn ergänzen, entsprechen muß), d. h. sie sind beschränkt durch die begrenzten Absatzmöglichkeiten für die Kapitalisten, die Produktionsmittel produzieren, und durch die »Konsumtionskraft der Gesellschaft«[3].

Die erste dieser beiden Schranken läßt sich theoretisch überwinden, und zwar mit *Methoden, die wir heute als zentrale Planung und Kontrolle der Wirtschaft bezeichnen würden* (in dem Schema, das Marx im dritten Abschnitt von Buch II des «Kapitals« umreißt, schließt das vorgegebene Verhältnis zwischen der Produktionskapazität der einzelnen Produktionszweige sowohl die Überproduktion von Produktionsmitteln als auch den Verkauf unter – bzw. über – den jeweiligen Werten aus). In der Praxis ist das jedoch nicht der Fall[4]. Die zweite Schranke, *nämlich die individuelle Konsumtionskraft, erscheint* als immanenter Widerspruch und ergibt sich unmittelbar aus der Marxschen Theorie der Reproduktion (bei der der Preis der Arbeitskraft dem notwendigen Existenzminimum entspricht), wobei es sich nicht so sehr um eine irgendwann eintretende Schranke der Produktion von Produktionsmitteln handelt (»ein bestimmter Stand der Konsumtion ist eines der Elemente der Proportionalität«[5]), sondern um eine politische Schranke, auf der die heftigsten gesellschaftlichen Gegensätze beruhen[6].

Natürlich ist diese zweite Schranke nicht so zu verstehen, als sei der Kapitalismus – wie die Volkstümler behaupteten – unfähig, sich einen Binnenmarkt zu schaffen, d. h. sich aus eigenen Kräften zu entwickeln[7],

---

3 D. h. der individuellen Konsumtion der Gesellschaft.

4 Was die Frage anbelangt, ob der Kapitalismus in der Lage ist, den Produktionsprozeß global zu kontrollieren, verweisen wir um der Klarheit der Darstellung willen auf Punkt 6 des zweiten Teils unserer Betrachtungen.

5 Lenin, *Notiz zur Frage der Theorie der Märkte*, in *Werke*, Bd. 4, S. 49

6 »Diese letztre [die Konsumtionskraft der Gesellschaft] ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert.« (K. Marx, a. a. O., S. 254)

7 »Die Entwicklung der Produktion (und folglich auch des inneren Marktes) ... ist tatsächlich eine ›Produktion für die Produktion‹, eine Erweiterung der Produktion ohne entsprechende Erweiterung der Konsumtion ... Gerade diese Erweiterung der Produktion ohne entsprechende Erweiterung der Konsumtion entspricht der historischen Mission des Kapitalismus und seiner spezifischen gesellschaftlichen Struktur: die erste besteht in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft; die zweite schließt die Nutzbarmachung dieser technischen Errungenschaften durch die Masse der Bevölkerung aus.« (Lenin, *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland*, in *Werke*, Bd. 3, S. 44–45).

sondern sie bedeutet, daß – wie Lenin erläutert – die Zuwachsrate der Konsumtionsmittel unter der der Produktionsmittel liegt.
Dieser Widerspruch folgt historisch aus der zunehmenden Proletarisierung[8] der Volksmassen und aus der Tatsache, daß die Arbeiter als Käufer von Waren für den Markt zwar wichtig sind, aber daß die kapitalistische Gesellschaft dazu neigt, sie als Verkäufer ihrer Ware – nämlich der Arbeitskraft – auf das Minimum des Preises zu beschränken[9].
Der Kapitalismus kann sich also nicht gemäß dem von Marx entworfenen idealen Modell entwickeln, sondern er entwickelt sich auf der Grundlage subjektiver Widersprüche – der Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung –, die ihn unweigerlich zu einem höheren Produktionssystem führen[10].
2. Die Geschichte des Kapitalismus von der Marxschen Analyse bis heute zeigt, daß der Mechanismus der Kapitalakkumulation sich allmählich gewandelt hat, in dem Sinne, daß die Abteilung II der Wirtschaft – d. h. die Abteilung, die Konsumgüter produziert – im Akkumulationsprozeß jedes einzelnen Landes und in der Entwicklung des Weltkapitalismus immer größere Bedeutung gewinnt. Die industrielle Produktion von Konsumgütern und insbesondere von komplizierten Gütern wie dem Auto hat eine Veränderung des Verhältnisses zwischen den beiden Abteilungen der Wirtschaft herbeigeführt, so daß die starre Unterordnung der zweiten Abteilung unter die erste, die in dem Marxschen Schema – und zu seiner Zeit – im Hinblick auf die Akkumulation und die interne und internationale Expansion des Kapitalismus allein von Bedeutung war, vollkommen überholt ist. Heute läßt sich erkennen, daß die wesentliche Veränderung darin bestanden hat, daß der Akkumulationsprozeß mit der industriellen Massenproduktion von Konsumgütern durch die beiden Abteilungen, die immer enger verflochten sind, einen neuen, starken Impuls erhalten hat.
3. Daß die Abteilung II im Laufe der letzten hundert Jahre der Geschichte des Kapitalismus die weitere Entwicklung des Akkumulationsprozesses zu bestimmen vermochte, ist auf den spezifischen Charakter

8 Lenin, *Notiz zur Frage der Theorie der Märkte,* cit., S. 49 und *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland,* cit., S. 45.
9 Marx, *Das Kapital,* II, MEW, Bd. 24, S. 318
10 »Aus dieser Theorie [die Marxsche Realisationstheorie] folgt, daß *selbst* bei ideal glatter und proportionaler Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals der Widerspruch zwischen dem Wachstum der Produktion und dem beschränkten Ausmaß der Konsumtion unvermeidlich ist.« (Lenin, *Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie,* Bd. 4, S. 78).

der in dieser Abteilung produzierten Güter zurückzuführen, der sich recht schematisch folgendermaßen definieren läßt:

a) im allgemeinen werden diese Güter in sehr komplizierten technologischen Verfahren hergestellt, die den Techniken ähnlich sind, die zur Herstellung jeder Arbeitsmaschine erforderlich sind; tatsächlich arbeiten zahlreiche ergänzende Produktionszweige an der Herstellung dieser Güter mit, auch wenn ihre Produktion im Unterschied zu der der Maschinen serienmäßig erfolgt und ein hohes Quantum an Arbeitskraft erfordert.

Von allen industriell hergestellten Konsumgütern ist das Auto zweifellos das Endprodukt, das die oben genannten Merkmale am eindeutigsten aufweist;

b) mit der Einführung von Waren wie dem Auto hört der Markt einerseits auf, hauptsächlich ein Markt von Produktionsmitteln zu sein, und begünstigt andererseits durch seine Ausweitung auch die Ausweitung der Abteilung I, bis deren Markt schließlich von dem Markt der Abteilung II abhängt; je mehr das Auto andererseits als Transportmittel, d. h. als Produktionsmittel, der Arbeitskraft benutzt wird (je notwendiger dies aufgrund der räumlichen Organisation der Produktion wird)[11], desto gewaltiger dehnt sich auch der Markt der Produktionsmittel selbst aus, da es innerhalb der oben genannten Grenzen zu einem Massenkonsum an Produktionsmitteln kommt. Infolgedessen stellt die »Produktion um der Produktion willen« unter diesem Aspekt nicht nur kein Hindernis mehr für die Entwicklung der Produktion dar, sondern ermöglicht sogar eine weitere Expansion der Akkumulation.

Inwieweit es dazu kommt, hängt jedoch von der Möglichkeit der Expansion der individuellen Konsumtionskraft ab (und darin liegt der bedeutendste Unterschied zum Marxschen Modell).

c) der durch den Konsum von Gütern wie dem Auto bedingte enorme Verbrauch an Energie, Anlagen, Dienstleistungen usw. führt zu einer ungeheuren Akzentuierung des Akkumulationsmechanismus, d. h. ermöglicht einer Vielzahl von Produktionszweigen, Kapital zu akkumulieren;

d) in den Produktionszweigen, die dauerhafte Konsumgüter produzieren (in denen ein immer höherer Anteil der Gesamtinvestitionen angelegt wird), ist die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals im Verhältnis niedriger als in vielen Sektoren der Abteilung I, wie Stahl, Energie usw., so daß auch der Fall der Profitrate in den

---

11 Es sei hier nur auf die von Graham Turner (in *The Car Makers*, London, 1963, S. 9) angegebene Zahl hingewiesen: heute begeben sich 60% der Amerikaner mit dem Auto zur Arbeit.

Bereichen, in denen dauerhafte Konsumgüter produziert werden, tendenziell relativ niedriger ist als in den übrigen Produktionszweigen. Dadurch kann sich der Grad der Abhängigkeit einiger strategischer Sektoren wie Stahl von einer Wachstumsindustrie wie der des Autos verstärken.

Die individuelle Konsumtionskraft wird damit zu einem für die Expansion der Abteilung I und II entscheidenden Element. Aber wer schafft diese Konsumtionskraft, wo doch jeder Kapitalist logischerweise dazu neigt, seinen Arbeitern den niedrigsten Preis zu zahlen? Es ist der Kampf der organisierten Arbeiter, die sich dem Kapitalismus entgegenstellen und ihn zwingen, gegen seinen Willen vereint aufzutreten[12] und einen Teil des Profits abzutreten. Natürlich führt die Erhöhung der Produktionskapazität (die selbst zum großen Teil ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse um eine Erhöhung des Wertes der Arbeitskraft ist) zu einer Steigerung der Gesamtprofite; andererseits steht jedoch fest, daß Produktionskapazität und Lohn einander nachjagen, in dem Versuch, dieselbe Zuwachsrate zu erzielen und damit das richtige Verhältnis zwischen dem globalen Lohnniveau und der Produktionskapazität der Abteilung II und zwischen dieser und der Abteilung I herbeizuführen[13]. Dem Kapitalismus ist es nämlich niemals spontan

---

12 Was beispielsweise den Tarifvertrag betrifft, so ist immer ausschließlich auf die für die Arbeiter positiven Aspekte hingewiesen worden, ohne daß jemals die lebenswichtige Bedeutung berücksichtigt worden wäre, die sich für die Kapitalistenklasse aus der Tatsache ergibt, die Arbeitskraft innerhalb bestimmter (oberer und unterer) Grenzen bezahlen zu müssen, die vorher auf nationaler Ebene festgesetzt worden sind. Unter diesem Gesichtspunkt dient der Tarifvertrag auf der Ebene der Produktion des einzelnen Betriebs zur Nivellierung der Kosten des variablen Kapitals, die (in einem System zunehmender Arbeitsteilung) notwendig ist, um allzu große Kostenunterschiede zu verhindern, und zu einer gewissen Nivellierung des Investitionsanreizes; auf der Ebene des Binnen- und Auslandsmarktes zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für seine schrittweise Ausweitung, d. h. für die Erhöhung der Kaufkraft im einzelnen Wirtschaftssektor proportional zur Steigerung der Produktionskapazität. Bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Kapitalismus, der durch die Wirtschaftsplanung gekennzeichnet ist, reicht der Tarifvertrag natürlich nicht mehr aus, um insbesondere die zweite Funktion zu erfüllen. Und so gewinnen die Eingriffe der Regierung in verschiedene Wirtschaftssektoren für die Kapitalistenklasse im Hinblick auf eine harmonischere Entwicklung des Gesamtmarktes zunehmend an Bedeutung.

13 Nach Joan Robinson (»Note sulla teoria dello sviluppo economico«, in *Nuovi problemi di sviluppo economico,* herausgegeben von L. Spaventa, Turin, 1962, S. 73), die die Thesen der Wachstumstheoretiker aufnimmt, müssen in einem hochentwickelten kapitalistischen Land folgende Bedingungen gegeben sein, um einen steten Fortschritt des Wachstums in der Stabilität zu gewährleisten:
1) das Kräftegleichgewicht zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern muß so geartet sein, daß die Lohnentwicklung mit der Entwicklung der Produktion pro Beschäftigtem Schritt hält und daß die Lohnerhöhung im Wege einer Erhöhung der Nominallöhne erfolgt, die dem Produktivitätsfortschritt entspricht;

gelungen, diese Proportionalität und damit eine harmonische Entwicklung des Systems zu gewährleisten: der Akkumulationsprozeß hat sich unter Widersprüchen und Disproportionen vollzogen; der ökonomische Kampf der Arbeiter hat nicht als systemsprengendes Element gewirkt, sondern war vielmehr notwendig, um einen Binnenmarkt zu schaffen, der die Expansion der kapitalistischen Produktion ermöglichte.

4. Der immer kompliziertere Mechanismus des Akkumulationsprozesses (zunehmende Verflechtung zwischen den einzelnen Produktionszweigen und zwischen den beiden Hauptabteilungen, die vor allem auf der wachsenden Arbeitsteilung beruht) und die Marktstruktur, in der die Arbeiterklasse als Konsumentenklasse eine immer größere Bedeutung gewinnt, führen in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern allmählich zu Veränderungen und zur Herausbildung neuer Merkmale in der Wirtschaftslenkung.

Einerseits geht der stärkste Anstoß zur Kapitalakkumulation nicht mehr – wie früher – von der Schwerindustrie (Bergbau, Energie, Verarbeitung der Rohstoffe usw.) aus: während zu der Zeit, als Lenin seine Analyse des Imperialismus durchführte, der höchste Ausdruck des Kapitalismus noch die Kapitalkonzentration in der Eisenbahn, Eisen- und Stahlindustrie, Metallindustrie, Energiewirtschaft usw. waren, kann man daher heute den höchsten Ausdruck des Kapitalismus in einigen Wirtschaftszweigen sehen, die langlebige Konsumgüter wie

---

2) der technische Fortschritt muß neutral sein, damit der Anteil der Löhne und des Profits konstant bleibt;

3) die Kapitalakkumulation muß so groß sein, daß der Kapitalstock in demselben Rhythmus wächst wie die Produktion pro Beschäftigtem;

4) die Sparneigung muß unverändert bleiben, damit das Verhältnis zwischen Ersparnis und Einkommen konstant bleibt;

5) das Währungssystem muß so funktionieren, daß die Investitionen die notwendige Zuwachsrate aufweisen;

6) die Beschränkung der natürlichen Ressourcen muß durch den technischen Fortschritt überwunden werden, der es ermöglicht, die knapp werdenden Ressourcen durch Kapital zu ersetzen.

Zum Abschluß ihrer Abhandlung stellt Joan Robinson fest: »Während das sozialistische System (womit natürlich ein planwirtschaftliches System gemeint ist) den Erfordernissen der Entwicklungsländer entgegenkommt, kann der Kapitalismus, wenn er mit Einsicht und gutem Willen gehandhabt wird, in den hochentwickelten Ländern erfolgreich weiterbestehen«. Worin unseres Erachtens ein gewisser Widerspruch liegt, wenn man davon ausgeht, daß das beschriebene Modell notwendig ist, um den entwickelten Ländern eine weitere Expansion zu ermöglichen: es ist nämlich unverständlich, wie sich die Bedingungen des Modells verwirklichen lassen (vor allem die ersten drei und zumindest in Ländern wie Frankreich und Italien), ohne daß es zu einer zunehmenden zentralen Kontrolle aller Aspekte der gesellschaftlichen Produktion kommt, d. h. ohne daß jene Methoden der Wirtschaftsplanung angewendet werden, die für die unterentwickelten Länder eine Notwendigkeit darstellen.

Autos produzieren. Andererseits beschränkt sich der Staat nicht mehr darauf, bloß den Überbau und die Infrastruktur des Wirtschaftssystems zu organisieren, sondern er spielt eine äußerst wichtige Rolle dabei, die Proportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen zu bestimmen und den Markt der Gesamtkapazität des Produktionsapparates, der sich ins Unendliche auszudehnen neigt, anzupassen.

5. Der erste Aspekt, nämlich die Tatsache, daß einem Wirtschaftssektor, der dauerhafte Konsumgüter wie Autos produziert, in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus im Hinblick auf den Akkumulationsmechanismus eine große Bedeutung zukommt, hängt von folgenden bereits erwähnten Faktoren ab:

a) von dem außerordentlich integrierten Charakter der Produktion dieses Gutes, in dem Sinne, daß die meisten Schlüsselsektoren an dieser Produktion mitwirken und sie ergänzen: Erz-, Metall- und Kohlebergbau, Metallindustrie, eisenschaffende Industrie, Maschinenbau und elektrotechnische Industrie, chemische und Gummiindustrie. Die enge Verflechtung zwischen diesen Wirtschaftszweigen ist allerdings verhältnismäßig einseitig, insofern als sie die Endphase der Automobilproduktion, nämlich die eigentlichen Automobilunternehmen, begünstigt. Das beruht darauf, daß diese den Markt mit ihren Entscheidungen und ihrer Politik weitgehend beherrschen können. Auch wenn ein Großteil der Unternehmen bestimmter Wirtschaftszweige (aufgrund direkten oder indirekten Besitzes) vollkommen von der Automobilindustrie beherrscht ist, was in Italien für die Gummiindustrie, wo die CEAT in Händen der Fiat-Werke ist, und in der Bundesrepublik für die Stahlindustrie gilt, muß doch betont werden, daß der Automobilindustrie die Kontrollfunktion, die sie über die anderen Wirtschaftszweige ausübt, im allgemeinen daraus erwächst, daß die Aktivität dieser Sektoren zum großen Teil bloß eine Phase des Produktionsprozesses des Autos darstellt;

b) von den durch den Gebrauch dieser Güter bedingten außerbetrieblichen Ersparnissen, wobei dieser Begriff hier in einem weiteren Sinne zu verstehen ist als in der Wirtschaftstheorie: d. h. nicht nur im Sinne indirekter Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses, die die Ansiedlung und Expansion anderer Wirtschaftstätigkeiten (etwa den Ausbau einiger ergänzender Wirtschaftstätigkeiten wie Infrastrukturen) begünstigen, sondern gerade im Sinne der Anregung zum Verbrauch von Industrieprodukten, die im Hinblick auf die Kapitalakkumulation von großer Bedeutung sind, wie das Erdöl (in den verschiedenen Phasen seiner Gewinnung, Raffinierung und Verteilung) und der Zement, und

vor allem im Sinne der Förderung der Expansion des tertiären Sektors, der in der Bilanz der kapitalistischen Produktion ungeheuer ins Gewicht fällt (und der sehr weitgehend auf die Transportmittel angewiesen ist), wie der Handel, der Fremdenverkehr, das Versicherungswesen, usw.;

c) von der Entwicklung des Marktes, der in zunehmendem Maße die Gesamtheit der Lohnabhängigen umfaßt.

Was die Entwicklung des Kraftfahrzeugmarktes anbelangt, so läßt sich in allen kapitalistischen Ländern eine erste Periode unterscheiden, in der dieses Produkt als Luxusgut erzeugt worden ist und in der nur unter den »wohlhabenden« Klassen (Kapitalisten, Rentiers, hohe Beamte, Geschäftsleute, Spekulanten, usw.) mit der entsprechenden Kaufkraft zu rechnen war. Auch in dieser ersten Periode kann die Produktion bereits in ziemlich großem Maßstab erfolgen, da der Markt offensichtlich aus den herrschenden und reichen Klassen aller Länder besteht, auch jener, die selbst keine Autos produzieren. Darauf folgt eine zweite Periode, in der sich der Binnenmarkt allmählich ausweitet, zuerst auf die Schichten mit höherem Arbeitseinkommen, dann auf die Angestellten des Dienstleistungssektors und schließlich auf die Arbeiter;

d) vom Konzentrationsgrad des Kapitals, das sich um diese Wirtschaftszweige bildet, die sich sowohl in technischer Hinsicht als auch in finanzieller Hinsicht als am besten geeignet erweisen, in relativ großem Maßstab beispielsweise Eisenbahnausrüstungen, Traktoren, schwere Waffen[14], Schiffsmotoren, Lastwagen, usw., zu produzieren. In Wirtschaftszweigen wie der Automobilindustrie hat das akkumulierte Kapital ein so hohes Niveau der vertikal und horizontal integrierten Investitionen erreicht, daß diese Zweige ihre Kontrolle über das gesellschaftliche Kapital ständig erweitern und zum wichtigsten Bezugspunkt für die Wachstumspolitik ganzer Systeme werden können.

6. In allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern wird die Automobilindustrie (die in der Regel Transportmittel aller Art produziert) objektiv zum Hauptträger der Expansion, so daß die Produktion und der Verbrauch dieser Güter eine multiplikative Wirkung auf die verschiedensten Wirtschaftszweige haben und sie beeinflussen (und umgekehrt); es liegt deshalb auf der Hand, daß eines der wesentlichen Ziele der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Länder darin besteht, für diese Güter einen ständig expandierenden Markt zu schaffen.

Diese Politik kann zum Teil unmittelbar von den Unternehmen der

---

14 D. h. sie sind objektiv nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache aller Kriege.

Automobilindustrie bestimmt werden, die in eine Reihe mehr oder weniger kontrollierbarer Variablen eingreifen; sie hängt zum Teil aber auch von dem allgemeinen Funktionieren der Wirtschaftsstruktur ab, und zwar insbesondere davon, ob es dem System gelingt, ein funktionales Verhältnis zwischen den beiden grundlegenden Variablen herzustellen, nämlich zwischen der Kaufkraft der Löhne im allgemeinen (und der Kaufkraft für das Produkt Auto im besonderen) und dem Niveau der Investitionen.

Unter den Variablen der ersten Art, die von dem Automobilsektor selbst kontrolliert werden können, kommt der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Erzeugnissen anderer (inländischer oder ausländischer) Unternehmen auf dem Binnen- und auf dem Auslandsmarkt eine erhebliche Bedeutung zu[15]. Diese Wettbewerbsfähigkeit beruht auf anderen, sekundären Variablen, wie den Kosten der Produktionsfaktoren, die ihrerseits vom technologischen Niveau abhängen, das wiederum von der Höhe der Investitionen bedingt ist, usw. Letzten Endes ist also auch diese Variable durch das Funktionieren der ganzen Wirtschaftsstruktur beeinflußt, auch wenn der ausschlaggebende Einfluß auf der Hand liegt, den die Unternehmensentscheidungen auf diese Variable ausüben können, selbst wenn sie lediglich die Produktion betreffen, wie die Wahl der Modelle, die Organisation der sozialen Einrichtungen, usw. Abgesehen von dem Fall des total abgeschirmten Marktes wird eine wirksamere Kontrolle dieser Variablen durch Marktabsprachen zwischen den verschiedenen Oligopolen eines Staatensystems oder im Grenzfall zwischen den verschiedenen Weltoligopolen gewährleistet. In diesem Fall wird die Produktionsplanung ungeheuer erleichtert, da jeder einzelne Betrieb das Kostenproblem weitgehend gelöst hat, und es kommt – abgesehen natürlich von den äußeren objektiven Bedingungen – zu einer totalen Marktkontrolle. Gegenwärtig zeichnet sich die nahezu unvermeidliche Tendenz zu dieser Lösung bereits deutlich ab, sei es, daß sie auf der bewußten Entscheidung einiger Unternehmen beruht (was bei den Fiat- oder den Renault-Werken der Fall sein mag), die seit geraumer Zeit auf eine erste Absprache auf europäischer Ebene drängen, sei es, daß sie aus einer Machtposition heraus erzwungen wird, was für die amerikanische Politik gilt, die jene Absprachen durchzusetzen sucht, auf die die beiden Giganten

15 Nach dem teilweisen Abbau der Schutzbarrieren in den europäischen Ländern hat sich der Automobilmarkt immer stärker zum oligopolistischen Weltmarkt entwickelt, auf dem sich sieben oder acht Großunternehmen (eines oder zwei in jedem der wichtigsten kapitalistischen Länder) die noch vorhandenen Marktanteile streitig machen.

General Motors und Ford drängen, die den europäischen Markt mit Waren überschwemmen, deren Produktionskosten weit niedriger sind als die der europäischen Unternehmen.
Was nun die objektiven Bedingungen anbelangt, so tritt das grundlegende Problem des Verhältnisses zwischen Lohn- und Investitionsniveau – im allgemeineren Rahmen eines unbedingt notwendigen Modells von Wirtschaftsbeziehungen, die ein kontinuierliches und ausgewogenes Wirtschaftswachstum des Systems gewährleisten können – vor allem in der Phase auf, die wir schematisch als zweite Periode bezeichnet haben, d. h. in der Phase, in der die Produktion von langlebigen Konsumgütern in großem Maßstab anläuft. Sehr schnell – um so schneller, als die verschiedenen kapitalistischen Länder mehr und mehr dazu tendieren, die Länder einzuholen, die den höchsten Entwicklungsstand erreicht haben und bereits Stagnierungserscheinungen zeigen – sind ungenügend kontrollierte und bisweilen spontane Vorgänge wie die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter nicht mehr geeignet, die notwendige Proportionalität zwischen der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität (die durch das durchschnittliche Investitionsniveau bedingt ist) und dem durchschnittlichen Lohnniveau zu gewährleisten. Das ist darauf zurückzuführen, daß beide Größen durch einige wesentliche Aspekte der Wirtschaft entscheidend beeinflußt werden, etwa durch den Rationalisierungsgrad der Landwirtschaft und des Verteilungssektors, durch den Integrationsgrad der verschiedenen Wirtschaftssektoren (von dem zum Teil das Kostenniveau der Enderzeugnisse abhängt), durch die Konkurrenz, der das einzelne Erzeugnis sowohl auf dem Binnen- als auch auf dem Auslandsmarkt ausgesetzt ist, usw., entsprechend den vielfältigen Verflechtungsbeziehungen zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Einflußgrößen[16], die nur im Rahmen umfassenderer politisch-ökonomischer Lösungen wie der Wirtschaftsplanung koordiniert werden können.
Hierbei ist die Funktion des Staates von wesentlicher Bedeutung, da allein er in der Lage ist, global in alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion einzugreifen. Natürlich nimmt das Eingreifen des Staates je nach dem Entwicklungsstand des einzelnen Landes und seinem Ver-

16 Im italienischen Original steht an dieser Stelle ein Schaubild, auf dessen Wiedergabe hier verzichtet wird. In diesem Schema, mit dem nicht der Anspruch erhoben wird, die komplexen Verhältnisse der gesellschaftlichen Produktion exakt darzustellen, werden die wichtigsten ökonomischen Beziehungen, die den Markt eines Produkts wie des Autos bestimmen (den Binnen- wie den Auslandsmarkt, die in unserem Fall nur durch zwei symmetrische Systeme gebildet werden), so weit wie möglich vereinfacht.

hältnis zum Entwicklungsniveau des kapitalistischen Weltsystems insgesamt in jedem Land spezifische Merkmale an.
7. In hochentwickelten kapitalistischen Ländern wie den USA, die ihr Wirtschaftswachstum in erster Linie der Tatsache verdanken, daß sie über einen gewaltigen Auslandsmarkt sowie über einen ebenso gewaltigen und (aufgrund der ungeheuren Entwicklung der Manipulation der Konsumenten, usw.) vollkommen kontrollierbaren Binnenmarkt verfügen, war – zumindest bisher – ein staatlicher Eingriff, der sich auf die Kontrolle der traditionellen Hebel beschränkte – wie Staatsausgaben[17], Außenhandel und zum Teil die Finanztransaktionen – zusammen mit dem Lohndruck der Arbeiter ausreichend, um ein gewisses Wachstum des Akkumulationsprozesses aufrechtzuerhalten (dessen wichtigster Aspekt das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion ist). Für andere kapitalistische Länder mit einer weitaus niedrigeren Industriekapazität – wie Italien – scheinen diese Elemente dagegen nicht mehr auszureichen, und für die unterentwickelten Länder sind sie sogar völlig unzureichend. In vielen kapitalistischen Ländern zeichnet sich immer deutlicher die Notwendigkeit ab, daß der Staat als aktiver Entscheidungsträger direkt in zahlreiche Wirtschaftssektoren eingreift.
Diese Erfordernis ergibt sich:
a) aus der Notwendigkeit, die Produktion und die Distribution der Schlüsselfaktoren der Produktion entsprechend der Produktionskapazität der Abteilung II und im Hinblick auf ihre Expansion zu koordinieren; das gilt insbesondere für:
– die Energiequellen und Grundstoffe der industriellen Fertigungen, die in vielen Sparten des Kraftfahrzeug- und Maschinenbaus angewandt werden und deren Produktion nicht so sehr an unmittelbaren Profitinteressen orientiert sein darf, sondern vielmehr von den Produktions- und Markterfordernissen der Industrien, die Enderzeugnisse herstellen, ausgehen muß;

---

17 Die Gestaltung des staatlichen Eingriffs in den USA im Hinblick auf den Akkumulationsprozeß verdiente natürlich, viel ausführlicher behandelt zu werden, aber im Rahmen dieses Schemas genügt es, auf zwei der interessantesten Aspekte hinzuweisen: nämlich auf die massiven Subventionen zur Förderung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft (sowohl von seiten der Bundesregierung als auch von seiten der Bundesstaaten) und auf die allgemeine Verbreitung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung; diese Versicherungsformen garantieren den nicht erwerbstätigen Personen eine zwar geringe, aber sichere Kaufkraft, die »von einem Konjunkturrückgang nicht beeinträchtigt wird, und sie stellen daher einen beträchtlichen Teil jener Faktoren dar, die die Nationalökonomen seit kurzem als ›endogene Stabilisatoren‹ (built-in stabilizers) der Wirtschaft bezeichnen« (J. K. Galbraith, *The Affluent Society*, London 1958, S. 92).

– die Arbeitskraft, an die qualitativ (Anpassung der Ausbildung an das durchschnittliche technologische Niveau), quantitativ (sektorale Verteilung) und im Hinblick auf das politische Wohlverhalten mit der Expansion der Wirtschaftszweige, die dauerhafte Konsumgüter industriell herstellen, immer höhere Anforderungen gestellt werden;

b) aus der Notwendigkeit, die sektoralen und territorialen Disproportionen zu beseitigen:

– die *sektoralen Disproportionen* im allgemeinen, um die Produktionskapazität jener Wirtschaftssektoren zu erhöhen, die die durchschnittliche Produktionskapazität beeinträchtigen. Die Expansion und Rationalisierung der Landwirtschaft im besonderen schafft nicht nur neue Konsumenten dauerhafter Konsumgüter, sondern trägt durch die Senkung der Produktionskosten sowohl zur Verbesserung der Produktion als auch zur Erhöhung der Kaufkraft der Löhne im allgemeinen bei. In den Sektoren der Distribution dagegen führt die Rationalisierung nicht nur zu einer erhöhten Kaufkraft der Löhne, sondern sie erlaubt dem Industriekapital auch, einen Großteil des Kapitals wieder zu vereinnahmen, das andernfalls in den Windungen des Kleinhandels hängengeblieben wäre;

– die *territorialen Disproportionen* im allgemeinen, um die Gesamtnachfrage nach Gütern anzuregen. *Besonders kommt es dabei darauf* an, jene Disproportionen aufzuheben, die auf der mangelnden territorialen Organisation der Produktion auf regionaler und kommunaler Ebene beruhen, um die Nutzung der Infrastrukturen zu rationalisieren und die verschiedenen, eng verflochtenen Momente der Produktion wirksamer zu koordinieren.

8. Wenn wir davon ausgehen, daß die Wirtschaftsplanung eine Technik ist, die – wie wir noch sehen werden – auf die Intensivierung und umfassende Kontrolle des Akkumulationsprozesses abzielt, dann müssen wir bei dem Versuch, die realen Grenzen zu bestimmen, innerhalb derer die kapitalistische Programmierung historisch erfolgen kann, und ihre verschiedenen Phasen vorherzusehen, folgende Faktoren berücksichtigen:

a) das durchschnittliche Entwicklungsniveau des Weltkapitalismus, das von dem Integrationsgrad der verschiedenen Volkswirtschaften und von der Produktionskapazität der einzelnen Länder abhängt;

b) die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse innerhalb des einzelnen Landes, die auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse drängen, wobei die Intensität dieses Drucks von der Größe des Landes, der Bevölkerungszahl, dem Grad der Nivellierung der Lebensbedingungen der Arbeiter- und Bauernmassen und dem Vorhandensein bzw.

Fehlen einer einheimischen Industrie abhängt. Es lassen sich auf diese Weise verschiedene Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte erkennen, bei denen die Wirtschaftsplanung mit verschiedener Intensität für quantitativ unterschiedliche Ziele verwirklicht werden kann.

Wenn wir der Einfachheit halber die typischen Situationen einzelner Länder (immer auf das durchschnittliche allgemeine Entwicklungsniveau des Weltkapitalismus bezogen) auf drei beschränken, so haben wir:

a) unterentwickelte Länder[18]: in dem Maße, wie sich das durchschnittliche Entwicklungsniveau des Weltkapitalismus erhöht, werden die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse innerhalb dieser Länder immer widerspruchsvoller und drängen auf eine radikale Umgestaltung des Produktions- und Verteilungsmechanismus des gesellschaftlichen Produkts. Die Kontrolle und das Wachstum des notwendigen Akkumulationsprozesses kann jedoch nur durch eine zentralisierte Wirtschaftsplanung erreicht werden, die sich zum Ziel setzt, in kürzester Zeit die Grundstrukturen der Wirtschaft (Bergbau, eisenschaffende Industrie, Hüttenindustrie, Transportwesen, Straßennetz, Wohnungsbau, qualifizierte Arbeitskräfte, usw.) zu schaffen, die die Voraussetzung für die spätere Expansion der Konsumgüterindustrien sind.

Im Rußland des Jahres 1917 oder im heutigen Algerien konnten diese Techniken natürlich erst als Ergebnis eines politisch organisierten revolutionären Prozesses angewendet werden, der die Akkumulation und die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse beschleunigt vorangetrieben hat. Und das ist eben darauf zurückzuführen, daß sich die Notwendigkeit der Planung in der kapitalistischen Gesellschaft erst mit der weltweiten Wirtschaftsintegration bemerkbar macht, wenn die Entwicklung des Weltmarkts, vor allem in seinen binnenwirtschaftlichen Komponenten, die höher entwickelten Länder vor die unausweichliche Notwendigkeit stellt, den Akkumulationsprozeß in allen seinen Phasen und Aspekten zu kontrollieren.

Aber (ohne zunächst auf das Problem des Verhältnisses zwischen Wachstumspolitik und Kampf für den Sozialismus eingehen zu wollen), eines muß hier unbedingt klar herausgestellt werden: nämlich, daß in jeder Situation, auf die die obengenannten Bedingungen zutreffen, diese Ziele nur dann in kürzester Zeit erreicht werden können, wenn die Arbeiterklasse in Gewerkschaften (oder anderen Organisationen) orga-

---

18 Hierzu zählen wir auch die Länder, die zwar über große Industriekomplexe verfügen – wie Rußland im Jahre 1917 –, die aber gegenüber den höher entwickelten kapitalistischen Ländern in einer Art von kolonialem Ausbeutungsverhältnis stehen.

nisiert ist, die sich aktiv an der Wirtschaftsplanung beteiligen; denn nur so kann der Wert der Arbeitskraft exakt im voraus festgelegt werden, und die für ihre Reproduktion erforderliche Menge an Gütern kann sich entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte (in dem festgesetzten Verhältnis) erhöhen, statt ein Element des Widerspruchs zwischen diesen und den Gesellschaftsverhältnissen darzustellen.
Natürlich wird damit das Problem der Natur der Gewerkschaft aufgeworfen: ob sie nämlich – wie es den Anschein hat – eine Frucht der kapitalistischen Gesellschaft ist, deren Aufgabe es ist, den Wert der Arbeitskraft in antagonistischer Weise stets neu auszuhandeln, und welchen Sinn sie in einer Gesellschaft wie der sowjetischen hat, in der die Ausbeutung der Arbeit doch angeblich abgeschafft ist und der Wert der Arbeitskraft von der Arbeiterklasse selbst in nicht-antagonistischen Formen festgelegt werden sollte. Natürlich erhebt sich damit auch die Frage, unter welchen Bedingungen diese Organisationen ihre Funktion wirksam wahrnehmen, d. h. unter welchen Bedingungen die Arbeiterklasse diese Funktionen akzeptiert;
b) entwickelte kapitalistische Länder, in denen nach wie vor ziemlich ausgedehnte Bereiche territorialer wie sektoraler Unterentwicklung bestehen, was beispielsweise für Italien gilt. In diesem Fall ist die Anwendung von Methoden der Wirtschaftsplanung nicht so dringlich wie im Fall der unter a) genannten Länder, auch wenn sie mit zunehmendem durchschnittlichen Entwicklungsniveau des Weltkapitalismus, d. h. mit wachsender internationaler Wirtschaftsintegration und Marktausweitung, immer notwendiger wird, vor allem um die oben erwähnten ökonomischen Bedingungen für die Konsumexpansion zu schaffen, die andernfalls durch eine unvernünftige Ausnutzung der Produktionsfaktoren behindert würde, und um damit der Akkumulation einen zusätzlichen Impuls zu geben[19];
c) hochentwickelte kapitalistische Länder, zu denen vor allem die USA gehören. Diese Länder, die leicht zur Stagnation neigen, verfügen über einen bereits maximal ausgeweiteten Binnenmarkt für langlebige Konsumgüter und damit über einen Grundproduktionsapparat, der die vorhandenen Produktionskapazitäten schwerlich voll auslasten kann.
Das Ziel einer langfristigen zentralisierten Planung müßte es offensichtlich sein, die Produktion von Kapitalgütern der Produktionskapazität der Abteilung II und diese der Kaufkraft des Marktes anzupas-

---

19 In vielen Fällen trifft diese langfristige Notwendigkeit auf vorgegebene und vorübergehende Schwierigkeiten, wie inflationäre Situationen, die – wie im Falle Italiens – Interventionen erforderlich machen, die zu der allgemeineren Strategie der Wachstumsplanung offensichtlich im Widerspruch stehen.

sen. In einem Land wie den USA, wo – wie Gillman bemerkt (der F. C. Mills zitiert)[20] – seit Anfang dieses Jahrhunderts etwa 72% des Zuwachses des Bruttosozialprodukts für den privaten Verbrauch und nur 9% für Kapitalgüter verwendet worden sind und wo Jahr für Jahr Fertigprodukte für Millionen Dollar keinen Absatz finden, während sich gleichzeitig das durchschnittliche Entwicklungsniveau des Weltkapitalismus rasch erhöht, ist ein zentral gelenkter Eingriff (der sich auch auf Verbesserungen bereits bestehender Absprachen zwischen Oligopolen oder auf neue Absprachen gründen könnte), der die Produktionskapazität der beiden Abteilungen mittels der Planung der Produktion von Konsumgütern der maximierten Kaufkraft anpaßt, für die ökonomische und soziale Stabilität des Systems natürlich von großer Wichtigkeit. Es wird wahrscheinlich noch sehr lange dauern, bis man das Problem des Gleichgewichts so sehen wird, auch weil die allgemeinen Bedingungen des Weltmarktes es noch nicht als zwingend notwendig erscheinen lassen[21].

9. Angesichts dessen erscheint die Frage: wohin treibt der Kapitalismus? durchaus berechtigt. Nicht wenige sind in Anbetracht der erwähnten Tendenzen der Ansicht, daß er sich in Richtung auf den Sozialismus entwickele, während andere seinen baldigen Zusammenbruch voraussehen, gerade weil er diese Tendenzen ihres Erachtens nicht aufweist und niemals aufweisen wird. Beide Positionen gehen offensichtlich von *ein und derselben* Prämisse aus, die in der Bedeutung liegt, die der Wirtschaftsplanung zuerkannt wird.

In seiner Polemik gegen den russischen Ökonomisten Struve, der der Marxschen Theorie über die erweiterte Reproduktion vorwarf, zwar

---

20 J. M. Gillman, *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, Frankfurt/M. 1969.

21 Was ein unmittelbares Problem anbelangt, nämlich die Auslastung der gesamten Produktionskapazität der Abteilung II und im besonderen des Sektors, der Autos produziert, kann sich die Produktionsplanung, abgesehen von zentral gesteuerten politischen Eingriffen, auch auf einen Markt stützen, der – wie wir gesehen haben – bereits weitgehend in die gesellschaftliche Produktionsstruktur eingegliedert ist. Diese Erfordernis kann also auf einen gewaltigen Produktionsapparat rechnen, der – auch wenn man die Ausweitung unberücksichtigt läßt – in relativ kurzen Zeitabständen erneuert werden muß. Es könnte versucht werden, jene enorme Kapitalmasse, die der PKW-Bestand darstellt, in möglichst kurzen Zeitabständen zu erneuern. Und tatsächlich ist – wie auch Turner bemerkt – in den Kaufverträgen immer häufiger vorgesehen, daß der Käufer sich verpflichtet, jedes neue Modell (durchschnittlich eines pro Jahr) gegen Rückgabe des vorhergehenden Modells und Zahlung einer Summe, die natürlich unter dem Marktpreis liegt, abzunehmen. Aber auch im Hinblick auf die Ausweitung des Automobilmarktes und der langlebigen Konsumgüter im allgemeinen haben die USA heute ihren »Mezzogiorno« entdeckt, nämlich die arbeitende Negerbevölkerung und damit neue Expansionsmöglichkeiten.

die ideale (d. h. die beste, nicht die vollkommene), aber eine völlig unrealistische Definition der kapitalistischen Produktion darzustellen, erklärt Lenin in einem Aufsatz über die Realisationstheorie, daß die Marxsche Methode eben darin bestanden habe, und er behauptet unter Berufung auf Marx selbst (»[wir haben] nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, darzustellen«), daß, wenn die Theorie der Realisation proportionale Verteilung der Produktion voraussetzt, »zahlreiche historische und praktische Bedingungen existieren (ganz zu schweigen von den immanenten Widersprüchen des Kapitalismus), die viel eher zum Untergang des Kapitalismus führen und führen werden als zur Verwandlung des heutigen *Kapitalismus in einen idealen Kapitalismus.*«[22] Hierin stimmt er übrigens mit Marx selbst überein: »Wird gesagt, daß nicht allgemeine Überproduktion, sondern Disproportion innerhalb der verschiedenen Produktionszweige stattfinde, so heißt dies weiter nichts, als daß innerhalb der kapitalistischen Produktion die Proportionalität der einzelnen Produktionszweige sich als beständiger Prozeß aus der Disproportionalität darstellt, indem hier der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffnes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat«[23]. Und diese Auffassung vertreten auch die zeitgenössischen orthodoxen Marxisten: »Tatsache ist, daß der Kapitalismus, um zu überleben, auf die Dauer keine Diskrepanz zwischen den Entwicklungstendenzen des Konsums (Einkommen der Lohnabhängigen) und denen der Akkumulation (Profit der Kapitalisten) verkraften kann. Andererseits kann er diese Diskrepanz jedoch auch nicht *freiwillig* beseitigen, indem er eine Senkung des Profits durch eine bewußte Politik der Lohnerhöhungen akzeptiert«[24].

Im marxistischen Denken herrscht also die Auffassung vor, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, seine eigene Wirtschaftsstruktur bewußt zu organisieren und seine Entwicklung zu planen, d. h. sich jener idealen Gesamtsituation anzunähern, die dagegen auf theoretischer Ebene durchaus definiert werden kann.

Zahlreiche Aspekte des Spätkapitalismus deuten allerdings darauf hin, wie stark eine kapitalistische Gesellschaft – wie beispielsweise die italienische – auf den verschiedenen Ebenen von der Notwendigkeit

---

22 Lenin, *Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie*, cit., S. 79
23 Marx, *Das Kapital*, III, cit., S. 267.
24 Gillman, a.a.O.

durchdrungen ist, im Gesamtinteresse des Systems Methoden zur umfassenden Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Entwicklung anzuwenden: »... In der Programmierung kommt nicht nur das Bewußtsein zum Ausdruck, das die Kollektivität von ihren Gesamtinteressen und -zielen hat, sondern sie stellt auch eine wertvolle Richtschnur dar, um jede Initiative und jedes Engagement im Wirtschaftsleben – sowohl von seiten der Gewerkschaften als auch der Privatwirtschaft –, die eng miteinander verflochten sind und sich wechselseitig bedingen, möglichst weitgehend zu rationalisieren und auszuwerten. Es gilt, sich von einer oberflächlichen und sterilen Bruchstückhaftigkeit freizumachen, um zu einer rationalen und koordinierten Sicht der ökonomischen und sozialen Entwicklung zu gelangen«[25].

Zwei grundlegende Probleme müssen daher untersucht werden:

a) kann der Kapitalismus – abgesehen von Grundsatzerklärungen oder den Eingriffen zur Korrektur und Stimulierung der Wirtschaft, für die es bereits zahlreiche Anhaltspunkte gibt – die Entwicklung eines Wirtschaftssystems, wenn nicht sogar den Gesamtmechanismus der Produktion und der Konsumtion planen? Unter welchen Bedingungen ist er dazu in der Lage?

b) und wie würde sich das, sofern es ihm gelingen sollte, auf die traditionelle »Natur« des Kapitalismus auswirken, dessen charakteristisches Merkmal sich summarisch als die Entfremdung der Lohnarbeit zwecks Nutzung des gesellschaftlich produzierten Mehrwerts durch bestimmte Machtzentren definieren läßt?

Was das erste Problem anbelangt, so sind in den kapitalistischen Ländern offensichtlich noch nicht genügend Erfahrungen gemacht worden, um eine endgültige Antwort geben zu können. Und die Antwort wird sich nur allmählich und in dem Maße immer deutlicher abzeichnen, wie mit der Erhöhung des durchschnittlichen Entwicklungsniveaus des

---

25 Aus einem Artikel des damaligen Regierungschefs Moro vom Dezember 1963. Dieses Bewußtsein bricht sich übrigens inzwischen auch in den Schlüsselsektoren der Industrie Bahn. In einem Vortrag, den einer der leitenden Männer der Fiat-Werke, Ingenieur Bono, in Turin gehalten hat, führte er u. a. aus: »Die Frage ist, ob der Privatinitiative die Entscheidungsgewalt infolge der außerbetrieblichen Programmierung nicht teilweise entzogen wird ... Tatsächlich sind wir bereits ›gefesselte Freie‹ ...; ... die Entwicklung der Industriegesellschaft ist notwendigerweise mit einer ständigen Ausweitung der Dimensionen und der funktionellen Zusammenhänge verbunden. Unter dem Druck des stürmischen Fortschritts der Technik und der dadurch – in allen Wirtschaftssystemen – bedingten Notwendigkeit massiver Investitionen ist die moderne Wirtschaft darauf ausgerichtet, einer zunehmenden Erfordernis der Regelung der gegenwärtigen und der Voraussage der zukünftigen Aktivität Rechnung zu tragen. In diesen beiden Erfordernissen – Regelung und Voraussage – lassen sich die allerersten Ansätze der Programmierung erkennen.«

Weltkapitalismus (auch dank der höheren Entwicklungsstufe der heute unterentwickelten Länder), mit der wirtschaftlichen Integration und der Einführung von Techniken zur Kontrolle der Wirtschaftsentwicklung die Anwendung dieser Methoden in anderen Ländern und schließlich in allen kapitalistischen Ländern immer zwingender wird, da ihre partielle Anwendung territoriale Disproportionen in internationalem Maßstab heraufbeschwört und verschärft, die die zunehmende Integration sehr widerspruchsvoll machen. Eines steht allerdings schon heute fest: radikale Lösungen wie die Wirtschaftsplanung bedürfen der Mitarbeit oder zumindest der »Indifferenz« der Arbeiterklasse gegenüber den quantitativen und qualitativen Erfordernissen des Kapitals (Lohnniveau und -struktur, usw.).

Da die Variable Lohn objektiv den heikelsten Punkt des zu kontrollierenden Mechanismus darstellt, weil die Arbeitskraft als einziges Element a priori nicht vollkommen kontrollierbar ist, fällt den Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere den Gewerkschaften, natürlich eine wichtige Funktion zu. Diese Funktion ist allerdings – vor allem in den europäischen Ländern – schwierig, denn je offener sie wahrgenommen wird, desto stärker ist die Tendenz der Arbeiterklasse, ihren Beitritt zu diesen Organisationen zu verweigern, die damit auch für den Kapitalismus völlig unnütz zu werden drohen; in den USA, wo die Arbeiterklasse in mächtigen Einheitsgewerkschaften zusammengeschlossen ist, ist dies dagegen nicht der Fall.

Auf theoretischer Ebene – und darin können wir mit Oskar Lange[26] übereinstimmen – wirft die kapitalistische Planung keine Schwierigkeiten auf: die Schwierigkeiten, die der Kapitalismus bei der Anwendung dieser Techniken zu überwinden hat, liegen nicht in den Techniken selbst, die man als »wissenschaftliche Planungsinstrumente schlechthin bezeichnen kann, ... sondern in den Instrumenten, die geeignet sind, den Plan gegenüber den herrschenden Privatinteressen durchzusetzen«. Allerdings werden diese Schwierigkeiten in Ländern wie Frankreich allmählich überwunden, während das Verhalten der Arbeiterklasse (das Lange in seiner Analyse unberücksichtigt läßt) nach wie vor erhebliche Probleme aufwirft.

Nach Ansicht Langes[27] ist es bisher allein dem sowjetischen Wirt-

---

26 O. Lange, *La pianificazione,* in »Il Filo Rosso«, Nr. 5, Oktober 1963.

27 Auch wenn es dem sowjetischen System nicht gelungen ist, das wichtige Problem der Arbeitsproduktivität zu lösen. Und da man gewiß nicht behaupten kann, daß dies auf eine bewußte Entscheidung der sozialistischen Gesellschaft zurückzuführen ist (man lese hierzu die alten Texte wie die »Rede auf der ersten Konferenz der Stachanowisten der UdSSR«, die Stalin im Jahre 1935 gehalten hat, sowie jüngere Texte, vor allem von Chruschtschow und Kossygin), muß man folgern, daß die

schaftssystem gelungen, jenes von Marx entworfene Modell zu reproduzieren, das Lenin als »idealen Kapitalismus« charakterisiert hatte: »Das, was wir im allgemeinen Methodologie der Planung nennen, ging von zwei Prämissen aus: einerseits von der Marxschen Theorie der erweiterten Reproduktion und andererseits von den Grundsätzen der Rechnungsführung und der Bilanzierung, wie sie sich historisch im Rahmen des kapitalistischen Unternehmens entwickelt haben«[28]. Die kapitalistischen Länder, vor allem in Europa, haben dagegen so große und so zahlreiche Schwierigkeiten zu bewältigen (insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitskraft), daß jede Alternative möglich erscheint.
Was das zweite Problem, nämlich Planung und »Natur« des Kapitalismus, anbelangt, so sei lediglich darauf hingewiesen, daß die Ausbeutung der Arbeit nicht durch die – abstrakt gesehenen – Techniken bedingt ist, die die Gesellschaft zur Organisation der Wirtschaft anwendet, und daß der antagonistische Charakter des Systems nur mit der Überwindung der Struktur des kapitalistischen Entscheidungssystems, das die Produktion und die Nutzung des produzierten Mehrwerts regelt, aufgehoben werden kann. Oder anders ausgedrückt (aber das ist dasselbe), in einer sozialistischen, noch nicht kommunistischen Gesellschaft, in der die Arbeitskraft nach ihrem Wert bezahlt wird (auch wenn sie natürlich nicht den ganzen produzierten Wert erhält), kann von Selbstkontrolle des Verwertungsprozesses nur dann die Rede sein, wenn die Arbeiterklasse selbst der Angelpunkt des Entscheidungssystems ist, d. h. wenn sie über alles selbst entscheiden kann, auch z. B. die Herabsetzung der Arbeitsintensität, wenn das System also in der Lage ist, sowohl auf der Ebene der Macht als auch auf der der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts echte Gleichheitsbedingungen zu schaffen.
Aber auch bei einer vollständigen Planung der Wirtschaft wäre die Arbeiterklasse doch immer noch antagonistisch ausgebeutet, solange die Entscheidungen auf bürokratisch-repräsentativem Wege – wie in den parlamentarischen Demokratien und unter dem Stalinismus – getroffen werden, solange die Arbeit für den Produzenten nicht die Ausführung der kollektiven Entscheidungen bedeutet und auf der Grundlage einer hierarchischen Skala bewertet wird.
10. Die marxistisch-leninistische Theorie ging davon aus, daß der Binnen- und der Auslandsmarkt in erster Linie ein Markt der Pro-

---

anhaltende niedrige Arbeitsproduktivität nur auf zwei Ursachen zurückzuführen ist: entweder auf eine Verweigerung der Zusammenarbeit von seiten der Arbeiterklasse oder auf die Mängel der sowjetischen Produktionsorganisation.
28 O. Lange, a.a.O.

duktionsmittel war und daß die (vor allem auf dem Bevölkerungszuwachs beruhende) tendenzielle Ausdehnung des Konsumgütermarktes innerhalb enger objektiver Grenzen erfolgte. Damit erkannte sie dem ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse und ihrem Zusammenschluß *zu diesem Zweck eine sehr wichtige* Funktion zu: »Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse«[29]. D. h. der Kampf zur Überwindung der engen Basis, auf der sich der Konsum der Proletariermassen entwickelte, war ein wichtiges Element zur Durchbrechung des Systems, dessen historische Aufgabe es war, die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu entwickeln: »Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewußt die materiellen Bedingungen einer höheren Produktionsform«[30].

So sah der Kapitalismus zu Marx' Zeiten tatsächlich aus: der ständige Druck der Arbeiterklasse, die darauf drängte, die engen Grenzen zu überwinden, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte sie hielt, schaffte dadurch, daß die Spannung zwischen den beiden Klassen aufs höchste gesteigert wurde, die idealen Bedingungen für die revolutionäre Organisation der Eroberung der politischen Macht.

11. Natürlich sind die objektiven Bedingungen noch nicht die Revolution, und in den meisten kapitalistischen Ländern des Westens sind diese Bedingungen zudem bereits nicht mehr gegeben. In der Tat ist es zu katastrophalen zyklischen Krisen gekommen, ohne daß die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hätte; im Gegenteil, die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse haben schließlich nur dazu geführt, daß das System auf ein höheres Niveau gedrängt wurde (Hand in Hand mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse); damit verlagerte sich der Klassenkampf politisch immer mehr auf den Boden des Systems und trug zu seiner Konsolidierung bei.

Natürlich hat sich dieser Prozeß nicht als mechanisches Ergebnis der Expansion des Kapitals vollzogen, sondern ist eine Folge der kapitalistischen Strategie zur politischen Stabilisierung der expandierenden Wirtschaftsstruktur. Während der ökonomische Kampf der Arbeiter-

---

29 Marx, *Das Kapital*, I, MEW, Bd. 23, S. 790–91
30 Marx, *Das Kapital*, III, MEW, Bd. 25, S. 269

klasse in zunehmendem Maße zu einem Mechanismus der Entwicklung des Kapitals »in die Breite und in die Tiefe« wurde, führte die Notwendigkeit, dabei eine bestimmte Proportionalität zu wahren, zu der allmählichen Institutionalisierung der verschiedenen politisch-organisatorischen Kampfformen. Gewerkschaft und Partei einerseits und Kapitalisten andererseits standen sich so historisch auf allen Ebenen in einem Kräftekampf gegenüber, der innerhalb enger Grenzen von Gesetzen geregelt wurde, die immer besser jene Gleichheitsbedingungen gewährleisteten, die für ein wirksames Funktionieren der Klassenorganisationen unerläßlich sind.

Wenn dem nämlich nicht so wäre, »wenn die organisierte Arbeit nicht stark genug wäre, um durchzusetzen, daß die Reallöhne in demselben Verhältnis wie die Produktivität anwachsen, dann würde es an effektiver Nachfrage fehlen und die kapitalistische Wirtschaft verfiele in Stagnation. Jeder einzelne Kapitalist muß sich individuell einer Lohnforderung widersetzen und versuchen, eine möglichst hohe Profitrate aufrechtzuerhalten; aber die Kapitalisten verdanken ihr Überleben als Klasse der Tatsache, daß sie nicht zu entschieden siegen: der Klassenkampf ist zu einem Spiel geworden, das für die zur Erhaltung der Gesundheit erforderliche Übung sorgt«[31].

12. Aber damit die Organisationen sich institutionalisierten und objektiv und bewußt – wenn auch mit einer gewissen Autonomie – die Funktion erfüllten, die der Kapitalismus ihnen übertragen hatte, damit die Verhandlungen auf allen Ebenen zur Kampfmethode der Arbeiterklasse wurden und der Weg zum Sozialismus als Veränderung der Wirkungsweise der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur verstanden wurde, war es notwendig, daß dieser Weg zu einer theoretischen Entscheidung der Arbeiterbewegung, zu einer ideologischen Voraussetzung ihrer Aktion wurde.

Diese tatsächlich eingetretene theoretische Zustimmung der organisierten Arbeiterklasse zu dem kapitalistischen Ziel der politischen Regulierung des Wirtschaftswachstums ging – entsprechend dem sowjetischen Beispiel – von der grundlegenden Annahme aus, daß die sozialistische Gesellschaft nichts weiter sei als eine Gesellschaft, die ihr Wirtschaftswachstum plant, um die Entwicklung der Produktivkräfte so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen und dann die materiellen Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen (wobei die kommunistische Gesellschaft nur die Vervollkommnung dieser Art von Gesellschaft darstellt), und daß sie nicht etwa eine Gesellschaft ist, in der die

31 Joan Robinson, a.a.O.

Arbeiterklasse auf allen Ebenen über ihr Schicksal selbst entscheidet, von der Organisation der gesellschaftlichen Produktion bis hin zur Werteordnung, die man seinem Leben zugrunde legen will und die sich auch auf andere Werte als auf die langlebigen Konsumgüter gründen könnte. Wenn man von dieser Annahme ausgeht, wird der »Sozialismus« unvermeidlich, sobald der Weg der Wirtschaftsplanung beschritten wird: auch wenn diese – zufälligerweise – von den Kapitalisten durchgeführt wird.

(Quaderni Rossi, Nr. 4, 1964)

Raniero Panzieri
Mehrwert und Planung

Randbemerkungen zur Lektüre des Kapitals

Zwei zentrale Themen des Marxschen Denkens stehen in den frühen Schriften Lenins im Vordergrund. Das erste Thema ist das der Einheit des Kapitalismus (als gesellschaftliche Funktion) in seinen verschiedenen Entwicklungsstadien, vom Handels- und Wucherkapital bis zum industriellen Kapitalismus, »der zunächst technisch durchaus primitiv ist und sich nicht von den alten Produktionssystemen unterscheidet, dann entsteht die Manufaktur, die immer noch auf der manuellen Arbeit beruht und sich überwiegend auf das Kustargewerbe stützt, ohne die Fesselung des Lohnarbeiters an die Scholle anzutasten – und ihre Vollendung findet die Entwicklung in der maschinellen Großindustrie«[1]. Lenin erkennt sehr deutlich, daß die Warenproduktion als die allgemeinste Form der Produktion nur in der kapitalistischen Produktion verwirklicht ist, in der die Warenform des Arbeitsprodukts eben »allgemein« ist; aber das heißt, »daß nicht nur das Arbeitsprodukt, sondern auch die Arbeit selbst, d. h. die menschliche Arbeitskraft, Warenform annimmt«[2]. Damit hat Lenin seine Polemik gegen die Volkstümler auf solide Grundlagen gestellt: »Zweifellos ist es völlig abgeschmackt, die russischen Zustände dem Kapitalismus gegenüberzustellen, da sich diese ... Gegenüberstellung auf die technische Rückständigkeit unserer Volkswirtschaft, auf das Überwiegen der manuellen Produktion u. dgl. m. stützt – denn es gibt Kapitalismus sowohl bei niedriger als auch bei hochentwickelter Technik«[3].

Zweitens greift Lenin in seiner Polemik gegen die »ökonomische Romantik« der Volkstümler die Angriffe wieder auf, die Marx gegen diejenigen gerichtet hatte, die den Kapitalismus und insbesondere die

---

1 Lenin, *Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung*, in *Werke*, Bd. 1, Berlin 1961, S. 455.
2 Ibid., S. 454
3 Ibid.

Krisen aus der »Unterkonsumtion« erklärt hatten. Auch die Volkstümler wie Sismondi trennen die Konsumtion von der Produktion und behaupten, daß die Produktion auf Naturgesetzen beruhe, während die Konsumtion von der Verteilung und folglich vom menschlichen Willen abhänge. Aber der Gegenstand der politischen Ökonomie »ist keineswegs ›die Produktion materieller Werte‹ ..., sondern ihr Gegenstand sind die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen in der Produktion. Nur wenn man ›Produktion‹ im ersteren Sinne versteht, kann man die ›Verteilung‹ von ihr trennen, und dann figurieren in dem ›Abschnitt‹ über die Produktion an Stelle von Kategorien historisch bestimmter Formen der gesellschaftlichen Wirtschaft Kategorien, die sich auf den Arbeitsprozeß schlechthin beziehen; gewöhnlich dienen solche inhaltlosen Banalitäten dann lediglich dazu, die historischen und sozialen Verhältnisse zu vertuschen. (Ein Beispiel ist schon der Begriff Kapital). Wenn wir hingegen die ›Produktion‹ konsequent als gesellschaftliche Beziehungen in der Produktion betrachten, so werden sowohl die ›Verteilung‹ als auch die ›Konsumtion‹ jede selbständige Bedeutung verlieren. Sind die Produktionsverhältnisse einmal geklärt, so sind *damit* sowohl der den einzelnen Klassen zufallende Anteil am Produkt als folglich auch die ›Verteilung‹ und ›Konsumtion‹ geklärt. Und umgekehrt, sind die Produktionsverhältnisse ungeklärt geblieben (z. B. wenn man den Produktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als Ganzes nicht versteht), so verwandeln sich alle Ausführungen über Konsumtion und Verteilung in Banalitäten oder harmlose romantische Wünsche«[4].

Natürlich nimmt Lenin das von Marx entwickelte Schema der Akkumulation wieder auf[5].

Gerade die wissenschaftliche Analyse der Akkumulation und der Realisierung des Produkts ermöglicht es, die Krisen nicht aus der Unterkonsumtion zu erklären, sondern aus »dem Widerspruch zwischen dem

4 Lenin, *Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik*, in *Werke*, cit., Bd. 2, S. 198

5 Vgl. ibid., den ganzen Abschnitt über *Die Akkumulation in der kapitalistischen Gesellschaft*, S. 148–55, wo es beispielsweise heißt: »Um die Produktion zu erweitern (um zu ›akkumulieren‹ in der kategorischen Bedeutung dieses Terminus), ist es notwendig, zunächst Produktionsmittel zu erzeugen; und dazu bedarf es folglich der Erweiterung der Abteilung der gesellschaftlichen Produktion, die Produktionsmittel herstellt, zu diesem Zweck aber müssen *ihr* Arbeiter zugeführt werden, die bereits *eine Nachfrage auch nach Konsumtionsmitteln* geltend *machen*. Die ›Konsumtion‹ entwickelt sich demnach *im Gefolge* der ›Akkumulation‹ oder *im Gefolge* der ›Produktion‹ ... In der Entwicklung dieser beiden Abteilungen der kapitalistischen Produktion ist also Gleichmäßigkeit nicht nur nicht unbedingt notwendig, sondern im Gegenteil, die Ungleichmäßigkeit ist unvermeidlich« (S. 148–49).

gesellschaftlichen Charakter der Produktion (die durch den Kapitalismus vergesellschaftet worden ist) und der privaten, individuellen Aneignungsweise«[6]. Hier taucht bei Lenin in äußerst schematischer Form die Erklärung der Krisen aus der »Unordnung der Produktion« auf[7]. Lenin gelangt so zu zwei bedeutenden Schlußfolgerungen: erstens betrachtet er die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und die Kapitalbewegungen grundsätzlich als Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse; zweitens weist er auf dieser Grundlage die verschiedenen reaktionären Utopien zurück, die in Rußland gegen Ende des 19. Jahrhunderts angesichts des stürmischen Vordringens des Kapitalismus spontan wiederaufkamen[8]. Gegenüber der »sentimentalen Kritik« am Kapitalismus betont Lenin nachdrücklich die historische Notwendigkeit und den fortschrittlichen Charakter des Kapitalismus. Aber seine Analyse der durch die kapitalistische Entwicklung bedingten Vergesellschaftungsprozesse, die die »Zersetzung« der Bauernwirtschaft und des Handwerksbetriebs (des Kapitalismus in seiner merkantilistischen Phase) herbeigeführt haben, ist einseitig und begrenzt: er scheint den »antagonistischen Charakter« der Entwicklung eben in dem Verhältnis zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der Anarchie der Zirkulation zu sehen und die den Vergesellschaftungsprozessen immanenten Widersprüche als bloßen Reflex der Anarchie zu betrachten. Der kapitalistische Markt, der allgemeine Austausch »vereinigt [die Menschen], indem er sie zwingt, ... miteinander in Beziehung zu treten«[9]. Die ganze Analyse der Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit und der Vergesellschaftung dieser Arbeit, die Lenin am Ende seiner Schrift *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland* vornimmt, gründet sich auf die Entstehung eines »riesigen nationalen Marktes« an Stelle der »der Naturalwirtschaft eigentümlichen Zersplitterung der kleinen Wirtschaftseinheiten«; sowie auf die allgemeine Mobilität der Arbeitskraft, die die Formen der patriarchalischen Abhängigkeit der Produzenten zerstört und große Einheiten freier Lohnarbeiter schafft[10]. Diese Prozesse entstehen unmittelbar aus der maschinellen Industrie: »die maschinelle Industrie [ist] nicht nur deshalb ein riesiger Fortschritt in der kapitalistischen Gesellschaft, weil sie die Produktivkräfte gewaltig steigert und die Arbeit in der ganzen Gesellschaft vergesellschaftet, sondern auch weil

6 Vgl. ibid., S. 161
7 Ibid.; vgl. S. 165 und den ganzen Abschnitt über *Die Krise*, S. 160–68
8 Vgl. insbesondere ibid., S. 166–67, S. 192 ff., S. 199 ff.
9 Ibid., S. 216
10 Lenin, *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland*, in *Werke*, cit., Bd. 3, S. 619

sie die manufakturmäßige Arbeitsteilung zerstört, weil sie es notwendig macht, daß die Arbeiter von einer Beschäftigung zur anderen übergehen, weil sie die rückständigen patriarchalischen Verhältnisse – besonders *im Dorfe* – endgültig zerstört und weil sie sowohl aus den genannten Ursachen als auch infolge der Konzentration der industriellen *Bevölkerung einen* überaus starken Anstoß zu einer fortschrittlichen Bewegung der Gesellschaft gibt«[11]. Natürlich übersieht Lenin keineswegs, welche Auswirkungen die kapitalistische Anwendung der Maschinen auf die Lage der Arbeiterklasse hat[12], aber er sieht nicht, daß sich die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus (relativer Mehrwert, Profitmaximierung), die in der Epoche der Konkurrenz das individuelle Kapital zur Triebfeder der Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals machen, im Bereich der unmittelbaren Produktion, auf Fabrikebene, als kapitalistische Planung darstellen. In der Leninschen Analyse der Fabrik fehlt der von Marx geprägte Begriff der kapitalistischen Aneignung der Wissenschaft und Technik, die die Grundlage der Verwirklichung des despotischen Plans des Kapitals bildet. Bei Lenin haftet der Entwicklung der Produktivkräfte, als spezifische Entwicklungsform der kapitalistischen Großindustrie, noch etwas Geheimnisvolles an: die kapitalistische Planung erscheint nicht als Grundform der unmittelbaren Produktion, und die Vergesellschaftung der Arbeit ist für ihn nur unter »ökonomischen« Gesichtspunkten, die der Planung selbst nicht immanent sind, vom Kapitalismus entstellt. Die kapitalistische Technologie und der kapitalistische Plan stehen völlig außerhalb des gesellschaftlichen Verhältnisses, von dem sie beherrscht und geprägt sind. Die Anarchie ist für ihn das spezifische Merkmal des Kapitalismus, der wesentliche Ausdruck des Mehrwertgesetzes; und sie entscheidet auch über das historische Geschick des Kapitalismus. Es besteht ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen der Zusammenfassung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und der Tatsache, daß jeder einzelne Produktionszweig von einem einzelnen Kapitalisten geleitet ist und ihm die gesellschaftlichen Produkte als Privateigentum überläßt. Die Möglichkeit einer »Zusammenfassung der Produktionsprozesse [aller Kapitalisten] zu einem einzigen gesellschaftlichen Produktionsprozeß« wird von Lenin ausdrücklich als absurd zurückgewiesen, da sie mit dem Privateigentum unvereinbar sei[13].

---

11 Lenin, *Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik*, a.a.O., S. 182

12 Lenin, *Entwurf und Erläuterung des Programms der sozialdemokratischen Partei*, in *Werke*, cit., Bd. 2, S. 95 ff.

13 Lenin, *Wo sind die »Volksfreunde« und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?*, in *Werke*, cit., Bd. 1, S. 246

Es sei an dieser Stelle nur an einige wesentliche Punkte der Analyse des unmittelbaren Produktionsprozesses im vierten Abschnitt des ersten Bandes des *Kapitals* erinnert, wobei wir die bekannten Texte von Marx und Engels (*Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, Anti-Dühring*, usw.), die die Leninsche Interpretation zu bestätigen scheinen, unberücksichtigt lassen.

In erster Linie muß darauf hingewiesen werden, daß der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit nicht in einer gesellschaftlich »neutralen« Sphäre erfolgt, sondern von Anfang an der kapitalistischen Entwicklung immanent ist. Mit dem Akt, der den kapitalistischen Prozeß begründet – mit der Umwandlung von Arbeit in Ware – tritt der Arbeiter die Verwendung seiner individuellen Arbeitskraft an den Kapitalisten ab. Das gilt für alle Ebenen, auf denen sich der Kauf und Verkauf der Arbeitskraft abspielt: »Der Kapitalist zahlt ... den Wert der ... selbständigen Arbeitskräfte, aber er zahlt nicht die kombinierte Arbeitskraft ...«[14]. Das Verhältnis der Arbeiter untereinander, die Kooperation, tritt erst *nach* dem Akt des Kaufs und Verkaufs der Arbeitskraft ein, der lediglich ein Verhältnis zwischen den *einzelnen Arbeitern* und dem Kapital herstellt. Bei Marx ist also das Verhältnis zwischen dem Arbeitsprozeß und dem Kapitalverwertungsprozeß, auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses betrachtet, sehr viel enger und komplexer als auf der Ebene des gesamten Produktionsprozesses. Die Kooperation »beginnt erst im Arbeitsprozeß, aber im Arbeitsprozeß haben [die Arbeiter] bereits aufgehört, sich selbst zu gehören. Mit dem Eintritt in denselben sind sie dem Kapital einverleibt. Als Kooperierende, als Mitglieder eines werktätigen Organismus, sind sie selbst nur eine besondere Existenzweise des Kapitals. Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals«[15].

Hierin liegt die grundlegende Mystifikation der politischen Ökonomie: »Weil die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit dem Kapital nichts kostet, weil sie andrerseits nicht von dem Arbeiter entwickelt wird, bevor seine Arbeit selbst dem Kapital gehört, erscheint sie als Produktivkraft, die das Kapital von Natur besitzt, als seine immanente Produktivkraft«[16]. Die *historische* Bestimmung der Formen der einfachen Kooperation nimmt Marx vor, um den *spezifischen* Charak-

---

14 Marx, *Das Kapital*, I, in MEW, Berlin 1970, Bd. 23, S. 352
15 Ibid. S. 352–53
16 Ibid., S. 353

ter zu betonen, den sie in der kapitalistischen Produktionsweise annimmt. Sie tritt in der Tat »in den Kulturanfängen der Menschheit, bei Jägervölkern oder etwa in der Agrikultur indischer Gemeinwesen« auf, aber in diesen Situationen »beruht [sie] einerseits auf dem Gemeineigentum an den Produktionsbedingungen, andrerseits darauf, daß das einzelne Individuum sich von der Nabelschnur des Stammes oder des Gemeinwesens noch ebensowenig losgerissen hat wie das Bienenindividuum vom Bienenstock«[17]. Es gibt übrigens historisch gesehen eine andere Form der Kooperation in großem Maßstab, nämlich »in der antiken Welt, dem Mittelalter und den modernen Kolonien«, die »auf unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen, zumeist auf der Sklaverei [beruht]«[18]. »Kolossal zeigt sich« – in dieser Form – »die Wirkung der einfachen Kooperation in den Riesenwerken der alten Asiaten, Ägypter, Etrusker, usw.«[19]. Auf der Grundlage der *unmittelbaren* Sklaverei verfügten die »asiatischen und ägyptischen Könige oder etruskischen Theokraten usw.« – hier zitiert Marx R. Jones – über einen »Überschuß an Lebensmitteln« und »über die Hände und Arme fast der ganzen nicht ackerbauenden Bevölkerung«[20]. Marx fügt hinzu: »Diese Macht ... ist in der modernen Gesellschaft auf den Kapitalisten übergegangen, ob er nun als vereinzelter Kapitalist auftritt, oder, wie bei Aktiengesellschaften, als kombinierter Kapitalist«[21]. Es liegt allerdings auf der Hand, daß es sich hier nur um eine allgemeine historische Identität oder Kontinuität handelt, die keine große Aussagekraft besitzt. Der *spezifische* Charakter der Kooperation in ihrer kapitalistischen Form liegt darin begründet, daß sie nicht auf *unmittelbarer* Sklaverei oder Knechtschaftsverhältnissen beruht, die mit der Auflösung der feudalen Produktionsweise verschwinden, sondern auf dem Verhältnis, das der *freie* Lohnarbeiter eingeht, indem er seine Arbeitskraft an das Kapital verkauft. Im Gegensatz zur Bauernwirtschaft und zum unabhängigen Handwerksbetrieb, die nach der Auflösung des Feudalismus noch für eine gewisse Zeit neben dem kapitalistischen Betrieb weiterbestehen, »erscheint die kapitalistische Kooperation nicht als eine besondre historische Form der Kooperation, sondern die Kooperation selbst als eine dem kapitalistischen Produktionsprozeß eigentümliche und ihn spezifisch unterscheidende historische Form«. »Im Gegensatz zum Produk-

17 Ibid., S. 353–54
18 Ibid., S. 354
19 Ibid., S. 353
20 Ibid.
21 Ibid.

tionsprozeß vereinzelter unabhängiger Arbeiter oder auch Kleinmeister« stellt sich die Kooperation, die »die erste Änderung« des wirklichen Arbeitsprozesses ist, so lediglich als eine Folge seiner »Subsumption unter das Kapital« dar[22].

Die Kooperation ist die *Grundform* der kapitalistischen Produktionsweise, die allen ihren besonderen Formen, bis hin zu den höchstentwickelten, zugrunde liegt: sie ist nämlich der Ausgangspunkt der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die gleichzeitig als Produktivkraft des Kapitals erscheint. Die Kooperation in ihrer kapitalistischen Form ist daher die erste, grundlegende Äußerung des (Mehr-)Wertgesetzes. Die besonderen Merkmale dieser Äußerung lassen sich leichter bestimmen, wenn wir die Kooperation – mit Marx – nicht mehr historisch-deskriptiv, sondern im Wege einer sozio-ökonomischen Analyse untersuchen. »Die Form der Arbeit vieler, die in demselben Produktionsprozeß oder in verschiednen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben- und miteinander arbeiten, heißt Kooperation.«[23] Seit dem Auftreten der Grundform seiner Produktionsweise, nämlich der Kooperation, »subsumiert« das Kapital also einen planmäßigen Arbeitsprozeß unter sich. Die Planung steht keineswegs im Gegensatz zur Funktionsweise des Kapitals, sondern erscheint auf der Ebene der unmittelbaren Produktion direkt als wesentlicher Aspekt jenes Arbeitsprozesses, dessen Entwicklung von der Entwicklung des Kapitals abhängt. Zwischen Planung und Kapital besteht natürlich kein Widerspruch. Indem sich das Kapital des Arbeitsprozesses in seiner kooperativen Form bemächtigt (und damit seine »historische Aufgabe« erfüllt), eignet es sich gleichzeitig das besondere Wesensmerkmal dieses Prozesses an, das eben in der Planung besteht.

Marx versucht in seiner Analyse in der Tat nachzuweisen, daß das Kapital die Planung auf allmählich immer höheren Entwicklungsstufen des Produktionsprozesses – von der einfachen Kooperation über die Manufaktur bis zur Großindustrie – einsetzt, um seine Herrschaft über die Arbeitskraft auszudehnen und zu verstärken, um immer weitgehender über sie verfügen zu können, und daß ein zunehmender kapitalistischer Gebrauch der Planung in der Fabrik stets die Antwort ist, mit der das Kapital den negativen Auswirkungen sowohl der ungeordneten Bewegung und der Konflikte zwischen den einzelnen Kapitalisten in der Zirkulationssphäre als auch der gesetzlichen Beschränkungen der extensiven Ausbeutung der Arbeitskraft zu begegnen sucht.

---

22 Ibid., S. 354
23 Ibid., S. 344

Der erste Aspekt, in dem sich die kapitalistische Planung äußert, besteht in der »Funktion der Leitung, Überwachung und Vermittlung«, d. h. in den »allgemeinen Funktionen ..., die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen«[24], und die offensichtlich Charaktermerkmale der kooperativen Arbeit sind. So verflechten und vereinigen sich das Kommando über die Arbeit und die Funktion der Leitung in einem objektiven Mechanismus, der den Arbeitern gegenübersteht. »Die Kooperation der Lohnarbeiter ist ... bloße Wirkung des Kapitals, das sie gleichzeitig anwendet. Der Zusammenhang ihrer Funktionen und ihre Einheit als produktiver Gesamtkörper liegen außer ihnen, im Kapital, das sie zusammenbringt und zusammenhält. Der Zusammenhang ihrer Arbeiten tritt ihnen daher ideell als Plan, praktisch als Autorität des Kapitalisten gegenüber, als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft. Wenn daher die kapitalistische Leitung dem Inhalt nach zwieschlächtig ist, wegen der Zwieschlächtigkeit des zu leitenden Produktionsprozesses selbst, welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produkts, andrerseits Verwertungsprozeß des Kapitals, so ist sie der Form nach despotisch«[25]. Der Mechanismus des kapitalistischen Plans (sein despotischer Charakter) erweitert und vervollkommnet sich tendenziell im Laufe der kapitalistischen Entwicklung, zum einen, weil es notwendig ist, eine stets zunehmende Masse Arbeitskraft und folglich die wachsende Widerstandskraft der Arbeiter zu kontrollieren, zum anderen, weil das Wachstum der Produktionsmittel eine entsprechend verstärkte Integration des »lebenden Rohmaterials« erforderlich macht.
Bekanntlich ist die technische Grundlage der Arbeitsteilung in der Manufaktur nach wie vor die Handwerksarbeit: »Die spezifische Maschinerie der Manufakturperiode bleibt der aus vielen Teilarbeitern kombinierte Gesamtarbeiter selbst«[26]. Aber die kombinierte Arbeit der vom Handwerksbetrieb »ererbten« Teilarbeiter vermag keine echte technische Einheit zustande zu bringen, sondern hierzu bedarf es der maschinellen Industrie. Die (kapitalistische) »Versachlichung« des Produktionsprozesses gegenüber dem Arbeiter ist hier jedoch bereits sehr weit fortgeschritten: die kapitalistische Planung ist bereits so hoch entwickelt, daß sie die Beziehung-Opposition zwischen manufakturmäßiger Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Arbeitsteilung verallgemeinert. In der Sphäre der unmittelbaren Produktion »[produziert] der

24 Ibid., S. 350
25 Ibid., S. 351
26 Ibid., S. 369

Teilarbeiter keine Ware ... Erst das gemeinsame Produkt der Teilarbeit verwandelt sich in Ware«[27]. Einerseits werden in der Produktion aufgrund des »ehernen Gesetzes der Verhältniszahl oder Proportionalität bestimmte Arbeitermassen unter bestimmte Funktionen subsumiert«, andererseits »treiben Zufall und Willkür ihr buntes Spiel in der Verteilung der Warenproduzenten und ihrer Produktionsmittel unter die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeitszweige«[28]. Die Autorität des Kapitals tritt unmittelbar in der Produktion in Erscheinung: in dieser Sphäre beruht das Gleichgewicht des Systems auf der despotisch festgesetzten Proportionalität zwischen den verschiedenen Arbeitsfunktionen; auf gesellschaftlicher Ebene verwirklicht sich die Tendenz zum Gleichgewicht nicht im Wege bewußter Vorausplanung und Entscheidung, sondern nur »in einem naturwüchsigen System«, das seine Gesetze auch gegen den Willen der einzelnen Produzenten aufzwingt: »Die bei der Teilung der Arbeit im Innern der Werkstatt a priori und planmäßig befolgte Regel wirkt bei der Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft nur a posteriori als innre, stumme, im Barometerwechsel der Marktpreise wahrnehmbare, die regellose Willkür der Warenproduzenten überwältigende Naturnotwendigkeit«[29]. Damit ist die allgemeine Funktionsweise des Kapitalismus der freien Konkurrenz umrissen, wie sie sich schon in der Manufaktur äußert: Anarchie in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, Despotie (Plan) in der Arbeitsteilung *in der Fabrik. Diesem* für den Kapitalismus der freien Konkurrenz

---

27 Ibid., S. 376; vgl. S. 381–82: »Die eigentliche Manufaktur unterwirft nicht nur den früher selbständigen Arbeiter dem Kommando und der Disziplin des Kapitals, sondern schafft überdem eine hierarchische Gliederung unter den Arbeitern selbst. Während die einfache Kooperation die Arbeitsweise der einzelnen im großen und ganzen unverändert läßt, revolutioniert die Manufaktur sie von Grund aus und ergreift die individuelle Arbeitskraft in ihrer Wurzel. Sie verkrüppelt den Arbeiter in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen, wie man in den La-Plata-Staaten ein ganzes Tier abschlachtet, um sein Fell oder seinen Talg zu erbeuten. Die besondren Teilarbeiten werden nicht nur unter verschiedne Individuen verteilt, sondern das Individuum selbst wird geteilt, in das automatische Triebwerk einer Teilarbeit verwandelt und die abgeschmackte Fabel des Menenius Agrippa verwirklicht, die einen Menschen als bloßes Fragment seines eignen Körpers darstellt. Wenn der Arbeiter ursprünglich seine Arbeitskraft an das Kapital verkauft, weil ihm die materiellen Mittel zur Produktion einer Ware fehlen, versagt jetzt seine individuelle Arbeitskraft selbst ihren Dienst, sobald sie nicht an das Kapital verkauft wird. Sie funktioniert nur noch in einem Zusammenhang, der erst nach ihrem Verkauf existiert, in der Werkstatt des Kapitalisten. Seiner natürlichen Beschaffenheit nach verunfähigt, etwas Selbständiges zu machen, entwickelt der Manufakturarbeiter produktive Tätigkeit nur noch als Zubehör zur Werkstatt des Kapitalisten«.

28 *Ibid., S. 376*

29 Ibid., S. 377

typischen Verhältnis entspricht ein bestimmtes Schema »gesellschaftlicher Werte«: »Dasselbe bürgerliche Bewußtsein, das die manufakturmäßige Teilung der Arbeit, die lebenslängliche Annexation des Arbeiters an eine Detailverrichtung und die unbedingte Unterordnung der Teilarbeiter unter das Kapital als eine Organisation der Arbeit feiert, welche ihre Produktivkraft steigre, denunziert daher ebenso laut jede bewußte gesellschaftliche Kontrolle und Reglung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als einen Eingriff in die unverletzlichen Eigentumsrechte, Freiheit und sich selbst bestimmende ›Genialität‹ des individuellen Kapitalisten. Es ist sehr charakteristisch, daß die begeisterten Apologeten des Fabriksystems nichts Ärgres gegen jede allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu sagen wissen, als daß sie die ganze Gesellschaft in eine Fabrik verwandeln würde«[30]. Das ist die typische Apologetik der Epoche des Kapitalismus der freien Konkurrenz.

Das an sich gültige Verhältnis: Despotie in der Fabrik – Anarchie in der Gesellschaft erscheint hier im Marxschen Denken in einer starren Schematisierung, was auch durch das von ihm angeführte Zitat aus dem *Elend der Philosophie* bestätigt wird: »Man kann als allgemeine Regel aufstellen: Je weniger die Autorität der Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft vorsteht, desto mehr entwickelt sich die Arbeitsteilung im Innern der Werkstatt und um so mehr ist sie der Autorität eines einzelnen unterworfen. Danach steht die Autorität in der Werkstatt und die in der Gesellschaft, in bezug auf die Arbeitsteilung, *im umgekehrten Verhältnis* zueinander«[31]. Die Manufaktur treibt den kapitalistischen Prozeß der Trennung der Arbeitsmittel vom Arbeiter selbst sehr weit voran, indem sie die »geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses« im Kapital konzentriert und sie den Arbeitern »als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht« gegenüberstellt, als eine Macht, die bereits bis zu einem gewissen Grade als technisch notwendig erscheint. Die Manufaktur ist allerdings noch durch ihren handwerksmäßigen Ursprung begrenzt, der sich selbst in ihren entwickeltsten Formen noch geltend macht: die Entfremdung des Arbeiters vom Inhalt seiner Arbeit ist noch nicht vollendet. Erst mit der Einführung der Maschinen in großem Maßstab wird die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit durch die »geistigen Potenzen« zur Vollendung gebracht: wenn nämlich die Wissenschaft in den Dienst des Kapitals tritt. Erst auf dieser Stufe büßt der Arbeiter jede noch ver-

30 Ibid.
31 Ibid., S. 378

bliebene Autonomie im Verwertungsprozeß ein, und der Warencharakter der Arbeitskraft offenbart sich jetzt ohne jegliche »technischen« Schranken[32]. Die (kapitalistische) Objektivität des Produktionsmechanismus, der den Arbeitern gegenübergestellt wird, findet im *technischen* Prinzip der Maschinen seine beste Rechtfertigung: die durch die Technik bedingte Geschwindigkeit, der Zusammenhang der verschiedenen Phasen, die ununterbrochene Kontinuität des Arbeitsprozesses drängen sich dem Willen des Arbeiters als »wissenschaftliche« Notwendigkeit auf und kommen vollkommen dem Bestreben des Kapitalisten entgegen, die Arbeitskraft maximal »auszusaugen«. Das kapitalistische gesellschaftliche Verhältnis »versteckt sich« hinter den technischen Erfordernissen der Maschinerie, die Arbeitsteilung erscheint als völlig unabhängig von der Willkür des Kapitalisten – als bloßes notwendiges Resultat der »*Natur*« des Arbeitsmittels[33].

In der automatischen Fabrik erreicht die kapitalistische Planung des Produktionsprozesses ihre höchste Entfaltung; dem Wirken des Mehrwertgesetzes scheinen hier keine Grenzen gesetzt zu sein, da das Arbeitsmittel »durch seine Verwandlung in einen Automaten ... während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als Kapital gegenüber[tritt], als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt«, und »das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft, den ungeheuren Naturkräften und der gesellschaftlichen Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind und mit ihm die Macht des ›Meisters‹ bilden«[34]. Der Plan erscheint hier als die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise: das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Produktion ist »normale Sicherheit des Resultats«, und »der Fabrikkodex, worin das Kapital seine Autokratie über seine Arbeiter, ohne die sonst vom Bürgertum so beliebte Teilung der Gewalten und das noch beliebtere Repräsentativsystem, privatgesetzlich und eigenherrlich formuliert, ist nur die kapitalistische Karikatur der gesellschaftlichen Reglung des Arbeitsprozesses«[35].

Bei ihrer ersten *sporadischen Einführung* produziert die Maschine Mehrwert nicht nur, indem sie die Arbeitskraft entwertet, sondern auch, indem sie die vom Maschinenbesitzer angewandte Arbeit »in potenzierte Arbeit verwandelt, den gesellschaftlichen Wert des Maschinenprodukts über seinen individuellen Wert erhöht und den Kapi-

---

32 Ibid., S. 390; vgl. S. 401, 407
33 Ibid., S. 425, S. 485
34 Ibid., S. 446
35 Ibid., S. 447

talisten so befähigt, mit geringrem Wertteil des Tagesprodukts den Tageswert der Arbeitskraft zu ersetzen«[36]. In dieser Situation erzielen die Maschinenbesitzer außerordentliche Profite (und man kann sagen, daß gerade die Aussicht auf diese *außerordentlichen Profite den ersten und notwendigen Anstoß* zur Einführung des Maschinenbetriebs gibt). Die Größe des so erzielten Gewinns »wetzt den Heißhunger nach mehr Gewinn«[37]; die Folge davon ist die Verlängerung des Arbeitstags. Sobald die Anwendung der Maschinen einen ganzen Produktionszweig erfaßt hat, »sinkt der gesellschaftliche Wert des Maschinenprodukts auf seinen individuellen Wert und macht sich das Gesetz geltend, daß der Mehrwert nicht aus den Arbeitskräften entspringt, welche der Kapitalist durch die Maschine ersetzt hat, sondern umgekehrt aus den Arbeitskräften, welche er an ihr beschäftigt«[38]. Nun dehnt die durch die Einführung der Maschinen bedingte Steigerung der Produktivität die Mehrarbeit auf Kosten der notwendigen Arbeit aus, aber der Maschinenbetrieb bringt dies Resultat nur hervor, »indem er die Anzahl der von einem gegebnen Kapital beschäftigten Arbeiter vermindert«[39]. Die Erhöhung des relativen Mehrwerts scheint allerdings die Verringerung des Mehrwerts, die durch die Abnahme der relativen Anzahl der ausgebeuteten Arbeiter verursacht ist, nicht kompensieren zu können: der sich daraus ergebende Widerspruch wird vom Kapitalisten durch eine Erhöhung des absoluten Mehrwerts, d. h. durch die Verlängerung des Arbeitstags, aufgehoben[40]. Dieses Schema gilt allerdings nur für eine historisch begrenzte Periode des Kapitalismus, nämlich für den Beginn der allgemeinen Einführung der Maschinen; ein Großteil der verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Großindustrie in bezug auf die Ausbeutungsformen der Arbeitskraft lassen sich im Rahmen dieses Schemas erklären. *Aber die Entwicklung, die auf dem Verhältnis zwischen* Kapital und Maschinerie beruht, ist hiermit noch nicht abgeschlossen. Gerade die negativen Auswirkungen der unbeschränkten Verlängerung des Arbeitstags führen aufgrund des Widerstands der Arbeiter »eine Reaktion der in ihrer Lebenswurzel bedrohten Gesellschaft herbei und damit einen gesetzlich beschränkten Normalarbeitstag«[41]. Die neuentstandene Situation treibt das Kapital dazu, einen anderen Aspekt der mit der Anwendung der Maschinen verbundenen

36 Ibid., S. 429
37 Ibid.
38 Ibid.
39 Ibid.
40 Ibid., S. 430
41 Ibid., S. 431

Ausbeutungsprozesse zur Entfaltung zu bringen, nämlich die Intensivierung der Arbeit. Marx erkennt hier klar, daß eine »allmählich anschwellende Empörung« der Arbeiterklasse, die den Staat zwingt, »die Arbeitszeit gewaltsam zu verkürzen«, das System zu einer Reaktion veranlaßt, die gleichzeitig eine (kapitalistische) Entwicklung des Maschinensystems und eine Konsolidierung seiner Herrschaft über die Arbeiterklasse bedeutet: »... die gewaltsame Verkürzung des Arbeitstags mit dem ungeheuren Anstoß, den sie der Entwicklung der Produktivkraft und der Ökonomisierung der Produktionsbedingungen gibt, [zwingt dem Arbeiter] zugleich vergrößerte Arbeitsausgabe in derselben Zeit, erhöhte Anspannung der Arbeitskraft, dichtere Ausfüllung der Poren der Arbeitszeit, d. h. Kondensation der Arbeit ... zu einem Grad auf ..., der nur innerhalb des verkürzten Arbeitstags erreichbar ist ... Neben dem Maß der Arbeitszeit als ›ausgedehnter Größe‹ tritt jetzt das Maß ihres Verdichtungsgrads«[42]. Jetzt treten die typischen Erscheinungen der kapitalistischen Großindustrie auf: »Sobald die Verkürzung des Arbeitstags, welche zunächst die subjektive Bedingung der Kondensation der Arbeit schafft, nämlich die Fähigkeit des Arbeiters, mehr Kraft in gegebner Zeit flüssig zu machen, zwangsgesetzlich wird, wird die Maschine in der Hand des Kapitals zum objektiven und systematisch angewandten Mittel, mehr Arbeit in derselben Zeit zu erpressen. Es geschieht dies in doppelter Weise: durch erhöhte Geschwindigkeit der Maschinen und erweiterten Umfang der von demselben Arbeiter zu überwachenden Maschinerie oder seines Arbeitsfeldes«[43]. Es ist klar, daß sich auf dieser Ebene ein noch engeres Verhältnis zwischen den Vervollkommnungen der Maschinen und den Verwertungsprozessen herausbildet: teils ist es notwendig, um einen stärkeren Druck auf die Arbeiter auszuüben, teils begleitet es »von selbst« die Intensivierung der Arbeit, da die zwangsweise Beschränkung des Arbeitstags den Kapitalisten zu »strengstem Haushalt der Produktionskosten« zwingt. So vollzieht sich der Übergang von der formalen Subsumption der Arbeit unter das Kapital zu seiner *realen* Subsumption, deren charakteristisches Merkmal eben die »technische Notwendigkeit« ist. Wenn die Anwendung der Maschinen in großem Maßstab und in allen Produktionszweigen verallgemeinert ist, ist der Kapitalismus im Bereich der unmittelbaren Produktion Despotismus, der im Namen der Rationalität ausgeübt wird: der alte »wissenschaftliche« Traum vom Perpetuum mobile, einer ohne Arbeitsaufwand er-

---

42 Ibid., S. 432; vgl. S. 499, S. 503–04 und S. 514–15
43 Ibid., S. 434

zeugten Bewegung, scheint sich mit der aufs höchste gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft und der höchsten Unterwerfung des Arbeiters unter den Kapitalisten zu realisieren (in der Verbindung dieser beiden Elemente äußert sich das Mehrwertgesetz). Der Despotismus des Kapitals erscheint als Despotismus der Rationalität; sie ist die notwendige Vermittlung für das bessere Funktionieren des Kapitals in seinen beiden Bestandteilen, dem konstanten und dem variablen Teil, festigt ihre Wechselbeziehung und läßt sie als technisch notwendig erscheinen. In der Sphäre der unmittelbaren Produktion ist der Kapitalismus für Marx Planung auf der Grundlage der unbeschränkten Entwicklung der Produktivkräfte: vor allem hier offenbart sich der antagonistische Charakter der kapitalistischen Produktion. Die »immanenten Widersprüche« liegen nicht in den Kapitalbewegungen: die Entwicklung des Kapitals ist nämlich nicht durch das Kapital selbst begrenzt, sondern allein durch den Widerstand der Arbeiterklasse[44]. Das Prinzip der Planung, das für den Kapitalisten »Vorausschau«, »Sicherheit des Resultats«, »rationale Proportionalität« ist, setzt sich gegenüber dem Arbeiter nur als »überwältigendes Naturgesetz« durch[45]. Im Fabriksystem besteht der anarchische Aspekt der kapitalistischen Produktion einzig in der Insubordination der Arbeiterklasse, in ihrer Ablehnung der »despotischen Rationalität«. Angesichts der engen Verflechtung von Technik und Macht, die den Kapitalismus kennzeichnet, kann die Perspektive einer anderen (von den Arbeitern selbst bestimmten) Anwendung der Maschinen sich natürlich nicht auf die bloße Umwälzung der Produktions-(Eigentums-)verhältnisse gründen, als seien diese eine Hülle, die auf einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte nur deshalb unweigerlich fallen müßte, weil sie zu eng geworden ist: die Produktionsverhältnisse liegen *in* den Produktivkräften, die Produktivkräfte tragen den »Stempel« des Kapitals. Gerade das ermöglicht es dem Kapitalismus, sich auch noch fortzusetzen, nachdem die Entwicklung der Produktivkräfte bereits ihr höchstes Niveau erreicht hat. Die gesellschaftliche Regelung des Arbeitsprozesses stellt sich dann

---

44 Ibid., S. 526. Das natürliche Prinzip der »Rechnung« als Wesenszug der kapitalistischen Produktionsweise hat nach Ansicht von Marx einerseits die ideologische Funktion, das Fabriksystem »objektiv« zu sanktionieren; andererseits ist es für das Funktionieren des Systems effektiv notwendig, erfüllt tatsächlich eine (technisch-wissenschaftliche) Funktion in der Entwicklung des Systems. Heute, da die Planung die gesellschaftliche Sphäre erfaßt hat, können wir sagen, daß dieses Prinzip die »ewigen Naturgesetze« der apologetischen Ökonomie in neuer Form wieder aufgreift und sogar dazu dient, die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus »aufzufangen« (auch wenn es gleichzeitig tatsächlich bestehende Tendenzen zur Konvergenz der beiden Systeme zum Ausdruck bringt).

45 Ibid., S. 511

unmittelbar als eine Art Planung dar, die im Gegensatz zur kapitalistischen Planung steht.

Die historischen Tendenzen des Kapitalismus zur Überwindung der Konkurrenz

Der Gegensatz: Despotismus (Plan) in der Fabrik – Anarchie in der Gesellschaft scheint also im *Kapital* die allgemeine Formel zu sein, in der sich das Wertgesetz äußert.

Wie wir auch gesehen haben, sind die von Marx formulierten grundlegenden »Gesetze« der kapitalistischen Entwicklung eng mit dieser allgemeinen Formel verbunden: sie scheint der Struktur des *Kapitals* selbst zu entsprechen, das daher nur aus dem Kapitalismus der freien Konkurrenz heraus interpretiert werden kann und nur für diesen Gültigkeit besitzt. Übrigens bestätigt auch die weitere »orthodoxe« Entwicklung der Theorie dieses Schema; es wird nämlich behauptet, daß das kapitalistische System nur unter den Bedingungen der freien Konkurrenz zur »vollen« Ausbildung kommen kann, und der organisierte, monopolistisch-oligopolistische Kapitalismus wird dementsprechend als das letzte Stadium des bereits »faulenden« Kapitalismus charakterisiert. Andererseits verliert schließlich auch der moderne »Revisionismus« aufgrund der historischen »Sprünge« des Systems seine Kontinuität aus den Augen, da auch er die Äußerung des Wertgesetzes mit diesem Schema verbindet. Allerdings ist das im *Kapital* entworfene Schema in Wirklichkeit gar nicht so »geschlossen«: die ständige Vorwärtsbewegung des Kapitals erfolgt durchaus nicht innerhalb der Grenzen des Konkurrenzkapitalismus, und der »kapitalistische Kommunismus«[46] erscheint nicht nur als »selbsttätige« Bewegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die dem blinden Wirken der Agenten des Systems entspringt.

In einem vom 2. April 1858 datierten Brief an Engels legt Marx ein erstes Schema des *Kapitals* dar. Wir haben bereits erwähnt, daß die verschiedenen Ebenen des Systems in diesem Schema noch nicht um den Kern der Gesetze der politischen Ökonomie zusammengefaßt, sondern

46 »Was die Konkurrenz zwischen den in den verschiednen Produktionssphären hausenden und verschieden zusammengesetzten Kapitalmassen anstrebt, ist der *kapitalistische Kommunismus*, nämlich daß die *jeder Produktionssphäre angehörige Kapitalmasse*, in der Proportion, worin sie Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bildet, einen aliquoten Teil des Gesamtmehrwerts erhascht« (Brief von Marx an Engels vom 30. April 1868, in *MEW*, cit., Bd. 32, S. 73).

in empirischer Weise angeordnet sind. Der allgemeine Plan des Werkes gliedert sich nämlich in sechs Bücher, und zwar: »1. Vom Kapital. 2. *Grundeigentum.* 3. Lohnarbeit. 4. Staat. 5. Internationaler Handel. 6. Weltmarkt«. Aber durch diese unsystematische Darstellungsweise wird die Vorstellung, die Marx von der Bewegung der kapitalistischen Akkumulation hat, sehr viel klarer, wenn er den Plan des ersten Buches (Vom Kapital) im einzelnen darlegt: es »zerfällt in 4 Abschnitte. a) Kapital en général ... b) Die *Konkurrenz* oder die Aktion der vielen Kapitalien aufeinander. c) *Kredit,* wo das Kapital den einzelnen Kapitalien gegenüber als allgemeines Element erscheint. d) Das *Aktienkapital* als die vollendetste Form (zum Kommunismus überschlagend), zugleich mit allen seinen Widersprüchen«[47]. Marx betont, daß der Übergang von einer Kategorie zur anderen »nicht nur dialektisch, sondern historisch« ist[48]. Und bereits in den *Grundrissen* spricht Marx vom Aktienkapital als das, »in welcher Form das Kapital sich durchgearbeitet hat zu seiner letzten Form, worin es nicht nur *an sich* ist, seiner Substanz nach, sondern gesetzt ist in seiner *Form* als gesellschaftliche Kraft und Produkt.«[49]

In der »logisch-systematischen« Darstellung des *Kapitals* scheint dieses Stadium der kapitalistischen Akkumulation, das über die Konkurrenz hinausgeht, neben den vorherrschenden Formen der Konkurrenz zu bestehen, mit denen es natürlich unvereinbar ist. Daß allerdings das höchste Stadium, in dem die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Akkumulation zum Ausdruck kommt, auch im *Kapital* das Stadium des Aktienkapitals ist, als Form des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, das nicht mehr bloß Ausdruck der blinden Verschlingung der Einzelkapitale ist, das läßt sich gerade anhand der Texte, die im I. Band des *Kapitals* über »Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« enthalten sind, ausführlich nachweisen.

Hier erscheint »diese Art Konzentration, welche unmittelbar auf der Akkumulation beruht oder vielmehr mit ihr identisch ist«, als die Grundlage des Konkurrenzsystems. Denn »erstens: Die wachsende Konzentration der gesellschaftlichen Produktionsmittel in den Händen individueller Kapitalisten ist, unter sonst gleichbleibenden Umständen, beschränkt durch den Wachstumsgrad des gesellschaftlichen Reichtums. Zweitens: Der in jeder besondren Produktionssphäre ansässige Teil des gesellschaftlichen Kapitals ist verteilt unter viele Kapitalisten, welche einander als unabhängige und miteinander konkurrierende Warenpro-

---

47 Brief von Marx an Engels vom 2. April 1858, in *MEW,* cit., Bd. 29, S. 312
48 Ibid.
49 Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie,* Berlin 1953, S. 428

duzenten gegenüberstehn. Die Akkumulation und die sie begleitende Konzentration sind also nicht nur auf viele Punkte zersplittert, sondern das Wachstum der funktionierenden Kapitale ist durchkreuzt durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale. Stellt sich die Akkumulation daher einerseits dar als wachsende Konzentration der Produktionsmittel und des Kommandos über Arbeit, so andrerseits als Repulsion vieler individueller Kapitale voneinander«[50]. Aber was hier als die eigentliche Sphäre der Konkurrenz erscheint, ist nur die *eine Seite* des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation. Die andere Seite, die der Zersplitterung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entgegenwirkt, ist die gegenseitige *Attraktion* seiner Bruchteile: »Dieser Prozeß unterscheidet sich von dem ersten dadurch, daß er nur veränderte Verteilung der bereits vorhandnen und funktionierenden Kapitale voraussetzt, sein Spielraum also durch das absolute Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums oder die absoluten Grenzen der Akkumulation nicht beschränkt ist. Es ist die eigentliche Zentralisation im Unterschied zur Akkumulation und Konzentration«. Es ist bekannt, wie Marx die Entwicklung des Kreditwesens erklärt, das zuerst »verstohlen, als bescheidne Beihilfe der Akkumulation, sich einschleicht«, aber schon bald »eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt«[51].

Diese *andere Seite* des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation erscheint gegenüber der Konkurrenz als unbegrenzter Entwicklungsprozeß: »In einem gegebnen Geschäftszweig hätte die Zentralisation ihre äußerste Grenze erreicht, wenn alle darin angelegten Kapitale zu einem Einzelkapital verschmolzen wären. In einer gegebnen Gesellschaft wäre diese Grenze erreicht erst in dem Augenblick, wo das gesamte gesellschaftliche Kapital vereinigt wäre in der Hand, sei es eines einzelnen Kapitalisten, sei es einer einzigen Kapitalistengesellschaft«[52].

Marx entgeht es nicht, daß die Zentralisation mit ihren besonderen Mechanismen, auch wenn sie sich von der eigentlichen Akkumulation unterscheidet, doch von dieser abhängt und allein ermöglicht, die von der kapitalistischen Industrie hervorgerufenen Umwälzungen auf gesellschaftlicher Ebene durchzuführen: »Die gewachsne Ausdehnung der industriellen Etablissements bildet überall den Ausgangspunkt für eine breitre Entwicklung ihrer materiellen Triebkräfte, d. h. für die fort-

---

50 Marx, *Das Kapital*, I, a.a.O., S. 653–54
51 Ibid., S. 654–55
52 Ibid., S. 655–56

schreitende Umwandlung vereinzelter und gewohnheitsmäßig betriebner Produktionsprozesse in gesellschaftlich kombinierte und wissenschaftlich disponierte *Produktionsprozesse*«[53]. Aber erst die Zentralisation ermöglicht jene Beschleunigung, die nicht nur von der »quantitativen Gruppierung der integrierenden Teile des gesellschaftlichen Kapitals« abhängt, sondern auch darauf beruht, daß die Zentralisation »die Umwälzungen in der technischen Zusammensetzung des Kapitals« erweitert und beschleunigt. In dem Moment, da verschiedene Kapitalmassen im Wege der Zentralisation zusammengeschweißt werden, vermehren *sie* sich rascher als die anderen und »werden damit zu neuen mächtigen Hebeln der gesellschaftlichen Akkumulation«[54]. Aus der Analyse des Zentralisationsprozesses ergibt sich also, daß die Beziehungen zwischen dem Bereich der unmittelbaren Produktion und dem Bereich der Zirkulation sehr viel enger sind, als es anhand der Analyse des Verhältnisses zwischen unmittelbarer Produktion und Konkurrenz den Anschein hatte. Hier zeigt sich eine Beziehung, die nicht in der allgemeinen logischen Struktur des *Kapitals* begründet ist und die tatsächlich nicht wenige »Gesetze« in eine bestimmte historische Phase der kapitalistischen Entwicklung verweist. Schon hier hat der historische Charakter des *Produktionsprozesses* unmittelbar Vorrang vor den Formen des von ihm abhängigen Zirkulationsprozesses.
Dieselbe Thematik des Entwicklungsgesetzes der kapitalistischen Akkumulation liegt den bekannten Texten des 27. Kapitels von Buch III des *Kapitals* über »Die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion« zugrunde. Wir haben es *hier mit* der höchsten Entwicklungsstufe des Aktienkapitals zu tun. Marx betont vor allem, daß der gesellschaftlichen Konzentration der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte auf dieser Ebene das Gesellschaftskapital im Gegensatz zum Privatkapital entspricht und daß es folglich zur Entstehung von Gesellschaftsunternehmen kommt, die den Privatunternehmen gegenüberstehen: »Es ist« – wie Marx sagt – »die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst«. Die aktive Verkörperung des Kapitals, der wirklich fungierende Kapitalist, verwandelt sich einerseits »in einen bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals«, während sich die Kapitaleigentümer »in bloße Geldkapitalisten« verwandeln. Man kann sagen, daß der Prozeß der völligen Verselbständigung des Kapitals hier seinen Anfang nimmt. Selbst der Totalprofit, der sich aus Unternehmergewinn und Zins zu-

---

53 Ibid., S. 656
54 Ibid., S. 656–57

sammensetzt, wird »nur noch bezogen in der Form des Zinses, d. h. als bloße Vergütung des Kapitaleigentums, das nun ganz so von der Funktion im wirklichen Reproduktionsprozeß getrennt wird wie diese Funktion, in der Person des Dirigenten, vom Kapitaleigentum. Der Profit stellt sich so dar (nicht mehr nur der eine Teil desselben, der Zins, der seine Rechtfertigung aus dem Profit des Borgers zieht) als bloße Aneignung fremder Mehrarbeit, entspringend aus der Verwandlung der Produktionsmittel in Kapital, d. h. aus ihrer Entfremdung gegenüber den wirklichen Produzenten, aus ihrem Gegensatz als fremdes Eigentum gegenüber allen wirklich in der Produktion tätigen Individuen, vom Dirigenten bis herab zum letzten Taglöhner. In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit«. Die Widersprüchlichkeit dieser Texte liegt auf der Hand. Die völlige Trennung der Arbeit vom Kapitaleigentum erscheint als »ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andrerseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen«. Es hat fast den Anschein, als sei Marx selbst hier in den Fehler verfallen, den Arbeitsprozeß mit dem Verwertungsprozeß zu verwechseln. Das Verhältnis zwischen der Sphäre der unmittelbaren Produktion und der Funktionsweise des kollektiven Kapitals scheint hier in Vergessenheit geraten zu sein, und es taucht wieder das vereinfachte Schema des Gegensatzes zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen auf. Aus diesem Grunde sagt Marx, daß »die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst«, die diese Entwicklungsphase der kapitalistischen Akkumulation charakterisiert, »ein sich selbst aufhebender Widerspruch [ist], der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt«.

Die Marxsche Analyse dieser Phase des Aktienkapitals, die »eine Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf Grundlage des kapitalistischen Systems selbst ist«, ermöglicht es allerdings, eine tiefgreifende Veränderung im kapitalistischen Mechanismus zu erfassen: »Da der Profit hier rein die Form des Zinses annimmt, sind solche Unternehmungen noch möglich, wenn sie bloßen Zins abwerfen, und es ist dies

einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten, indem diese Unternehmungen, wo das konstante Kapital in so ungeheurem Verhältnis zum variablen steht, nicht notwendig in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehn«[55].

Marx weist hier auf einen regelrechten »Sprung« zwischen verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalismus hin. Nicht nur lassen sich hier unterschiedliche Ebenen im Prozeß der kapitalistischen Akkumulation erkennen (und diese Unterschiede müssen in der Analyse erfaßt werden, ohne daß man der Versuchung erliegt, von einem bestimmten Moment an bloß Korrekturen und Anpassungen an eine bestimmte Phase zu sehen, die als im wesentlichen unveränderliches »Modell« betrachtet wird), nicht nur ist hier im Ansatz bereits die Analyse der monopolistischen Phase enthalten, sondern darüber hinaus werden Elemente ins Licht gerückt, die nicht einmal zur ersten Phase des Monopolkapitalismus gerechnet werden können[56].

---

55 Marx, *Das Kapital*, III, in MEW, cit., Bd. 25, S. 452–54

56 Dieses Verhältnis zwischen dem System und seinen Entwicklungsgesetzen ist von Giulio Pietranera sehr scharfsinnig analysiert worden: »Die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ... erfolgt ... im Wege eines irreversiblen Prozesses der Konzentration der Produktion auf gegebene einzelne Produktionseinheiten, die sich damit von den anderen unterscheiden, sowie im Wege der Aufhebung der Konkurrenz und damit der ihr eigentümlichen Kategorien. Die monopolistische Transformation macht sich so mit der Abschaffung der allgemeinen Profitrate geltend und folglich mit der Entstehung besonderer nicht konkurrierender Profitraten, die auf der Aufteilung des Marktes unter die Monopole beruht ... Die *ständige* Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals bewirkt irgendwann eine *derartige* (tendenzielle) Abnahme der allgemeinen Profitrate, daß die kapitalistische Struktur mit einem ›Sprung‹ reagiert, d. h. mit einer *derartigen* Erhöhung der organischen Zusammensetzung selbst, daß man von der Konkurrenz zum ›Monopol‹ übergeht. Und damit gibt es keine allgemeine Profitrate mehr ... Das Aufkommen der Aktiengesellschaften stellt ursprünglich eine der Ursachen dar, die dem Fall der allgemeinen Profitrate (und folglich der *ständigen* Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals) entgegenwirken, aber gleichzeitig tragen die Aktiengesellschaften zur Zentralisation des »Kreditsystems« bei und verschärfen endgültig die monopolistische Marktverengung auf dem Gebiet der Kapitalgesellschaften (womit es zum »Sprung« in das Monopol kommt). Gerade die Herausbildung der Aktiengesellschaften selbst trägt also dazu bei, die allgemeine Profitrate aufzuheben und sie durch besondere monopolistische Profitraten zu ersetzen«. Die grundlegende Bedeutung dieses »Sprungs« im System entgeht dem Autor nicht: »Es ist zu bemerken, daß die gegebene Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die die monopolistische Phase begründet, zwar eine Reaktion auf den Fall der allgemeinen Profitrate ist, aber eine als historische Erfahrung einmalige Reaktion, da sich von dem Moment an gleichzeitig die qualitativen oder begrifflichen Kategorien des Problems und damit der historische Entwicklungsgang des Kapitalismus verändern« (Giulio Pietranera, *Introduzione a Rudolf Hilferding, Il capitale finanziario,* Mailand 1961, S. LIV–LV).

Die Zirkulationssphäre ist für Marx gleichzeitig Resultat und Mystifikation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse: »Als Ware eigner Art besitzt das Kapital auch eine eigentümliche Art der Veräußerung«[57]. In der Formel G-W-G', d. h. im Kaufmannskapital, »ist wenigstens die allgemeine Form der kapitalistischen Bewegung vorhanden«; der Profit erscheint nämlich als »bloßer Veräußerungsprofit ...; aber immerhin stellt er sich dar als ein Produkt eines gesellschaftlichen *Verhältnisses,* nicht als Produkt eines bloßen *Dings*«[58]. Jede Spur eines gesellschaftlichen Verhältnisses verschwindet dagegen mit dem Aufkommen des zinstragenden Kapitals, dessen Formel G-G' bloß ein »Größen*verhältnis*« ausdrückt. Hier steht das Kapital nur in einem quantitativen Verhältnis zu sich selbst: »... das Kapital [stellt sich] als solches dar, als dieser unmittelbar sich verwertende Wert, für alle aktiven Kapitalisten, ob sie mit eignem oder geborgtem Kapital fungieren«[59].

Damit scheint also die »ursprüngliche und allgemeine Formel des Kapitals, auf ein sinnloses Resumé zusammengezogen«[60], verwirklicht zu sein. Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals zur herrschenden Gesellschaftsformation scheint die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen innewohnende Mystifikation ihren Höhepunkt zu erreichen; Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß verschwinden vollkommen. »Das *Ding* (Geld, Ware, Wert) ist nun als bloßes Ding schon Kapital, und das Kapital erscheint als bloßes Ding«[61]. Damit haben wir den allgemeinsten Ausdruck des kapitalistischen Fetischismus: »Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst«[62]. Die kapitalistische Produktionsweise scheint so ihren Ursprung und ihre wirkliche Bewegung völlig verdecken zu können. Das funktionierende Kapital selbst erscheint als Geldkapital:

---

57 Marx, *Das Kapital,* III, a.a.O., S. 361. Mit dem Gebrauch des Begriffs »Veräußerung« darf hier keine »mystische Idee« verbunden werden; er dient hier, im Gegenteil, dazu, den Standpunkt zu entmystifizieren, von dem aus die (kapitalistischen) Agenten der Produktion und die Vulgärideologen und -ökonomisten die kapitalistische Ökonomie betrachten, wobei sie Kategorien benutzen, die durch die einseitige Darstellung der Kapitalbewegungen in der Zirkulationssphäre die realen Bewegungen in der Sphäre der unmittelbaren Produktion zu verhüllen neigen.

58 Ibid., S. 404

59 Ibid.

60 Ibid.

61 Ibid., S. 405

62 Ibid. »Im zinstragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr« (ibid.).

»Während der Zins nur ein Teil des Profits ist, d. h. des Mehrwerts, den der fungierende Kapitalist dem Arbeiter auspreßt, erscheint jetzt umgekehrt der Zins als die eigentliche Frucht des Kapitals, als das Ursprüngliche, und der Profit, nun in die Form des Unternehmergewinns verwandelt, als bloßes im Reproduktionsprozeß hinzukommendes Accessorium und Zutat. Hier ist die Fetischgestalt des Kapitals und die Vorstellung vom Kapitalfetisch fertig«[63]. Damit ist der *spezifische* gesellschaftliche Charakter des Kapitals in der Gestalt (»Ding«) des Kapitaleigentums fixiert, das die Eigenschaft besitzt, über die Arbeit anderer zu kommandieren, und das seine Frucht in der Form des Zinses abwirft; folglich erscheint der Teil des Mehrwerts, der dem fungierenden Kapitalisten, dem Unternehmer, zukommt, »notwendig so, daß er nicht aus dem Kapital als Kapital, sondern aus dem Produktionsprozeß stammt, getrennt von seiner spezifischen gesellschaftlichen Bestimmtheit, die ja in dem Ausdruck Kapitalzins schon ihre besondre Existenzweise erhalten hat. Vom Kapital getrennt, ist aber der Produktionsprozeß Arbeitsprozeß überhaupt. Der industrielle Kapitalist, als unterschieden vom Kapitaleigentümer, erscheint daher nicht als fungierendes Kapital, sondern als Funktionär auch abgesehn vom Kapital, als einfacher Träger des Arbeitsprozesses überhaupt, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter«[64].

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist damit vollkommen »in Vergessenheit geraten«: »In dem Zins also, in der besondern Gestalt des Profits, worin sich der gegensätzliche Charakter des Kapitals einen selbständigen Ausdruck gibt, gibt er sich ihn so, daß dieser Gegensatz darin völlig ausgelöscht ist und ganz von ihm abstrahiert wird«[65]. In der »Arbeit« des fungierenden Kapitalisten erhalten die Leitungsfunktionen, die notwendig mit der gesellschaftlich kombinierten Arbeit verbunden sind, ihre besondere Prägung durch das Kapitalverhältnis: Marx greift hier teilweise die Analyse des vierten Ab-

---

63 Ibid. Vgl. S. 354 ff.

64 Ibid., S. 395. Vgl. weiter: »Da der entfremdete Charakter des Kapitals, sein Gegensatz zur Arbeit, jenseits des wirklichen Exploitationsprozesses verlegt wird, nämlich ins zinstragende Kapital, so erscheint dieser Exploitationsprozeß selbst als ein bloßer Arbeitsprozeß, wo der fungierende Kapitalist nur andre Arbeit verrichtet als der Arbeiter. So daß die Arbeit des Exploitierens und die exploitierte Arbeit, beide als Arbeit, identisch sind. Die Arbeit des Exploitierens ist ebensogut Arbeit, wie die Arbeit, die exploitiert wird. Auf den Zins fällt die gesellschaftliche Form des Kapitals, aber in einer neutralen und indifferenten Form ausgedrückt; auf den Unternehmergewinn fällt die ökonomische Funktion des Kapitals, aber von dem bestimmten, kapitalistischen Charakter dieser Funktion abstrahiert« (S. 396).

65 Ibid., S. 396

schnitts des ersten Buchs wieder auf. Der Prozeß vollendet sich, Marx zufolge, mit der höchsten Entwicklung der Aktiengesellschaften, wenn »das Geldkapital selbst einen gesellschaftlichen Charakter annimmt, in Banken konzentriert und von diesen, nicht mehr von seinen unmittelbaren Eigentümern ausgeliehen wird«, und wenn andererseits »der bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, weder leihweise noch sonstwie, alle realen Funktionen versieht, die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen«. Auf dieser Entwicklungsstufe »bleibt nur der Funktionär und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß«[66].
Die Analyse des Prozesses der »Verselbständigung« des Kapitals ist in dem berühmten Text über die »trinitarische Formel«[67] wiederaufgenommen worden. Wenn alle Gesellschaftsformen, die es zum Kaufmannskapital und zur Geldzirkulation bringen, den mystifizierenden Charakter besitzen, der »die gesellschaftlichen Verhältnisse, denen die stofflichen Elemente des Reichtums bei der Produktion als Träger dienen, in Eigenschaften dieser Dinge selbst verwandelt (Ware) und noch ausgesprochener das Produktionsverhältnis selbst in ein Ding (Geld) ..., [entwickelt sich] in der kapitalistischen Produktionsweise und beim Kapital, welches ihre herrschende Kategorie, ihr bestimmendes Produktionsverhältnis bildet, ... diese verzauberte und verkehrte Welt noch viel weiter«[68]. In der Sphäre der unmittelbaren Produktion liegt das Kapitalverhältnis anfangs noch klar zutage, da das Kapital den Mehrwert vor allem in der Form des absoluten Mehrwerts, der Verlängerung des Arbeitstags »auspumpt«. Aber – wie wir bereits gesehen haben – mit der Entwicklung des relativen Mehrwerts, d. h. mit der »eigentlichen spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, womit sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, erscheinen diese Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Arbeit im unmittelbaren Arbeitsprozeß als aus der Arbeit in das Kapital verlegt«[69]. Damit wird das Kapital schon »ein sehr mystisches Wesen«. Der spezifische Inhalt dieses »Wesens« ist, wie wir schon erwähnt haben, die kapitalistische *Planung des gesellschaftlichen* Produktionsprozesses, die *kapitalistische* Vergesellschaftung der Arbeit. Beim Übergang zur Zirkulationssphäre, zur Realisierung des Werts und des Mehrwerts, scheint »sowohl die Rückerstattung der in der Produktion vorgeschossnen Werte, wie namentlich der in den Waren enthaltne Mehrwert,

66 Ibid., S. 401
67 Ibid., S. 822 ff., vor allem der dritte Absatz, S. 825 ff.
68 Ibid., S. 835
69 Ibid.

... nicht in der Zirkulation sich bloß zu realisieren, sondern aus ihr zu entspringen«[70]. Insbesondere zwei Faktoren tragen dazu bei, diesen »Schein« zu bekräftigen: der Profit bei Veräußerung und die Zirkulationszeit, die den Anschein erweckt, »als sei sie ein ebenso positiver Grund wie die Arbeit selbst und als bringe sie eine, aus der Natur des Kapitals hervorgehende, von der Arbeit unabhängige Bestimmung herein«[71].

Die Verwandlung des Mehrwerts in Profit und mehr noch die Verwandlung des Profits in Durchschnittsprofit und der Werte in Produktionspreise »verhüllt mehr und mehr die wahre Natur des Mehrwerts und daher das wirkliche Triebwerk des Kapitals«[72].

Schließlich vollendet sich für Marx die »Verknöcherung« der *Form* des Mehrwerts in der Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn; »weshalb auch die Form: ›Kapital-Zins‹ als drittes zu ›Erde-Rente‹ und ›Arbeit-Arbeitslohn‹ viel konsequenter ist als ›Kapital-Profit‹, indem im Profit immer noch eine Erinnerung an seinen Ursprung bleibt, die im Zins nicht nur ausgelöscht, sondern in feste gegensätzliche Form zu diesem Ursprung gestellt ist«[73].

Marx schließt diesen Teil mit einer sehr wichtigen Feststellung, die wir ungekürzt wiedergeben, da sie unserer Ansicht nach von seinen Inter-

---

70 Ibid., S. 835–36

71 Ibid., S. 836

72 Ibid. Marx gibt hier die folgende Zusammenfassung der Theorie der Produktionspreise: »Es tritt hier ein komplizierter gesellschaftlicher Prozeß dazwischen, der Ausgleichungsprozeß der Kapitale, der die relativen Durchschnittspreise der Waren von ihren Werten und die Durchschnittsprofite in den verschiedenen Produktionssphären (ganz abgesehen von den individuellen Kapitalanlagen in jeder besondren Produktionssphäre) von der wirklichen Exploitation der Arbeit durch die besondren Kapitale losscheidet. Es scheint nicht nur so, sondern es ist hier in der Tat der Durchschnittspreis der Waren verschieden von ihrem Wert, also von der in ihnen realisierten Arbeit, und der Durchschnittsprofit eines besondren Kapitals verschieden von dem Mehrwert, den dies Kapital aus den von ihm beschäftigten Arbeitern extrahiert hat. Der Wert der Waren erscheint unmittelbar nur noch in dem Einfluß der wechselnden Produktivkraft der Arbeit auf Sinken und Steigen der Produktionspreise, auf ihre Bewegung, nicht auf ihre letzten Grenzen. Der Profit erscheint nur noch akzessorisch bestimmt durch die unmittelbare Exploitation der Arbeit, soweit diese nämlich dem Kapitalisten erlaubt, bei den, scheinbar unabhängig von dieser Exploitation vorhandnen, regulierenden Marktpreisen, einen vom Durchschnittsprofit abweichenden Profit zu realisieren. Die normalen Durchschnittsprofite selbst scheinen dem Kapital immanent, unabhängig von der Exploitation; die anormale Exploitation oder auch die durchschnittliche Exploitation unter günstigen Ausnahmsbedingungen scheint nur die Abweichungen vom Durchschnittsprofit, nicht diesen selbst zu bedingen« (S. 836–37).

73 Ibid., S. 837. Marx erkennt hier »das große Verdienst der klassischen Ökonomie« an, diesen »falschen Schein und Trug« aufgelöst zu haben: »die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben« (S. 838).

preten nicht genügend herausgestellt worden ist: »In der Darstellung der Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihrer Verselbständigung gegenüber den Produktionsagenten gehn wir nicht ein auf die Art und Weise, wie die Zusammenhänge durch den Weltmarkt, seine Konjunkturen, die Bewegung der Marktpreise, die Perioden des Kredits, die Zyklen der Industrie und des Handels, die Abwechslung der Prosperität und Krise, ihnen als übermächtige, sie willenlos beherrschende Naturgesetze erscheinen und sich ihnen gegenüber als blinde Notwendigkeit geltend machen. Deswegen nicht, weil die wirkliche Bewegung der Konkurrenz außerhalb unsers Plans liegt und wir nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, darzustellen haben«[74].

Die »Versachlichung« des Kapitals in der trinitarischen Formel tritt also erst auf der höchsten Stufe der kapitalistischen Entwicklung zutage, die durch das zinstragende Kapital gekennzeichnet ist. Es ist dies bei Marx das höchste Entwicklungsniveau des Kapitalismus. Die höchste Vergesellschaftung erreicht das Kapital in der Form des Finanzkapitals. Bei der allgemeinen Darstellung des kapitalistischen Modells geht Marx nicht auf die Konkurrenz ein; aber die Regelung des gesamten Produktionsprozesses in der Zirkulationssphäre wird nur mit der Theorie der Produktionspreise erklärt, die zwar einen regulierenden Mechanismus des Systems darstellen, aber einen Mechanismus, der gegenüber den einzelnen Agenten der Produktion noch blind waltet. Allerdings ist die Person des fungierenden Kapitalisten »überflüssig« geworden; an seine Stelle treten die produktiven Funktionäre des Kapitals, während der Bankier den Gesamtkapitalisten verkörpert. Marx zufolge vollzieht sich ein historischer Prozeß, der einen zunehmenden Zusammenhalt des Systems bewirkt und verschiedene Stadien durchläuft (von der Vorherrschaft des individuellen Kapitalisten bis zum Kapitalisten als bloßen Aktionär des Gesellschaftskapitals durch den Übergang zu den Produktionspreisen und schließlich bis zum Aufkommen des Finanzkapitals und zur Spaltung des Profits in Unternehmergewinn und Zins). Es liegt auf der Hand, daß der Mehrwert (die Bewegungsgesetze des Gesamtkapitals) in jedem dieser verschiedenen Entwicklungsstadien spezifische Formen annimmt. Wenn sich das Mehrwertgesetz nur in der Fabrik als »Plan« geltend macht, nimmt der politische Kampf der Arbeiterklasse im wesentlichen die Form eines Kampfes gegen die Anarchie in der Gesellschaft an. Da auf dieser Ebene die *inneren* Widersprüche des Kapitalismus in der Zirkulations-

74 Ibid., S. 839

sphäre (Anarchie in der Aktion der individuellen Kapitale aufeinander) besonders in Erscheinung treten, wird der Kampf des Proletariats in dieser Sphäre ausgetragen und vollzieht sich im wesentlichen in Form einer »Bündnispolitik«. Der Kampf in der Sphäre der unmittelbaren Produktion muß unweigerlich im Rahmen des »ökonomischen« Kampfes bleiben, dessen typische Erscheinungsform die Gewerkschaftsbewegung ist. Das entsprechende Modell einer sozialistischen Gesellschaft ist die Planung, deren spezifischer Charakter jedoch nicht durch die Gesellschaftsverhältnisse in der Produktion bestimmt ist. Diese These wiederholt der junge Lenin auf äußerst schematische Weise.
Aber die von Marx durchgeführte Analyse der Fabrik, der unmittelbaren Produktion im Kapitalismus, enthält sehr wertvolle Anhaltspunkte für die Ausarbeitung einer sozialistischen Perspektive, die sich nicht auf die illusorische und mystifizierte Annahme ihrer Identität mit der Planung an sich gründet, unabhängig von dem Gesellschaftsverhältnis, das sich in ihr (in ihren verschiedenen Formen) ausdrücken kann. Marx räumt hier mit dem Mißverständnis auf, daß der Kapitalismus nicht in der Lage sei, seine Entwicklung zu planen. Das System neigt nämlich vielmehr dazu, allen Widersprüchen und jeder eventuellen Beschränkung seiner Entwicklung gerade mit einer verstärkten Planung zu begegnen: sie ist der grundlegende Ausdruck des Mehrwertgesetzes. So gibt Marx auch ausdrücklich zu, daß die Entwicklung des Kapitalismus nicht von selbst die Aufhebung der alten Arbeitsteilung vorbereitet; in der antagonistischen Form des kapitalistischen Plans bereitet sie lediglich revolutionäre Ansätze vor. Die kapitalistische Karikatur der Regelung des Arbeitsprozesses ist keine bloße Hülle, die nur abgestreift zu werden braucht, und schon stehen die neuen Gesellschaftsformen fix und fertig da. Der kapitalistische Plan ist kein »Vermächtnis«, das die Arbeiterklasse vom Kapital übernehmen kann. Allerdings herrscht bei Marx, zumindest im I. Band des *Kapitals*, die Dichotomie: Planung in der Fabrik – Anarchie in der Gesellschaft vor. Und jedes Mal, wenn er den Inhalt dieses Verhältnisses erhellt, läßt er die Aspekte der kapitalistischen Herrschaft, die sich aus dem kapitalistischen Gebrauch der Rationalität ergeben, im unklaren, während er die »verheerenden Auswirkungen der gesellschaftlichen Anarchie« hervorhebt. Der Plan macht an der Schwelle der Fabrik halt, die das abgeschlossene Reich des gesellschaftlichen Produktionsprozesses bleibt. Im Gesamtprozeß macht er sich nicht geltend. Im Gegenteil, die Sphäre der Zirkulation bildet sein symmetrisches Gegenstück: mit der Zunahme der Planung auf der Ebene der unmittelbaren Produktion nimmt die Anarchie in der Zirkulationssphäre zu. Die Agenten der Produktion

kennen die Gesetze, die die Bewegung der Einzelkapitale regeln und der Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zugrunde liegen, erst a posteriori. Deshalb geraten sie mit den »rationalen« Gesetzen des Planes in Konflikt. Es besteht also eine Ebene (die Fabrik, die unmittelbare Produktion), auf der der Kapitalismus Wissenschaft und Technik in den Dienst seiner Produktion stellt, und es gibt eine andere Ebene (nämlich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit), wo der Kapitalismus als »unbewußte«, anarchische Produktionsweise erscheint, die den unkontrollierten Bewegungen der Konkurrenz ausgeliefert ist. Nur auf dieser Ebene werden die Folgen der kapitalistischen Anwendung der Maschinen nicht vom Kapital geregelt: technologische Arbeitslosigkeit, zyklische Schwankungen, Krisen, das sind die Erscheinungen, die das Kapital nicht kontrolliert (und auch nicht kontrollieren könnte, da die Gesamtbewegung des gesellschaftlichen Kapitals nur die Resultante der Verschlingung der Einzelkapitale ist).

Daher ist die Perspektive des Sozialismus und des Kampfes der Arbeiterklasse, die sich aus dem I. Band des *Kapitals* ergibt, zweideutig: die verstärkte Herrschaft über die Arbeit in Form der Planung führte zu einem direkten Zusammenstoß zwischen Kapital und Arbeiterklasse (was Marx auch ausdrücklich erwähnt), da das akritische Schema zurückgewiesen wird, das die höchste Entwicklung der Produktivkräfte (Maschinenbetrieb, Automation, Vergesellschaftung der Arbeit) mit der kapitalistischen Anwendung der Technik gleichsetzt. In dieser Perspektive müßten die Elemente des Arbeitsprozesses, die mit einer gesellschaftlichen Regelung vereinbar sind, aus der kapitalistischen Verflechtung zwischen der Wissenschaft und Technik und der Macht herausgelöst und kritisch übernommen werden. Die Betonung des Aspektes der gesellschaftlichen Anarchie als charakteristisches Merkmal des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion führt jedoch andererseits in der Perspektive der Systemüberwindung tendenziell dazu, den Plan als solchen als grundlegenden »Wert« des Sozialismus zu übernehmen: im I. Band des *Kapitals* ist im Ansatz auch die heute sowohl in der Theorie als auch in der Praxis entwickelte Identität von Sozialismus und Planung enthalten, bei der von dem gesellschaftlichen Verhältnis, das die Basis der Planung bildet, abstrahiert wird[75].

---

75 Im Rahmen dieser Notizen ist es uns nicht möglich, diese Bemerkung eingehender zu entwickeln. Es sei hier lediglich darauf hingewiesen, daß es zahlreichen zeitgenössischen marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern nicht gelingt, den Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Planung anders zu bestimmen als quantitativ in bezug auf den Gesamtprozeß der Produktion. Die Planungstechniken und die »praxeologischen Wissenschaften« werden daher als neutral

Im *Kapital* wird andererseits den Kapitalbewegungen in der Zirkulation auf den verschiedenen Entwicklungsstufen verschiedene Bedeutung beigemessen. Die typischen Erscheinungen dieser Sphäre (Anarchie, zyklische Schwankungen usw.) werden nie als »Katastrophen« betrachtet, sondern im wesentlichen als Entwicklungsweisen des Kapitals. Die Dynamik des kapitalistischen Prozesses ist vom Gesetz der Konzentration und der Zentralisation beherrscht, und diese Dynamik mündet in die – für Marx – höchste Phase der Entwicklung und gleichzeitig der »Verselbständigung« des Kapitals, nämlich in die Phase des Finanzkapitals. Während die Planung also in der Sphäre der unmittelbaren Produktion als *allgemeiner* (historisch und praktisch permanenter und immer wichtigerer) Ausdruck der kapitalistischen Entwicklung erscheint, ist die Anarchie (die Konkurrenz) nur eine Übergangsphase dieses Prozesses. In dieser Hinsicht scheint die Zweideutigkeit der Perspektive, die sich aus dem Schema des Verhältnisses: Planung in der Fabrik – Anarchie in der Gesellschaft ergibt, im Marxschen Denken, ja selbst im ersten Band des *Kapitals* überwunden werden zu können. Marx legt (in den *Grundrissen)* ausführlich eine Theorie der »Unhaltbarkeit« des Kapitalismus auf seiner höchsten Entwicklungsstufe dar, wenn die überzähligen Produktivkräfte mit der »engen Basis« des Systems in Konflikt geraten und die quantitative Bemessung der Arbeit ein offensichtlicher Widersinn wird[76].

Aber diese Perspektive verweist unmittelbar auf eine andere Frage: die jüngste Entwicklung des Kapitalismus zeugt von der Fähigkeit des Systems, »sich selbst zu beschränken«, mit Hilfe bewußter Eingriffe die Bedingungen seines Überlebens wiederherzustellen und mit der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte auch die Grenzen dieser Entwicklung selbst zu planen (indem beispielsweise eine gewisse Arbeitslosenquote eingeplant wird). So stellt sich also wieder das grundlegende Problem des von Marx *nicht vorhergesehenen* kapitalistischen Stadiums in den fortgeschrittensten Bereichen seiner heutigen Entwicklung (die das Stadium des Finanzkapitals bereits überwunden hat). Die Feststellung, daß der Kapitalismus nicht aus der Vorherrschaft des Finanzkapitals erklärt werden kann, ist natürlich eine Banalität. Aus dem monopolistisch-oligopolistischen Kapitalismus entwickelt sich der organisierte Kapitalismus. Die »Versachlichung«, wie sie sich in der

---

behandelt und werden von dem gesellschaftlichen Verhältnis, auf dem sie beruhen, abstrahiert.

76 In den *Grundrissen* entwirft Marx ein Modell des »Übergangs« vom Kapitalismus *unmittelbar* zum Kommunismus, während viele Passagen aus dem *Kapital* und aus der *Kritik des Gothaer Programms* dagegen sprechen.

trinitarischen Formel äußert, erscheint im Lichte dieser Entwicklungen als eine weit weniger »vollkommene« Form, als sie Marx erscheinen mochte. Da das Kapital durch die allgemeine Planung die mystifizierte Grundform des Mehrwertgesetzes unmittelbar von der Fabrik auf die ganze Gesellschaft ausweitet, scheint jetzt wirklich jede Spur des Ursprungs und der Wurzel des kapitalistischen Prozesses zu verschwinden. Die Industrie nimmt das Finanzkapital wieder in sich auf und projiziert die spezifische Form, die die Abpressung des Mehrwerts in ihr annimmt, auf die gesellschaftliche Ebene: als »neutrale« Entwicklung der Produktivkräfte, als Rationalität, als Plan. Damit wird der apologetischen Ökonomie ihre Aufgabe sehr erleichtert.
Auch auf das Marxsche Denken haben, wie wir schon erwähnt haben, die sichtbarsten und massivsten Aspekte der kapitalistischen Gesellschaft seiner Zeit einen »überwältigenden« Einfluß gehabt; daher müssen alle kontingenten Aspekte seines Denkens ausgeklammert werden, um die wichtigsten Hinweise zu erfassen, die ihm in bezug auf die Gesamtbewegung der Entwicklung des Kapitalismus zu entnehmen sind. In erster Linie gilt es, einige starre Schemata fallen zu lassen, zu denen vor allem die Überschätzung der Auswirkungen der Anarchie in der Zirkulationssphäre gehört. Grundlegende Bedeutung mißt Marx der Fähigkeit des kapitalistischen Systems zu, auf die verheerenden Auswirkungen des Wirkens bestimmter »Gesetze« zu reagieren, indem es zu einer »höheren« Entwicklungsstufe übergeht und neue Gesetze einführt, die seine Kontinuität auf der Grundlage des Mehrwertgesetzes gewährleisten sollen. So betrachtet, wird im *Kapital* ein allgemeines dynamisches Modell der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt, wo sich in jeder »Phase« die Tendenzen, die in der vorhergehenden Phase anderen vorherrschenden Tendenzen untergeordnet waren und entgegenwirkten, sich ihrerseits in neue herrschende Tendenzen umkehren können. Die einzige Konstante in diesem dynamischen Modell ist die (tendenzielle) Zunahme der Macht des Kapitals über die Arbeitskraft.
Es lassen sich also im Entwicklungsprozeß des Kapitalismus verschiedene Stadien erkennen (und der Marxsche Standpunkt ermöglicht es, sie zu erkennen), die in der Analyse unterschieden werden müssen, ohne daß man in den »systematischen« Fehler verfällt, die Darstellung eines bestimmten Momentes mit seinen spezifischen und vorübergehenden Gesetzen als »das Grundmodell« zu bestimmen, an dem im Laufe der weiteren Entwicklung des Systems höchstens noch mehr oder weniger nebensächliche Korrekturen angebracht werden könnten.
Im marxistischen Denken nach Marx ist zwar die »Wende« erkannt

worden, die das System mit dem Aufkommen des Monopolkapitalismus und des Imperialismus um die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erlebt hat (und die uns heute im Vergleich zu der in den dreißiger Jahren begonnenen – und noch nicht abgeschlossenen – »Wende« wie eine Übergangsperiode vorkommt). Aber die Analyse und Darstellung der mit jener Wende eingeleiteten neuen Phase ist sofort mit Gesetzen in Zusammenhang gebracht worden, die sie selbst tendenziell schon überwunden hat, und ist daher als »letzte Phase« interpretiert worden[77]. Der Marxismus selbst wird damit zum »apologetischen« Denken, d. h. zu einem in einer formalistischen Sicht befangenen Denken, das an der Oberfläche der ökonomischen Verhältnisse bleibt und die Gesamtheit und innere Veränderlichkeit der Funktionsweise des Systems nicht zu erfassen vermag. Die Veränderungen werden empirisch gesehen, und wenn man sich bemüht, sie »wissenschaftlich« zu betrachten, fällt man wieder in Interpretationsmodelle zurück, die von der historischen Entwicklung abstrahieren (und damit paradoxerweise die Schemata der »rationalen«, ewiggültigen Ökonomie wieder aufnehmen). So kommt es, daß dem marxistischen Denken das wesentliche Merkmal des heutigen Kapitalismus im allgemeinen entgeht[78], nämlich die Projizierung des Plans – als grund-

---

77 Die Mythologie vom »letzten Stadium« des Kapitalismus findet sich, wenngleich mit verschiedenen, ja gegensätzlichen, ideologischen Funktionen, sowohl bei Lenin als auch bei Kautsky; bei Lenin dient sie dazu, die Systemsprengung in weniger fortgeschrittenen Bereichen der kapitalistischen Entwicklung zu »legitimieren«, während sie bei Kautsky die reformistische Vertagung der revolutionären Aktion sanktionieren soll. Da es der Revolution von 1917 nicht gelingt, die Revolution in den fortgeschritteneren Ländern herbeizuführen, begnügt sie sich mit den Zielen, die angesichts des Entwicklungsniveaus Rußlands unmittelbar realisierbar sind; und das Versäumnis, auf das mögliche Vorhandensein des kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisses in der Planung nicht hingewiesen zu haben (ein Versäumnis, das die ganze Entwicklung des Leninschen Denkens durchzieht), begünstigt die spätere Wiederaufnahme kapitalistischer Formen in den Produktionsverhältnissen, sowohl auf Fabrikebene als auch in der gesamten gesellschaftlichen Produktion, unter dem ideologischen Deckmantel der Gleichsetzung von Sozialismus und Planung und der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land.

78 Die autoritäre Planung als grundlegender Ausdruck des Mehrwertgesetzes und die Tendenz ihrer Ausweitung auf die gesamte gesellschaftliche Produktion sind in der Entwicklung des Kapitalismus immanent; in der gegenwärtigen Phase tritt dieser Prozeß als Wesensmerkmal der kapitalistischen Gesellschaften besonders deutlich zutage und nimmt Formen an, die irreversibel sind. Das heißt natürlich nicht, daß sich *heute* das »letzte Stadium« des Kapitalismus vollzieht, was sinnlos ist. Übrigens wird die bewußt kontrollierte Proportionalität zwischen Produktion und Konsum bisher noch mit unvollkommenen und ungenauen Instrumenten festgesetzt und – was wichtiger ist – erst im nationalen Maßstab oder in dem begrenzten internationalen Rahmen der fortgeschrittensten Länder, wobei man die Produktion von langlebigen Konsumgütern zugrunde legt: in diesem Rahmen aber kann eine harmonische Entwicklung des Systems nicht gewährleistet werden. Die ernsten

legenden Ausdrucks des Mehrwertgesetzes – von der Ebene der Fabrik auf die Ebene der Gesellschaft.

(Quaderni Rossi, Nr. 4, 1964)

Schwierigkeiten, die in einer solchen Situation auftreten, lassen sich an der zunehmenden Bedeutung der Rüstungsindustrie (und aller damit verbundenen Produktionssektoren) in den USA und an dem Widerstand gegen die Umstrukturierungsprogramme ablesen. In diesen Fällen handelt es sich also nicht um das Wiederauftreten oder Überleben alter Widersprüche, sondern um neue Widersprüche und Engpässe in der Entwicklung des Kapitalismus, die bedeutende politische Folgen haben.

Dario Lanzardo

Der Marxsche »Fragebogen für Arbeiter«

In der Einleitung zu dem »Fragebogen für Arbeiter«, den er für die »Revue socialiste« verfaßt hatte, schreibt Marx: »In der Hoffnung, daß wir die republikanische Regierung veranlassen könnten, ... eine umfassende Untersuchung über die Taten und Untaten der kapitalistischen Ausbeutung zu eröffnen, wollen wir mit den geringen Mitteln, über die wir verfügen, eine solche Untersuchung beginnen. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung aller Arbeiter in Stadt und Land, die begreifen, daß nur sie allein in voller Sachkenntnis die Leiden schildern können, die sie erdulden; daß nur sie allein und keine von der Vorsehung bestimmten Erlöser energisch Abhilfe schaffen können gegen das soziale Elend, unter dem sie leiden«.

Diese Feststellung, daß allein die Arbeiter selbst in der Lage sind, die Bedingungen ihrer eigenen Ausbeutung zu beschreiben, war unserer Ansicht nach nicht bloß ein Mittel, um die Arbeiter zu veranlassen, an der Untersuchung mitzuwirken, sondern mit ihr wurde in Wirklichkeit eine Methode der politischen Arbeit begründet, die in der Kritik der politischen Ökonomie bereits angelegt war.

Diese Kritik war davon ausgegangen, daß das spezifische Merkmal der kapitalistischen Ökonomie der Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, gelangte aber dann zu dem Schluß, daß dieser Kampf unter den Bedingungen des Kapitalismus in einer mystifizierten Form erscheint, die den realen Prozeß der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten verschleiert. Diese Mystifikation entspringt der für die kapitalistische Gesellschaft typischen Mystifikation des Produktionsprozesses und wird von Marx auf die Formel »Kapital-Profit«, »Arbeit-Arbeitslohn« gebracht, bei der der Profit und der Arbeitslohn als die Entlohnung des Kapitals bzw. der Arbeit erscheinen, »als ihre Produkte, Früchte; sie der Grund, jene die Folge ... und zwar so, daß jede einzelne Quelle auf ihr Produkt als das von ihr Abgestoßene und Produzierte bezogen ist ... [beide] sind ... Teile vom Wert des Produkts, also überhaupt Wertteile, oder in Geld ausgedrückt, ... Preis-

teile«[1]. Das ist eine Mystifikation, weil zwischen Kapital und Arbeit in Wirklichkeit keinerlei Analogie besteht. Das Kapital ist »ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis ... Es sind die von einem *bestimmten Teil der Gesellschaft monopolisierten* Produktionsmittel, die der lebendigen Arbeitskraft gegenüber verselbständigten Produkte und Betätigungsbedingungen eben dieser Arbeitskraft, die durch diesen Gegensatz im Kapital personifiziert werden«[2]. Die Lohnarbeit für sich genommen ist »die produktive Tätigkeit des Menschen überhaupt, wodurch er den Stoffwechsel mit der Natur vermittelt, entkleidet nicht nur jeder gesellschaftlichen Form und Charakterbestimmtheit, sondern *selbst in ihrem bloßen Naturdasein*, unabhängig von der Gesellschaft, allen Gesellschaften enthoben und als Lebensäußerung und Lebensbewährung dem überhaupt noch *nicht gesellschaftlichen* Menschen gemeinsam mit dem irgendwie gesellschaftlich bestimmten ...«; d. h. neben das Kapital, »neben diese, einer bestimmten Produktionsweise, einer bestimmten historischen Gestalt des gesellschaftlichen Produktionsprozesses angehörige Form eines Produktionselements«[3], wird ein Element gestellt (und zwischen beiden wird eine Beziehung hergestellt), das allen Produktionsweisen gemeinsam ist und das »mit der gesellschaftlichen Form desselben *nichts zu schaffen*« hat[4].

Damit nehmen das Kapital (und die *Lohn*arbeit, die ihr Gegenstück bildet) dieselbe »naturgemäße und ewige« Gestalt an wie die »Arbeit« als solche: »... indem die Lohnarbeit nicht als eine gesellschaftlich bestimmte Form der Arbeit, sondern alle Arbeit ihrer Natur nach als Lohnarbeit erscheint (sich dem in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen Befangnen so vorstellt), fallen auch die bestimmten, spezifischen gesellschaftlichen Formen, welche die gegenständlichen Arbeitsbedingungen – die produzierten Produktionsmittel ... – der Lohnarbeit gegenüber einnehmen ... ohne weiteres zusammen mit dem stofflichen Dasein dieser Arbeitsbedingungen ... Die Arbeitsmittel sind dann als solche Kapital ... (und) die formale Verselbständigung dieser Arbeitsbedingungen gegenüber der Arbeit, die besondre Form dieser Verselbständigung, die sie gegenüber der Lohnarbeit besitzen, ist dann eine von ihnen als Dingen, als materiellen Produktionsbedingungen untrennbare Eigenschaft, ein ihnen als Produktionselementen notwendig zukommender, immanent eingewachsener Charakter. Ihr durch eine

1 Marx, *Das Kapital*, III, MEW, Bd. 25, S. 824
2 Ibid., S. 822–23
3 Ibid., S. 823–24
4 Ibid., S. 824

bestimmte Geschichtsepoche bestimmter sozialer Charakter im kapitalistischen Produktionsprozeß ist ein ihnen naturgemäß, und sozusagen von Ewigkeit her, als Elementen des Produktionsprozesses eingeborner dinglicher Charakter ... Das Produkt, worin sich die Arbeit des Lohnarbeiters für ihn selbst, als sein Ertrag, seine Revenue darstellt, ist nur der Arbeitslohn, der Teil des Werts ..., der seinen Arbeitslohn darstellt. Fällt also die Lohnarbeit mit der Arbeit überhaupt zusammen, so auch der Arbeitslohn mit dem Produkt der Arbeit«[5], und »der Mehrwert, in der Form des Profits, wird nicht mehr auf den in Arbeit ausgelegten Kapitalteil, aus dem er entspringt, sondern auf das Gesamtkapital bezogen«[6].

So kommt es, daß die Kämpfe zwischen dem Proletariat, das im Zuge der historischen Entwicklung der Akkumulation des Kapitals immer zahlreicher wird, und den Besitzern des Kapitals selbst als Kämpfe auf der Ebene der Verteilung erscheinen, bei denen es nur um die Aushandlung der Entlohnung für den *jeweiligen Beitrag* zum Produktionsprozeß geht: den der Arbeit einerseits und den des Kapitals andererseits. Damit wird den Arbeitern jede Möglichkeit genommen, die kapitalistische Produktionsweise zu kritisieren und die wahre Natur des Ausbeutungsprozesses zu erkennen, der darin besteht, daß ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten als Ware verkauft und von diesem zur Akkumulation von Mehrwert verwendet wird[7].

Aber eine kritische Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses kann das eigentliche Wesen des Widerspruchs erhellen und einen deutlichen Anhaltspunkt für den Klassenkampf liefern. »Alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation, und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß ... Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol [dem der Kapitalisten] ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisie-

5 Ibid., S. 833–34

6 *Ibid., S. 836. Diese Formulierung ist hier in politischem Sinne zu verstehen;* an sie knüpft auch die Marxsche Analyse des Verhältnisses zwischen organischer Zusammensetzung des Kapitals und Profitrate an, die heute zum Teil nicht mehr zutrifft und auch nicht in den Rahmen dieses Artikels gehört.

7 Und diese Möglichkeit bleibt übrigens auch den klassischen Ökonomisten versagt, die die Warenproduktion als die natürliche Produktionsweise betrachten und daher den Mechanismus nicht begreifen, der aus dem Produkt einen Tauschwert macht, d. h. den »allgemeinen Unterschied zwischen Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß« (a.a.O., I, MEW, Bd. 23, S. 409).

rung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert«[8].

Das Problem ist also, wie den Arbeitern diese »Realität des Kapitalismus« als nicht »naturgemäß«, sondern *historisch* bestimmt dargestellt werden kann und den Anstoß für die Umwandlung des Kampfes zwischen »Kapital und Arbeit« in den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse geben kann.

In dem Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1890 des Manifests der Kommunistischen Partei schreibt Engels: »Für den schließlichen Sieg der im ›Manifest‹ aufgestellten Sätze verließ Marx sich einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehn mußte. Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation«[9].

Marx bestimmt diese Bedingungen mit dem Satz, daß »die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß«: sein *muß* und sein *kann*, weil diese revolutionäre Klasse, deren Entwicklung selbst auf einer bestimmten Stufe eine höhere Produktionsform notwendig macht, in ihrem tagtäglichen und geschichtlichen Kampf gegen den Kapitalismus ein hervorragendes theoretisches und praktisches Instrument besitzt und anwenden kann: nämlich den wissenschaftlichen Sozialismus. »Die Krisen sind unvermeidlich«, aber »wir werden [den Mechanismus der kapitalistischen Ausbeutung] möglichst einfach und populär darzustellen suchen und selbst die elementarischsten Begriffe der politischen Ökonomie nicht voraussetzen. Wir wollen den Arbeitern verständlich sein«[10].

Für Marx ist Kritik an der politischen Ökonomie Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise, politischer Kampf gegen sie. Mit der Entdeckung, daß die gesellschaftlichen Gegensätze, die die Arbeiterbewegung bis dahin empirisch herausgefunden hatte, geschichtlich notwendige, aber spezifische Formen des Klassenkampfs sind – spezifisch insofern, als mit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktion »das Proletariat seine Emanzipation nicht durchführen kann, ohne gleichzeitig die ganze Gesellschaft von der Scheidung in Klassen und damit

---

8 Ibid., S. 674–5
9 MEW, Bd. 4, S. 584–5
10 Marx, *Lohnarbeit und Kapital*, MEW, Bd. 6, S. 398

von den Klassenkämpfen zu emanzipieren« – »waren [wir] verpflichtet, unsre Ansicht wissenschaftlich zu begründen; ebenso wichtig aber war es auch für uns, das europäische und zunächst das deutsche Proletariat für unsere Überzeugung zu gewinnen.«[11]

Dieses Ziel hat Marx bei seiner politischen Aktion immer verfolgt, angefangen von den Reden vor der Deutschen Arbeiterassoziation von Brüssel bis zum Manifest der Kommunistischen Partei, von seiner Arbeit innerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation bis hin zu dem »Arbeiter-Fragebogen«, den er 1880 für die »Revue Socialiste« ausgearbeitet hat: »Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse ... Sie [die Kommunistische Partei] unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.«[12] Der kapitalistische Widerspruch kann sich nur durch das Bewußtsein der Ausbeutung und durch den organisierten Kampf in revolutionärem Sinne entfalten. Es kommt darauf an, daß diese beiden Aspekte sich ergänzen, denn »ein Element des Erfolges besitzt sie [die Arbeiterklasse], die *Zahl.* Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet«[13].

Das Problem ist, die zur Erreichung dieses Ziels am besten geeigneten Instrumente zu finden, die wiederum geschichtlich bestimmt sind, und dieses Ziel läßt sich nur durch die notwendige Einsicht in die Grenzen erreichen, die dem bloßen Tageskampf gegen das Kapital gesetzt sind, wenn er nicht mit dem Bewußtsein der Ausbeutung verbunden ist. »Würden sie [die Arbeiter] in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen, [aber] die Arbeiterklasse sollte die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen ... Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den *materiellen Bedingungen* und den gesellschaftlichen Formen, die

---

11 Engels, *Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten,* MEW, Bd. 21, S. 212

12 *Manifest,* MEW, Bd. 4, S. 474–92

13 Marx, *Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation,* MEW, Bd. 16, S. 12

für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des *konservativen* Mottos: ›*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!*‹, sollte sie auf ihr Banner die *revolutionäre* Losung schreiben: ›*Nieder mit dem Lohnsystem!*‹«[14].

Der von Marx ausgearbeitete Fragebogen ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie seine politische Aktion dem Kernstück seiner theoretischen Analyse entspricht (der gewaltsamen Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Kapitalistenklasse) und sie konsequent in seine allgemeine politische Arbeit einordnet, die ausschließlich das Ziel verfolgte, das Proletariat im Hinblick auf seine Bildung zur antagonistischen Klasse »durch Kombination zu vereinen« und »durch Kenntnis zu leiten«.

Der rote Faden, der den Fragebogen durchzieht, ist leicht zu erkennen: er verbindet die vier Teile, aus denen sich die Untersuchung zusammensetzt, zu einem einheitlichen Ganzen und ist den Zielen, die Marx sich gesetzt hat, adäquat. Es handelt sich um eine Etappe der schrittweisen Annäherung der Arbeiter an den wissenschaftlichen Sozialismus: um die theoretische Erläuterung einer Situation, die sie genau kennen, die allmählich immer umfassendere Kritik der Arbeiter an der kapitalistischen Ausbeutung, die in einigen wesentlichen Punkten durch eine ausdrückliche Erklärung oder ein Werturteil ergänzt wird.

Bei ihrer Anwort auf die im ersten Teil enthaltenen Fragen beschreiben die Arbeiter vorwiegend die Fabrik, in der sie arbeiten. Es handelt sich um eine statische Beschreibung, die jedoch notwendig ist, um Einsicht zu erlangen in den realen und komplexen Mechanismus der unmittelbaren Ausbeutung und der eigenen Arbeit. In diesem Teil geht die Analyse und Beschreibung im wesentlichen mit Hilfe von drei Fragegruppen vor: die Zusammensetzung der Arbeitskraft, die technische Struktur der Fabrik (Arbeitsteilung, Mechanisierung, usw.) und die Arbeitsbedingungen.

Eine der wichtigsten Fragen der ersten Gruppe ist die Frage Nr. 6: »Nennen Sie die Anzahl der Aufsichtspersonen und anderen Angestellten, die keine *einfachen Lohnarbeiter sind*« (Hervorhebung von mir, D. L.). Hierin zeigt sich der unvermeidliche Despotismus der kapitalistischen Ausbeutung am unmittelbarsten, und der Arbeiter muß diesen Aspekt ganz klar herausstellen, denn »diese Arbeit der Oberaufsicht [entspringt] notwendig in allen Produktionsweisen, die auf dem Gegen-

14 Aus dem Vortrag, den Marx im Juni 1865 vor dem Zentralrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation hielt und der unter dem Titel *Lohn, Preis und Profit* veröffentlicht wurde, in MEW, Bd. 16, S. 151–2.

satz zwischen dem Arbeiter als dem unmittelbaren Produzenten und dem Eigentümer der Produktionsmittel beruhn. Je größer dieser Gegensatz, desto größer die Rolle, die diese Arbeit der Oberaufsicht spielt. Sie erreicht daher ihr Maximum im Sklavensystem. Sie ist aber auch in der kapitalistischen Produktionsweise unentbehrlich, da hier der Produktionsprozeß zugleich Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft durch den Kapitalisten ist«[15].

Dieser Despotismus tritt auch bei der technischen Analyse der Fabrik zutage: »... beschreiben Sie jenen Teil des Arbeitsprozesses, an dem Sie mitwirken, nicht nur in technischer Hinsicht, sondern auch in bezug auf die Muskel- und Nervenanspannung, die die Arbeit erfordert, und die allgemeinen Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeiter«[16]. Und während der Arbeiter aufgefordert wird, die materiellen Bedingungen seiner Arbeit (hygienische, Sicherheitsbedingungen, usw.) zu beschreiben – die Marx zweifellos sehr gut kannte –, wird zum ersten Mal ausdrücklich darauf hingewiesen, was dem allen zugrunde liegt: »... entschädigt er [der Unternehmer] in irgendeiner Weise diejenigen, die Unfälle dabei erlitten, als sie durch ihre Arbeit zu seiner Bereicherung beitrugen?«[17].

Im zweiten Teil des Fragebogens wird die Beschreibung der Ausbeutung und ihrer despotischen Formen dynamisch: hier geht es um die in einem bestimmten Zeitraum im Produktionsprozeß eingesetzte Arbeitskraft, die Länge des Arbeitstages, Nachtarbeit, Schichten, die Vorschriften und Strafen. Aber am bedeutendsten in diesem Teil ist die Frage Nr. 14: »Werden die Maschinen von einer besonderen Gruppe Arbeiter gereinigt, die für diese Arbeit angestellt sind, oder besorgen die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter die Reinigung unentgeltlich während ihres gewöhnlichen Arbeitstages?« Hier geht es nicht nur darum, die »informellen Aufgaben« zu erkennen, sondern es gilt vor allem, eine kapitalistische Realität, nämlich die Lohnarbeit, zu entmystifizieren. Wenn nämlich der Lohn durch einen vor Aufnahme der Arbeit abgeschlossenen Vertrag garantiert ist und am Ende der Woche oder des Monats mit Sicherheit ausgezahlt wird, wie ist es dann möglich, daß der Kapitalist den Arbeiter unentgeltlich arbeiten lassen kann? Die kritische Analyse der Ökonomie hat hier zu der Entdeckung geführt, daß der Arbeiter dem Besitzer der Maschinen seine Arbeitskraft als Ware verkauft: »Sobald seine Arbeit wirklich beginnt, hat sie bereits

---

15 Marx, *Das Kapital*, III, MEW, Bd. 25, S. 397
16 Frage Nr. 15, I. Teil
17 Frage Nr. 27, I. Teil

aufgehört, ihm zu gehören ...«[18], und seine Arbeitskraft geht völlig in die Verfügungsgewalt des Kapitalisten über, der sie nicht nur »stets länger funktionieren [läßt], als zur Reproduktion ihres eignen Werts nötig ist«[19], sondern sie entsprechend seinen jeweiligen Erfordernissen einsetzt. Das ist der Kernpunkt der Marxschen Analyse, der in unmittelbarem Bezug zu seinem politischen Denken steht: »Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen«.[20] Und die Arbeiter müssen diese Ideen und diese Illusionen überwinden, indem sie sich vor allem darüber klar zu werden beginnen, daß der Unternehmer die Möglichkeit hat, sie unentgeltlich arbeiten zu lassen.

Im dritten Teil des Fragebogens erfaßt die Analyse der Ausbeutung und ihre Beschreibung durch den Arbeiter schließlich alle gesellschaftlichen Beziehungen, in denen der Arbeiter als Proletarier steht, sowohl in der Fabrik als auch in der Gesellschaft.

Die vier ziemlich einheitlichen Fragegruppen, aus denen dieser Teil besteht, entsprechen vier eng miteinander verbundenen Stadien der Analyse, bei deren Darlegung schon vorher untersuchte Aspekte der Ausbeutung wiederaufgegriffen werden, die allerdings leichter zu verstehen sind, wenn sie im Rahmen des ganzen Produktionssystems betrachtet werden. Diese Fragegruppen betreffen: die Regelung des Verkaufs der Arbeitskraft[21], den Lohn[22], das Verhältnis zwischen Lohn und Reproduktionskosten[23] sowie die kapitalistische Anwendung der Maschinen und des technischen Fortschritts[24].

In der ersten Fragengruppe wird der Arbeiter aufgefordert, das Rechtsverhältnis, das ihn an seinen Lohnherrn bindet, zu beschreiben und einige Vergleiche zu ziehen zwischen Rechten und Pflichten, die sich für beide Seiten aus dem abgeschlossenen Vertrag ergeben. Marx, dem die Lage der englischen Arbeiterklasse, die sehr viel besser organisiert ist als die französische, genauestens bekannt ist, weiß sehr wohl, daß nur

18 Marx, *Das Kapital*, I, MEW, Bd. 23, S. 559
19 Ibid., S. 561
20 Ibid., S. 562
21 Fragen Nr. 1–6, III. Teil
22 Fragen Nr. 8–22, III. Teil
23 Fragen Nr. 23–27, III. Teil
24 Fragen Nr. 30–36, III. Teil

die Unternehmer die Verträge nach Gutdünken brauchen und mißbrauchen können. »Welche Strafen sieht Kontraktbruch vor, wenn der Lohnherr der schuldige Teil ist?«[25]. Und sofort danach: »Welche Strafen erwarten den Arbeiter, wenn er der schuldige Teil ist?«[26].
Der Teil, der sich auf den Lohn bezieht, ist sehr umfangreich, berücksichtigt alle denkbaren Lohnformen und versucht, ihre jeweilige Bedeutung zu klären[27]. Der Arbeitslohn kann Zeitlohn oder Stücklohn sein, aber »der Stücklohn [ist] die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns«[28], die dem Kapitalisten zwei besondere Vorteile bietet. Erstens »bietet [er] den Kapitalisten ein ganz bestimmtes Maß für die Intensität der Arbeit. Nur Arbeitszeit, die sich in einem vorher bestimmten und erfahrungsmäßig festgesetzten Warenquantum verkörpert, gilt als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit und wird als solche bezahlt«[29]; zweitens ist »die Qualität der Arbeit ... hier durch das Werk selbst kontrolliert, das die durchschnittliche Güte besitzen muß, soll der Stückpreis voll bezahlt werden. Der Stücklohn wird nach dieser Seite hin zu fruchtbarster Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei«[30]. Und der Arbeiter wird gewarnt: »Falls Sie im Stücklohn bezahlt werden: wird die Qualität des Produkts zum Vorwand genommen, um Ihren Lohn auf betrügerische Weise zu kürzen?«[31]. Darauf folgen zwei Fragen, die – sowohl einzeln genommen als auch in ihrem Zusammenhang – zum tieferen Verständnis des Wesens der Lohnarbeit außerordentlich wichtig sind: »Ob Sie nun im Zeit- oder im Stücklohn beschäftigt sind, *nach welcher Frist* erhalten Sie Ihren Lohn? Mit anderen Worten, wie lange müssen Sie warten, bis Ihr Lohnherr Ihnen den Lohn für bereits ausgeführte Arbeit auszahlt? Wird Ihr Lohn nach einer Woche, einem Monat etc. bezahlt?«[32]. Auch das ist ein Ergebnis der theoretischen Analyse der Besonderheiten der kapitalistischen Produktionsweise. »Die Veräußerung der Kraft und ihre wirkliche Äußerung, d. h. ihr Dasein als Gebrauchswert, fallen daher der Zeit nach auseinander. Bei solchen Waren aber, wo die formelle Veräußerung des Gebrauchswerts durch den Verkauf und seine wirkliche Überlassung an den Käufer der Zeit nach auseinanderfallen, funktioniert das Geld des Käufers meist als

25 Frage Nr. 3, III. Teil
26 Frage Nr. 4, III. Teil
27 Marx, *Das Kapital*, I, cit., VI. Abschnitt
28 Ibid., S. 580
29 Ibid., S. 576
30 Ibid.
31 Frage Nr. 12, III. Teil
32 Frage Nr. 13, III. Teil

Zahlungsmittel. In allen Ländern kapitalistischer Produktionsweise wird die Arbeitskraft erst gezahlt, nachdem sie bereits während des im Kaufkontrakt festgesetzten Termins funktioniert hat, z. B. am Ende jeder Woche. Überall schießt daher der Arbeiter dem Kapitalisten den Gebrauchswert der Arbeitskraft vor; er läßt sie vom Käufer konsumieren, bevor er ihren Preis bezahlt erhält, überall kreditiert daher der Arbeiter dem Kapitalisten«[33]. Der Arbeiter gewährt seinem eigenen Lohnherrn also Kredit (und zwar absolut gesehen, denn mit der geschichtlichen Akkumulation des Kapitals in den Händen der Kapitalistenklasse hört dieses auf, ein ökonomisch bedeutsamer Faktor zu sein), weil dieser sich nur durch die Anwendung der Arbeitskraft des Arbeiters bereichern kann. Aber damit der Arbeiter diesen Sachverhalt versteht und ihn sich in antagonistischem Sinne zu eigen macht, fragt Marx nach den Auswirkungen dieses Systems auf die materiellen Lebensbedingungen des Arbeiters: »Werden Sie durch solche Verzögerungen bei der Lohnzahlung gezwungen, häufig das Pfandhaus in Anspruch zu nehmen, dort hohe Zinsen zu zahlen und obendrein Gegenstände zu entbehren, die Sie nötig gebrauchen, oder müssen Sie bei den Kaufleuten Schulden machen und werden dadurch als Schuldner deren Opfer?«[34].

In der dritten Fragengruppe dieses Teils wird der Arbeiter aufgefordert, die Kosten der Reproduktion seiner Arbeitskraft zu untersuchen und dabei einen unmittelbaren Bezug herzustellen zwischen dem Lohn, der dem realen Wert seiner Arbeitskraft entsprechen müßte, den in Wirklichkeit aber kein Kapitalist vollständig auszahlt, und den Preisen der notwendigsten Güter; und nicht zufällig werden hier unter der Rubrik »verschiedene Ausgaben« Bücher, Zeitungen, »Beiträge für Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe, für Streikkassen, für verschiedene Vereinigungen, Gewerkschaften etc.« genannt[35]. Aber es gilt, noch einen anderen, politisch wichtigeren Vergleich anzustellen, der es ermöglicht, den zentralen Punkt der Analyse, die einzige Grundlage des despotischen Fabriksystems zu erkennen: den Mehrwert, den Reichtum des Unternehmers. »Berichten Sie über Veränderungen *im Preis der Waren,* die Sie produzieren, bzw. der Dienste, die Sie leisten, und berichten Sie zum Vergleich, ob Ihr Lohn sich *gleichzeitig verändert* hat oder ob er der alte geblieben ist«[36]. Der Arbeiter ist zweifellos nicht in der Lage, die Produktionskosten zu berechnen und den Netto-

---

33 a.a.O., S. 188
34 Frage Nr. 14, III. Teil
35 Frage Nr. 24, III. Teil
36 Frage Nr. 31, III. Teil

gewinn zu ermitteln, aber auch die Maschinen sind nur tote Arbeit, und worauf es ankommt, ist, daß der Arbeiter den Unterschied sieht und begreift, daß dieser Unterschied allein dem zugutekommt, der den Preis einkassiert, nämlich dem Unternehmer.
In der vierten Fragengruppe schließlich wird die Ausbeutung in unmittelbaren Bezug zu verschiedenen Aspekten der Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt: sie betrifft die Anwendung der Wissenschaft auf die Maschinen, den technischen Fortschritt, die Marktlage, die Krisen. »Kennen Sie Fälle, daß Arbeiter infolge Einführung von Maschinen oder anderen Vervollkommnungen ihren Arbeitsplatz verloren haben?«[37]. Auch hier tritt deutlich zutage, wie die wissenschaftliche Analyse verbunden ist mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit, daß die Arbeiter den Zusammenhang zwischen technologischem Fortschritt und Arbeitslosigkeit erkennen. Die Konkurrenz zwingt die Kapitalisten, den Preis ihrer Produkte zu senken, und dadurch wird eine Produktivitätssteigerung und ein größerer Kapitaleinsatz notwendig. Auf der Ebene des einzelnen Betriebs bedeutet dies die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, d. h. die relative Abnahme des variablen Kapitals, und auf gesellschaftlicher Ebene die allmähliche Entstehung einer industriellen Reservearmee, die zu einem wesentlichen Element der Entwicklung wird: *sie ist ständig verfügbar* und »gehört dem Kapital ganz so absolut, als ob es sie auf seine eignen Kosten großgezüchtet hätte«[38]. Diese verfügbare Masse von Proletariern ist von grundlegender Bedeutung, wenn die Expansion des Kapitals »sich mit Frenesie in alte Produktionszweige [drängt], deren Markt sich plötzlich erweitert, oder in neu eröffnete«, sie reguliert die allgemeinen Bewegungen und folglich die »Wechselfälle des industriellen Zyklus« und selbst die Krisen. Und tatsächlich hatte schon vorher eine andere Frage einen so weitgehenden Zusammenhang hergestellt: »Berichten Sie über Arbeitsunterbrechungen infolge Veränderungen in der Mode und infolge von Teil- und allumfassenden Krisen«[39]. Mit der erzwungenen Arbeitslosigkeit wird also die Voraussetzung für die kapitalistische Anwendung der Maschinen und für alle damit verbundenen Auswirkungen auf das Fabrikwesen geschaffen, dessen »ungeheure, stoßweise Ausdehnbarkeit ... und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt ... das Leben der Industrie in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität, Überproduktion, Krise und

---

37 Frage Nr. 32, III. Teil
38 a.a.O., S. 661 ff.
39 Frage Nr. 30, III. Teil

Stagnation« verwandelt[40]. Es ist die Möglichkeit der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie zur Ausbeutung der Arbeiter. Die theoretische Analyse ebenso wie der Arbeiter-Fragebogen konzentrieren sich auf einen wesentlichen Punkt der historischen Entwicklung der Akkumulation: »Haben mit der Entwicklung der Maschinen und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität die Intensität und die Dauer der Arbeit zu- oder abgenommen?«[41]. Hier geht es um das Verhältnis zwischen absolutem und relativem Mehrwert, das historisch mit der Entwicklung der Maschinerie entsteht, die »gleich jeder andren Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit ... Waren verwohlfeilern und den Teil des Arbeitstags, den der Arbeiter für sich selbst braucht, verkürzen [soll], um den andren Teil seines Arbeitstags, den er dem Kapitalisten umsonst gibt, zu verlängern. Sie ist ein Mittel zur Produktion von Mehrwert«[42]. Die Folgen, die sich daraus für die Arbeiter ergeben, liegen auf der Hand: Verlängerung des Arbeitstags, Erhöhung der Arbeitsintensität[43]. »So geht in England während eines halben Jahrhunderts die Verlängerung des Arbeitstags Hand in Hand mit der wachsenden Intensität der Fabrikarbeit. Indes begreift man, daß ... ein Knotenpunkt eintreten muß, wo Ausdehnung des Arbeitstags und Intensität der Arbeit einander ausschließen, so daß die Verlängerung des Arbeitstags nur mit schwächrem Intensitätsgrad der Arbeit und umgekehrt ein erhöhter Intensitätsgrad nur mit Verkürzung des Arbeitstags verträglich bleibt. Sobald die allmählich anschwellende Empörung der Arbeiterklasse den Staat zwang, die Arbeitszeit gewaltsam zu verkürzen, ... warf sich das Kapital mit aller Macht und vollem Bewußtsein auf die Produktion von relativem Mehrwert durch beschleunigte Entwicklung des Maschinensystems«[44]. Die Antwort auf die obige Fage wird sehr wahrscheinlich lauten, daß der Arbeitstag verkürzt und die Arbeitsintensität erhöht worden ist, aber selbst wenn

---

40 a.a.O., S. 476

41 Frage Nr. 33, III. Teil

42 a.a.O., S. 391

43 Ibid., S. 425 ff. und S. 431 ff.

44 Ibid., S. 432. Allerdings findet der Kapitalismus unverzüglich ein Mittel, um der Verkürzung des Arbeitstags bei Erhöhung der Arbeitsintensität zu begegnen, denn wenn die Maschinen arbeiten, wird die ihnen einverleibte tote Arbeit verwertet und verwandelt sich, zusammen mit dem durch den Arbeiter geschaffenen Mehrwert, in Tauschwert. Das ist ein historischer Prozeß, und seine Verallgemeinerung geht Hand in Hand mit der Akkumulation und ihren jeweiligen Merkmalen. Mit zwei, drei Arbeitsschichten täglich sind die Maschinen ständig in Betrieb, und allmählich fällt der gewerkschaftliche Kampf um die Verkürzung des Arbeitstags und um einen höheren »Preis« für die intensivierte Arbeit mit der zunehmenden Notwendigkeit zusammen, den Markt der industriellen Konsumgüter auszuweiten.

es für die Arbeiter einiger Betriebe umgekehrt ist, tritt das Abhängigkeitsverhältnis zwischen kapitalistischem Fortschritt und Verstärkung der Ausbeutung doch auf jeden Fall unmittelbar zutage. Die letzte Frage dieser Gruppe wird wahrscheinlich eine weitere Bestätigung dafür liefern: »Wieviel Jahre kann in Ihrem Gewerbe ein Arbeiter von durchschnittlicher Gesundheit seine Arbeit ausführen?«[45].

Die ersten drei Teile des Fragebogens sind im wesentlichen durch die theoretische Analyse und das Bemühen Marx' gekennzeichnet, den Arbeitern die Natur ihrer eigenen Ausbeutung zum Bewußtsein zu bringen. Im vierten Teil werden die Arbeiter aufgefordert zu beschreiben, wie sie sich gegen die Ausbeutung selbst zur Wehr setzen. Es geht um den Kampf der Arbeiterklasse, die sich zu organisieren versucht, gegen den Kapitalismus, der schon viel besser organisiert ist. Und in gewisser Hinsicht ist es auch für Marx eine Suche nach neuen Wegen, denn er weist mit präzisen Fragen auf neue Organisationsformen der Kämpfe hin: »Unterstützt man in Ihrem Gewerbe die Streiks von Arbeitern aus anderen Gewerben?«[46]. Es kommt hier nicht so sehr darauf an, wie die Antwort ausfällt, sondern es gilt vielmehr zu erkennen, daß diese Möglichkeit existiert und daß sie am wirksamsten ist, weil die Einheit aller Proletarier die Möglichkeit eröffnet, die Kapitalisten zu schlagen, die bereits durch die Produktion selbst und durch die politische Staatsgewalt vereinigt und organisiert sind: »Bestehen Vereinigungen der Lohnherren, um Lohnkürzungen, Verlängerung des Arbeitstags zu erzwingen, um Streiks zu zerschlagen und um im allgemeinen der Arbeiterklasse ihren Willen aufzuzwingen?«[47]. Und weiter: »Kennen Sie Fälle, wo die Regierung die bewaffnete Macht mißbrauchte und sie den Lohnherren gegen ihre Arbeiter zur Verfügung gestellt hat?«[48]. Welche Macht können die Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe und ähnliche Arbeitervereinigungen den organisierten Kapitalisten und der Regierung, die sie unterstützt, entgegenstellen? Aber hier werden die objektiven Grenzen der Organisationsmöglichkeiten der französischen Arbeiterklasse zur damaligen Zeit berührt, und die Kritik, die Marx an diesen Grenzen übt, kann nicht über die bereits gegebenen Anregungen hinausgehen oder kann auf jeden Fall das Problem lediglich – wenn auch indirekt – stellen. D. h. er kann nicht den Vorwurf erheben, den er schon im Jahre 1865 gegen die englischen Trade Unions erhoben hatte: »Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von

---

45 Frage Nr. 36, III. Teil
46 Frage Nr. 7, IV. Teil
47 Frage Nr. 9, IV. Teil
48 Frage Nr. 10, IV. Teil

ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems«[49].

Um diese Grenzen zu durchbrechen und andere Kampfinstrumente zu finden, die eindeutig gegen den Kapitalismus gerichtet sind, ist es unbedingt notwendig, das System und die Machenschaften seiner Repräsentanten zu kennen, die schon seit langem die Gefahren der direkten und gewaltsamen Auseinandersetzung auf Fabrikebene erkannt haben und nach langfristigen Lösungen suchen, um die Arbeiterklasse in Ketten zu legen. »Gibt es in Ihrem Gewerbe Betriebe, in denen ein Teil der Bezahlung der Arbeiter unter dem Namen Lohn, ein anderer Teil in Form angeblicher Gewinnbeteiligung am Profit Ihres Lohnherrn erfolgt? Vergleichen Sie das gesamte Einkommen dieser Arbeiter mit demjenigen, das andere Arbeiter erhalten, bei denen keine angebliche Gewinnbeteiligung besteht. Berichten Sie über die Verpflichtungen der Arbeiter, die unter diesen Bedingungen arbeiten. Können sie sich an Streiks beteiligen etc. oder dürfen sie nur die ergebenen ›Diener‹ ihres Lohnherrn sein?«[50]. Hier wird auf die ständige Gefahr einer politischen Situation hingewiesen, die der Kapitalismus historisch (unter verschiedenen Formen) herbeiführen kann, um die Arbeiter für seine eigenen Erfordernisse gefügig zu machen. Die Beteiligung an dem vom Betrieb erwirtschafteten Gewinn ist zu jener Zeit[51] die größte Mystifikation der Lohnarbeit und gleichzeitig die höchste Apologie aller Illusionen über die Gleichheit, die Freiheit und das Eigentum, die jener Mystifikation entspringen. »Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z. B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt ... Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine ... [und] jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andren kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilisierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer allpfiffigen Vorsehung,

49 Marx, *Lohn, Preis und Profit*, cit., S. 152
50 Frage Nr. 17, IV. Teil
51 Zu Ende des 19. Jahrhunderts stand die Gewinnbeteiligung – nicht zufällig – auf den Wahlprogrammen der meisten bürgerlichen Parteien.

nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses«[52].
Um den von Marx verfaßten Arbeiter-Fragebogen besser beurteilen zu können, müssen einige Betrachtungen angestellt werden.
Die Enquête war von der »Revue Socialiste« veranstaltet worden und nicht von Marx selbst, der lediglich den Fragebogen ausgearbeitet hat; es liegt also auf der Hand, daß die Untersuchung von den Erfordernissen der französischen Arbeiterbewegung ausging, die im wesentlichen darin bestanden, umfassendere Kenntnis zu haben über die realen Bedingungen der Ausbeutung der Arbeiterklasse, über ihren Organisationsgrad, usw., um den gewerkschaftlichen Kampf wirksamer organisieren zu können und die Arbeiterbasis der sozialistischen Gruppen und Arbeiterassoziationen durch direkte Kontakte mit möglichst vielen Arbeitern zu erweitern: »jeder Antwortende muß seinen Namen und seine Adresse mitteilen, damit man nötigenfalls mit ihm in Verbindung treten kann«. Aber das Instrument dieser Arbeit war von Marx so konzipiert worden, daß die Ziele der Untersuchung der französischen Arbeiterbewegung unmittelbar mit den Zielen zusammenfielen, die die I. Internationale und insbesondere Marx selbst verfolgt hatten: nämlich einerseits, der Arbeiterklasse weitere theoretische Instrumente zur Einsicht in die *wahre* Natur des Kapitalismus und in ihre eigene Lage als ausgebeutete Klasse an die Hand zu geben, und andererseits den »sozialistischen Gruppen der verschiedenen Schulen« anhand eines konkreten Beispiels eine auf den wissenschaftlichen Sozialismus gegründete Arbeitsmethode vorzuschlagen, die die Voraussetzungen für einen wirksamen Kampf gegen den französischen Kapitalismus schaffen und damit der gemeinsamen Aktion der verschiedenen Gruppen und Arbeiterassoziationen einen realen Inhalt geben konnte.
Die Tatsache schließlich, daß die Untersuchung praktisch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte, da von den 25 000 in ganz Frankreich versandten Fragebogen nur etwa hundert Antworten bei der »Revue Socialiste« eingingen, war im Grunde recht unwichtig. Worauf es ankam, war erreicht worden: die Arbeiter hatten die Fragebogen erhalten und mit ihnen neue Möglichkeiten, den Wirkungsmechanismus der kapitalistischen Ausbeutung zu begreifen.
Welchen Bezug können wir herstellen zwischen der Marxschen Untersuchung und unserer heutigen politischen Aktion? Unserer Ansicht nach geht es vor allem darum, zu prüfen, ob die Instrumente unserer Aktion, die wir auf der Grundlage unserer theoretischen Position gewählt

---

52 Marx, *Das Kapital,* I, cit., S. 189–90

haben, den Zielen, die wir verfolgen, adäquat sind. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang notwendig, einige wesentliche Elemente unserer Position darzulegen.

Die Möglichkeit des Übergangscharakters des kapitalistischen Systems und die despotische Ausbeutung der Arbeitskraft, die ein Hauptmerkmal dieses Systems ist, sind zwei historisch und empirisch unwiderlegbare Prämissen, zwei Punkte, an denen stets festgehalten werden muß. Zu überprüfen sind dagegen (und die *Quaderni Rossi* haben es zum Teil schon versucht) gewisse Aspekte der Analyse der Akkumulationsweise des Kapitals, denn mit den in diesem Prozeß eingetretenen Veränderungen haben sich auch einige unmittelbare Folgen der kapitalistischen Ausbeutung geändert, wie das materielle Elend oder die permanente Arbeitslosigkeit, so daß die Ausbeutung selbst heute nicht mehr so unmittelbar einsichtig ist. Marx war in seiner Analyse bereits zu dem Schluß gekommen, daß es geschichtlich immer schwieriger wurde, den Produktionsprozeß zu entmystifizieren und den Mechanismus der Produktion von Mehrwert zu begreifen. »Betrachtet man das Kapital zunächst im unmittelbaren Produktionsprozeß – als Auspumper von Mehrarbeit, so ist dies Verhältnis noch sehr einfach, und der wirkliche Zusammenhang drängt sich den Trägern dieses Prozesses, den Kapitalisten selbst auf ... Aber ... mit der Entwicklung des relativen Mehrwerts in der eigentlichen spezifischen kapitalistischen Produktionsweise, womit sich die gesellschaftlichen Produktionskräfte der Arbeit entwickeln, erscheinen diese Produktivkräfte und die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Arbeit im unmittelbaren Arbeitsprozeß als aus der Arbeit in das Kapital verlegt. Damit wird das Kapital schon ein sehr mystisches Wesen, indem alle gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit als ihm, und nicht der Arbeit als solcher, zukommende und aus seinem eignen Schoß hervorsprossende Kräfte erscheinen. Dann kommt der Zirkulationsprozeß dazwischen, dessen Stoff- und Formwechsel alle Teile des Kapitals ... anheimfallen ... [und] der wirkliche Produktionsprozeß, als Einheit des unmittelbaren Produktionsprozesses und des Zirkulationsprozesses, erzeugt neue Gestaltungen, worin mehr und mehr die Ader des innern Zusammenhangs verlorengeht, die Produktionsverhältnisse sich gegeneinander verselbständigen und die Wertbestandteile sich gegeneinander in selbständigen Formen verknöchern«[53].

Es ist dies eine objektive Schwierigkeit, in die die Träger der Produktion, die beiden Klassen, verstrickt sind. Aber für die herrschende

---

53 Marx, *Das Kapital,* III, cit., S. 835–36

Klasse stellt diese Schwierigkeit ihre Stärke, ihre Macht dar, und die Wirtschaftswissenschaft – selbst wenn sie Ausdruck der Arbeiterbewegung ist – wird, sobald sie sich von der wissenschaftlichen Analyse des Prozesses der Ausbeutung der Arbeitskraft lossagt, zu einer Ideologie im Dienste der kapitalistischen Macht. Und Marx richtet seine Kritik sowohl gegen die Vulgärökonomen als auch gegen den »Vulgärsozialismus ... [der] es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen [hat], die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen«[54].

Heute mehr noch als damals erscheint den Arbeitern die Lohnarbeit in der Fabrik als ihre natürliche Lebensform, auch wenn sich die Situation weitgehend geändert hat. Heute nämlich ist es die gesamte gesellschaftliche Produktion mit dem ganzen ihr einverleibten Überbau, die die Arbeitsbedingungen, den Lohn und das ganze Leben der Arbeiter bestimmen, so daß die kapitalistische Produktionsweise ihnen als die einzig mögliche Produktionsweise erscheint. Und das ist immer weitgehender der Fall, da es dem Kapitalismus gelingt, die Produktion insgesamt zu kontrollieren und zu planen.

Die einzigen »unnatürlichen« Elemente sind nach wie vor die Gewerkschaftskämpfe und die Konjunkturschwankungen, die jedoch allein nicht so wirksam sind, daß ein Appell an die Arbeiter, sich zu organisieren – ein Appell, der sich ganz generell auf ihre Situation als Ausgebeutete gründet – unmittelbar aufgenommen wird und sich in antagonistischen Organisationsformen konkretisiert.

Darüber hinaus fehlt es einerseits an einer gründlichen Analyse der Erfahrungen der sozialistischen Revolutionen, die einen wertvollen Anhaltspunkt bieten könnten, um die Absurdität der kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen; andererseits haben die Arbeiterparteien durch ihre faktische Integration in das System der einzelnen kapitalistischen Länder nicht nur dazu beigetragen, das Wesen und die Ergebnisse dieser Revolutionen zu verschleiern, sondern haben der Arbeiterklasse vor allem absolut nicht geholfen, Einsicht in die Absurdität der kapitalistischen Produktion zu gewinnen, wodurch sie ihre Kämpfe gleichzeitig neutralisiert haben. Damit ist es sehr viel schwieriger geworden, eine Kritik am kapitalistischen Produktionssystem unmittelbar zu verstehen, insbesondere wenn diese Kritik sich gegen die Wissenschaft und die Technologie richtet, die dazu ausgenutzt werden,

---

54 Marx, *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei,* MEW, Bd. 19, S. 22

die zur Aneignung und Kontrolle des Mehrwerts durch eine Klasse notwendige Arbeitszeit zu verkürzen, und der historische Kampf der Arbeiterklasse, mit dem diese »der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht«[55], wird auf *diese Weise faktisch behindert.*
Für uns ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, nach den Instrumenten zu suchen, die am besten geeignet sind, den Arbeitern diese Kritik verständlich zu machen.
(Hier schließt sich im Original der Marxsche »Fragebogen für Arbeiter« an, in MEW, Bd. 19, S. 230–37. Siehe auch *Kursbuch,* Nr. 21, 1970.)

(Quaderni Rossi, Nr. 5, 1965)

55 Ibid., S. 23

Raniero Panzieri
Sozialistischer Gebrauch des Arbeiterfragebogens*

Zur Klärung der politischen Ziele der Umfrage halte ich es für am sinnvollsten, auf einige Fragen des Marxismus zurückzugehen, auch wenn dies die Gefahr in sich birgt, daß die Diskussion sich auf theoretische Fragen konzentriert und vielleicht selbst dann noch steril bleibt. Das muß auf jeden Fall vermieden werden, damit dieses Seminar auch seinen praktischen Zweck erfüllt, nämlich die Ausarbeitung des Fragebogens und die Organisation und Einleitung der Umfrage. Dies bietet andererseits vielleicht den Vorteil, eine bestimmte Arbeitsmethode der *Quaderni Rossi*, die – wie mir scheint – bei einigen Genossen noch auf Bedenken stößt, klarer darlegen zu können. Ich habe nämlich den Eindruck, daß einige Genossen gegenüber der Soziologie und der Anwendung soziologischer Methoden noch ein ungerechtfertigtes Mißtrauen hegen, das meiner Ansicht nach auf den Überresten eines falschen Bewußtseins, d. h. eines dogmatischen Verständnisses des Marxismus, beruht. Es liegt auf der Hand, daß die Anwendung soziologischer Methoden bei der Verfolgung der politischen Ziele der Arbeiterklasse diese Diskussion neu entfachen muß, da die wissenschaftliche Grundlage einer revolutionären Aktion historisch mit dem Marxismus zusammenfällt.
Hier möchte ich ganz kurz ein paar philologische Bemerkungen einfügen: der Marxismus – der des späten Marx – entsteht als Soziologie, denn was ist *Das Kapital*, als Kritik der politischen Ökonomie, anderes als der Entwurf einer Soziologie? Der Kritik der politischen Ökonomie liegt der reich, wenn auch nicht immer ausreichend und überzeugend, dokumentierte Vorwurf ihrer Einseitigkeit zugrunde. Dieses Thema findet sich wohlgemerkt schon beim jungen Marx, und in dieser Hinsicht besteht eine Kontinuität zwischen dem jungen Marx und dem *Kapital;* der Akzent wird nicht darauf gelegt, daß die politische Ökonomie, die den Arbeiter zum Produktionsfaktor degradiert,

* Diskussionsbeitrag auf dem in Turin vom 12.–14. September 1964 veranstalteten Seminar.

falsch ist, sondern daß sie begrenzt ist: sie will die gesellschaftliche Wirklichkeit nämlich in das begrenzte Schema einer spezifischen Funktionsweise pressen, die sie dann als bestmögliche und natürliche annimmt. Während diese Kritik der politischen Ökonomie in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten und in allen Werken des jungen Marx jedoch mit einer historisch-philosophischen Konzeption der Menschheit und der Geschichte verbunden ist, der Vergleichspunkt also der entfremdete Mensch ist (»der Arbeiter leidet an seiner Existenz, der Kapitalist am Gewinn seines toten Mammons«), läßt Marx im *Kapital* dieses philosophische, metaphysische Thema fallen, und seine Kritik richtet sich ausschließlich gegen eine spezifische Realität, nämlich die kapitalistische, ohne den Anspruch zu erheben, die universelle Antikritik gegenüber der Einseitigkeit der bürgerlichen politischen Ökonomie zu sein.

Ich glaube, man kann wohl ohne weiteres behaupten, daß das Verständnis der Soziologie als politische Wissenschaft ein Grundzug des Marxismus ist; und wenn man eine allgemeine Definition vom Marxismus geben sollte, so ließe er sich eben so definieren: als Soziologie, die als politische Wissenschaft, als Wissenschaft von der Revolution, verstanden wird. Diese Wissenschaft von der Revolution wird jeden mystischen Inhalts entkleidet und wird auf die rigorose Beobachtung, auf die wissenschaftliche Analyse zurückgeführt.

Andererseits entwickelt sich gleichzeitg mit Marx und unter der gemeinsamen Bezeichnung Marxismus eine andere Richtung, auf der wohl auch das Mißtrauen des modernen Marxismus gegenüber der Soziologie an sich beruht; diese Strömung läßt sich bekanntlich auf einige Schriften Engels' zurückführen, der jedoch mit seinem Anspruch, einen allgemeinen Materialismus und eine allgemeingültige Dialektik zu begründen, schließlich ein System schafft, mit dem er sich weitgehend vom Marxschen Denken entfernt. Die Wissenschaft der Dialektik, die sich auf die Physik ebenso wie auf die Sozialwissenschaft anwenden läßt, ist offensichtlich eine Negation der Soziologie als spezifische Wissenschaft, der sie vielmehr eine Metaphysik gegenüberstellt, die ebenso die Metaphysik der Arbeiterbewegung wie die der Kaulquappe und des Frosches ist. Hinter dem Naturalismus Engelsscher Tradition, hinter dem naturalistischen Objektivismus offenbart sich hier eine mystische Konzeption der Arbeiterklasse und ihrer geschichtlichen Mission. Das grundsätzliche Mißtrauen gegenüber der Soziologie ist dann durchaus gerechtfertigt, denn wenn wir den Marxismus in dieser Fassung akzeptieren müßten, wäre es offensichtlich unmöglich, eine Wissenschaft der Gesellschaftsverhältnisse zu entwickeln.

Die marxistische Soziologie, die der Kritik der politischen Ökonomie entspringt, weist ein besonderes Merkmal auf, das hervorgehoben zu werden verdient, da es sozusagen die Demarkationslinie bildet zwischen einer Soziologie der Arbeiterbewegung und einer Soziologie, die diesen Faktor nicht berücksichtigt (sie hier schon als bürgerlich zu bezeichnen, ist noch nicht gerechtfertigt). Die Grenze liegt darin, daß die Marxsche Soziologie, da sie aus der Kritik der politischen Ökonomie hervorgeht, der Beobachtung und Analyse der kapitalistischen Gesellschaft entspringt, die im wesentlichen eine dichotome Gesellschaft ist, eine Gesellschaft, in der die einseitige Darstellung der Wissenschaft, die sie entwickelt hat, d. h. der Wissenschaft der politischen Ökonomie, die andere Hälfte der Wirklichkeit unberücksichtigt läßt. Die Arbeitskraft nur als Element des Kapitals zu behandeln, stellt Marx zufolge in theoretischer Hinsicht grundsätzlich eine Beschränkung und auch eine innere Entstellung des Systems dar, das man errichtet. Für Marx ist daher die sozialistische soziologische Analyse (verstanden als politische Wissenschaft, die diese Einseitigkeit überwinden und die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Gesamtheit erfassen will) dadurch gekennzeichnet, daß sie die beiden Hauptklassen der Gesellschaft in ihrer Besonderheit betrachtet. Ich weise noch einmal auf den soziologischen Charakter des Marxschen Denkens hin; Marx lehnt es in der Tat ab, die Arbeiterklasse von der Kapitalbewegung her zu bestimmen, d. h. er hält es für unmöglich, von der Kapitalbewegung ausgehend automatisch die Arbeiterklasse analysieren zu können: die Arbeiterklasse, gleichgültig ob sie als Konfliktelement und folglich als kapitalistisches Element oder ob sie als antagonistisches und das heißt antikapitalistisches Element vorgeht, muß unbedingt einer völlig gesonderten wissenschaftlichen Analyse unterzogen werden.
Ich bin deshalb der Ansicht, daß unter diesem Gesichtspunkt das Ende der Soziologie in der marxistischen Tradition auf eine Involution des marxistischen Denkens hindeutet.
Auf diesen Punkt will ich kurz eingehen.
In der Ideengeschichte der letzten zwanzig Jahre ist es zu einem großen Aufschwung einer Soziologie gekommen, die außerhalb des marxistischen Denkens, der Marxschen Tradition und auch des Marxschen Denkens steht, auch wenn gesagt werden muß, daß die wohl bedeutendste Figur der Geschichte der Soziologie, nämlich Weber, das Marxsche Denken offensichtlich sehr ernsthaft berücksichtigt hat. Ich glaube, es lohnte sich, daß die *Quaderni Rossi* sich gründlicher mit diesem Thema auseinandersetzten und es in all seinen spezifischen Aspekten untersuchten. Meiner Ansicht nach hat sich die bürgerliche Soziologie sogar so weit

entwickelt, daß sie hinsichtlich der Merkmale der wissenschaftlichen Analyse selbst den Marxismus übertrifft. Man kann es wagen, in der Marxschen Terminologie die Hypothese aufzustellen, daß der Kapitalismus, der in der politischen Ökonomie seine klassische Theorie eingebüßt hat (man denke an die Krise der modernen Ökonomie, der subjektiven Ökonomie, usw., sowie an die mehr oder weniger ansatzhaften Versuche, wieder an die Tradition der klassischen Ökonomie anzuknüpfen), statt dessen in der Soziologie seine nicht-vulgäre Wissenschaft gefunden hat. Mit einer derartigen Hypothese könnte man auch die objektiven Ursachen dieser Erscheinung erforschen, die – um in groben Zügen einen ersten Hinweis zu geben – vielleicht darin liegen könnten, daß der Kapitalismus, der zunächst vor allem seinen eigenen Wirkungsmechanismus erforschen muß, später, wenn er einen höheren Reifegrad erreicht, sich vielmehr der Analyse des Konsensus und der gesellschaftlichen Reaktionen, die sich auf der Grundlage dieses Mechanismus entwickeln, zuzuwenden hat. Das wird für den Kapitalismus natürlich um so dringender, je weiter er sich entwickelt und in eine höhere Phase, nämlich in die Phase der Planung, eintritt, je mehr er sich von den Eigentumsverhältnissen als bestimmendem Element befreit und seine Stabilität und seine Macht immer mehr auf die zunehmende Rationalität der Akkumulation gründet.

Das bedeutet meiner Ansicht nach keineswegs, daß die Soziologie eine bürgerliche Wissenschaft ist, sondern es heißt vielmehr, daß wir die Soziologie anwenden und kritisieren können, ebenso wie Marx es mit der klassischen politischen Ökonomie getan hat, d. h. indem wir sie als eine begrenzte Wissenschaft betrachten (und aus der Art der Umfrage, die wir vorhaben, geht deutlich hervor, daß bereits alle Hypothesen darin enthalten sind, die über den Rahmen der gängigen Soziologie hinausgehen); es heißt, daß ihre Erkenntnisse im großen und ganzen zwar richtig, d. h. nicht in sich verfälscht sind, daß sie jedoch begrenzt sind und eben dadurch zu inneren Entstellungen führen können. Sie bewahrt jedoch das für Marx wesentliche Merkmal einer Wissenschaft, nämlich eine Autonomie, die auf einer streng wissenschaftlichen, logischen Konsequenz beruht.

Ich wiederhole also, daß wir selber dem Mißtrauen gegenüber der bürgerlichen Soziologie skeptisch gegenübertreten müssen: auch die Geschichte des Marxismus zeigt nämlich meines Erachtens, daß die Wiederbelebung eines revolutionären politischen Denkens unbedingt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Entwicklung der bürgerlichen Soziologie erfordert. Daß sich dieses Mißtrauen dann im Zuge der Stalinschen Politik verstärkt hat, liegt auf der Hand, denn bei der

großen sowjetischen Mystifikation des Stalinschen Denkens war es offensichtlich eine elementare hygienische Maßnahme, sich vor der Soziologie sozusagen *abzuschirmen: das war absolut notwendig.* Ob man dabei auf die Ursachen zurückgeht oder nicht, es ist auf jeden Fall eine unbestreitbare historische Tatsache.

Es muß auch hinzugefügt werden, daß das Thema, das Marxsche Denken *als Soziologie zu betrachten, Lenin stark beschäftigte, der selber* in seiner Jugend die Werke Marx' als soziologische Werke behandelte, wie er selbst ausdrücklich erklärt; und ich glaube, daß er darin – wie auch in vielen anderen Dingen – vollkommen recht hatte. Bevor ich noch auf einen Aspekt der *zeitgenössischen Soziologie eingehe,* der meiner Ansicht nach sehr kritisch untersucht werden muß, möchte ich kurz auf das Verhältnis hinweisen, das sich zwischen der Anwendung der soziologischen Umfrage und dem Marxismus herstellen läßt. Dieses Thema haben wir im Grunde seit der Gründung der Zeitschrift *Quaderni Rossi* erörtert, ohne es je ganz durchzudiskutieren; wir haben Behauptungen aufgestellt, aber in Wirklichkeit nie streng logisch argumentiert.

Es sei noch einmal betont, daß die gesellschaftliche Dichotomie, mit der wir konfrontiert sind, ein sehr hohes Niveau wissenschaftlicher Analyse erfordert, sowohl in bezug auf das Kapital, als auch hinsichtlich des Konflikt- und potentiell antagonistischen Elements, nämlich der Arbeiterklasse.

Die Methode der Umfrage ist für uns unter diesem Gesichtspunkt ein ständiger politischer Bezugspunkt, abgesehen davon, daß sie sich später in dieser oder jener spezifischen Umfrage konkretisieren soll; sie bedeutet nämlich, daß wir uns weigern, die Analyse des Entwicklungsstands der Arbeiterklasse von der Analyse der Entwicklung des Kapitals abzuleiten. Sie bedeutet letzten Endes, daß wir die These Lenins wiederaufnehmen wollen, wonach die politische Arbeiterbewegung das Zusammentreffen des Sozialismus mit der spontanen Bewegung der Arbeiterklasse ist. Wenn – wie Lenin mit einem recht anschaulichen Bild sagte – in der spontanen Bewegung der Arbeiterklasse die freiwillige, bewußte und wissenschaftliche Begegnung mit dem Sozialismus ausbleibt, dann ist diese Bewegung Träger der Ideologie des Klassengegners. Die Methode der Umfrage müßte es also ermöglichen, jede mystische Konzeption der Arbeiterbewegung zu vermeiden und den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse stets wissenschaftlich zu ermitteln; damit müßte sie auch die Möglichkeit bieten, dieses Bewußtsein auf ein immer höheres Niveau zu heben. Unter diesem Gesichtspunkt besteht eine Kontinuität zwischen der soziologischen Beobachtung, die mit

ernsthaften und rigorosen Kriterien durchgeführt wird, und der politischen Aktion: die soziologische Umfrage stellt eine Art von Vermittlung dar, ohne die man Gefahr läuft, sich eine entweder pessimistische oder optimistische, auf jeden Fall aber vollkommen willkürliche Vorstellung von dem Niveau des Klassenbewußtseins zu machen, das die Arbeiterklasse erreicht hat. Es liegt auf der Hand, daß diese Überlegung die politischen Ziele der Umfrage beeinflußt, ja daß sie selbst das Hauptziel der Umfrage bildet.

Ich möchte noch kurz auf zwei Fragen zu sprechen kommen: ich halte es für notwendig, bei der Wahl der Methoden der zeitgenössischen Soziologie wirklich kritisch vorzugehen; das gilt insbesondere für all jene Aspekte, die als Mikrosoziologie bezeichnet werden, wo die a priori festgesetzten Grenzen wahrscheinlich zu groben Entstellungen führen, da sie den Blick auf Zusammenhänge verstellen, die aufgedeckt werden könnten, wenn die Analysen in einem größeren Rahmen durchgeführt würden. Sehr häufig nämlich werden bei diesen Untersuchungen, die zum Teil auch beispielsweise anthropologisch sind, a priori bestimmte Themen ausgewählt, die dann aus einem breiteren Zusammenhang herausgelöst und deren Beziehungen zu diesem Zusammenhang möglichst ignoriert werden, was zu einer regelrechten Entstellung bei der Wahl selbst führt. Tatsächlich werden sehr oft gerade solche Themen ausgewählt, die in den Bereich der Konfliktbewältigung gehören, während die Zusammenhänge, die zwischen den auf diesem Gebiet untersuchten Gesellschaftsverhältnissen und einer antagonistischen Perspektive der Systemüberwindung bestehen können, von vornherein ausgeklammert werden.

Es ist offensichtlich, daß die sozialistische Anwendung der Soziologie neu überdacht werden muß, und zwar im Lichte der grundlegenden Hypothesen, von denen man ausgeht und die sich in einem Satz zusammenfassen lassen: die Konflikte können in Antagonismen umschlagen und damit aufhören, systemdienlich zu sein (wobei man sich vor Augen halten muß, daß die Konflikte systemerhaltend sind, da dieses System dank der Konflikte voranschreitet).

Eine wesentliche Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang unsere Forderung, einen Teil der Umfrage *noch während einer besonders ausgeprägten Konfliktsituation* durchzuführen und in dieser Situation das Verhältnis zwischen Konflikt und Antagonismus zu analysieren, d. h. zu prüfen, inwieweit sich das Wertsystem ändert, das der Arbeiter in normalen Zeiten äußert, welche Werte im Bewußtsein der Alternative neu geschaffen werden, welche dagegen in diesen Momenten aufgegeben werden, und warum es Werte gibt, die der Arbeiter in normalen Zeiten

besitzt und in Momenten der Klassenkonflikte aufgibt, oder umgekehrt.

Es müssen also insbesondere alle Phänomene untersucht werden, die die Solidarität der Arbeiterklasse betreffen, sowie das Verhältnis, das zwischen der Solidarität der Arbeiter und der Ablehnung des kapitalistischen Systems besteht: es gilt also zu bestimmen, inwieweit sich die Arbeiter in Konfliktmomenten bewußt sind, daß ihre Solidarität auch in antagonistische Gesellschaftsformen einmünden kann. Letzten Endes geht es darum, zu prüfen, inwieweit sich die Arbeiter bewußt sind, angesichts der auf Ungleichheit gegründeten Gesellschaft eine Gesellschaft von Gleichen zu fordern, und inwieweit ihnen bewußt ist, daß dies für die Gesellschaft eine allgemeine Bedeutung annehmen kann, als Forderung nach Gleichheit angesichts der kapitalistischen Ungleichheit.

Wenn wir die Bedeutung einer Umfrage in Konfliktsituationen betonen, so gehen wir offensichtlich von einer grundlegenden Annahme aus: nämlich daß es einer in sich antagonistischen Gesellschaft niemals gelingt, zumindest einen der Hauptfaktoren, aus denen sie sich zusammensetzt, nämlich die Arbeiterklasse, gleichzuschalten; es muß deshalb untersucht werden, inwieweit die Dynamik konkret erfaßt werden kann, durch die die Arbeiterklasse tendenziell vom Konflikt zum Antagonismus übergeht und damit die Dichotomie, von der die kapitalistische Gesellschaft lebt, explosiv macht. Daher muß die Formulierung des Fragebogens, der in diesen Situationen verwendet werden soll, meiner Ansicht nach mit der größten Sorgfalt durchdacht werden.

Noch etwas sehr wichtiges möchte ich hier hinzufügen: ausgehend von der grundlegenden Transformation des Kapitalismus, d. h. ausgehend von dem Übergang des Kapitalismus zum organisierten Kapitalismus, muß die Umfrage die Bürokratisierungsprozesse berücksichtigen, da diese tatsächlich auf dem Übergang zum organisierten Kapitalismus beruhen, d. h. auf der abnehmenden Bedeutung des Eigentumsverhältnisses als Grundlage des Kapitalismus und auf der wachsenden Bedeutung der Rationalität der Akkumulation. Die Veränderungen der Arbeiterklasse müssen daher im wesentlichen im Lichte der neuen Beziehungen zwischen Arbeitern und Technikern, der Entstehung neuer Berufsgruppen und der Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse selbst gesehen werden.

Das sind meiner Ansicht nach die beiden wesentlichen Aspekte der Umfrage: einerseits, in Konfliktsituationen das Niveau der oben erwähnten Entwicklungsprozesse zu prüfen, und andererseits, die Ten-

denzen zu untersuchen, die die Veränderungen ihres »Status« im Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Techniker bewirkt haben.
Bei der Umfrage muß meiner Ansicht nach ein gewisser Wandel berücksichtigt werden, der historisch in den kapitalistischen Verhältnissen eingetreten ist und den wir schematisch als eine Umkehrung des Verhältnisses zwischen Reichtum und Macht definieren können: während im klassischen Kapitalismus der Reichtum der Zweck und die Macht ein Mittel ist, neigt dieses Verhältnis im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus dazu, sich umzukehren, und die Macht tendiert dazu, sich den Reichtum dienstbar zu machen, d. h. der Reichtum wird zu einem Mittel zum Ausbau der Macht.
Das ruft natürlich in allen Gesellschaftsbeziehungen bedeutende Strukturveränderungen hervor.
Auch wenn dies zwei grundlegende Aspekte der Umfrage sind, so können sie noch nicht als ihre eigentlichen Ziele bezeichnet werden; die Ziele der Umfrage lassen sich vielmehr folgendermaßen umreißen: wir knüpfen sehr große Erwartungen an die Umfrage, da sie eine korrekte, wirksame und politisch fruchtbare Methode darstellt, um mit einzelnen Arbeitern und Gruppen von Arbeitern in Kontakt zu kommen; das ist ein sehr wichtiges Ziel: zwischen der Umfrage und dieser politischen Aufbauarbeit besteht nicht nur keine Diskrepanz und kein Widerspruch, sondern die Umfrage erscheint vielmehr als ein grundlegender Aspekt dieser politischen Arbeit. Außerdem stellt die theoretische Diskussion unter Genossen, mit den Arbeitern, usw., zu der uns die Umfrage nötigen wird, eine sehr gründliche politische Bildungsarbeit dar, und auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Umfrage ein ausgezeichnetes Mittel der politischen Arbeit. Daneben verfolgt sie noch andere politische Ziele: mir scheint nämlich, daß sie von entscheidender Bedeutung ist, um bestimmte – auch beträchtliche – Unklarheiten auszuräumen, die noch in der von den *Quaderni Rossi* ausgearbeiteten Theorie bestehen. Wie nämlich zahlreiche Genossen festgestellt haben, sind viele Elemente dieser theoretischen Ansätze lediglich als Antithese erarbeitet worden, entspringen also der Kritik der offiziellen Positionen oder zumindest der Kritik der Entwicklung des Denkens der Arbeiterbewegung, ohne daß sie positiv begründet werden, d. h. ohne daß sie vom Klassenstandpunkt her empirisch begründet werden. Da es unmöglich ist, eine regelrechte politische Verifizierung vorzunehmen, bei der die Strenge der Untersuchung zwar auch von grundlegender Bedeutung wäre, die uns aber makroskopische Elemente und unwiderlegbares Beweismaterial an die Hand gäbe, ist eine so durchgeführte Untersuchung die in gewisser Hinsicht wichtigste Arbeit, die wir leisten

können, da sie auch die Verbindung zwischen Theorie und Praxis gewährleistet, die uns heute aus objektiven Gründen verlorenzugehen scheint.
Dies ist ein Ziel, das ständig verfolgt werden müßte und das letzten Endes einen wesentlichen Aspekt unserer Arbeitsmethode darstellt.
Ein weiteres sehr wichtiges Ziel, das wir uns setzen, besteht schließlich darin, unserer Arbeit eine europäische Dimension zu geben.
Die vergleichende Gegenüberstellung der Situation in den verschiedenen europäischen Ländern, die die Umfrage ermöglicht, müßte nicht nur uns, sondern auch den französischen und deutschen Genossen wichtige Anhaltspunkte liefern, um die Möglichkeit und die eventuellen Grundlagen einer Vereinigung der Kämpfe der Arbeiterklasse auf europäischer Ebene zu bestimmen.

(*Quaderni Rossi*, Nr. 5, 1965)

»Quaderni Rossi«
Die Arbeiterbewegung und die Autonomie des Klassenkampfes

Auch wenn die italienische Wirtschaft sich zunehmend auf Formen des Kapitalismus hinentwickelt, in die Planungselemente eingeführt werden, so führt der Prozeß der Umstrukturierung der internationalen kapitalistischen Beziehungen in die großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen doch einen Unsicherheitsfaktor ein. Deshalb ist es für den italienischen Kapitalismus heute unmöglich, die Überwindung des traditionellen sozialen Gefälles des Landes zum Hauptziel des Wirtschaftswachstums zu erheben. Vorrangiges Ziel der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist vielmehr die Steigerung der Produktion und der Produktionskapazität, die sehr differenziert und elastisch betrieben wird, d. h. unter Berücksichtigung möglicher Entwicklungsalternativen, auch wenn diese (in bezug auf die Märkte und die Produktionstypen) tiefgreifende Änderungen in der Produktionspolitik erforderten[1]. Voraussetzung dafür ist nicht nur, daß die notwendigen produktiven Ressourcen verfügbar sind, sondern auch, daß diese sich den wechselnden Erfordernissen der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung elastisch anpassen. Deshalb kommt es bei der Politik der Wirtschaftsplanung vor allem darauf an, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit in den Griff zu bekommen[2]. Zu diesem Zweck wird von den

---

1 Diese Erfordernisse der kapitalistischen Expansion werden von den für die Analyse der Wirtschaftsprobleme zuständigen Ministern ganz offen ausgesprochen. Zur Frage des Entwicklungsgefälles in Italien (traditionelle Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd, zwischen privatem und Staatsverbrauch, usw.) verweisen wir insbesondere auf: *Parere del CNEL sul progetto di sviluppo economico per il quinquennio* 1965–69, S. IV, in *Mondo Economico*, Sonderbeilage, 10. 4. 1965; was die Notwendigkeit einer möglichst elastischen Produktion anbetrifft, vgl. *Intervento alla giornata del Risparmio*, von G. Carli, in *Mondo Economico*, 6. 11. 1965.

2 Die Unmöglichkeit, die zukünftigen Lohnerhöhungen (für den Zeitraum, der für die Verwirklichung des Fünfjahresplans vorgesehen ist) vorauszuberechnen, wird mit der Unsicherheit begründet, die die Integration Italiens in den europäischen Wirtschaftsraum heraufbeschworen hat, die in der italienischen Entwicklungspolitik gegenwärtig Priorität hat. Auch im Hinblick auf die an die Arbeiter gerichtete Forderung, zur Überwindung der Krise und der gegenwärtigen Unsicher-

Arbeitern verlangt, vorübergehend auf jede »Entschädigung« für ihre Mitarbeit (entweder in Form von Lohnerhöhungen oder von Mitsprache bei der Betriebsorganisation) und zunächst sogar auf jede Aussicht auf zukünftige Entschädigungen zu verzichten. Feierschichten, Entlassungen, Intensivierung des Arbeitsrhythmus, das ist der notwendige Preis, den die Wirtschaft fordert, damit mehr produziert und reinvestiert und somit das System stabilisiert werden kann. Die Wirtschaftsplanung – so behaupten die Kapitalisten – ist auf diese Eingriffe angewiesen, und nur die Mitarbeit der Arbeiterklasse ermöglicht es, diese Phase der Instabilität schneller zu überwinden.

Hier zeigt sich, wie wichtig die Forderung der Unabhängigkeit der Gewerkschaft von den politischen Parteien für den Kapitalismus ist: eine feste Kontrolle über die Arbeitskraft kann gegenwärtig nur erreicht werden, wenn das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entpolitisiert ist, da die Zeit für »politische« Lösungen noch nicht reif ist. Der Kapitalismus führt in der Tat bei seiner Forderung nach Wirtschaftsplanung keine politischen Motive an, sondern er setzt sich durch mit der Evidenz der ökonomischen Gesetze, ob sie nun von den Finanzorganen oder von der Währungsbehörde verkündet werden. Aber die *politische* Macht des Kapitals ist durch seine stete Weiterentwicklung, durch die ständige Ausweitung seiner Produktionskapazität bestimmt. Der ökonomische Eingriff ist seinem Wesen nach ein politischer Eingriff des Kapitals; die Herrschaft der ökonomischen Gesetze ist im kapitalistischen System Herrschaft des Kapitals über die Arbeit. Aus diesem Grunde können die Kapitalisten der Gewerkschaft und der Arbeiterklasse gegenübertreten, ohne an irgendeine Form politischer Abhängigkeit gebunden zu sein (die Democrazia Cristiana ist eine Partei, nicht aber die Kapitalistenklasse), und von der Gewerkschaft eine ebenso eindeutige Unabhängigkeit von den politischen Parteien und eine ebenso strikte Unterwerfung unter die an sich neutralen Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung fordern. Auf dieser Grundlage wird die Gewerkschaft aufgefordert, sich verantwortungsbewußt zu verhalten, da die italienische Wirtschaft nicht im Namen einer Ideologie an den Rand des Abgrunds gebracht werden könne. Der Kapitalismus tritt der Gewerkschaft also als Gesellschaftskapital gegenüber, da die Probleme der Produktion in zunehmendem Maße auf die staatliche Ebene verlagert werden: der Staat als Vertreter der Interessen des Landes stellt die Produktionserfordernisse auf (und zwar

---

heitsfaktoren beizutragen, verweisen wir noch einmal auf die unter 1) angeführten Dokumente, vor allem auf *Parere del CNEL,* S. IV.

durch verschiedene Organe, Banken, Steuerbehörden usw.) und verkündet die Objektivität dieser Erfordernisse. Die Kapitalisten insgesamt repräsentieren das Kapital, die Gewerkschaft die Arbeitskraft. Beide sind nun aufgerufen, Stellung zu nehmen und verantwortungsbewußt ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Vom Kapital wird eine Produktivitätssteigerung verlangt und von der Gewerkschaft wird gefordert, dies im Interesse der Arbeiter zu ermöglichen[3].

In der Fabrik indessen »interpretieren« die einzelnen Kapitalisten den Volkswirtschaftsplan so, daß sie ihn in eine Vielzahl von Direktmaßnahmen zerlegen, die die Arbeiterklasse nur akzeptiert oder in Kauf nimmt, wenn sie auf Betriebsebene ergriffen werden. So werden, um eine Produktivitätssteigerung zu erzielen, Personalkürzungen vorgenommen, das Arbeitstempo und der Maschineneinsatz pro Arbeiter wird erhöht und die Arbeit wird umorganisiert: es kann vorkommen, daß die eine oder andere dieser Maßnahmen, für sich genommen und zu einem bestimmten Zeitpunkt, die Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes vorübergehend erschwert[4]. Das stellt jedoch durchaus keine Revanche der »spontanen Anarchie« der einzelnen Kapitalisten gegenüber dem Plan dar, sondern hat die politische Funktion, die systemfeindlichen Kräfte, die in der Arbeitskraft zum Durchbruch kommen können, zu schwächen (oder zu neutralisieren). Diese Maßnahmen werden von der Gewerkschaft auf Betriebsebene als isolierter Angriff des Kapi-

---

3 Natürlich praktiziert das Kapital diese Politik vor allem gegenüber der CGIL und nicht gegenüber der CISL, die schon von sich aus zu diesen Positionen der Anpassung an das System tendiert. In dem vorliegenden Artikel beziehen wir uns immer und ausschließlich auf die CGIL, auch wenn wir ganz allgemein von »Gewerkschaft« sprechen.

4 Umberto delle Fave nimmt in der Zeitschrift *Rassegna del Lavoro,* März 1965, eine kritische Untersuchung dieser Formen autonomer Intervention vor und weist auf ihre schwerwiegendsten Folgen hin, die er in der Deklassierung und Zersplitterung der qualifizierten Arbeitskräfte infolge der Entlassungen sieht. Für die gegenwärtige Periode der Produktionsverlangsamung empfiehlt er als zweckmäßigste Lösung eine bedeutende Ausweitung der Kurzarbeit, um die Zersplitterung des Arbeiterpotentials bei Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs zu vermeiden. Darüber hinaus werden die Gewerkschaften aufgefordert, durch Gutachten und insbesondere durch die Aushandlung von Tarifverträgen die Politik des Kapitals zu unterstützen. Außerdem wird behauptet, daß der Staat in dem politisch-ökonomischen System Italiens nicht der Widerpart der Arbeiter ist, sondern ihr qualifiziertester Fürsprecher, der sie langsam aber sicher auf dem Wege des Fortschritts voranbringen wird.
Aber im Interesse der Funktion der Kapitalisten, die Gesamtproduktivität zu erhöhen, wird auch gefordert, daß die Wirtschaftsplanung sie auf Betriebsebene in ihren Entscheidungen nicht allzu sehr einengt (vgl. *Intervento alle giornata del Risparmio,* a.a.O. wo nicht nur auf die interne Betriebsorganisation Bezug genommen wird, sondern auch auf die Entscheidungen des einzelnen Betriebs, seine Investitionen in dieser oder jener Zone oder in diesem oder jenem Sektor vorzunehmen).

tals bekämpft, und werden nur selten als Angriff des Gesamtkapitals gegen die Arbeiterklasse, als Mittel zur Durchsetzung der kapitalistischen Globalstrategie interpretiert und bekämpft. Auch in diesen Fällen (im allgemeinen in den schwerwiegenderen Fällen von Massenentlassungen oder -suspendierungen) greift der Staat als Vermittler zwischen Arbeitern und Gewerkschaft einerseits und dem einzelnen Kapitalisten andererseits ein. Aber damit wird erneut die objektive Notwendigkeit dieser Maßnahmen demonstriert, der sich selbst die Kapitalisten nicht entziehen können.

Diese Politik zielt darauf ab, die Arbeitskraft als Widerpart in dieser Auseinandersetzung zu schwächen: auf nationaler Ebene ist das Kapital gegenüber der Gewerkschaft im Vorteil, da die Gewerkschaft, auch wenn sie »zusammenarbeiten« will, nur ein *faktisches Stillhalteabkommen*, aber keine unmittelbare und vollständige »offizielle« Erfüllung der Forderungen des Kapitals anbieten kann; aber damit hat die Gewerkschaft das Recht verwirkt, an den jeweiligen Entscheidungen der Wirtschaftsprogrammierung (und sei es auch nur formal gleichberechtigt) teilzunehmen und bleibt auch »formal« auf eine antagonistische, aber untergeordnete Position verwiesen[5].

Das ist darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaft gegenwärtig nicht fähig ist, den Sprung von den punktuellen Kämpfen in die Führungssphären der Wirtschaft zu vollziehen, was nicht nur auf organisatorischen Mängeln, sondern auch auf der Unzulänglichkeit der Ausarbeitung ihrer Tarifpolitik beruht[6].

Wenn sich die Gewerkschaft heute für eine »offizielle« Zusammenarbeit

---

5 Die Gewerkschaft lehnt zwar die Grundsätze ab, auf die sich der Kapitalismus bei seiner Forderung nach Einstellung des Arbeitskampfes beruft, aber in der Praxis befolgt sie diese Prinzipien. So wird beispielsweise trotz der grundsätzlichen Weigerung, die Streiks während der Verhandlungen auszusetzen, der Streik regelmäßig dann unterbrochen, wenn die Unternehmerseite ihre Verhandlungsbereitschaft bekundet. Und obwohl die Anpassung der Lohndynamik an die Produktivitätsentwicklung abgelehnt wird, wird das Lohnniveau bei steigender Produktivität äußerst niedrig gehalten und es wird auf die Forderung nach Lohnerhöhung verzichtet. Beispiele für diese Anpassung bietet vor allem der Arbeitskampf der Eisenbahner und die Erneuerung ihrer Tarifverträge; hier zeigt sich deutlich, wie der Konflikt und auch die Lohnforderungen gebremst worden sind (wir verweisen insbesondere auf das Programm der Metallarbeitergewerkschaft, das von Zeitungen wie dem *Corriere della Sera* unter der Überschrift »Die CGIL verzichtet auf Lohnforderungen« gelobt und von der CISL als vorbildlich bezeichnet worden ist, weil es »keine Kosten verursacht«).

6 Die für die Wirtschaftsplanung zuständigen Organismen sind noch nicht voll funktionsfähig, und eine bewußte und aktive Mitsprache der Gewerkschafter auf dieser Ebene ist nicht möglich, während die neue bürokratische Gewerkschaftsmacht im einzelnen Betrieb oft auch noch nicht vertreten ist (häufig gelingt es der Gewerkschaft nicht einmal, sich die wichtigsten Daten zur Beurteilung der Lage im Betrieb zu verschaffen, und oft fehlen ihr auch die notwendigen Instrumente dazu);

mit dem Kapitalismus auf Spitzenebene entscheiden würde, so hätte das wahrscheinlich schwer kontrollierbare Auswirkungen auf alle Aspekte der Gewerkschaftsarbeit und würde die organisatorischen Grundlagen der Gewerkschaft ernsthaft gefährden. Im Rahmen des einzelnen Betriebes wird die Organisation des Gewerkschaftskampfes durch denselben Widerspruch erschwert: einzelne betriebliche Kämpfe und selbst sehr harte Streiks sind in der Tat zum Scheitern verurteilt (nicht nur in bezug auf die Forderungen, sondern oft auch im Hinblick auf die Kampfkraft der Arbeiter), weil – wenn sie nicht von selbst erlahmen – der Staat eingreift, um den Konflikt unter Berufung auf das Gemeinwohl beizulegen oder, besser gesagt, zu beenden. Wenn die Gewerkschaft auf nationaler Ebene auf die Angriffe des einzelnen Kapitalisten reagierte (indem sie zur Verallgemeinerung des Kampfes einige gemeinsame Ziele aufstellte), so *gäbe sie damit faktisch eine erste negative Antwort auf die Forderung*, an der Wirtschaftsplanung mitzuarbeiten, und das will sie ja gerade vermeiden. Die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik, die sich auf punktuelle betriebliche Kämpfe und zwar breiter angelegte, aber reine »Protest«-Aktionen beschränkt, stellt in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Verhältnisses zwischen Gewerkschaft und Kapitalismus eine ausgesprochene Hinhaltetaktik dar, da sie sich für den Kapitalisten *in der Praxis* als Akzeptierung seines Entwicklungsplanes erweist, während sie aus innergewerkschaftlichen Gründen *nicht* als Stellungnahme für oder gegen die kapitalistischen Forderungen *erscheint*[7].

---

andererseits geht die traditionelle Verbindung zwischen der Gewerkschaft und der Arbeiterklasse – und damit ihr potentielles Durchsetzungsvermögen – allmählich ganz verloren. Innerhalb der Gewerkschaft wird zudem fast einmütig zugegeben, daß einige theoretische Aspekte der Gewerkschaftspolitik noch nicht genügend ausgearbeitet worden sind: das gilt für die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Parteien, zwischen politischem und gewerkschaftlichem Kampf, für die Beziehungen zu den eigenen Mitgliedern, die zum großen Teil noch in den Linksparteien aktiv sind oder ihnen nahestehen, das gilt für die neuen organisatorischen Instrumente der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und für die Mitgliedsbeiträge, ebenso wie für das Verhältnis zwischen den verschiedenen Richtungen innerhalb der Gewerkschaft und für den Spielraum, der den Gewerkschaftsmitgliedern für eine differenzierte politische Arbeit außerhalb der Gewerkschaft eingeräumt werden soll. Ein weiteres Problem besteht für die Gewerkschaft darin, daß sie nicht in der Lage ist, die neuen technischen Mechanismen auszunutzen, da es ihr an den entsprechenden Daten fehlt, was sich beispielsweise bei der technischen Aushandlung des Arbeitstempos und selbst bei der Frage der Leistungsprämien usw. zeigt. Diese neuen Verhandlungsmechanismen haben außerdem den Nachteil, daß die alten Fabrik-»Kader« dazu nicht mehr herangezogen werden können (während es schwierig ist, neue Kräfte dafür zu gewinnen), und daß die Gewerkschaft sich noch weiter der Basis entfremdet, wenn technische Kader und Experten auf Betriebsebene herangebildet werden.

7 Es ist vielleicht überflüssig, hier alle Schwerpunktstreiks aufzuzählen, die mit einer

Dieser schwerpunktmäßig geführte Angriff des Kapitals führt dazu, daß die Gewerkschaft, die die Beteiligung an der Wirtschaftsplanung auf nationaler Ebene und den Kampf auf der Ebene des einzelnen Betriebs als die wirksamsten Mittel zur Abwehr der Unternehmerstrategie ansieht, auf beiden Ebenen des Kampfes in ihrer Handlungsfreiheit eingeengt ist.

Auch wenn die Gewerkschaft nämlich an die mit der Wirtschaftsplanung verbundenen Vorteile glaubt, hält sie doch einige Garantien für notwendig, sowohl im Hinblick auf die Durchführung des Planes selbst, als auch in bezug auf die Kontrolle des Vorgehens der einzelnen Kapitalisten (die die Gewerkschaft immer von der Klasse der Kapitalisten unterscheidet). Deshalb hält sie es für nützlich, an der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes teilzunehmen und sich Kontrollinstrumente zu verschaffen; und um der Initiative des einzelnen Kapitalisten nicht hilflos ausgeliefert zu sein, ist sie bestrebt, sich in der einzelnen Fabrik die Verhandlungsposition zu erhalten, die auf Spitzenebene geschwächt worden ist. Aber der Machtzuwachs der CGIL in der Fabrik – Hand in Hand mit dem Zerfall der traditionellen Gewerkschaftsstrukturen

---

Niederlage der Arbeiter ausgegangen sind: bezeichnend hierfür war der Konflikt in der Kugellagerfabrik RIV, vor allem, weil es sich um einen Betrieb handelte, der sich nicht in einer Krise befand, und auch der Kampf der CVS, auf einem Sektor, in dem die technologische Umgestaltung in vollem Gange war und wo die betrieblichen Streiks infolgedessen als sinnlos erscheinen mußten. Ein Beispiel für diese Vergeudung der Kampfkraft der Arbeiterklasse sind alle betrieblichen Streiks gegen Entlassungen (auch wenn sie in einer »symbolisch allgemeinen« Form durchgeführt wurden, nämlich schwerpunktmäßig nach Städten oder Betriebsgruppen gestaffelt). Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf einen interessanten Brief eines Arbeiters an die *Unità*, (s. *L'Unità*, August 1965, *La strategia della lotta articolata*, von Adriano Aldomoreschi), in dem gefragt wird, »wie es denn möglich ist, daß die Belegschaft einer Fabrik immer allein gegen Entlassungen kämpfen muß«, worauf geantwortet wird, daß ein offensiv geführter Generalstreik der betreffenden Stadt oder Region nicht nur die Erreichung des Kampfziels verhindert hätte, sondern zur Isolierung und somit zu einer negativen Erfahrung *der Arbeiter geführt hätte, die ihre Kampfkraft für eine gewisse Zeit zum Er*lahmen gebracht hätte.

Interessant an dieser Haltung der Gewerkschaft gegenüber der Politik des Kapitals ist die Tatsache, daß die Gewerkschaft sich der Manöver der Unternehmer bewußt ist, auf diese kapitalistische Tendenz »zur ›Nationalisierung‹ und ›Ministerialisierung‹ der gewerkschaftlichen Dialektik« hinweist und erkennt, daß der Kapitalismus »ein umfassendes strategisches Ziel verfolgt, wenn er sich für den ›zivilen und demokratischen‹ Weg der Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Instrumente, Normen und Verfahren entscheidet, die es ihm ermöglichen, die Streikbewegung der Arbeiter konkret zu lähmen«. Dieser Taktik wird jedoch sofort die Berufung auf die Gewerkschaftseinheit entgegengesetzt, die »allein durch die Aufgliederung der Bewegung gewährleistet ist«, da »jede Zentralisierung an der Spitze . . . die Bewegung spalten und zu einer Spaltung und Zersplitterung der Gewerkschaften führen würde, die gefährlicher als das gegenwärtige Handicap der Pluralität wäre« (s. *Rassegna Sindacale*, 20. 6. 1965, Leitartikel).

infolge der ersten Einigungsbestrebungen – wird heute vom Kapital ausgenutzt, um die Kapitulation der Gewerkschaft auf nationaler Ebene zu forcieren. Die Gewerkschaft wird jene »formale« Verhandlungsposition akzeptieren müssen, die den Gewerkschaftszentralen insgesamt auf Spitzenebene angeboten wird und die ihnen erlaubt, sich in *der Fabrik eine Machtposition zu verschaffen: aber in diesem Fall wird* es sich um eine institutionalisierte, kodifizierte und mit den anderen Gewerkschaften geteilte Macht handeln. Unter diesen Bedingungen wird der Kapitalismus der Gewerkschaft jede gewünschte organisatorische Macht zugestehen, denn dann wird sie vollends zu einem Hilfsorgan der Unternehmer in der Fabrik geworden sein, das in der Lage ist, bis zu einem gewissen Grade und bisweilen auch gegen den Widerstand der einzelnen Kapitalisten die Verwirklichung eines auf Spitzenebene vereinbarten Entwicklungsplanes auf Fabrikebene zu gewährleisten; einstweilen dagegen gesteht der *einzelne Kapitalist* der Gewerkschaft nur die Rechte zu, die er für nützlich oder zumindest für leicht neutralisierbar hält[8].

Während die Gewerkschaft also in einzelnen Situationen versucht, an ihre Teilnahme an der Wirtschaftsplanung bestimmte Bedingungen zu knüpfen, nicht nur, um die Arbeiter vor ihren »unzumutbarsten« Auswirkungen auf Betriebsebene zu bewahren, sondern auch, um sich weiterhin eine gewisse Autonomie zu wahren, vertritt sie auf nationaler Ebene die Ansicht, daß die Mitwirkung an der Planung grundsätzlich nicht verweigert werden kann, sofern von dieser eine effektive Verbesserung der ökonomischen Situation der Arbeitskraft zu erwarten ist.

Eine kritische Haltung gegenüber dem gegenwärtigen Entwicklungsplan nimmt die Gewerkschaft auch dann ein, wenn sie sich für eine »demokratische« Programmierung einsetzt, die den Forderungen der Arbeiter voll und ganz Rechnung trägt. Diese kritische Position wird allerdings nicht mit einer politischen Stellungnahme gerechtfertigt, in

---

8 Bei den hier formulierten Hypothesen über die Lohndynamik ist eine vergleichende Analyse der Entwicklung der *industrial relations* in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas nicht berücksichtigt worden. Die Bestimmung allgemeiner Tendenzen der Lohndynamik unter Berücksichtigung der Art und des jeweiligen Standes der kapitalistischen Entwicklung könnte tatsächlich zu einem besseren Verständnis und einer Prognose der Veränderungen, die die Arbeiterbewegung innerhalb der einzelnen Länder erfahren hat, beitragen; aber die Untersuchungen in dieser Richtung sind heute sehr begrenzt, und die Hypothesen, die von Soziologen und Ökonomisten verschiedener Tendenz aufgestellt werden, sind nicht durch angemessene Studien untermauert und sind einstweilen zwar interessante, aber noch zu überprüfende Mutmaßungen. Ein wertvoller Beitrag zu diesen Fragen ist der Artikel von B. Beccalli, *L'evoluzione delle relazioni industriali in Europa*, in »Quaderni di sociologia«, Bd. XIV, Okt. – Dez. 1965.

der die demokratische Programmierung als ein für die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft nützliches Instrument definiert wird, sondern sie geht von einem gewerkschaftlichen Standpunkt aus, der in der gegenwärtigen Planung noch zuviel Spielraum für Grundrenten, Machtmißbrauch und Störfaktoren sieht und ihr letzten Endes vorwirft, die Arbeitskraft nicht genügend vor den Gefahren einer drohenden Wirtschaftskrise zu schützen, die vor allem auf die unverantwortliche Politik der Monopole zurückzuführen wäre. Es ist allerdings fraglich, ob die gewerkschaftlichen Alternativvorschläge in ihrer Gesamtheit geeignet wären, die Produktion zu fördern; für die arbeitenden Massen stellen sie jedenfalls nicht immer eine Verbesserung dar, wenn man sich die einzelnen Fälle vor Augen hält, in denen diese Grundsätze bereits verwirklicht worden sind[9]. Tatsächlich lassen sich die wirtschaftspolitischen Alternativvorschläge der CGIL nur im Lichte ideologischer Prämissen rechtfertigen, die jedoch nicht rigoros explizit gemacht (wenn nicht sogar zurückgewiesen) werden: die Gewerkschaft schlägt nämlich ein programmiertes Wirtschaftswachstum vor, das sich

---

9 Die Wirtschaftspolitik der CGIL weist zahlreiche Widersprüche auf. Nehmen wir beispielsweise die Position der Gewerkschaft zur Frage der Lohnerhöhungen: einerseits werden Lohnerhöhungen gefordert, aber andererseits polemisiert man gegen die Politik der Produktivitätssteigerung und der Investitionsausweitung und schlägt eine vorrangige Entwicklung der nicht sehr produktiven Wirtschaftssektoren vor; man setzt sich nicht für eine allgemeine Rationalisierung ein, sondern für die Rationalisierung bestimmter Sektoren, während man sich gleichzeitig gegen die sich unmittelbar daraus ergebende Arbeitslosigkeit wehrt. In der Verkehrspolitik z. B. tritt die CGIL dafür ein, daß die öffentlichen Verkehrsmittel Vorrang vor den privaten Straßenverkehrsmitteln haben, die in gewisser Hinsicht billiger sind, aber – im Unterschied zu England etwa – sie verzichtet darauf, die Verstaatlichung des Straßentransportes zu fordern. (In diesem Zusammenhang mag es interessant sein, darauf hinzuweisen, daß es der Gewerkschaft nicht gelungen ist, diese Politik mit der Wahrung der Interessen der in privaten Transportunternehmen Beschäftigten in Einklang zu bringen: in diesem spezifischen Fall wird sich die Forderung der Gewerkschaft für die in Privatbetrieben Beschäftigten nachteilig auswirken, was auch tatsächlich bereits zu einer Reaktion der Betroffenen gegen die Gewerkschaft geführt hat).
Es wird oft behauptet, daß die Gewerkschaft zu einer Einkommensumverteilung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung beitragen und damit auch in der Investitionspolitik einen Wandel herbeiführen könnte, der sich dann in einer neuen Produktionsausrichtung der Volkswirtschaft niederschlagen würde. Vgl. *Critica Marxista*, Januar–Februar 1964, S. 87–88. Das in der Wirtschaftsanalyse der CGIL dargestellte Verhältnis zwischen Lohn und Verbrauch verdiente eingehender untersucht zu werden, da es eine ökonomische Analyse der Produktivität und der Investitionen, von denen die Löhne abhängen, unmittelbar impliziert; soviel kann jedenfalls gesagt werden, daß eine Lohnerhöhung wahrscheinlich eine erhöhte Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern nach sich ziehen und damit tendenziell zur Expansion gerade jener Wirtschaftszweige beitragen würde, für die die CGIL eine Produktionsdämpfung (oder zumindest eine Verdrängung aus ihrer Führungsrolle) fordert; die Lohnpolitik der CISL ist in dieser Hinsicht konsequenter, da sie mit Hilfe der Vermögensbildung eine Lohnkontrolle ermöglichen würde.

auf einige »Strukturreformen« stützt und eine stärkere Kontrolle der Gewerkschaften und der Staatsorgane über die Privatwirtschaft gewährleistet; und ihrer Ansicht nach ist diese politische Linie am besten geeignet, den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu lösen, wobei sie es allerdings – im Gegensatz zu der von den Kommunisten gewählten Formulierung dieses wirtschaftspolitischen Konzepts – unterläßt, »in sozialistischem Sinne« hinzuzufügen. Die Gewerkschaft unterstützt also, wenn auch unter Wahrung ihrer Autonomie, die Politik der italienischen Linken und insbesondere der KPI[10]. In diesem Sinne wäre es ein Irrtum, die Gewerkschaft für entpolitisiert zu halten: sie könnte es zwar insofern sein, als sie in eigener Regie keine »rein« politischen Kämpfe durchführt[11], aber sie ist es nicht, da sie sich dieser Politik der Linksparteien anschließt und deren Linie durch ihre eigenen Forderungen unterstützt. Gerade aufgrund ihrer Autonomie kann die CGIL jedoch die *politisch*-demokratischen Aspekte der Politik der KPI bei der Ausarbeitung ihrer eigenen Forderungen nur dann übernehmen, wenn es ihr gelingt, die *gewerkschaftlich*-demokratische Gültigkeit dieser Aspekte nachzuweisen und ihrer theoretischen Arbeit und Propaganda nur diese Aspekte zugrunde zu legen[12]. Tatsächlich wird die Ablehnung bestimmter Punkte des Planes und auch der Widerstand gegen den Plan selbst in seiner allgemeinen »monopolistischen« Orientierung mit den unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten antidemokratischen Aspekten des Planes begründet, die auf überbetrieblicher Ebene in der Forderung nach bedingungsloser Unterstützung der Gewerkschaft (daher die Ablehnung der »Einkommenspolitik«) und auf

---

10 Eine weitgehende Übereinstimmung ergibt sich bei einem Vergleich zwischen der von der KPI vorgeschlagenen demokratischen Programmierung und den Dokumenten der CGIL über die Wirtschaftsplanung: s. beispielsweise die »Themen« der CGIL, die vom Exekutivausschuß der Gewerkschaft vor der Veröffentlichung des Fünfjahresplans verabschiedet worden sind, sowie den Vergleich zwischen demokratischer Planung und Fünfjahresplan, der in der Sondernummer zum 1. Mai 1965 in der Zeitschrift *Rassegna Sindacale* erschienen ist, unter dem Titel *Per noi programmazione democratica vuol dire riforme di struttura* (S. 25–31).

11 Aber auch das trifft nicht immer zu. Sehr häufig sind die Gewerkschaftskämpfe nur noch ein Vorwand, um eine Reformpolitik voranzutreiben, die fester Bestandteil der Alternativvorschläge der KPI ist (wie z. B. die Forderung nach Platzlohn für die Eisenbahner und vor allem der später wieder abgesagte Streik für die Erhöhung der zulässigen Last im Straßentransport); das gilt auch für die Initiativen zugunsten der friedlichen Koexistenz und für die von der CGIL veranstalteten Kundgebungen für den Frieden in Vietnam, die keine unmittelbar ökonomischen Ziele verfolgten.

12 Um uns an das oben angeführte Beispiel zu halten, so rechtfertigte Novella die Kundgebungen der CGIL für den Frieden in Vietnam damit, daß die arbeitende Klasse sich auch für ihre eigenen Arbeitsbedingungen, ihre Sicherheit und ihren Fortschritt einsetzt, wenn sie für den Frieden in Vietnam demonstriert.

Fabrikebene in der absoluten Macht der Betriebsleitungen bestehen. Es wird für die Gewerkschaft allerdings schwierig, diesen Widerstand in Einklang zu bringen mit ihrem Bestreben, die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu behindern: daher schlägt sich dieser Kampf für die Demokratie in der Fabrik in einer formalen Forderung nach stärkerer Vertretung und größerer Kontrolle der Gewerkschaft auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene nieder, verbunden mit dem Verzicht auf solche Forderungen, die eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts heraufbeschwören könnten (oder von denen die Kapitalisten eine solche Wirkung befürchten)[13].

Da der Plan jedoch nicht insgesamt abgelehnt wird und das Programm der Kapitalisten zumindest partiell funktioniert, wird die Durchführung der Wirtschaftsplanung letzten Endes wirksam. Einige Maßnahmen dieser Planung werden in der Tat insofern akzeptiert, als man bei der Unternehmerpolitik – innerhalb eines Betriebs oder eines Sektors – zwischen Annehmbarem und Unannehmbarem unterscheidet und dabei das verwirklicht, was für nützlich gehalten wird, ohne jedoch in der Praxis das ablehnen zu können, was man für negativ hält. Dasselbe gilt für die Maßnahmen, die der Kapitalismus auf nationaler Ebene ergreift[14]. Gerade aufgrund ihrer selbstgewählten »Autonomie« ist die Gewerkschaft heute gezwungen, eine solche Unterscheidung vorzuneh-

---

13 Im Lichte dieser Betrachtungen versteht man vielleicht besser, warum im letzten Katalog der Forderungen für die Erneuerung der Tarifverträge den gewerkschaftlichen Rechten im Betrieb Priorität eingeräumt wurde, während alle Forderungen in bezug auf die Arbeitszeit und auf Lohnerhöhungen völlig vage blieben. Der für die Erneuerung des Tarifvertrags der Metallarbeiter ausgearbeitete Katalog bietet ein sehr aufschlußreiches Beispiel hierfür. In diesem Fall scheint die Sorge, durch zu hohe Lohnforderungen das wirtschaftliche Gleichgewicht zu stören, übertrieben zu sein (auch wenn man sich beispielsweise die Politik vieler englischer Gewerkschaften vor Augen hält, die bei Konjunkturkrisen und -flauten in den Lohnerhöhungen einen ökonomischen und politischen Anreiz sehen und tatsächlich Lohnerhöhungen durchsetzen, die über dem Produktivitätsfortschritt liegen).

14 Wir führen einige Beispiele an: in der Textilindustrie hat sich die Gewerkschaft für die Rationalisierung ausgesprochen, allerdings unter der Bedingung, daß sie keine Arbeitslosigkeit verursacht: so nimmt die Rationalisierung ihren Fortgang, ohne daß die Gewerkschaft ernsthaft dafür gekämpft hätte, daß die Arbeiter vor Entlassungen bewahrt bleiben. Auch im Baugewerbe werden einzelne Aspekte des kapitalistischen Eingriffs akzeptiert, aber gleichzeitig Forderungen erhoben, die im Gegensatz dazu stehen und nicht erfüllt werden (so z. B. das Wohnungsbaugesetz, das die Gewerkschaft vom Standpunkt des Verbrauchers aus kritisiert, während der Wiederaufschwung des Sektors durch ein Städtebaugesetz geregelt werden müßte, das noch nicht existiert). Das gilt auch für das Auto: nachdem der Automobilkonsum zuerst als »entfremdeter« Konsum kritisiert worden war, wird in der Auseinandersetzung um die Kraftfahrzeugsteuer gefordert, daß die Automobilproduktion (und selbst die Befriedigung der »populären« – wenn auch »entfremdeten« – Bedürfnisse des Volkes) geschützt werden müssen. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist das Amt für die wirtschaftliche Entwicklung Siziliens

men; haben die ersten planmäßigen Eingriffe aber erst einmal einige »ökonomische« Erfordernisse geschaffen, erscheint die Weigerung der Gewerkschaft, *einen* in Gang gesetzten Wirtschaftsprozeß zu einem logischen Abschluß zu bringen, ungerechtfertigt und unwirksam.
Indem der Kapitalismus die Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit auf die nationale Ebene verlagert hat, hat er sie zu einem formal friedlichen Wettstreit gemacht, und statt eines Zusammenstoßes kommt es auf dieser Ebene zu einem *erzwungenen* Zusammenspiel. Der Kapitalismus führt gegen die arbeitende Klasse heute an allen Fronten einen zähen und harten Kampf, aber dieser Kampf wird auf dem Boden der »Legalität« ausgetragen, da es sich ja erwiesenermaßen um einen Eingriff handelt, der aufgrund der ökonomischen Gesetze, unter denen er steht, unvermeidlich ist. Die Antwort der Arbeiterklasse auf diese kapitalistischen Maßnahmen steht dagegen auf dem Boden der »ökonomischen Legalität«: die *Konfrontation* auf nationaler Ebene endet mit ihrer Verurteilung, der *Konflikt* auf Betriebsebene besiegelt ihre Niederlage.
Die Arbeiterklasse als antagonistische Kraft scheint vorerst noch von diesem Angriff des Kapitals ausgespart zu bleiben: ihr wird ein »ausschließlich politischer« Spielraum eingeräumt, der in dem Wettstreit auf parlamentarischer Ebene besteht. Der in der Fabrik unterdrückte Widerstand darf sich vorerst noch in der Gesellschaft artikulieren, zumindest solange er ein Ventil für den Antagonismus oder für die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse darstellt. Die Linksparteien können immer mehr Wählerstimmen auf sich vereinen, aber bis heute ist es ihnen nicht gelungen, diese Kräfte so einzusetzen, daß das System in Frage gestellt wird (heute ist eher das Gegenteil der Fall), während die Macht der Arbeiterklasse hinter diesem undifferenzierten Konglomerat von Stimmen fast vollkommen davon abhängt, wie die Linksparteien sie auszunutzen gedenken. Daß diese Kräfte eingesetzt werden könnten, um das System zu durchbrechen, scheint der Kapitalismus gegenwärtig nicht zu befürchten. Während in der Fabrik jedes auch nur »formale« Bekenntnis zu den Linksparteien untersagt ist (wie sich deutlich an der Haltung der Betriebsleitungen auch anläßlich der Wahlen zu den Fabrikausschüssen – vor allem bei Fiat – zeigt), nimmt der Kapitalismus gegenüber den Linksparteien selbst eine bewußt zwei-

---

von Arbeiterparteien und von der Gewerkschaft gebilligt worden, da es berechtigt ist, Enteignungen vorzuschlagen; die *Entscheidungsbefugnis* auf diesem Gebiet liegt jedoch bei dem Wirtschaftsbeirat der Region: die Gewerkschaften befürworten diese Organe, da sie in ihnen einen ersten Schritt auf dem Wege zur Eroberung einer Machtposition auf dieser Ebene sehen.

deutige Haltung ein, die er durch formal unabhängige Organe, wie Presseorgane und Abgeordnete, die die Politik des Großkapitals vertreten, zum Ausdruck bringt. Einerseits werden die Linksparteien aufgefordert, »*verantwortungsbewußt*« zu sein, und man erklärt sich zu einer größeren Aufgeschlossenheit und zum Dialog bereit, andererseits bezichtigt man die KPI nach wie vor des Sektierertums und wirft ihr vor, sich des demokratischen Systems als Hebel zur Eroberung der politischen Macht zu bedienen. Im Vergleich zu früher scheint sich allerdings eine *konziliantere* Politik durchgesetzt zu haben. Statt als Störfaktoren in einer Situation des Gleichgewichts werden die Linksparteien immer mehr als bürokratische Institutionen betrachtet, mit denen das Funktionieren der übrigen Institutionen abgestimmt werden muß, damit der Gesamtmechanismus wirksamer funktioniert. Dieser Prozeß wird sich natürlich nicht völlig friedlich vollziehen, aber die Kapitalistenklasse weiß, daß diese Probleme im bloß nationalen Rahmen nicht gelöst werden können, und sie wird ihre Politik je nach dem in Europa und in der Welt erreichten Stand des Integrationsprozesses zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager elastischer bzw. eindeutiger gestalten. Der italienische Kapitalismus konsolidiert sich in der Tat auf der Ebene der Arbeiterklasse, indem er die aktivsten und militantesten Kader der KPI angreift und sich die Gewerkschaft gefügig macht, und auf der Ebene der Produktion mittels der Finanzkonzentration und der Ausweitung seiner Produktionskapazitäten; seine »politische« Antwort auf internationaler Ebene bereitet er vor, indem er in der Außenpolitik einerseits die USA unterstützt, von denen er technisches know-how und ökonomisch-finanzielle Hilfe bezieht, und indem er andererseits Wirtschaftsbeziehungen und ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion herstellt, der er technische Hilfe gewährt und kapitalistische Produktionstechniken vermittelt, wobei er sich gleichzeitig einen neuen Absatzmarkt für seine Erzeugnisse schafft. So bieten die USA dem italienischen Kapitalismus eine wirtschaftliche Garantie und gleichzeitig Schutz vor den ständig von links drohenden Krisen, und die Sowjetunion bietet ihm abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen eine politische Garantie für eine friedliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit.

Die Linksparteien haben vor der Aufgabe versagt, die gesellschaftliche Kraft der Arbeiterklasse als Instrument zur Eroberung der politischen Macht einzusetzen; sie haben gegenwärtig keine Möglichkeit, die Außenpolitik der großen sozialistischen Länder zu beeinflussen und beschränken sich im allgemeinen auf einen friedlichen Wettstreit mit den anderen politischen Kräften des Landes. Diese Parteien (heute die

KPI und die PSIUP) können sich allerdings in Zukunft nicht mehr damit begnügen, Alternativlösungen zu den Entscheidungen im Bereich der Produktion »vorzuschlagen«, sondern sie müssen Mittel und Wege finden, sie der herrschenden Klasse aufzuzwingen. Deshalb setzt die KPI heute – bis zu einem gewissen Grade gezwungenermaßen – auf ein allmähliches Anwachsen der demokratischen Opposition im Lande, die die Leitung der Wirtschaft übernehmen könnte, und zählt zu diesen Kräften der Opposition nicht nur den linken Flügel der PSI, die PSIUP und die KPI, sondern auch die katholischen Linkskräfte und alle antimonopolistischen Kräfte überhaupt[15]. Die KPI vertritt heute die These, daß es unmöglich ist, anders zur Macht zu kommen als im Wege der Vereinigung all dieser politischen Kräfte in einer einzigen Wählerpartei: auch die Polemik gegen die PSI diente dem Zweck, zu beweisen, daß die Regierungsbeteiligung einer einzigen Linkspartei unmöglich ist (und daß diese Taktik vielmehr die Einheit mit der KPI erfordert), während man sich auf die PSIUP beruft, um anhand ihrer langen Kette von Niederlagen zu zeigen, daß eine Organisation links von der KPI (mit einem divergierenden, revolutionär ausgerichteten Programm) keine Aussicht hat, zu einer lebendigen Kraft in Italien zu werden[16].

Diese Option der KPI (die im Ansatz bereits in ihrer früheren politischen Linie enthalten war) hat jetzt klare Konturen angenommen und

---

15 Vgl. den Artikel von U. Segre, *Una via per la sinistra italiana*, in *Il Ponte*, Juni 1965, in dem die Politik der »neuen Mehrheit« eingehender analysiert wird.

16 Auch wenn hierin die hauptsächliche Funktion der PSIUP in dem Schema der von der KPI vorgeschlagenen Vereinigung besteht, dürfen einige andere Aspekte der Beziehung zwischen diesen beiden Parteien doch nicht außer acht gelassen werden. »Offiziell« wird der PSIUP die Funktion zuerkannt, alle Gegner oder potentiellen Gegner der Politik Nennis in der PSI um sich zu vereinen und damit die PSI weiter zu schwächen und ihre abbröckelnden Linkskräfte für sich zu gewinnen (auch im Hinblick auf die – inzwischen vollzogene – Wiedervereinigung von PSI und PSDI). Aber diese Rolle der PSIUP ist irrelevant gegenüber der Funktion, die Kräfte der Linken und der Opposition, die noch zahlreich zu ihr stoßen oder in ihr vertreten sind, zu absorbieren und zu neutralisieren. Und es muß zugegeben werden, daß sich die Führungsgruppe der PSIUP in den beiden Jahren seit der Parteigründung und auf dem ersten Parteitag, auf dem der politische Gegensatz zwischen Basis und Parteiführung klar zutage getreten ist, sehr geschickt verhalten hat; sie hat nämlich bewiesen, daß zumindest gegenwärtig diese Funktion, als Sammelpunkt für die linken Kräfte zu dienen, bis zu einem gewissen Grade auch noch wahrgenommen werden kann, wenn eine bewußt doppeldeutige Politik betrieben wird. Für die KPI ist das natürlich nicht nachteilig, da die PSIUP nicht allzu viele kommunistische Kräfte an sich zieht und die selbständigen Initiativen ihrer Basis weitgehend nicht aufnimmt. Diese beiden Aspekte werden innerhalb der KPI oft mit großer Besorgnis beobachtet und veranlassen sie bisweilen zu offenen Stellungnahmen, da die KPI jede noch so begrenzte und sporadische Nachgiebigkeit gegenüber linken Positionen fürchtet, was nicht selten auch in der kommunistischen Presse deutlich wird.

ist theoretisch begründet worden; während früher Widersprüche bestanden zwischen einer in der Praxis »demokratischen« Politik und einigen begrenzten Aspekten dieser Politik, die nach wie vor antagonistisch waren, verschwinden diese Widersprüche heute und verlagern sich in zunehmendem Maße auf andere politische Kräfte: das gilt für den Grundwiderspruch, nämlich für das »offizielle«, als Transmissionsriemen charakterisierte Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft, das darin besteht, daß die Verantwortung für den antagonistischen Aspekt des gewerkschaftlichen Kampfes auf die politische Organisation abgewälzt wurde. Die gegenwärtige politische Linie der KPI läuft in der Praxis auf einen fast völligen Verzicht auf die Organisation des Kampfes der Arbeiterklasse hinaus, die – unter Berufung auf die Autonomie – an die Gewerkschaften delegiert wird[17]. Im

---

17 In zahlreichen Artikeln und bei verschiedenen Gelegenheiten haben sich die Kommunisten für eine deutliche Trennung zwischen gewerkschaftlichem Kampf und politischer Aktivität ausgesprochen und haben gleichzeitig die Organisation des Kampfes allgemein den Gewerkschaften übertragen. »Die marxistische Avantgarde der italienischen Arbeiterklasse« – so heißt es in einem Leitartikel der Zeitschrift *Rinascità* vom 18. 12. 1965 unter der bezeichnenden Überschrift »Transmissionsriemen?« – »hat das Verdienst, die Vorstellung von der Gewerkschaft als bloßem ›Transmissionsriemen‹ zwischen der Partei und den arbeitenden Massen kühn überwunden zu haben«. In *Critica Marxista,* Januar–Februar 1964, beruft sich A. Tato auf einen langen theoretischen Entwicklungsprozeß, um diese neue theoretische Erkenntnis der gewerkschaftlichen Autonomie zu rechtfertigen und sie als eine konsequente Weiterführung der von Marx, Lenin und Gramsci begründeten Tradition darzustellen. Und er gelangt zu der Schlußfolgerung: »Man kann also behaupten, daß zwischen dem gewerkschaftlichen und dem politischen Organismus der Arbeiter eine Wechselbeziehung besteht, in dem Sinne, daß jeder innerhalb des eigenen institutionellen Bereichs *gleichermaßen souverän* ist, daß seine jeweiligen spezifischen, unterschiedlichen und nicht austauschbaren Aufgaben *gleichermaßen* auf die Befreiung der Arbeit hinwirken, da sie sich wechselseitig ergänzen«. Worin diese Ergänzung besteht, das hat sowohl die KPI als auch die Gewerkschaft selbst wiederholt ausgesprochen: der Gewerkschaft fällt die Aufgabe zu, den Kampf (für grundlegende Reformen, die auf die ökonomischen und politischen Machtzentren der Monopole zielen) vorzubereiten und zu leiten; die Partei hat die Aufgabe, die von der Gewerkschaft erkämpften Errungenschaften zu verteidigen, damit sie nicht durch wirtschaftspolitische oder gesetzgeberische Maßnahmen zunichte gemacht werden (dieses Verhältnis wird in einem Artikel der *L' Unità* vom 22. 12. 1965 erläutert: *Il rapporto tra conquiste sindacali e azione politica).* Die Partei bemüht sich insbesondere, »den arbeitenden Massen bewußt zu machen, daß eine Alternative zur Politik der Regierung Moro notwendig und möglich ist, und versucht, die Massen für eine Initiative und eine geschlossene Aktion zugunsten der großen Ziele des Friedens, der Reformen, der demokratischen Programmierung und der Erneuerung des Staates und der Gesellschaft zu mobilisieren«, und zwar im Wege der Werbung und der Verbreiterung der Massenbasis (vgl. die Resolution des Vorstands der KPI in *L'Unità* vom 29. 9. 1965). Auch aus diesen trockenen Zitaten geht hervor, daß diese beiderseitige Autonomie sich auf eine gemeinsame politische Basis gründet, auf der sich eine rein »bürokratische« Aufgabenteilung mühelos vollziehen läßt. Natürlich geht diese Aufgabenteilung nicht immer reibungslos vonstatten.

Namen dieser Autonomie werden alle »politischen« Widersprüche, die durch die Kämpfe hervorgebracht werden, auf die Gewerkschaft abgewälzt, während die »spezifisch politische« Arbeit der Partei darin besteht, die ökonomischen Widersprüche und Engpässe des Kapitalismus auf parlamentarischer Ebene auszunutzen und die schlechte Wirtschaftsführung dafür verantwortlich zu machen. Natürlich betreibt die KPI ihre antimonopolistische Propaganda auf betrieblicher Ebene, wobei sie die politische Absicht verfolgt, die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse in eine Ablehnung der gegenwärtigen ökonomischen Struktur der Gesellschaft umzusetzen, indem sie die politischen Nahziele und die Perspektive der Arbeiterkontrolle über die Wirtschaft aufzeigt. Auf diesem Terrain ist es schwierig, die Kapitalisten anzugreifen, da diese die Verantwortung für die bestehenden Verhältnisse auf den Einfluß von Faktoren zurückführen, die sich ihrer eigenen Kontrolle entziehen (wie die ökonomischen Entwicklungsgesetze und die »Sachzwänge«, die sich aus der internationalen Situation ergeben); andererseits sind solche Erscheinungen wie Grundrente, Machtmißbrauch, Vergeudung und Fehlinvestitionen nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, und geben auch keine Basis für eine Sammlung der Kräfte der demokratischen Opposition ab.

Um sich in dem Prozeß einer politischen Vereinigung auf der Grundlage eines alternativen Regierungsprogramms als Führungspartei durchsetzen zu können, muß die KPI allerdings als eine Partei auftreten, deren Führungsrolle innerhalb der Arbeitskraft anerkannt wird (die Befürchtung, aus dieser Position verdrängt zu werden, zeigt sich auch an der nachdrücklichen Anerkennung der Democrazia Cristiana als politische Kraft, die einen ebenso großen Teil der Arbeitenden vertritt); sie muß folglich die ständige Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen das System (und nicht nur den spezifisch gewerkschaftlichen Streik) unterstützen: bis zu einem gewissen Grade muß also ein Kampf stattfinden, oder es muß zumindest der Eindruck erweckt werden, daß ein Kampf im Gange ist und daß die KPI ihn kontrolliert, oder – besser noch – daß der Kampf untergründig schwelt und daß die Partei in der Lage ist, ihn jederzeit zum Ausbruch zu bringen. Sie ist infolgedessen gezwungen, die Arbeiterkämpfe zu würdigen und sie, soweit ihre schwache Organisation auf Fabrikebene ihr dies ermöglicht, auch zu unterstützen, um ihre Verbindung zur Arbeiterbasis nicht noch weiter zu schwächen.

Aber gleichzeitig muß die KPI sich das Vertrauen der »gemäßigteren« Parteien sichern. Die Kämpfe der Arbeiterklasse müssen daher demokratisch legitimiert werden, was in zunehmendem Maße darauf hinaus-

läuft, daß sie »ökonomisch« motiviert und als Abwehrkämpfe gegen die »Übergriffe« der Kapitalisten hingestellt werden. Darauf beruht die Betonung der Protestkämpfe gegen den Machtmißbrauch der Monopole sowie die Tendenz, immer stärker die formale statt der inhaltlichen Seite der Proteste hervorzuheben, verbunden mit dem Bemühen, bei der Beilegung der Konflikte einen möglichst guten Willen an den Tag zu legen: diese Art von Kampf hält die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse wach, so daß die Kämpfe wieder entfacht werden können, sobald es für nötig und zweckmäßig gehalten wird; aber diese Unzufriedenheit ist einstweilen nicht gefährlich, wenn man von der Gefahr absieht, die Arbeiterklasse zu frustrieren und sie selbst gegenüber der Partei, die sich zu ihren Kämpfen bekennt, mißtrauisch zu machen.

Die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Partei wird zwar in der Theorie vertreten, ist aber in der Praxis nicht verwirklicht, da die Gewerkschaftspolitik sowohl aufgrund der starken Vertretung von Kommunisten in der Gewerkschaft als auch aufgrund der Übereinstimmung in bezug auf die politische Linie eng mit der Politik der KPI verknüpft ist. Diese gewerkschaftliche Autonomie kommt auch in allen diesen Fällen den Erfordernissen der Politik der KPI entgegen: sie stellt in der Tat die Weichen für jene ideelle Einheit, die sich auf der »politischen« Ebene widerspiegeln sollte, und stellt diese Einheit in Grundsatzfragen auf die Probe; dadurch erspart sie der Partei Fehlschläge und führt ihr konkret die Möglichkeiten vor Augen, die ihr auf diesem Gebiet offenstehen. Darüber hinaus lenkt sie die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse über die bestehenden Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen auf die Gewerkschaft und auf die Unternehmer (während die Partei für die Gewerkschaft die Rechtfertigungen für die Nachgiebigkeit und die Verzichte auf dem Gebiet der Tarifpolitik vorbereitet, die sie mit dem Druck der Monopole, der Wirtschaftslage, usw. begründet); aber diese gewerkschaftliche Autonomie läßt der Arbeiterklasse andererseits die Alternative offen, sich in den Wahlen für eine Partei zu entscheiden, der es heute nur an den notwendigen Regierungsinstrumenten fehlt, um eine arbeiterfreundliche Politik zu betreiben. Außerdem stützt sich die KPI indirekt auf die Gewerkschaft, um *Kämpfe zu fördern, die es ermöglichen, in der bestehenden kapitalistischen* Gesellschaft demokratische Organe vorwegzunehmen, die in einer zukünftigen *sozialistischen* Gesellschaft, als deren partielle Verwirklichungen sie gelten, aufrechterhalten werden sollen. Dieses Kriterium wird auch auf die Gewerkschaftsorganisation angewandt: sie wird – so heißt es – auch in einer sozialistischen Gesellschaft unabhängig sein müssen, und um das zu beweisen, beruft man sich auf

Beispiele, wie die Gewerkschaft in den bestehenden sozialistischen Systemen funktioniert[18].

Die politische Linie und die gewerkschaftliche Linie sind heute aufs engste miteinander verflochten, so sehr man auf beiden Seiten auch auf die vollständige Autonomie pocht. Gerade die sogenannte volle Autonomie beider ist die einzige Möglichkeit einer konkreten Koordinierung im Hinblick auf die Verwirklichung einer Politik, über die man sich geeinigt hat und die gerade deshalb eine vollkommene Aufgabenteilung ermöglichen sollte.

In Wirklichkeit offenbart diese politische Linie, die als in sich geschlos-

---

18 Die Vorwegnahme eines solchen gewerkschaftlichen Organismus betrifft nicht nur seine Tarifautonomie, sondern auch seine Aufgaben im Rahmen der Kontrolle der *Betriebs- und Volkswirtschaftsleitung*, die die Gewerkschaft gegenwärtig – wenn auch in noch zaghafter Form – für sich beansprucht. (Vgl. *Critica Marxista*, 2. Jahrgang, Nr. 1, 1965, S. 101: »Auch in der von uns angestrebten Perspektive der Entstehung eines Systems in Italien, *das sich auf den Sozialismus hinentwickelt* – in dem Sinne, daß schon heute die konkreten Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen werden – wird die Entwicklung *autonomer* Organisationen von uns Kommunisten heute als ein wesentliches und *nicht vorübergehendes* Element betrachtet: die Autonomie der Gewerkschaft ist letzten Endes notwendig und wird auch in einer sozialistischen Ordnung des italienischen Gesellschaftssystems gewährleistet werden müssen«.) Unter diesem Gesichtspunkt wird schließlich auch die in den sozialistischen Ländern praktizierte Art gewerkschaftlicher Autonomie kritisiert, auch wenn es schwierig ist, die Autonomiebestrebungen mit den Beschränkungen zu vereinbaren, die durch die Mitwirkung an einem Entwicklungsplan auferlegt werden, zumindest während der Laufzeit dieses Planes (s. *Dibattito a Tribuna politica sul rapporto tra partito e sindacato*, 21. 10. 1965); es wird allerdings auch die Ansicht vertreten, daß »die demokratische und autonome Funktion der Gewerkschaft nicht im Widerspruch steht zu ihrer Aufgabe, das sozialistische System zu unterstützen. Sie wird vielmehr als ihre notwendige Ergänzung angesehen« (E. Vercellino, *Si discute nei paesi socialisti sulla funzione dei sindacati*, in *Rassegna Sindacale*, 5. 9. 1965). Weiter heißt es: »Zwei wesentliche und einander ergänzende Aspekte der Funktion und der Konzeption der Gewerkschaft in den sozialistischen Ländern nehmen immer deutlicher Gestalt an. Der erste Aspekt ist die Unterstützung des sozialistischen Systems und die aktive Teilnahme an der Ausarbeitung und Durchführung der Wirtschaftspolitik und der Volkswirtschaftspläne, da diese in einem sozialistischen System ohne kapitalistische Ausbeutung grundsätzlich den Interessen der arbeitenden Klassen Rechnung tragen. Der zweite Aspekt ist die Tendenz und das Bestreben, eine Gewerkschaft zu verwirklichen, die in zunehmendem Maße eine autonome, demokratische und spezifische Funktion erfüllt, die kritisch und erneuernd wirkt, eine Schrittmacherrolle spielt und die unmittelbaren Interessen der arbeitenden Klasse wahrnimmt«.

Auf diese Betrachtungen folgt ein Überblick über die Kritik, die in den sozialistischen Ländern heute an der Auffassung von dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften als »Transmissionsriemen« geübt wird (zitierter Artikel, *Rassegna Sindacale*, 11. 7. 1965). In dem Artikel wird allerdings die zunehmende Einengung der gewerkschaftlichen Rechte nicht untersucht, die sich in den sozialistischen Ländern in der Neuregelung des Arbeitsrechts immer stärker durchsetzt. Bezeichnend dafür ist die Tschechoslowakei – eines der Länder, auf die Vercellino Bezug nimmt – wo in dem neuen Arbeitsgesetzbuch das Recht der Gewerkschaften, sich Entlassungen zu widersetzen, eingeschränkt wird.

sen und einigermaßen »realistisch« erscheinen mag, ihre Schwäche und Widersprüchlichkeit, sobald man sie im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Kräften betrachtet, die sie im nationalen Maßstab unterstützen sollten (während das internationale Kräfteverhältnis vor allem *ihren* utopischen Charakter enthüllt).

Am anschaulichsten treten diese Widersprüche auf nationaler Ebene in den Beziehungen zwischen den Parteien und der Gewerkschaft in Erscheinung. Bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Positionen der Linksparteien will die CGIL auf der Ebene der Organisation der Arbeiter eine ideelle Einheit verwirklichen; sie geht davon aus, daß die Abhängigkeit von den Parteien ihre Beziehungen zu den Arbeitern, die kein sozialistisches Bewußtsein haben, und vor allem zu den anderen Gewerkschaftszentralen, die diese Arbeiter vertreten, erschweren würde; hinzu kommt eine sentimentale Berufung auf die spontane Tendenz der Arbeiter, sich im Namen gemeinsamer, elementarer Interessen zu vereinen; eine ideologische Position der Gewerkschaft wird so letzten Endes als ein Element betrachtet, das eine Spaltung von oben her bewirkt. Ausgehend von diesen Überlegungen theoretisiert die Gewerkschaft die Zweckmäßigkeit der Trennung der politischen von den gewerkschaftlichen Aufgaben und hält sich als Organisation nur für letztere zuständig[19]: wenn die »Nichteinmischung« der politischen Organismen in der gewerkschaftlichen Sphäre verwirklicht würde und beide in vollkommener Autonomie vorgehen würden, käme es unweigerlich zu Konflikten zwischen der politischen Organisation, die bestrebt wäre, die gewerkschaftliche Aktion politischen Zielen unterzuordnen, und einer Gewerkschaft, die sich nicht bemühte, die politischen und die gewerkschaftlichen Ziele miteinander in Einklang zu bringen. Wenn diese Inkonsequenz in der Konzeption des Verhältnisses zwischen Parteien und Gewerkschaften nicht zum Widerspruch wird, so deshalb, weil die politische und die gewerkschaftliche Linie heute formal aus-

---

19 In den subtileren theoretischen Begründungen wird die Autonomie der Gewerkschaft als das wirksamste Instrument der politischen Massenerziehung dargestellt; die Unabhängigkeit vom System ermöglicht es den Massen, im gewerkschaftlichen Kampf einen Schritt in Richtung auf das sozialistische Bewußtsein zu machen; aber nur durch die Autonomie gegenüber den Parteien kann die Gewerkschaft die Massen *in ihrer Gesamtheit* in ihren Kampf – der zwar antikapitalistisch, aber noch nicht sozialistisch ist – einbeziehen (s. V. Foa auf der Versammlung der PSIUP am 27. 10. 1965: »Die Gewerkschaft darf sich bei der Wahl der Instrumente und der Kräfte ihrer Aktion nicht von sozialistischen Zielsetzungen leiten lassen [indem sie ihre Entscheidungen von diesen Zielen abhängig macht]. Damit würde nämlich die Möglichkeit eingeengt, daß sich in den Kämpfen, die so umfassend wie möglich angelegt sein müssen und die arbeitenden Massen weitgehend einbeziehen sollten, ein antikapitalistisches Bewußtsein entwickelt«).

einandergehalten werden, auch wenn in der Praxis das Verhältnis des »Transmissionsriemens« bestehen bleibt[20].

Die Widersprüche treten dagegen zutage, wenn man versucht, dieses Verhältnis in der effektiven Organisation der Kämpfe wirksam werden zu lassen: sie zeigen nämlich, daß dieses *derart mystifizierte* Verhältnis des Transmissionsriemens *sich nicht vollkommen entfalten kann*, da die formalen Zugeständnisse, die gemacht werden müssen, sich oft *in inhaltliche Zugeständnisse* verwandeln[21]. Wenn dieses direkte Abhängigkeitsverhältnis der Gewerkschaft von der KPI heute auch noch keinen fremden Einmischungen ausgesetzt ist, macht sich doch in der Gewerkschaftspolitik in zunehmendem Maße die Einflußnahme der sozialdemokratischen Parteien (einschließlich der PSI), der CISL und letzten Endes der Kapitalistenklasse geltend, die ihre Kontrolle

---

20 Auch in der Gewerkschaft wird der Aspekt der Ergänzung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Aktion betont und seine praktische Bedeutung hervorgehoben: »Ein solches Vorgehen der Gewerkschaft bringt ihr nicht nur Erfolg ein, sondern bereitet in voller Autonomie und Unabhängigkeit auch die besten *politischen*, parlamentarischen und gesetzgeberischen Lösungen für jene Probleme der Arbeiterschaft vor, mit denen sich auch die Parteien und die Regierung werden befassen müssen ... Wir sind keine ›Vermittler‹: wir sind ... Gewerkschafter, d. h. wir vertreten die eine Seite – die Arbeit – gegenüber der anderen Seite« (*Rassegna Sindacale*, 11. 7. 1965, Leitartikel. Hervorhebungen im Text).

21 Auf der erwähnten Versammlung der PSIUP wies Foa darauf hin, daß »wenn die Willensbildung innerhalb der Gewerkschaft sich im Wege der Vermittlung zwischen den verschiedenen Richtungen auf Führungsebene vollzieht, sie sich der Einflußnahme der Regierungspolitik, die die PSI in sie hineinträgt, nicht entziehen kann; wenn sie dagegen in der engen Verbindung zur Basis zustande kommt, wird die Einflußnahme der Regierung zurückgewiesen, da in dieser demokratischen Beziehung auch die Gewerkschafter der PSI ihre auf Spitzenebene verlorene Freiheit zurückgewinnen«.

An dieser Verbindung zur Basis fehlt es in der Gewerkschaft immer mehr, und sie sträubt sich immer stärker dagegen, ihre Tarifpolitik an der Basis diskutieren zu lassen; dementsprechend verstärkt sich einerseits der Druck von außen, während gleichzeitig die auf Spitzenebene getroffenen Vereinbarungen als ein Erfolg der Basis gefeiert werden. Bezeichnend dafür ist die Entwicklung des Konflikts der Eisenbahner und die Ausarbeitung der gewerkschaftlichen Forderungen für die Metallarbeiter (deren jeweilige Änderungen den Arbeitern durch wenige, sehr kurze Mitteilungen in der *Unità* bekanntgegeben wurden). Ein aufschlußreiches Beispiel für diese »Einflußnahme« an der Spitze sind die Ereignisse vor und nach dem Streik vom 12.–13. Dezember 1965, der gemeinsam von den drei Eisenbahnergewerkschaften ausgerufen worden war: der Streik ging auf eine Initiative der CISL zurück, die ihrerseits vom linken Flügel der Democrazia Cristiana gedrängt worden war, der einen vom rechten Flügel der DC eingebrachten Gesetzesentwurf zur Erhöhung der zulässigen Last im Straßentransport zu Fall bringen wollte. Hinzu kam eine allgemein gehaltene Forderung nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; aber der Streik wurde abgeblasen, sobald der zuständige Minister den Gesetzesentwurf zurückgezogen hatte, wobei er sich darauf beschränkte mitzuteilen, daß er die Tarifforderungen an den Ministerpräsidenten weitergeleitet habe. Die CISL stellte diese Forderungen in ihren Mitteilungen in den Hintergrund, während die CGIL sie in den Mittelpunkt gerückt hatte.

und ihren Druck gerade im Namen der proklamierten Gewerkschaftsautonomie ausüben. Die Einflußnahme hat in erster Linie zu einer Begrenzung der Arbeitskämpfe geführt, zu der weitgehend auch die KPI beigetragen hat, die sich, unter Berufung auf die »rein politische« Logik ihres Eingreifens, einen auch für eine reformistische Partei zu engen Spielraum vorbehalten hat (da sie den *Kampf* der Arbeiterklasse nicht als Hebel zur Durchsetzung einer Reformpolitik benutzt hat)[22]. Damit ist es der Kapitalistenklasse noch leichter gemacht worden, ihren Plan zu verwirklichen, eine Tarifpolitik, die mit rein gewerkschaftlichen Kriterien legitimiert wird, in den Griff zu bekommen. Einerseits kann der ausdrückliche und entschiedene Angriff aller politischen Kräfte des Landes gegen den Kampf der Arbeiterklasse der KPI gegenwärtig sogar zugutekommen, da er es ihr ermöglicht, die Integration und die Verzichtpolitik der Gewerkschaft auf tarifpolitischem Gebiet zu rechtfertigen; andererseits jedoch kann er die KPI sehr schnell in eine Situation geraten lassen, wo ihr die Kontrolle über die Gewerkschaftsorganisation entgleitet, da, wenn die CGIL ihres Klassencharakters beraubt und den anderen Gewerkschaften angeglichen wird, die Führung in den Kämpfen völlig der neuen Einheitsgewerkschaft übertragen werden kann. Eine autonome und einheitliche Organisation aller Gewerkschaften könnte dann sogar auf die politische Aktion bremsend wirken: sie würde gewissermaßen den »Maßstab« *zur Beurteilung der Legitimität der von den Parteien erhobenen* Forderungen darstellen. Die Gewerkschaft der Linken kann übrigens nicht allzu lange in einer widerspruchsvollen Situation verharren, die sie in ihrer tarifpolitischen Linie zur Inkonsequenz und zu einer Hinhaltetaktik zwingt und die auf der Ebene der ökonomischen Forderungen dazu führt, daß es ihr an stichhaltigen Argumenten angesichts der Forderung nach einer eindeutigeren Unterstützung der Wirtschafts-

---

22 Diese Ausnutzung des Kampfes von seiten der KPI ist nicht so einfach und linear, wie es scheinen mag: das zeigt sich beispielsweise, wenn man vergleicht, wie die KPI *den Kampf gegen die Regierung* der linken Mitte politisch ausnutzt, und welche Möglichkeiten ihr dagegen heute aufgrund des Ablaufs der Tarifverträge, vor allem des äußerst wichtigen der Metallarbeiter, offenstehen. Die Politik, die die KPI auf Betriebsebene *praktizierte, war ein Angriff gegen* die linke Mitte, während sie den Kampf um die Erneuerung der Tarifverträge nicht auf dieses Ziel auszurichten vermochte. Und obwohl die Regierung glücklicherweise (für die KPI) gestürzt worden ist, hat die Partei sich bei der Bildung der neuen Regierung nicht durchsetzen können und hat sich darauf beschränkt, bei der Arbeiterklasse die »rechte Involution« anzuprangern. Der Kampf um den Tarifvertrag der Metallarbeiter dagegen hat seinen normalen Verlauf genommen und wird von der KPI nur insofern ausgenutzt, als sie versucht, die Gewerkschaftseinheit als Voraussetzung und Grundlage ihrer Politik zu konsolidieren.

planung fehlt, während sie auf institutioneller Ebene zur Folge hat, daß die Gewerkschaft (eben aufgrund der Unklarheit ihrer Linie) die spontane und zum großen Teil noch »politische« Zustimmung der Arbeiter einbüßt, ohne rechtzeitig für den Aufbau einer festgefügten Organisation gesorgt zu haben, dank der sie sich in ihrer Rolle als wichtigste Vertreterin der Arbeitskraft behaupten kann. Die Gewerkschaft kann und will nicht Gefahr laufen, aus dieser Rolle verdrängt zu werden und wird sich veranlaßt sehen, die gegenwärtige widersprüchliche Situation durch eine zunehmende »Institutionalisierung« ihrer Autonomie zu überwinden (bei dieser Entscheidung werden nicht nur die Beziehungen zu den inländischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen eine Rolle spielen, sondern auch die Beziehungen zu den europäischen Gewerkschaften: die CGIL kann es nämlich nicht wagen, durch den Verlust ihrer organisatorischen Kraft auf nationaler Ebene ihre Position und ihren repräsentativen Charakter zu schwächen). Das kann sehr leicht geschehen, da die CGIL in dieser Richtung auf sehr viel weniger Hindernisse stößt als die Kommunistische Partei: es könnte daher bei der Verwirklichung des gemeinsamen politischen Konzepts zu einer Phasenverschiebung kommen, in dem Sinne, daß sich die Gewerkschaftsorganisation rasch auf neue Formen hinentwickelt, während die Vereinigung der antimonopolistischen Kräfte des Landes langsamer vorankommt. Für die Gewerkschaft wird es nämlich leichter sein, ein Profil und eine straffe Organisationsstruktur – und sei es auch nur formal – zu bewahren, trotz aller grundlegenden Veränderungen, die sie erfahren könnte. Das beruht vor allem darauf, daß der Kapitalismus eine Gewerkschaftsorganisation, die nicht zu abhängig und formal noch antagonistisch ist, gegenwärtig noch für unerläßlich hält und ihre spezifische Funktion als Verhandlungsorganismus aufrechterhalten will. Der Kapitalismus ist bestrebt, die Repräsentativität dieses Organismus zu verstärken, ihn selbst aber gleichzeitig faktisch zu schwächen, oder, anders gesagt, ihn – allerdings nur soweit dies absolut notwendig ist – seinen eigenen Erfordernissen unterzuordnen. Natürlich birgt auch diese kapitalistische Politik, die eine Veränderung in der Struktur der Gewerkschaft vorsieht, Gefahren in bezug auf die Zustimmung der Arbeiter in sich, da es damit keine »linke« Gewerkschaft mehr geben würde, die die systemsprengenden Kräfte auf Betriebsebene zu steuern und zu neutralisieren vermöchte. Aber wenn auf der einen Seite die politische Unterstützung nachläßt, so wird der Kapitalismus es der Gewerkschaft andererseits doch ermöglichen, zumindest eine Kontrolle auszuüben, die sich auf eine starke Organisationsstruktur gründet. Die Gewerkschaft wird also auch dank der

Hilfestellung, die der Kapitalismus ihr dabei leistet, ihre eigene Struktur konsolidieren und weiterhin eine gewisse Kontrolle über die Arbeiterklasse ausüben können.

Die Partei der Arbeiterklasse dagegen könnte sich in eine widerspruchsvolle Situation hineinmanövrieren, wenn sie versuchte, die Politik der demokratischen Vereinigung zu forcieren, um die Gefahr eines übermäßigen Auseinanderklaffens zwischen politischer und gewerkschaftlicher Aktionslinie zu vermeiden. Sie läuft dann nämlich nicht nur Gefahr, daß die Militanten, die noch nicht auf die neue politische Linie eingeschwenkt sind, der Partei endgültig ihre Zustimmung verweigern, sondern es kann sich auch eine parteiinterne Opposition bilden, die die Verwirklichung der Politik der Sozialpartnerschaft und der demokratischen Vereinigung – und sei es auch nur zeitweilig und partiell – zu durchkreuzen vermag. Tatsächlich hat die Führungsgruppe der KPI ihren Plan der Vereinigung aller linken Kräfte vorläufig zurückgestellt: dieser Aufschub ermöglicht es, den innerparteilichen Widerstand allmählich aufzufangen und zu neutralisieren und damit die Gefahren einer Spaltung zu bannen, zu der es dagegen kommen könnte, wenn sich die ganze verschieden motivierte Opposition der Militanten der KPI gegen die Parteilinie gleichzeitig artikulierte. Wenn dagegen die Vereinigung auf breitester Basis sehr schnell akzeptiert würde, ohne daß es darüber in der Partei zu Spaltungen kommt, und wenn die parteiinternen Kräfte geschlossen auf eine Politik drängten, die immer konsequenter auf reformistische und sozialdemokratische Ziele ausgerichtet ist, dann würde es zu einem Zusammenstoß mit den kapitalistischen Kräften und mit den sozialdemokratischen Parteien kommen, die – ganz anders als im Fall der Gewerkschaft – entschieden darauf hinarbeiten, eine Oppositionspartei, die das bestehende System (und sei es auch auf friedlichem Wege) umstürzen will, ihrer Funktion – und selbst der formalen Aspekte dieser Funktion – zu berauben. Da die Kapitalisten andererseits nicht bereit sind, eine sozialistische Alternative zu ihrer Herrschaft ohne weiteres hinzunehmen, und die KPI nicht bereit ist, diese Alternative zu erkämpfen, könnte dieses Konzept des italienischen Weges zum Sozialismus, das der KPI eine Führungsrolle zuerkennt, nur dann akzeptiert werden, wenn die Kommunistische Partei ihre ursprüngliche Position als zumindest formal revolutionäre Oppositionspartei aufgibt und zu Positionen reformistischer Systemkritik übergeht, die – auch in formaler Hinsicht – mit den Vorstellungen der sozialdemokratischen Parteien *übereinstimmen.*

Durch eine solche Verzichtleistung würde die Politik der KPI völlig verändert werden: sie würde aufhören, eine Partei zu sein, die den

übrigen politischen Kräften eine Perspektive der Vereinigung bietet, und würde stattdessen automatisch zu einer Partei, die einer bereits von den Sozialdemokraten vertretenen Linie folgt und die Führung letzten Endes an diese abtreten muß. Aber obwohl die Kommunistische Partei sich in Wahrheit für diese Alternative entschieden hat, will sie die Vereinigung der linken Kräfte unter ihrer eigenen politischen Führung doch vollziehen. Andererseits hat das Experiment der Regierung der linken Mitte einen Prozeß der Sozialdemokratisierung in Gang gesetzt, der die KPI vorerst noch von der Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Klassen ausschließt. Trotz der Offensive der Vereinigung zwischen PSDI und PSI und des damit verbundenen Vorschlags des gewerkschaftlichen Blocks zwischen CISL und UIL gelingt es der KPI heute noch, ihre völlige Unterordnung unter die Kräfte der Sozialdemokratie hinauszuzögern, da sie die Gewerkschaft noch fest unter Kontrolle hat, und auf ihrem letzten Parteitag hat sie vorerst jede unmittelbare Gefahr eines Linksrutsches gebannt.

Allerdings kann die KPI auch aufgrund des gegenwärtigen wirtschaftlichen Integrationsprozesses des Kapitalismus einerseits und der Politik der UdSSR andererseits die Verwirklichung dieser Politik nicht mehr allzu lange hinauszögern. Die internationale Integration, die sich heute in zunehmendem Maße als Einbeziehung aller Länder in den Prozeß der Konzentration, Kooperation und Arbeitsteilung auf der Grundlage kapitalistischer Kriterien vollzieht, hat nämlich in den politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der einzelnen Länder ein immer entscheidenderes Gewicht.

Dieser Prozeß wird von den größten internationalen Kapitalkonzentrationen angeführt, d. h. in erster Linie von den amerikanischen Monopolen, die die Entwicklung der kapitalistischen Länder und selbst die sozialistischen Länder ihren eigenen Produktionserfordernissen unterordnen (auch wenn in den sozialistischen Ländern vorwiegend französische, italienische und deutsche Monopole tätig sind). Dieser Prozeß erweist sich heute als absolut notwendig und unumkehrbar, sofern man ihn im Lichte der effektiven Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates betrachtet. Da die sozialistischen Länder heute an Entwicklungspläne gebunden sind, die auf eine Konsumgesellschaft zielen, in der derselbe Wohlstand wie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern verwirklicht werden soll, sehen sie sich veranlaßt, sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf betrieblicher Ebene die fortgeschrittensten Aspekte der technischen und administrativen Produktionsorganisation des kapitalistischen Systems zu übernehmen, so wie sie heute von den Monopolen und Oligopolen verwirklicht sind. Sie erkennen

nicht, daß die Monopole heute einen Unsicherheitsfaktor im Funktionsmechanismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems darstellen, sondern bewundern die Fähigkeit des Kapitalismus, eine ständig wachsende Warenmenge zu produzieren (worin sie ihm nicht nachstehen wollen). In dieser Hinsicht wird in ihrer Theorie überhaupt kein Unterschied zwischen europäischem und amerikanischem Kapitalismus gemacht; sie knüpfen vielmehr mit der kapitalistischen Welt insgesamt Wirtschaftsbeziehungen an, wobei sie sich nur von der jeweiligen Möglichkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit leiten lassen, die die einzelnen Länder ihnen aufgrund ihres Entwicklungsniveaus anbieten können. Die KPI muß also einer neuen Dimension der sozialistischen Strategie Rechnung tragen, und zwar gerade in dem Moment, da es ihr gelungen ist, sowohl in theoretischer als auch in organisatorischer Hinsicht eine Politik zu konsolidieren, die unter inneren Widersprüchen seit der Nachkriegszeit allmählich herangereift ist. Die Linie der »nationalen Wege zum Sozialismus« erkannte der Eroberung der politischen Macht in einzelnen Ländern exemplarische Bedeutung zu, weil damit nicht nur überzeugend bewiesen worden wäre, daß es möglich ist, den Kapitalismus zu stürzen und ihn durch ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu ersetzen, sondern weil sich auch gezeigt hätte, daß *nur der Sozialismus eine planmäßige, erfolgreiche und harmonische Wirtschaftsleitung gewährleisten kann.* Dieser Prozeß wird von der Sowjetunion heute zwar nicht als unerwünscht oder vollkommen negativ betrachtet, aber er wird nach den Störungen beurteilt, die er in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern hervorrufen kann: auf diese Art und Weise werden die Beschränkungen, die die Stalinsche Politik den gewaltsamen Revolutionen auferlegte, heute in gewisser Hinsicht auch auf die »demokratischen« Revolutionen ausgedehnt (wenn auch nicht strikt aufgezwungen). Aufgrund dieser Politik der Unterordnung unter die Erfordernisse der »reinen« Gesetze des Wirtschaftswachstums (als Träger des »Wohlstands«) kann es der Sowjetunion und den an ihr orientierten sozialistischen Ländern letzten Endes *im Hinblick auf die Wirtschaftsleitung* gleichgültig werden, ob die Arbeiterklasse oder die Kapitalistenklasse die Macht innehat. Der »demokratische« Kampf der KPI auf nationaler Ebene ist dagegen im wesentlichen ökonomisch begründet, d. h. die KPI tritt auf dieser Ebene als Alternative zur kapitalistischen Macht auf. Darüber hinaus gründet die Kommunistische Partei ihre Strategie auf den Kampf gegen die Monopole (denen sie widersprüchlicherweise vorwirft, durch ihre Weigerung, mit den sozialistischen Ländern in Handelsbeziehungen zu treten, antidemokra-

tisch zu wirken[23]), und das gerade zu dem Zeitpunkt, da die UdSSR ihre internationalen Beziehungen durch Abkommen mit den Monopolen ausbaut.

Auf europäischer Ebene stellt sich also unmittelbar die Alternative, entweder mit dem Kapitalismus auf seinem höchsten Entwicklungsniveau zusammenzuarbeiten (und damit jede mögliche Infragestellung des kapitalistischen Systems aufzugeben), um eine geordnetere und harmonischere internationale Arbeitsteilung herbeizuführen, die die Unsicherheitsfaktoren im Weltwirtschaftssystem ausschalten würde (diesen Weg scheint die Sowjetunion eingeschlagen zu haben), oder aber die Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus auf allen Ebenen zu verweigern und eine Strategie der Systemdurchbrechung zu entwickeln, bei der zwischen europäischem und amerikanischem Kapitalismus kein Unterschied gemacht wird. Der von der KPI vorgeschlagene Weg, der in einem Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte Europas besteht, ist in Wirklichkeit ein utopisches Ziel, da die USA gerade in bezug auf das ökonomische Kräfteverhältnis in einer weitaus günstigeren Position sind und unter bestimmten (den wesentlichen) Gesichtspunkten eine beherrschende Stellung innehaben. Die KPI wird also mit großer Wahrscheinlichkeit gezwungen sein, diese strategische Linie zu einer Theorie der Verteidigung der europäischen Monopole gegen die amerikanischen Monopole abzuschwächen, in der den europäischen Monopolen die »demokratische« Rolle der ökonomischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zugewiesen wird. Bis die KPI eines Tages erkennen muß, daß die Beziehungen zwischen den amerikanischen und europäischen Monopolen und den sozialistischen Ländern die konkrete Basis ist, auf der sich die vom Kapitalismus betriebene internationale Arbeitsteilung vollzieht. Die gegenwärtig von der KPI vorgeschlagene Lösung ist nichts anderes als eine Projizierung ihrer innenpolitischen Linie auf

23 Es mag interessant sein, darauf hinzuweisen, daß das auch im Rahmen der Propaganda auf betrieblicher Ebene häufig geschieht; das war eines der Hauptthemen auf der Fabrikkonferenz der Fiat-Werke und wird auch oft in der Zeitung der Kommunisten der Fiat-Werke, *Unità Operaia*, erörtert. Natürlich wird diese Frage in einem umfassenderen wirtschaftspolitischen Zusammenhang behandelt (als Beispiel verweisen wir u. a. auf den Artikel von Minucci in *Rinascita* vom 16. 1. 1965, dem ein Brief von L. Macchia und die Antwort darauf folgen. Bezeichnend für die Position der KPI, wenn auch nicht ganz in den Rahmen des Themas gehörend, ist der Artikel von Boffa in *L'Unità* vom 24. 10. 1965: *A che punto è il commercio europeo tra Est e Ovest?* Außerdem seien die »Thesen« zum XI. Parteitag der KPI erwähnt, in denen es um eine neue Konzeption der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern des Ostens und zu den unterentwickelten Ländern geht. In allen Dokumenten der KPI wird die Tragweite der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen westlichen – vor allem italienischen – Monopolen und sozialistischen Ländern durchweg unterschätzt).

die europäische Ebene, auch im Hinblick auf die antimonopolistische Funktion, die dem Staat und anderen Organismen wie der Gewerkschaft zugewiesen wird, wobei letzterer die Aufgabe zufällt, die Politik der KPI vorwegzunehmen, die auf eine Vereinigung mit den anderen politischen Kräften und auf den Schutz der wirtschaftlichen Interessen Europas durch eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern Osteuropas zielt. Durch eine Politik der Abwehr der amerikanischen Monopole versucht man, eine politische Aktionseinheit mit den sozialistischen Ländern herzustellen, denen durch das Eingreifen der europäischen Kommunisten die Möglichkeit geboten würde, sich in hochentwickelten kapitalistischen Ländern eine Vormachtstellung zu verschaffen; gleichzeitig würde man das Problem einer Verbindung und gemeinsamen Strategie mit den unterentwickelten Ländern, die ihre nationale Revolution durchführen, lösen, indem man sich mit ihnen zu einem Wirtschaftsblock (in dem sie natürlich ökonomisch untergeordnet wären) zusammenschließt, der ein Gegengewicht zur amerikanischen Wirtschaftsmacht bilden könnte und damit den sozialistischen Block, der der kapitalistischen Welt gegenübersteht, verstärken würde.
Auch wenn die Politik der KPI im europäischen Maßstab andere Aspekte als auf nationaler Ebene aufweist, müßte auch sie davon ausgehen, daß die politischen Kräfte der Linken endgültig auf die Eroberung der politischen Macht verzichtet und in einigen Fällen ihre Beteiligung an der Macht neben den kapitalistischen Kräften konsolidiert haben. Die Zusammenarbeit könnte auch auf dieser Ebene auf die völlige Unterordnung unter die politischen Kräfte hinauslaufen, die die Vorherrschaft in Europa haben.
Die Parteien und die Gewerkschaft begehen den Fehler, die Tiefe der Widersprüche, in denen sie sich heute bewegen, und die Macht der Zwänge, denen sie unterworfen sind, zu unterschätzen: sie halten den Einfluß, den diese Kräfte gegenwärtig ausüben, für eine vorübergehende Erscheinung eines Prozesses, der zwangsläufig zu einer Stärkung und Konsolidierung der Organisationen der Linken und auf nationaler und internationaler Ebene zu einer Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus führt. Tatsächlich beruht die Entschiedenheit, mit der die Sowjetunion im internationalen Maßstab und die KPI (und die Gewerkschaft) in Italien sich auf die Verteidigung ihrer heutigen politischen Linie versteifen und schließlich jede Form von Opposition und Verweigerung rigoros bekämpfen und oft sogar offen unterdrücken, auf einer falschen Analyse und Fehleinschätzung der Kräfte, die die Entwicklung der Gesellschaft heute effektiv oder potentiell bestimmen, und letzten Endes auf einer Überbewertung bzw. – unter anderen Aspekten

– Unterbewertung der Entwicklungsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems. Die Sowjetunion neigt dazu, die negativen Elemente des kapitalistischen Systems zu ignorieren und seine scheinbar positiven Momente zu betonen; sie unterschätzt die Labilität des kapitalistischen Systems und die ihm immanente Notwendigkeit, sich auf Kräfte stützen zu können, die es ihm ermöglichen, die Ungleichgewichte zu überwinden, indem es die notwendigen Auswege für sie offenhält. In kapitalistischen Ländern wie Italien unterschätzt man vielleicht unbewußt die Fähigkeit des Systems, die eigenen Widersprüche zu lösen und sich als das beste aller denkbaren Wirtschaftsordnungen darzustellen, und selbst wenn versucht wird, bei den schwachen Punkten des Systems anzusetzen, werden sie nicht richtig eingeschätzt und man beschränkt sich auf eine nur zeitweilige und marginale Intervention.
Während man in der Sowjetunion der Ansicht ist, daß man mit dem Kapitalismus unbedenklich koexistieren kann, neigt die KPI der Auffassung zu, daß das kapitalistische System im demokratischen Kampf friedlich durch das sozialistische System ersetzt werden kann und daß dieser Prozeß – in einem Land, das bereits nach fortgeschrittenen kapitalistischen Methoden organisiert ist – im Wege des Kampfes um die schrittweise Verwirklichung eines Programms erreicht werden muß, daß sich auf antimonopolistische und bisweilen frühkapitalistische Kriterien gründet. Auf beiden Seiten wird es versäumt (oder nicht als wesentliches Element einer sozialistischen Politik betrachtet), die realen Bedingungen und Widersprüche richtig zu analysieren, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft und in der Arbeiterklasse sowohl der unterentwickelten als auch der entwickelten Länder ständig – wenn auch in verschiedenen Formen – hervorbringen; statt dessen werden künstlich Bedingungen und Widersprüche geschaffen, die auf die Entwicklung des Kapitalismus zurückgeführt werden. In der Sowjetunion werden die »positiven« Aspekte des Kapitalismus isoliert und imitiert, als seien sie der krönende Schlußstein der Errichtung des Sozialismus und als könnten sie übernommen werden, ohne daß es dadurch in den Gesellschaftsverhältnissen zu einer kapitalistischen Involution käme (diese positiven Aspekte betreffen nämlich gerade die Arbeitsorganisation, wo hierarchische Ordnungen, Akkordarbeit, Prämien und Leitungsbefugnisse in zunehmendem Maße der kapitalistischen Organisation der Fabrik entlehnt werden); dabei wird übersehen, daß der kapitalistische »Wohlstand« das Ergebnis eines Systems ist, dessen Entwicklung auf sozialen Ungleichheiten, auf der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere (die die Arbeiterklasse der entwickelten Länder insgesamt sein kann) beruht und daß der Klassen-

kampf eine Folge der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist und auch zu einem Kampf einiger ausgebeuteter Völker gegen andere (und selbst zum Kampf gegen die »fortgeschrittenen« Länder insgesamt, einschließlich der Sowjetunion) werden kann.

Auch die KPI versäumt es, die spezifische Art und Weise zu bestimmen, in der der Kapitalismus die Arbeiterklasse auf der Ebene der Gesellschafts- und Betriebsorganisation – im wesentlichen wie in der Vergangenheit, wenn auch in neuen Formen – unterdrückt und entfremdet, und sie vermag die antagonistischen Aspekte, die der Kapitalismus auf Fabrikebene ständig reproduziert, nicht zu erfassen, sondern überlagert diese grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüche durch zwar reale und wichtige, aber doch sekundäre und manchmal rein »ideologische« Gegensätze. Diese Entfremdung der Parteien von den realen Problemen der Arbeiterklasse läuft letzten Endes darauf hinaus, daß eine »Alternative« propagiert wird, die auf die Verwirklichung von Reformen *innerhalb der bestehenden Gesellschaft* zielt. Reformen, die der Kapitalismus oft, wenn auch nur langsam, zugestehen kann, da sie manchmal für seine eigene Weiterentwicklung notwendig sind, und die vor allem das Kräfteverhältnis auf Fabrikebene nicht berühren, weder vor ihrer Durchführung noch – sofern sie von den Kapitalisten selbst durchgeführt werden – danach. In dieser Hinsicht verschärft die gegenwärtige Strategie der KPI die Widersprüche, die ihrem Verhältnis mit der Arbeiterklasse immanent sind, da der Vorschlag der Vereinigung der linken Kräfte, der von der Strategie der »Strukturreformen« nicht mehr zu trennen ist, für die KPI bedeutet, daß sie den konkreten Boden des organisierten Kampfes zur Lösung der unmittelbaren Probleme der Arbeiterklasse zunehmend aufgibt (und parallel dazu ist auch die Gewerkschaft gezwungen, darauf zu verzichten). Diese Widersprüche verschärfen sich wahrscheinlich nicht nur, wenn die Vereinigung im Zuge langwieriger Verhandlungen auf Führungsebene vor sich geht, sondern auch und vielleicht noch mehr, wenn die politische Linie der KPI von den anderen Linkskräften unverzüglich akzeptiert wird (was vorerst noch undenkbar ist) und die geforderten Reformen eingeleitet werden[24]. Die gegenwärtige Strategie der

---

24 Wenn die Vereinigung der linken Kräfte auf der Grundlage des politischen und ökonomischen Programms, das die KPI heute vorschlägt, verwirklicht würde, ohne daß es innerhalb der Linksparteien inzwischen zu tiefen Gegensätzen gekommen wäre, dann würde die KPI, wenn sie zusammen mit den verbündeten Parteien die Regierung des Landes übernehmen sollte, fast mit Gewißheit eine vorübergehende Niederlage erleben. Die Unterstützung einer vereinigten Linkspartei setzt nämlich das Vertrauen in die Vorschläge voraus, die diese Partei als Alternative im Rahmen des bestehenden Systems anbietet. Die Vereinigung bedeutete für die

Linken in Italien setzt also schon heute voraus, daß die Parteien sich zunehmend der Arbeiterklasse entfremden und sich statt dessen den Konsensus des »Volkes« sichern, der auf einer vage sozialistischen und dem Inhalt nach ökonomistischen Systemkritik beruht. Aber die Arbeiter sind sich darüber im klaren, daß diese *politische* Linie den zunehmenden Verzicht auf die Wahrung ihrer unmittelbaren Interessen impliziert: dieses Bewußtsein der Arbeiterklasse äußert sich seit langem in verschiedener Form, und auch wenn es nicht immer politisch begründet wird und sich nicht immer in autonomen politischen Initiativen niederschlägt, darf doch die Tatsache nicht unterschätzt werden, daß die Arbeiterklasse den Linksparteien und der linken Gewerkschaft ihre aktive Unterstützung zunehmend entzieht, was sich auch an dem Rückgang der eingeschriebenen Mitglieder dieser Organisationen und an der Zunahme an leeren Stimmzetteln bei den Wahlen zu den Fabrikausschüssen zeigt: dieses Phänomen wiegt um so schwerer, als es heute auch in einer »politisierten« Arbeiterklasse auftritt. In den Arbeiterparteien und in der Gewerkschaftsorganisation beobachtet man die fehlende

---

KPI jedenfalls anfangs und unter einem formalen Gesichtspunkt, daß sie vorerst auf ihre Funktion und ihr Programm der revolutionären Systemveränderung verzichten muß. Der Konsensus, den die KPI für ihr strategisches Programm fordert, gründet sich nämlich auf ein ökonomisches Konzept, das letzten Endes auf eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung Italiens hinausläuft. Dieses Programm wird sich zweifellos als undurchführbar erweisen, nicht weil die KPI nicht in der Lage wäre, die Leitung der Wirtschaft zu übernehmen und die Regierungsinstrumente zu handhaben, sondern weil sie sich darauf beschränken müßte, in einem System kapitalistischer Produktionsverhältnisse einen »Wohlfahrtsstaat« zu verwalten und im Rahmen dieses Systems einige Sozialreformen durchzuführen, mit denen die Lage der arbeitenden Klasse verbessert werden soll. Eine solche Politik würde Spannungen in der Wirtschaftspolitik heraufbeschwören und würde die allgemeine Situation des Landes in vielerlei Hinsicht belasten, da sie in bestimmten Fällen gesellschaftliche Gegensätze und Antagonismen selbst innerhalb der Arbeiterklasse hervorbringen würde. Für die Kapitalisten ist übrigens eine Oppositionsregierung, die sich auf das schwierige Unterfangen einläßt, die typischen und häufig systemimmanenten, wenn auch oft vorübergehenden, Disproportionalitäten des Systems zu überwinden, äußerst nützlich, da sie sichtbar vor Augen führt, daß es »objektiv« unmöglich ist, bestimmte negative Aspekte, die unweigerlich mit der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung verbunden sind, aufzuheben.

Damit soll nicht gesagt sein, daß alle wirtschaftspolitischen Lösungen, die eine Alternative zum Kapitalismus darstellen, immer unrealisierbar sind: die *Arbeiterverwaltung* der Wirtschaft könnte einen allgemeinen Wohlstand gewährleisten, wenn in einem hochentwickelten kapitalistischen Land wie Italien die Kapitalisten, alle »Schmarotzer« und alle Vergeudungen ausgemerzt würden, die die gegenwärtig bestehende Produktionsorganisation kennzeichnen; das wäre leichter zu bewerkstelligen, wenn auf internationaler Ebene die Möglichkeit gegeben wäre, Wirtschaftsbeziehungen zu einem sozialistischen Gebiet anzuknüpfen, das politisch nicht von den kapitalistischen Ländern abhängig wäre. Diese Möglichkeit rückt allerdings in immer weitere Ferne.

Zustimmung und aktive Beteiligung an der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit mit wachsender Besorgnis. Und diese offenkundige Schwäche wird inzwischen auch von den gegnerischen Kräften polemisch ausgenutzt. Anstatt sich mit diesem Problem ernsthaft auseinanderzusetzen, weichen die Organisationen der Arbeiterbewegung dieser Auseinandersetzung auf verschiedene Weise aus[25]. Allerdings läßt der Mitgliederschwund heute nach (abgesehen von der Arbeiterklasse), was auf die Unklarheiten in der politischen Linie dieser Parteien zurückzuführen ist, die als noch vorhandener Spielraum für alternative politische Lösungen interpretiert werden. So gründet sich vor allem in der PSIUP der Konsensus der Basis im wesentlichen auf zweideutige Aspekte der Parteilinie, während viele Genossen der Gewerkschaft und der KPI nach wie vor Gefolgschaft leisten, weil sie nicht nur auf einen – und sei es auch nur fernen – Wandel der gegenwärtigen Politik hoffen und es für notwendig halten, innerhalb dieser Organisationen auf dieses Ziel hinzuwirken, sondern auch, weil sie sich scheuen, eine mächtige Organisation zu liquidieren, ohne eine andere an ihre Stelle setzen zu können. Ein Problem und ein Handicap für die linken Kräfte in den Parteien und Gewerkschaften ist ihre Furcht, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene einen Sprung ins Ungewisse zu wagen und das aufs Spiel zu setzen, was im Laufe vieler Jahre erkämpft worden ist (man ist immer noch durch die Alter-

---

25 Während die KPI überstürzt, aber mit geringen konkreten Resultaten die Parole von der »Partei in der Fabrik« ausgibt und die schwache Zustimmung der Arbeiter hinter allgemeinen Daten zu verdecken sucht (wie Mitgliederzahl oder Zahl der Abonnements auf ihre Zeitungen: s. z. B. den Leitartikel von *Rinascità* vom 27. 12. 1965), genießt die PSIUP noch das Vertrauen, das ihr als frisch gegründeter Partei entgegengebracht wird. In der PSI dagegen hat man endgültig auf die Zustimmung der Arbeiter als Klasse verzichtet: man belächelt die Parteien, die »sich *hinter der Klasse* verschanzen«, und man fragt sich, ob die Parteien der Linken »wirklich sicher sind, daß das ›Heer der Proletarier‹ bereit ist, ihnen im Klassenkampf bis zum Schluß Gefolgschaft zu leisten«. »Es mag sein – so heißt es –, daß der Unternehmer ›despotisch und niederträchtig‹ ist, auf jeden Fall aber läßt das politische Engagement der Arbeiter in den Fabriken nach (was auch auf der Konferenz der KPI in Genua glaubhaft bestätigt worden ist). Man lasse sich nicht von den Massenstreiks täuschen: nirgendwo ist der Kapitalismus an diesen Wunden gestorben ... In Wirklichkeit ... verbirgt sich hinter der Fassade der ›human relations‹ nicht nur die eiserne Faust des Unternehmers und die jahrhundertealte Ausbeutung, sondern auch der Arbeiter mit seinem Fiat 600 und seinem Fernsehapparat, dessen Kinder die Schule besuchen und sich vielleicht sogar auf bürgerliche Berufe vorbereiten. Wir haben es letzten Endes heute mit einer Arbeiterklasse zu tun, die tendenziell die eigenen Grenzen sprengt und sich mit den anderen Gesellschaftsschichten vermischt und die deshalb, auf konkretere Weise marxistisch als die Puritaner des Neoleninismus, dazu neigt, ihr politisches Problem mit dem Stimmzettel – vielleicht indem sie die KPI wählt – und nicht mit dem Streik, in der Gesellschaft und nicht in der Fabrik, zu lösen.« (*Miraggi e realtà*, in *L'Astrolabio*, November 1965).

native gelähmt, die die KPI – ebenso wie die Sowjetunion im internationalen Maßstab – jeder Entscheidung über die politische Linie voranstellt und die sich bei jeder Gelegenheit auf die Formel zurückführen läßt: »entweder diese Linie oder der Verlust der ganzen von der Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften«, woraus dann folgt: entweder Frieden *um jeden Preis* oder Krieg, entweder Verzicht auf einige Forderungen oder Wirtschaftskrise, und so weiter). Man glaubt im Grunde nicht daran, daß es möglich ist, eine neue Führungsgruppe zu finden, die den nach wie vor bestehenden Druck der Basis zu steuern vermag, und man sieht für den Kampf der Arbeiterklasse keine konkreten Möglichkeiten, in einem anderen als dem von den linken Organisationen theoretisierten Sinne autonom und antagonistisch zu sein.
Die Militanten wenden sich jedoch von den Parteien ab, und es macht sich immer stärker die Notwendigkeit einer neuen revolutionären politischen Organisation bemerkbar, da man erkennt, daß innerhalb der Gewerkschaftsstruktur kein Spielraum für eine revolutionäre Linie besteht (oder daß dieser Spielraum nur zeitweise und nur in einigen spezifischen Situationen existiert), und da die Analyse des politischen Lebens der Parteien zeigt, daß die Versuche, von innen her auf eine Veränderung hinzuwirken, in zunehmendem Maße zunichte gemacht werden[26]. Aber die Erfahrung der linken Minderheitsgruppen, die in

26 Der Prozeß der Gewerkschaftseinheit führt tendenziell zu einer zunehmenden Erstarrung der Beziehungen zwischen Gewerkschaftsführung und -basis, während der autonome Entscheidungsbereich der heute bestehenden gewerkschaftlichen Richtungen immer weiter eingeengt wird: als Beispiel dafür mag die Richtung der PSIUP stehen, die zum völligen Immobilismus verurteilt ist, da sie sich immer den Erfordernissen der Politik des Gleichgewichts beugen mußte, die sich in den Beziehungen der politischen Organisationen allmählich abgezeichnet hat; das zeigt sich vor allem an der Tatsache, daß die Gewerkschaft auf jedes Auftreten von offener und organisierter Opposition gegen die aktuelle gewerkschaftliche und politische Linie mit Disziplinarmaßnahmen reagiert. In einigen lokal begrenzten Situationen ist es allerdings noch möglich, sich auf die Gewerkschaftsorganisation zu stützen, solange die Gegensätze sich nicht so weit zuspitzen, daß es zu dem eines Tages unvermeidlichen Ausschluß kommt. Auf nationaler Ebene ist es allerdings kaum vorstellbar, daß die CGIL eine neue revolutionäre Richtung in ihren Reihen duldet (realistischer erscheint es, einen neuen Gewerkschaftsbund zu gründen, aber hier stellt sich wieder das Problem des wirklichen Einflusses eines solchen Organismus, der auf jeden Fall nicht durch ein Aushängeschild gewährleistet werden kann, auch wenn es die Organisierung der Arbeiterklasse bisweilen begünstigen mag). Eine interessante Erscheinung, die sich parallel zu dem Prozeß der Gewerkschaftseinheit zu vollziehen scheint und die örtlich als Ansatzpunkt für ein politisches Eingreifen ausgenutzt werden könnte, ist der gemeinsame Widerstand der unteren Gewerkschaftskader gegen die auf Spitzenebene ausgehandelte Politik der Gewerkschaftszentralen, ein Widerstand, der die autonome Organisierung der Arbeiter durch diese Gewerkschafter erleichtert. Aber dieser Prozeß steht erst an seinem Anfang und könnte leicht wieder neutralisiert werden (z. B.

den letzten Jahren innerhalb der Arbeiterklasse politische Arbeit geleistet haben, lehrt, daß ein Spielraum für eine »sozialistische« Aktivität durchaus bestanden hat und nach wie vor besteht, wenn man darunter die Verbreitung marxistischer Parolen und Propaganda versteht. Das Problem, das sich den linken Minderheiten dagegen heute in bezug auf das Verhältnis zwischen politischer Organisation und Arbeiterklasse und auf die neu zu schaffende Organisation stellt, besteht darin, sich mit einer politischen Führungsfunktion in den Kampf einzuschalten, d. h. eine sozialistische Kampfstrategie zu entwickeln und die geeigneten Formen zu finden, um die Verwirklichung dieser Strategie durchzusetzen[27]. *(Quaderni Rossi, Nr. 6, 1965)*

---

durch eine systematische Ausbildung dieser Aktivisten zu regelrechten Experten der Gewerkschaft).

Im übrigen wird die politische Arbeit unter der Arbeiterklasse, in der Partei und in der Gewerkschaft, mit Hilfe der organisatorischen Instrumente, die diese bieten, immer fragwürdiger, da die Gewerkschaftspolitik auf nationaler Ebene den Spielraum auch auf Betriebsebene immer weiter einengt: der Streikaufruf selbst gründet sich auf ein Gewerkschaftsprogramm, das nicht nur überholt ist (auch wenn es eine – wenngleich begrenzte – Einflußnahme im Namen der Parteien ermöglichte), sondern das auch politisch integriert ist und daher nur die Möglichkeit einer globalen Kritik und Infragestellung des Vorgehens der Organisationen offenläßt.

27 Auf Fabrikebene ist in den letzten Jahren auf mehr oder weniger kontinuierliche Weise versucht worden, politische Arbeit zu leisten, die immer im Rahmen der sozialistischen »Propaganda«, d. h. der mehr oder weniger wirksamen Verbreitung des Marxismus, geblieben ist, da die Richtlinien zu organisatorischen Fragen objektiv immer einen programmatischen Charakter bewahrt haben. Innerhalb dieser Grenzen haben sich im allgemeinen auch die in den Parteien organisierten Kräfte bewegt, wie einige Sektionen oder Bezirksorganisationen der PSIUP, obwohl die von den Parteien an die Hand gegebenen Instrumente es manchmal ermöglichen, in die Organisation des Kampfes partiell einzugreifen. Wir wollen das anhand zweier verschiedener Richtungen veranschaulichen, denen auch eine unterschiedliche Einschätzung der politischen Aspekte des Drucks der Arbeiterklasse entspricht: auf der einen Seite wird der Kampfwille der Arbeiterklasse kritisch gesehen, als Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und man neigt dazu, das antagonistische Moment deutlich von dem allgemeinen Aufbegehren zu trennen und die politischen Elemente, die in der Kampfbereitschaft enthalten sind, an der Basis zu suchen; auf der anderen Seite interpretiert man den Kampfwillen als bewußten (wenn auch durch das Einwirken der Organisationen oder andere äußere Umstände begrenzten) Ausdruck der Forderung nach sofortigen revolutionären Lösungen (oder man ist der Ansicht, daß die politische Reife der Arbeiterklasse sich erst unter diesen revolutionären Bedingungen offenbaren und konkretisieren kann). Innerhalb beider Konzeptionen gibt es vielfache Nuancen, aber die organisatorischen Implikationen, die sich daraus ergeben, haben sich im großen und ganzen in zweierlei Richtungen konkretisiert: auf der einen Seite sucht man nach einer politischen und gewerkschaftlichen Linie, die den historischen Gegebenheiten, unter denen sich der Klassenkampf vollzieht, Rechnung trägt (indem man also die gegebenen sozio-ökonomischen Bedingungen berücksichtigt) und die es ermöglicht, die Momente der Unzufriedenheit aufzugreifen, um sie in bewußten Antagonismus umzusetzen (wozu

die bereits politisierte Avantgarde der Arbeiterklasse eingesetzt und organisiert wird); auf der anderen Seite werden der Arbeiterklasse Forderungen vorgeschlagen, *die dem Kapitalismus maximale Kosten verursachen und eine schwere wirtschaftliche* und politische Krise heraufbeschwören können, die den Umsturz des bestehenden Systems ermöglicht. Diese beiden Richtungen der Einflußnahme weisen natürlich eine immanente Schwäche auf, die sich heute an der Diskrepanz zwischen den an die Arbeiterklasse gerichteten Vorschlägen und der tatsächlichen Möglichkeit ihrer Verwirklichung ablesen läßt. Die erste Position scheint allerdings gegenwärtig der Situation in der Fabrik besser zu entsprechen und läßt auch auf organisatorischer Ebene (und sei es nur begrenzte und vielleicht ständig neutralisierbare) Weiterentwicklungen zu (und könnte auch als Vorstufe zur zweiten und nicht als unbedingt antithetisch zu ihr betrachtet werden). Die zweite dagegen erscheint heute abstrakter und steriler, und selbst wenn sie als Zukunftsperspektive nicht von der Hand zu weisen ist, ist sie doch heute nur scheinbar revolutionär; sie setzt nämlich unseres Erachtens eine Führungsgruppe der Arbeiterbewegung und eine Avantgarde der Arbeiterklasse voraus, die in der Lage sind, diese Art von Kampf durchzusetzen und zu leiten; und es ist gewiß nicht zu erwarten, daß dieser Kampf spontan ausbricht, ausgelöst durch eine Propaganda, die gegenwärtig noch mit allzu unzulänglichen Mitteln und nur bei den von den Gewerkschaften gebotenen Anlässen betrieben wird. Es versteht sich, daß damit nicht die heute in der Arbeiterbewegung vorherrschende Konzeption des Tarifkampfes akzeptiert werden soll, nach der der Arbeitskampf jene Grenzen zu respektieren hat, die vorher vom Kapitalismus oder von der Gewerkschaft – unter Berücksichtigung der Erfordernisse der kapitalistischen Entwicklung – festgesetzt worden sind, um die Stabilität des Systems nicht zu gefährden: eine Position, die nicht selten dazu führt, daß man bei der Festsetzung der »Verträglichkeitsgrenzen« des Kampfes eifriger ist als selbst die Kapitalisten.
Übrigens sind auch die Grenzen einer Aktion erkennbar, die sich auf politische und gewerkschaftliche Alternativvorschläge stützt, die zwar theoretisch akzeptabel, aber praktisch nicht durchführbar sind. Auch wenn diese Linie heute, im gegebenen organisatorischen Rahmen, der Gewerkschaft und den Parteien nicht aufgezwungen und ohne diese traditionellen Instrumente im Kampf der Arbeiterklasse nicht wirksam vorangetrieben werden kann, führt diese Aktion innerhalb der Arbeiterklasse doch zu positiven, wenn auch begrenzten Ergebnissen, da sie das politische Bewußtsein schult und zu einer Stärkung gewisser Inhalte einer politischen und gewerkschaftlichen Alternativlinie auf organisatorischer Ebene beiträgt. Als konkrete Beispiele hierfür seien genannt: die Forderung nach gleichen Lohnerhöhungen für alle Arbeiter, ausgehend von den tatsächlichen Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft und nicht von dem Gesetz von Angebot und Nachfrage (also unabhängig von den Erfordernissen der Produktion); es könnten zum Teil noch Lohnunterschiede bestehen bleiben, aber sie müßten aufgrund neuer Kriterien gerechtfertigt werden: so könnte man beispielsweise Lohnerhöhungen entsprechend dem Alter oder Zulagen für besonders schwere oder gesundheitsschädigende Arbeit akzeptieren, aber nicht die heute üblichen leistungsbezogenen Lohnerhöhungen; ein weiteres Leitprinzip könnte das Prinzip der Unkündbarkeit (bzw. der Ablehnung der Arbeitslosigkeit) sein, aufgrund dessen das kapitalistische System als Gesamtsystem verpflichtet wäre, die überschüssigen Arbeitskräfte aufzunehmen (wird eine Fabrik stillgelegt, so müßten andere Fabriken oder Wirtschaftszweige gezwungen sein, die freigesetzten Arbeitskräfte zu übernehmen). Diese allgemeinen Grundsätze könnten durch weitere tarifpolitische Forderungen ergänzt werden, wie Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, wenn die Möglichkeiten für Lohnerhöhungen begrenzt sind, Abbau von Prämien und Überstunden, Kürzung der Gehälter aller Funktionäre des Kapitals, angefangen bei den Spitzengehältern. Auch die Kontrolle des Arbeitsrhythmus könnte erleichtert werden, wenn es zwischen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsorganisation zu einer Zu-

sammenarbeit käme, wobei die Gewerkschaft vor allem feste Verpflichtungen eingehen müßte, um den einzelnen Arbeiter möglichst weitgehend vor der unternehmerischen Willkür zu schützen.

Diese Maßnahmen müßten natürlich erzwungen werden, und wenn es in diesem Kampf zu tarifpolitischen Niederlagen käme (zu denen es heute übrigens beim gewerkschaftlichen Kampf immer kommt), so wäre deshalb doch der politische Wert dieser Kämpfe nicht verlorengegangen; wenn man sich von diesen Kriterien leiten ließe, könnte man vielleicht noch nicht genutzte Möglichkeiten auch für Kämpfe entdecken, die nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Daran ließe sich dann außerdem der Grad des Zusammenhalts und der Politisierung der Arbeiterklasse erkennen, da es außer der Verteidigung individueller ökonomischer Interessen zur Verteidigung kollektiver Klasseninteressen käme und eine *Autonomie* der Arbeiterklasse als Trägerin *anderer Werte* als der kapitalistischen (die daher mit dem System unvereinbar und nicht integrierbar sind) konkret Gestalt annehmen würde. Der Wert der im Zuge des Kampfes aufgestellten Forderungen läßt sich nicht immer verallgemeinern, und dasselbe gilt auch für die Instrumente, die für die organisatorische Stärkung der Arbeiterklasse eingesetzt werden können (wie Flugblätter, die das politische Ziel der Kämpfe erläutern, Abfassung von Arbeiterzeitungen und Bildung von Gruppen, die in der Fabrik Kontakte herstellen und politische Organisation betreiben, sowie ähnliche Initiativen, für die es in den letzten Jahren zahlreiche Beispiele gibt): die Suche in dieser Richtung ist noch offen, aber sie kann nicht vorangetrieben werden, wenn sich nicht in der Fabrik Hand in Hand mit der Bestimmung der Inhalte des sozialistischen Kampfes eine einheitliche Organisation der Arbeiterklasse im nationalen Maßstab herausbildet, die den antikapitalistischen Kampf auf dieser Grundlage betreibt. In diesem Sinne kann man heute von einem »sozialistischen Kampfprogramm« sprechen: ein politisches Alternativprogramm, das von der Einheit der Arbeiterklasse in der Fabrik ausgeht, steht heute in unmittelbarem Gegensatz zu dem politischen Programm der verschiedenen Kräfte der Linken. Die Arbeiterpartei versteht sich nämlich als direkte Antithese zur »Massenpartei«, da sie von einem Kampfprogramm ausgeht, das in jeder Hinsicht *allein die Arbeiterklasse* (also einschließlich der Techniker, Angestellten, Lehrer, usw.) privilegiert und all jene ausschließt, die unmittelbar und in privilegierter Form Funktionäre des Kapitals sind (die Marxisten der Mittelschichten können schon jetzt auf ihre Privilegien verzichten): die Aufhebung der Privilegien dieser Klassen darf nicht auf die nachrevolutionäre Situation vertagt werden, sondern muß bereits heute erzwungen werden.

Natürlich würden sich auf dieser Kampfbasis die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und ihren gegenwärtigen »Verbündeten« verstärken, aber die Arbeiterklasse könnte deutlich erkennen, wer ihr Gegner ist, und würde endlich wieder als auch zahlenmäßig stärkste Klasse erscheinen, und der gegenwärtige Prozeß der zunehmenden Proletarisierung würde in seinem ganzen Ausmaß zutage treten. Eine solche Orientierung des Programms der Arbeiterkämpfe würde es auch ermöglichen, die schwächsten Stellen des Systems eindeutiger zu bestimmen und entschiedener zu treffen. Es würde beispielsweise nicht der antimonopolistische Kampf theoretisch begründet werden, den die Organisationen der Arbeiterbewegung der Arbeiterklasse blind aufzuzwingen suchen und der sich, auf die Ebene des betrieblichen Kampfes übertragen, heute mehr denn je als ausweglos und bar jeglichen Klasseninhalts erweist; die Arbeiter fragen sich heute, ob die fehlende Konzentration oder die monopolistische Konzentration unter staatlicher Kontrolle einen wirtschaftlichen und politischen Vorteil für die in diesen Großunternehmen Beschäftigten mit sich bringt, oder ob das Problem nicht vielmehr darin besteht, gegen jede Form der kapitalistischen Organisation der Produktion zu kämpfen. Ebenso fragt man sich, ob es heute noch darum geht, das kleine, mittlere und große Privateigentum gleichermaßen zu bekämpfen, anstatt das kleine und mittlere Eigentum auf Kosten der Konzerne mit monopolistischer Marktstellung zu

begünstigen, ob die Aufhebung des Privateigentums genügt, um eine Gesellschaft als sozialistisch zu qualifizieren, und in welcher Form den Arbeitern die Leitung der Wirtschaft zusammen mit der Selbstverwaltung im Betrieb übertragen werden kann, d. h. wie die sozialistische Form der Verwaltung der Macht aussehen wird. Diese Probleme leiten unmittelbar zu den Fragen über, die mit der Politik der Strukturreformen und der nationalen und internationalen Bündnisse der Arbeiterklasse zusammenhängen, sowie zu allen Fragen der Strategie, die durch die russisch-chinesische Auseinandersetzung aufgeworfen sind. In diesem Zusammenhang sei nebenbei bemerkt, daß es unserer Ansicht nach heute nicht zwei Strategien gibt – *nämlich die der KPI und die chinesische* –, zwischen denen sich die italienische Arbeiterbewegung entscheiden muß (s. *L'Unità* vom 27. 12. 1965: *Valida in Italia una sola strategia)*, sondern daß das Problem der Strategie noch vollkommen offen ist, nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Maßstab (es sei hinzugefügt, daß diese Strategie allenfalls anhand der von der chinesischen Politik gelieferten Hinweise konkret ausgearbeitet werden kann, da diese auf innenpolitischer Ebene, aber partiell auch auf internationaler Ebene am ehesten einem klassenmäßigen Standpunkt entsprechen).

Die Sorge um das Fehlen einer klaren und realistischen Strategie spricht auch aus den Erklärungen und Schriften zahlreicher Führer der Arbeiterbewegung, auch wenn sie absichtlich mit »organisatorischen« Begriffen umschrieben wird und man darauf verzichtet, auf die wesentlichen Ursachen der politischen Krise der Arbeiterbewegung zurückzugehen. Eine Formulierung des Problems, die dieselben Mängel aufweist, findet sich in zwei (in wesentlichen Punkten sehr ähnlichen) Artikeln von Lelio Basso und Vittorio Foa. Ausgehend von der Feststellung der zunehmenden Verkümmerung der Arbeiterparteien und der Unfähigkeit der Gewerkschaft, auf die kapitalistische Umstrukturierung zu reagieren, gelangen sie zu der Schlußfolgerung, daß es an einer für eine revolutionäre Partei unerläßlichen Theorie der Revolution fehlt. Die Grundlage dieser neuen Strategie sieht man in den permanenten Widersprüchen des kapitalistischen Systems und in dem Wiederaufschwung des Kampfes auf Fabrikebene, der einem direkten und offenen Verhältnis der Zusammenarbeit (und nicht des von oben ausgeübten Zwangs) zwischen Arbeiterklasse und Organisationen entspringt und der auf eine *Wiederentdeckung* der konkreten Bedingungen des antikapitalistischen Kampfes zielt. Triebkraft und Angelpunkt dieses Kampfes – so heißt es weiter – ist die der Entwicklung des Kapitalismus immanente *Irrationalität:* von dieser Irrationalität müsse man ausgehen, um den politischen Klassenstandpunkt zu entwickeln (vgl. *Problemi del Socialismo*, September–Oktober 1965). Beide Autoren bleiben also da stehen, wo das eigentliche Problem der neuen Strategie erst beginnt, denn erst die Analyse der immanenten Irrationalität der kapitalistischen Entwicklung und ihre Ausnutzung stellen den Ausgangspunkt dar, um die ganze Politik der italienischen Arbeiterbewegung in Frage zu stellen. Es wäre übrigens vielleicht richtiger, von einer Rationalität des kapitalistischen Systems zu sprechen, von einer ihm eigenen Logik, die *Widersprüche* in sich birgt, die für den Kampf der Arbeiterklasse ausgenutzt werden können; auf dieser Basis nämlich läßt sich eine sozialistische Thematik, die der kapitalistischen eine grundsätzlich andere und nicht eine »rationalere« Organisation der Gesellschaft entgegensetzt, sehr viel klarer begründen.

Auch wenn diese Betrachtungen unsystematisch und nicht erschöpfend sind, so enthalten sie doch eine Vielfalt von Themen und Problemen, mit denen sich die Arbeiterbewegung bisher noch nicht systematisch auseinandergesetzt hat.

Die Entfaltung und Vertiefung dieser Themen und Inhalte könnte zu einem fruchtbaren Austausch der politischen Erfahrungen und der Ergebnisse der theoretischen Analyse führen und zu einer organisatorischen Geschlossenheit beitragen, die die unerläßliche Voraussetzung dafür ist, daß die oppositionellen Kräfte der Linken, die heute im politischen Leben kaum eine Rolle spielen, im Kampf der Arbeiterklasse eine führende Funktion übernehmen können.

Vittorio Rieser
Anmerkungen zur kapitalistischen Weltkonjunktur

A. WIRTSCHAFTSPROBLEME DER EWG-LÄNDER

Im Hinblick auf Europa spricht man von »exogenen Variablen«, womit jene Bedingungen anderer Wirtschaftssysteme gemeint sind, die die europäische Wirtschaft beeinflussen. Die europäische Wirtschaft kann auf diese »äußeren Bedingungen« verschiedenartig reagieren, wobei die Art der »Reaktion« von einer Reihe sowohl »objektiver« als auch politischer Faktoren abhängt. Daher ist es notwendig, diese Faktoren näher zu untersuchen, und dazu erscheint es nützlich, einen genauer und enger umgrenzten Rahmen zu wählen als die »europäische Wirtschaft« allgemein. Wir werden uns deshalb spezifisch auf die Länder des Gemeinsamen Marktes beziehen.

1. Das Problem der Stabilität

Die aus den USA »importierte Inflation« trifft in Europa auf eine Situation, die besonders labil ist und in der sich ein starker endogener inflationärer Druck bemerkbar macht, und sie verstärkt damit tendenziell das politische Gewicht der Positionen, die dem Problem der Stabilität Priorität zuerkennen.
Im Europa des Gemeinsamen Marktes lassen sich im wesentlichen die folgenden Faktoren erkennen, die inflationäre Impulse auslösen oder ihre Ausbreitung begünstigen:

a) Faktoren, die mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen. – In allen Ländern der Sechsergemeinschaft herrscht Vollbeschäftigung oder zumindest in Zeiten der Hochkonjunktur beinahe Vollbeschäftigung[1].

---

1 Das ist in Italien der Fall; auch wenn es sich hier in gewisser Hinsicht um eine »scheinbare Vollbeschäftigung« handelt, da sie große Bereiche von Arbeitskräften in der Landwirtschaft und im Handel umfaßt, die unterbeschäftigt sind (zum Thema der »latenten Arbeitslosigkeit« vgl. Pasquale Saraceno, *L'Italia verso*

Dadurch wird vor allem (aber nicht nur) in Perioden hohen Produktionszuwachses ein starker Lohndruck ausgelöst: das Ergebnis ist eine starke Lohndynamik nicht nur in den Ländern, in denen die Gewerkschaften eine Reihe von Lohnkämpfen durchgeführt haben (wie z. B. in Italien und bis zu einem gewissen Grade auch in Belgien und Frankreich), sondern auch in Ländern, in denen die Gewerkschaften sich auf die eine oder andere Weise strikt einer Stabilitäts- oder »Einkommenspolitik« unterworfen haben (wie in Holland oder in der Bundesrepublik); in diesen Ländern kommt es auf jeden Fall zu einer »Lohndrift«, die früher oder später auch die Tariflöhne erfaßt[2]. Schließlich darf nicht die inflationäre Wirkung der automatischen Lohnanpassungsmechanismen (wie die gleitende Lohnskala in Italien und der allgemeine garantierte Mindestlohn, SMIG, in Frankreich) vergessen werden, durch die leicht eine »inflationistische Preis-Lohn-Spirale« in Gang gesetzt werden kann[3]. Diese Situation bewirkt eine chronische Tendenz zur «Kosteninflation«[4], die erst mit dem Rückgang der Vollbeschäftigung nachläßt[5]. Hierin liegt ein grundlegender Unterschied

---

la piena occupazione [Italien auf dem Wege zur Vollbeschäftigung], Mailand, Feltrinelli, 1963), entsprechen ihre Auswirkungen auf die Lohntendenzen doch in jeder Hinsicht denen, die in Situationen »echter« Vollbeschäftigung auftreten. (In diesem Zusammenhang ist es allerdings wichtig, sich einen politisch bedeutsamen Aspekt vor Augen zu halten, nämlich daß der Lohndruck nicht nur auf die objektiven Bedingungen des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden darf, sondern oft die »umgelenkte Folge« von Klassenkonflikten tieferen und umfassenderen Ursprungs ist: ich verweise hierzu auf die Ausführungen in meinem Artikel in *Quaderni Rossi*, Nr. 4, insbesondere S. 116–120).

2 Vgl. beispielsweise die gegenwärtige Konjunkturlage in der Bundesrepublik: »In der Bundesrepublik Deutschland ist die Erhöhung der Tariflöhne nach wie vor sehr stark; die auf dem Arbeitsmarkt herrschende Spannung hat eine bedeutende Lohndrift ausgelöst, so daß die Zunahme der Effektivverdienste erneut über der der Tariflöhne lag« E.W.G., »Note rapide sulla congiuntura nella Comunità«, 1965/8, Zusammenfassung zitiert nach *Mondo Economico*, 25. September 1965, S. 12).

3 Auf diese Mechanismen konzentrieren sich in der Tat seit einiger Zeit die Angriffe kapitalistischer Politiker und Nationalökonomen sowie der »Technokraten«, und diese Attacken werden sowohl in den EWG-Dokumenten und in den auf Unternehmerversammlungen gehaltenen Reden als auch in den maßgeblichen Wirtschaftsblättern geführt. Vgl. beispielsweise den scharfen Angriff, den der Präsident der italienischen Notenbank Carli in der *Relazione generale* (Jahresbericht) für das Jahr 1963, vorgelegt am 31. 5. 1964, gegen die gleitende Lohnskala gerichtet hat (vor allem S. 487, 497–8, 515–16).

4 »Die Tatsache, daß es in einer Situation nicht voll ausgelasteter Produktionsfaktoren bisweilen zu Lohnerhöhungen gekommen ist, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgingen, scheint zu bestätigen, daß man von einer Situation vorherrschender Nachfrageinflation zu einer Situation vorwiegender Kosteninflation übergegangen ist« (G. Carli, *Relazione generale*, a. a. O., S. 46).

5 Obwohl es auch in Zeiten, in denen keine Vollbeschäftigung herrscht, zu Lohnspannungen kommen kann (s. Anmerkung 4), wie einige Beispiele der jüngsten

zur Situation in den USA, wo die Arbeitslosenquote bekanntlich sehr viel höher ist als in Europa.

b) Faktoren, die mit dem Entwicklungsgefälle zusammenhängen. – Diese inflationistische Grundtendenz wird durch das zwischen den einzelnen Ländern bestehende Entwicklungsgefälle sowie durch den Prozeß seiner tendenziellen Überwindung verstärkt, der wiederum durch den Integrationsprozeß ausgelöst und potenziert wird. Das Entwicklungsgefälle setzt nämlich innerhalb der »relativ rückständigen« Länder (im Gemeinsamen Markt z. B. Italien) einen »Imitationsprozeß« in Gang, bei dem die Lohndynamik und die Expansion des privaten Verbrauchs sich dem höchsten Niveau tendenziell *schneller* annähern als das Angebot (sowohl im quantitativen Sinne der Produktion, als auch im qualitativen Sinne der Produktivität). Darüber hinaus trägt das schnellere Wachstum dieser Länder stark zu dem durch den Arbeitsmarkt bedingten inflationistischen Auftrieb bei, da sie zu einem allmählichen Abbau der durch hohe strukturelle Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Arbeitskraftreserven führt, auf die die höher entwickelten Länder infolge der Abwanderung zurückgreifen konnten. Auf diese Weise hebt der Integrationsprozeß selbst zum Teil die stabilisierende Wirkung der größeren Mobilität der Arbeitskräfte, die er ermöglicht, wieder auf[6].

c) »multiplikative« Wirkungen des Integrationsprozesses auf die inflationären Impulse. – Wie wir bereits angedeutet haben, trägt der Integrationsprozeß indirekt auf verschiedene Weise zum Auftreten inflationärer Faktoren bei. Aber er erfüllt darüber hinaus die wichtige

---

Zeit in Europa zeigen. Allerdings besteht kein Zweifel, daß ein Rückgang der Vollbeschäftigung den Lohnauftrieb bremst, was sich auch in der Konjunkturlage der EWG-Länder zeigt, wo eine geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit in Italien und Frankreich zu einer Abschwächung des Lohndrucks geführt hat, während die anhaltende und zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften, die das Angebot übersteigt, in der Bundesrepublik eine beträchtliche Lohndynamik auslöst. Besonders aufschlußreich ist in dieser Hinsicht eine englische Statistik über die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum 1956–65 (veröffentlicht in *Mondo Economico*, 11. 12. 1965, S. 18): in den vier Jahren (1958–59 und 1962–63), in denen die Arbeitslosigkeit – wenn auch nur geringfügig – über 2% lag, schwankte die durchschnittliche Lohnzuwachsrate zwischen 3,1 und 4,2%; in den anderen sechs Jahren, in denen die Arbeitslosigkeit zwischen 1,19 und 1,62 Prozent lag, schwankte die durchschnittliche Lohnzuwachsrate zwischen 6,3 und 8,2%; der Unterschied ist also erheblich, wie man sieht.

6 Dieser Mobilität stehen, zumindest in dieser Phase, in der die Integration noch nicht vollendet ist, noch verschiedene Hindernisse gewerkschaftlicher Natur entgegen.

Funktion, das Übergreifen dieser Impulse auf andere Länder zu intensivieren und zu beschleunigen[7]: und dieses Phänomen wird dadurch verstärkt, daß es eben deshalb in zunehmendem Maße unmöglich wird, bestimmte (zoll- und steuerpolitische) Maßnahmen zu ergreifen, die zur Stabilisierung und Steuerung der Entwicklung auf nationaler Ebene bisher gewöhnlich angewandt worden waren[8].

Diese in Europa gegenwärtig besonders ausgeprägte Instabilitätsfaktoren treten im Rahmen des labilen Gleichgewichts zwischen Inflations- und Rezessionstendenzen auf, das die Hauptschwierigkeit (oder, wenn man so will, der »Hauptwiderspruch«) der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Entwicklung zu sein scheint. Gerade die neuen Merkmale des Systems und der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Linien, die der langfristigen Entwicklung einen Auftrieb und eine Sicherheit verleihen, die der Frühkapitalismus nicht kannte, setzen ständig inflationistische Impulse frei, deren Überwindung das Wirtschaftswachstum verlangsamt. In dem ständigen Wechselspiel dieser beiden Momente sind bisher die beiden größten Gefahren für die Stabilität des Systems vermieden worden: einerseits ist das Gleichgewicht immer schnell genug wiederhergestellt worden, um eine explosive Häufung inflationistischer Faktoren, die eine »Krise« heraufbeschwört hätten, zu vermeiden; andererseits sind die Wachstumserfordernisse im großen und ganzen nicht der Stabilität geopfert worden. In dem labilen Gleichgewicht zwischen Expansions- und Inflationsfaktoren zum anderen hat man sich immer mehr an ersteren als an letzteren orientiert: die »schleichende Inflation« ist der Ausdruck dieser Priorität, die den nachfragefördernden Faktoren zuerkannt worden ist, auch auf die Gefahr hin, die Stabilität dadurch zu gefährden.

Ist es nun möglich, daß das System sich gegenwärtig in einer Situation befindet, in der diese »Priorität« zumindest teilweise und vorübergehend korrigiert werden muß, in der also die Instabilitätsgefahren

---

7 »... die Integration der Märkte hat eine schnellere internationale Ausbreitung der inflationistischen Tendenzen mit sich gebracht. Daher erleben auch die Länder, die der Währungsstabilität grundsätzlich zumindest dieselbe Priorität zuerkennen wie den anderen Hauptzielen der Wirtschaftspolitik, häufig Konjunkturüberhitzungen, Kosten- und Preisauftrieb sowie die übrigen typischen Erscheinungen der schleichenden Inflation« (G. Carli, *Relazione*, a. a. O., S. 45).

8 Man denke nur daran, wie die verschiedenen »gemeinschaftlichen« Organismen der EWG ebenso wie der EFTA die Maßnahmen behindern, die einzelne Regierungen zur Stabilisierung ergreifen (oder zu ergreifen suchen), wie Exportförderung oder Einfuhrbeschränkungen (die entweder durch die Anwendung der zoll- und steuerpolitischen Instrumente oder durch den Rückgriff auf »Schutzklauseln«, die in den internationalen Verträgen vorgesehen sind, verwirklicht werden).

die »Verträglichkeitsschwelle« überschritten haben und eine energischere Stabilisierungsaktion erforderlich ist, bei der auch ein Konjunkturrückgang, der dadurch ausgelöst werden kann, in Kauf genommen wird? Ausgehend von den oben genannten objektiven Elementen glauben viele Exponenten der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, diese Frage bejahen zu müssen.

Bezeichnend ist, daß diese Wirtschaftspolitiker (und insbesondere die Präsidenten der Zentralbanken: von Carli bis zu McChesney Martin[9]) immer häufiger zur Sicherung der Wirtschaftsstabilität aufrufen. Diese Appelle entsprechen nämlich keineswegs einer »grundsätzlichen« Position, die noch der »klassischen« Währungspolitik verhaftet und von einem vorkeynesianischen Mißtrauen gegen die Politik der staatlichen Intervention und die Stützung der Nachfrage gekennzeichnet ist; im Gegenteil, die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft erkennen die Nützlichkeit dieser Politik in bestimmten Situationen an und lehnen gerade deshalb beispielsweise die Mechanismen der automatischen Bindung der Liquidität an die Goldreserve ab oder praktizieren selbst in bestimmten Situationen und vorübergehend eine Inflationspolitik, um das Wachstumstempo nicht zu dämpfen[10]. Ihre gegenwärtige Haltung scheint sich daher von Überlegungen leiten zu lassen, die sich spezifisch auf die *gegenwärtige Phase* der kapitalistischen Entwicklung beziehen. Sie scheinen daraus zu folgern, daß, während es bisher richtig sein mochte, die Ungleichgewichte *von der Angebotsseite* her zu beheben, d. h. durch eine weitere Expansion der Produktion, auch auf die Gefahr hin, damit weitere Unsicherheitsfaktoren zu schaffen, jetzt der stabilisierende Eingriff Priorität gewinnen müßte, *auch wenn dadurch die Produktion vorübergehend beeinträchtigt wird*. Diese Position muß als möglicher Anhaltspunkt für eine tatsächlich bestehende Lebensnotwendigkeit des Systems um so aufmerksamer untersucht werden, als sie

---

9 Wir verweisen auf die Rede, die der Präsident des Federal Reserve Board, William McChesney Martin, am 1. Juni 1965 in der Columbia University gehalten hat, sowie auf die Jahresberichte des italienischen Notenbankpräsidenten Carli, insbesondere auf den Bericht für das Jahr 1964, der eine Einleitung enthält, in dem das Problem im internationalen Maßstab erörtert wird. An ähnlichen Befürchtungen und Prioritäten orientieren sich die theoretischen Positionen und die politische Linie der französischen Politiker, auch wenn sie hier durch Aspekte »nationaler Machtpolitik« noch weiter kompliziert sind (vgl. »Lettera da Parigi«, *Mondo Economico*, 27. 11. 1965, S. 15 ff.).

10 Was die italienische Situation anbelangt, beziehen wir uns auf die Ausführungen Carlis, mit denen er sich gegen die französischen Pläne einer Rückkehr zum Goldstandard gewandt hat, und auf die von ihm von Ende 1962 bis Mitte 1963 verfolgte Politik der »inflationistischen Finanzierung der Produktionserfordernisse« (die im Jahresbericht vom 31. Mai 1963 analysiert und später mehrmals gegen Angriffe von verschiedenen Seiten verteidigt worden ist).

Hand in Hand geht mit einer Art von ideologischem »Rollentausch« zwischen den Keynesianern und den Verfechtern der Währungsstabilität: *die Unfähigkeit des Systems, selbsttätig* sein Gleichgewicht wiederherzustellen, wird heute nicht so sehr von ersteren als vielmehr von letzteren betont, während erstere (zumindest in den USA)[11] optimistisch darauf beharren, daß es keiner tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaftspolitik bedarf oder, besser gesagt, daß die bisher vorgenommenen Veränderungen durchaus geeignet sind, die chronischen Probleme der kapitalistischen Entwicklung (wie eben den ständigen Wechsel zwischen Inflation und Rezession) zu beheben.
Wir befinden uns so in einer relativ neuartigen Situation, in der die kritische Betrachtung der »Widersprüche des Systems« mit eher »*traditionellen*« als bahnbrechenden wirtschaftspolitischen *Konzepten* verbunden ist: und das scheint darauf hinzudeuten, daß das kapitalistische System gegenwärtig eine ziemlich heikle politisch-ökonomische Übergangsphase durchläuft. Tatsache ist, daß die Stabilisierungserfordernisse in der Wirtschaftspolitik der wichtigsten *europäischen* Regierungen (und anderer Gremien) tendenziell als vorrangig gelten: angefangen bei der von der EWG vorgeschlagenen Politik bis zur Politik Frankreichs, Italiens, der übrigen EWG-Länder und – trotz der unterschiedlichen theoretischen Ausgangsposition – Englands. Diesen Stabilisierungserfordernissen stehen jedoch in der Wirtschaftspolitik ebenso starke Erfordernisse der Intensivierung der Investitionstätigkeit gegenüber, um das technologische Niveau des Produktionssystems zu heben. Wir wollen uns also jetzt der Frage zuwenden, wie sich letztere Erfordernisse äußern und inwieweit sich die Stabilisierungsinstrumente, die eingesetzt werden, um der ersten Erfordernis Rechnung zu tragen, mit der *zweiten* vereinbaren lassen.

2. *Das Problem der Produktivität*

Die Zukunft bringt für Europa auf jeden Fall eine zunehmende internationale Wirtschafts*integration* zwischen den kapitalistischen Ländern

11 Man denke an die »Debatte« – *die sich zu einer regelrechten Kontroverse* ausweitete – zwischen dem Präsidenten des Federal Reserve Board, Martin, und seinen »Anhängern« einerseits und dem offiziellen Optimismus Johnsons und seinen Wirtschaftsberatern andererseits. Aber auch in Europa ist es, jedenfalls in einigen Fällen, zu einem ähnlichen »Rollentausch« gekommen: als Beispiel dafür sei auf den Optimismus hingewiesen, mit dem die Vertreter der Mitte-Links-Regierung die Wachstumsbedingungen der italienischen Wirtschaft beurteilten, während Carli bereits auf die wesentlichen Anzeichen *einer Konjunkturkrise* hinwies.

mit sich und folglich den allmählichen Abbau bestimmter »Schranken« zwischen der europäischen und der amerikanischen Wirtschaft. Welche Richtung dieser Prozeß auch immer nehmen mag, für die europäische Wirtschaft bedeutet er, daß sie gewaltige Investitionsanstrengungen unternehmen muß, um die Produktivität zu steigern und zumindest teilweise die tiefe technologische Kluft zu überbrücken, die zwischen den beiden Produktionssystemen besteht.

Dieser Prozeß der internationalen Wirtschaftsintegration kann bekanntlich entweder zu einem Europa führen, das aufs engste in das amerikanische Produktionssystem integriert ist und es »ergänzt« (wenn es ihm nicht sogar »untergeordnet« ist), oder er führt zu einem mit der amerikanischen Wirtschaft »konkurrierenden« Europa.

Diese Alternative ist allerdings nur als abstraktes Modell annehmbar, als ein für die Analyse des Prozesses nützlicher »Grenzbegriff«. Sie weicht nämlich in doppelter Hinsicht von der tatsächlich gegebenen Situation ab.

In erster Linie kann schon jetzt ausgeschlossen werden, daß die europäische Wirtschaft am Ende dieses Prozesses der amerikanischen gegenüber *global konkurrierend* geworden sein wird: es bleibt vielmehr abzuwarten, in wievielen und in welchen Wirtschaftssektoren im europäischen Maßstab Unternehmen entstehen werden, die es aufgrund ihrer Dimensionen und ihres Niveaus mit den amerikanischen Unternehmen aufnehmen können, und welche Sektoren dagegen als »Anhängsel« entsprechender amerikanischer Sektoren fungieren oder zur systematisch »nach Europa dezentralisierten« Produktion dienen werden (z. B. arbeitsintensive Produktion, die in einem Land mit sehr hohem Lohnniveau wie den USA ungünstiger wäre)[12]. Der Prozeß wird also auf jeden Fall in eine *differenzierte* Situation einmünden, in der konkurrierende und ergänzende Aspekte nebeneinander bestehen werden. Die verschiedenen politischen Lösungen dieses Prozesses werden daher in einer unterschiedlichen Verteilung und einem unterschiedlichen Gewicht dieser Aspekte der amerikanischen und der europäischen Wirtschaft bestehen.

Zweitens schließen sich – auch aus diesem Grunde – eine Politik, die sich vorwiegend an der Erfordernis der Konkurrenz gegenüber den

12 Diese »Dezentralisierung« wird sich auch auf andere Wirtschaftsräume erstrecken, vor allem auf Japan, und zum Teil auch auf die unterentwickelten Länder. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Arbeitskostensituation absolut gesehen für die USA zwar nachteilig ist, daß aber die Zuwachsrate der Arbeitskosten tendenziell in den USA niedriger ist als in zahlreichen anderen Ländern, auch in Europa.

USA orientiert, und eine Politik, die eine verstärkte Integration anstrebt, nicht unbedingt aus, sondern können sich in dieser »Übergangsphase« auf verschiedene Weise miteinander verbinden, nicht nur in dem Sinne, daß die eine Politik in einem Wirtschaftssektor und die andere in einem anderen vorherrschen, sondern auch in dem Sinne, daß die Politik der *einzelnen* Staaten oder der supranationalen Organismen selbst ein Kompromiß und eine Kombination dieser verschiedenen Anforderungen sein kann.
Daher haben die verschiedenen Perspektiven der Betriebs- und der staatlichen Politik, die wir jetzt kurz skizzieren werden, reinen Modellcharakter.
Auf der Ebene der *Politik der Großunternehmen* lassen sich im großen und ganzen vier Perspektiven unterscheiden:

a) *Verstärkung des einzelnen Unternehmens* im Hinblick auf den sowohl europäischen als auch europäisch-amerikanischen Wettbewerb[13];

b) *Absprachen und Fusionierungen innerhalb der einzelnen Länder* im Hinblick auf den Wettbewerb sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber der europäischen Konkurrenz[14];

c) *Absprachen und Fusionierungen im europäischen Rahmen* zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA[15];

d) *Absprachen und Fusionierungen zwischen europäischen und amerikanischen Unternehmen*[16].
Auf der Ebene der *staatlichen Politik* lassen sich schematisch drei Per-

---

13 Diese Politik wird vorläufig von einem Großteil der europäischen Großunternehmen praktiziert, die bisher erst zum Teil den Weg der Absprachen und Fusionierungen mit anderen Unternehmen im internationalen Maßstab eingeschlagen haben (zumeist mit amerikanischen und nur selten mit anderen europäischen Unternehmen).
14 Beispielsweise die Absprachen oder Zusammenschlüsse in der Automobilindustrie (Citroën-Panhard, Renault–Citroën) und in der eisenverarbeitenden Industrie (Sidelor–Lorraine Escaut) in *Frankreich*, Volkswagen-Mercedes in der *Bundesrepublik*, Montecatini-Edison in *Italien*.
15 Das bekannteste Beispiel ist die Absprache Agfa-Gevaert; weitere Absprachen sind geplant (Vorschlag Renaults zur Schaffung eines »europäischen Forschungspools« in der Automobilindustrie; Andeutung des französischen Industrieministers, die auf den Plan einer englisch-französischen Zusammenarbeit in der Elektronik schließen läßt).
16 Dafür gibt es in letzter Zeit zahlreiche Beispiele: in Italien Ferrania (Fiat)-Minnesota, Olivetti-General Electric, usw.; in Frankreich Bull-General Electric, Simca-Chrysler, usw.; in Großbritannien Rootes-Chrysler.

spektiven bestimmen (die sich auf verschiedene Weise mit den oben genannten verbinden können):

a) *Priorität der Stärkung der nationalen Wirtschaft* auch auf die Gefahr hin, den Prozeß der europäischen Integration dadurch zu verlangsamen[17];

b) *europäischer Integrationsprozeß mit dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsposition der europäischen Wirtschaft gegenüber den USA*[18];

c) *europäischer Integrationsprozeß in enger Anlehnung an die USA*[19].

Es gibt jedoch eine grundlegende, *allen diesen Perspektiven gemeinsame* Dimension, die bewirkt, daß die verschiedenen politischen Linien, die diese Perspektiven zu verwirklichen suchen, in vieler Hinsicht und insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zur Arbeiterklasse weitgehend übereinstimmen: nämlich die Notwendigkeit einer *raschen Produktivitätssteigerung* verbunden mit einer Reihe von Maßnahmen, die diese Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kapitalismus unweigerlich mit sich bringt. Auf die Priorität und Dringlichkeit dieser Erfordernis wird von Vertretern aller oben skizzierten politischen Linien, sowohl der pro-amerikanischen als auch der anti-amerikanischen, hingewiesen: in den Reden des italienischen Notenbank-Präsidenten Carli und in dem Entwurf zum V. französischen Wirtschaftsplan wird diese Perspektive besonders eindeutig und drastisch formuliert[20]. Das Verhältnis zwischen den internationalen Entwicklungs-

---

17 Das anschaulichste Beispiel für diese Linie liefert die Politik de Gaulles.

18 Eine politische Initiative in dieser Richtung ist bisher weder von den Regierungen noch von den politischen Parteien ergriffen worden. Auf Regierungsebene fehlt es an den notwendigen Voraussetzungen, um die französische Politik als globale europäische Linie vorschlagen zu können; andererseits schlagen gerade die Parteien, die sich für eine politisch und ökonomisch autonome und konkurrierende Linie gegenüber den USA einsetzen (insbesondere die Kommunistischen Parteien), sie vorläufig nicht als globale Perspektive vor, die im europäischen Rahmen zu verwirklichen ist, sondern als eine Politik, die von den einzelnen Ländern im nationalen Rahmen zu verfolgen ist.

19 Diese Linie wird besonders eindeutig von der Bundesrepublik verfolgt, aber auch – leicht abgewandelt – von anderen Ländern, einschließlich Italiens.

20 Vgl. den Jahresbericht Carlis für das Jahr 1964 (insbesondere die »Schlußbetrachtungen«; aber der Hinweis auf das Problem durchzieht wie ein roter Faden die ganzen Ausführungen); und vgl. auch die Rede, die Carli anläßlich des »Weltspartags« (Rom, 29. Oktober 1965) gehalten hat und in der die diesbezüglichen Positionen am klarsten definiert sind. Dieser Vortrag stellt eine Aufforderung dar, den Blick über die unmittelbaren konjunkturellen Probleme hinaus auf die grundlegenden Probleme des italienischen und europäischen Kapitalismus

bedingungen (insbesondere den Beziehungen USA-Europa, wie immer *sie sich* gestalten mögen) und den Erfordernissen der Produktivitätssteigerung steht also im Mittelpunkt aller politischen Perspektiven des europäischen Kapitalismus.

Alle politischen Linien, die die Erhöhung der Produktivität anstreben, weisen einige gemeinsame Grundzüge auf, während die verschiedenen Formen der Beziehungen zwischen einzelstaatlichen und internationalen Wirtschaftsräumen die Möglichkeit bieten, zwischen verschiedenen Durchführungsweisen und -zeiten zu wählen, und zusätzliche Merkmale darstellen, durch die sich die gemeinsamen Aspekte, die wir im folgenden schematisch darstellen wollen, bestimmen lassen.

I) *auf Betriebsebene*

1. *Veränderungen in den Betriebsdimensionen* (Konzentrationsprozesse) sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Hinblick auf die Produktion, um die in bestimmten Wirtschaftszweigen zur Gewährleistung der Leistungsfähigkeit notwendigen finanziellen Dimensionen zu erreichen (*Elektronik* und unter anderen Gesichtspunkten die *chemische Industrie),* um durch die Koordinierung der Produktion, des Vertriebs (Erschließung neuer Märkte) und der Forschung (z. B. in der *Automobilindustrie)* die Probleme der internationalen Konkurrenz und eventuelle Engpässe in der Entwicklung der Nachfrage zu überwinden und um der bisher durch die nationalen Dimensionen des Marktes

---

zu richten: »Die jüngste Konjunkturentwicklung hat dazu geführt, daß die kurzfristigen Probleme bei verschiedenen Gelegenheiten breiten Raum eingenommen haben, während die Analyse der Probleme, die sich aus der Struktur unserer Gesellschaft ergeben, in den Hintergrund getreten ist...: zu diesen Problemen gehört die anhaltende *Unzulänglichkeit des technologischen Niveaus,* die sich in der unzureichenden Arbeitsproduktivität äußert und die Gefahr heraufbeschwört, daß durch die rascher fortschreitende Entwicklung in anderen Ländern unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt geschwächt wird«. Während sich dieser Passus spezifisch auf Italien bezieht, kommt Carli an anderer Stelle auf den europäischen Kapitalismus in seiner Gesamtheit zu sprechen: »Angesichts des neuen wirtschaftspolitischen Kurses der Sowjetunion, mit dem der Schwerpunkt des friedlichen Wettstreits zwischen den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit verlagert werden soll, und in Anbetracht der immer stürmischeren Fortschritte, die das Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten erzielt, *stehen die Europäer vor der unausweichlichen Notwendigkeit, neue und entscheidende Schritte in Richtung auf die Ausweitung der Marktdimensionen* zu unternehmen als notwendige Voraussetzung für die ›Optimierung‹ der Produktionskombinationen« (vgl. *Mondo Economico,* 6. November 1965, S. 50 ff.). Ein ebenso dramatischer Hinweis auf diese Erfordernisse findet sich in: *Parere del CNEL sul Progetto di programma di sviluppo economico 1965–69* (Gutachten des CNEL zu dem Entwurf des Entwicklungsplans 1965–69), veröffentlicht in der Beilage zu *Mondo Economico,* 10. April 1965; dieser Text, auf den wir noch näher eingehen werden, ist politisch außerordentlich wichtig. Zu den Kriterien, die den V. französischen Wirt-

bedingten, unwirtschaftlichen Zersplitterung ein Ende zu machen (z. B. Produktion von *Zubehör* für die Automobilindustrie)[21].

2. *Veränderungen in der Produktionsorganisation:* z. B. zunehmende Anwendung von datenverarbeitenden Geräten nicht nur zur Aufstellung der Programme, sondern auch unmittelbar zur Regulierung des Produktionsablaufs[22].

3. *technologische Neuerungen* in den Arbeitsprozessen (neue Maschinen, Einführung automatischer Prozesse, neue Beförderungssysteme)[23].

4. *bessere Nutzung der bestehenden Anlagen,* die in den meisten Fällen auf eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskräfte, die diese Anlagen bedienen, hinausläuft (durch Erhöhung des Arbeitsrhythmus, Umverteilung der Aufgaben, eine neue räumliche Anordnung, Veränderungen in den Arbeitsschichten, Rationalisierung der Methoden und Zeiten, usw.); diese Art der Produktivitätssteigerung ist meistens mit partiellen Veränderungen in der Produktionsorganisation verbunden[24].

---

schaftsplan bestimmen, vgl. z. B. »Le principali opzioni del Piano«, halbamtliche Kurzfassung in *Mondo Economico,* 11. September 1965, S. 29 ff.

21 Nicht umsonst ist es gerade in der Elektronik und in der Chemie (d. h. in den Wirtschaftszweigen mit der höchsten Kapitalintensität) zu den wichtigsten und meisten Zusammenschlüssen gekommen, die wir in Europa in den letzten Jahren erlebt haben. Was die Automobilindustrie anbelangt, wo der Konzentrationsprozeß bisher eine euro-amerikanische Dimension angenommen hat, ist die Notwendigkeit der Koordinierung und Konzentration von der Leitung der Fiat-Werke wiederholt eindeutig betont worden (s. die Interviews mit Valletta und Agnelli), und sie liegt auch dem bereits erwähnten Vorschlag der Errichtung eines »Forschungspools« zugrunde, den die staatlichen Renault-Werke an die anderen europäischen Industrien gerichtet haben. Die Perspektiven der Konzentration in der Industrie der Zubehörteile hängen weitgehend von der Entwicklung in den obengenannten Wirtschaftssektoren ab, und das ist auch der Grund, warum in diesem Bereich bisher weniger supranationale Absprachen getroffen worden sind.

22 Die Regulierung der Zufuhr des Materials aus den Lagern und des Produktionsablaufs an den Fließbändern mit Hilfe datenverarbeitender Geräte gehört zu den wichtigsten Neuerungen, die beispielsweise in der italienischen Maschinenbau- und Automobilindustrie eingeführt worden sind (Fiat, Olivetti).

23 Unter diesem Gesichtspunkt ist die Situation in den verschiedenen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich: in einigen Sektoren ist in rein technologischer Hinsicht sozusagen eine *vorläufige Höchstgrenze* erreicht worden, und man bemüht sich deshalb, die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die unter Punkt 2 aufgeführten Neuerungen zu erreichen. Das gilt wahrscheinlich für einige Bereiche der Maschinenbau- oder Textilindustrie (Naturfasern). In anderen Wirtschaftszweigen dagegen besteht die unmittelbare Möglichkeit, die Arbeitsinstrumente selbst und nicht nur ihre Organisation und Kombination zu erneuern. Die jüngsten Beispiele dafür sind in Italien bestimmte Sektoren, die bisher nur unzureichend mechanisiert und rationalisiert waren, wie die Industrien zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder die Nahrungsmittelindustrie allgemein.

24 Diese Politik wird von den italienischen Industrieunternehmen in der gegenwärtigen Konjunkturphase am häufigsten und systematischsten praktiziert: die

Die ersten drei Arten der Produktivitätssteigerung erfordern bedeutende Investitionsanstrengungen; nur die vierte ermöglicht es, die Produktivität zu erhöhen, ohne große Investitionen vorzunehmen[25].

II) *auf gesamtwirtschaftlicher Ebene*

1. *Steuerung der Gesamtnachfrage* zugunsten der Komponente der *produktiven Investitionen*[26]; verbunden mit der entsprechenden *Politik der Förderung und Wahl* der oben aufgeführten Maßnahmen, die

---

Maschinenbau- und Textilindustrie (Naturfasern), d. h. eben die Wirtschaftszweige, die kaum in der Lage sind, einen »technologischen Sprung« in den Fertigungstechniken im engeren Sinne zu vollziehen, haben diese Politik am konsequentesten durchgeführt.

25 Dies ist einer der Gründe, weshalb die italienischen Unternehmen in Zeiten abgeschwächter Konjunktur – zumindest zunächst – diesen Weg eingeschlagen haben, um eine schnelle, wenngleich begrenzte, Erhöhung der Produktivität und folglich der Gewinnspannen zu erzielen und damit die Voraussetzungen für eine spätere Phase zu schaffen, in der echte Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen werden können.

26 Hier stellt sich die schwerwiegende Frage, ob eine wirksame Politik in dieser Richtung mit einer Stabilisierungspolitik vereinbar ist; darauf werden wir noch zurückkommen. Hier sei lediglich darauf hingewiesen, daß die Regierungspolitik zur Wiederbelebung der Investitionsnachfrage in der gegenwärtigen Konjunkturphase (nicht nur in Italien, sondern auch in anderen Ländern) nur sehr bedingt wirksam war und daß der Wiederaufschwung der Investitionstätigkeit vorwiegend durch Faktoren bedingt war, die nur indirekt mit der Regierungsaktion zusammenhingen; das gilt allerdings nicht für die bedeutende Stützungsaktion durch die direkten Investitionen der öffentlichen Unternehmen (zumindest in Italien).

27 »Damit die *Ausweitung der Marktdimensionen* sich positiv auswirken kann, müssen die Hindernisse beseitigt werden, die den Zusammenschlüssen von Unternehmen entgegenstehen, denn nur durch Konzentration können die Unternehmen eine Struktur annehmen, die diesen Dimensionen und den Anforderungen der modernen Technologien entspricht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einige europäische und auch italienische Unternehmen auch aufgrund solcher Hindernisse veranlaßt worden sind, in der Verbindung mit ausländischen Unternehmen die für ihre Konsolidierung notwendigen Strukturen zu suchen. Es wäre daher zu begrüßen, wenn auf europäischer Ebene die Hindernisse ausgeräumt würden, die es den Unternehmen erschweren, die zur Stärkung ihrer Abwehrkraft notwendigen Dimensionen anzunehmen« (Rede Carlis anläßlich des Weltspartags, a. a. O., S. 51). »Die optimalen Dimensionen, die die Unternehmen in immer zahlreicheren Wirtschaftszweigen annehmen müssen, um konkurrenzfähig zu werden, werden tendenziell immer größer, so daß in einigen Fällen eine Umstrukturierung aller Unternehmen eines bestimmten Wirtschaftssektors notwendig werden könnte, um ihre Struktur den neuen Bedingungen der Technik anzupassen. Als Beispiel sei hier die Baumwollindustrie genannt, in der in Ländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung planmäßig Umstrukturierungsmaßnahmen durchgeführt worden sind, an denen der Staat und die Unternehmen selbst mitgewirkt haben. Das muß auch von der institutionellen Organisation des Kredits berücksichtigt werden« (*Relazione generale*, a. a. O., S. 475–76). Die Beseitigung der Hindernisse, die dem Konzentrationsprozeß entgegenstehen, und die Steuerung dieses Prozesses in einigen Wirtschaftszweigen wird damit in den Ausführungen Carlis zu einem der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele, die der Staat zu verfolgen hat. Ähnliche Positionen werden im V. französischen

auf Unternehmensebene durchzuführen sind: *Förderung der Konzentration*[27], der *Rationalisierungsinvestitionen*[28], usw.

2. *direkte Eingriffe:* in *rückständigen Wirtschaftszweigen* (mit der dadurch bedingten Steigerung der sektorialen und gesamtwirtschaftlichen Produktivität, möglicher Senkung der Lebenshaltungskosten und folglich nachlassendem Druck auf die Arbeitskosten)[29]; in *Grundstoffindustrien* (mit der daraus folgenden Senkung der Produktionskosten in den anderen Sektoren)[30] und in den *Dienstleistungen* (mit einer entsprechenden Senkung der Produktionskosten – z. B. im Warenverkehr, der Lebenshaltungskosten – z. B. im Personenverkehr, und der öffentlichen Ausgaben)[31].

III) *auf supranationaler Ebene*

1. *Druck und Einflußnahme auf die Politik der Regierungen* der einzelnen Länder im Hinblick auf die unter Punkt II aufgeführten Linien:

Wirtschaftsplan vertreten: zum vorrangigen Ziel wird die Entstehung von Unternehmen oder Unternehmensgruppen mit internationalen Dimensionen erhoben, deren Zahl »in den meisten Schlüsselindustrien sehr begrenzt sein sollte und die sich oft auf eins oder zwei beschränken« sollten (vgl. die Dokumentation in *Mondo Economico*, 11. September 1965, S. 34). Die Gewährung von Sonderkrediten zur Förderung dieser Konzentrationsprozesse (von denen z. B. im Zusammenhang mit der geplanten, aber nicht zustande gekommenen Absprache Peugeot-Citroën die Rede war) ist eines der Mittel, mit dem die französische Wirtschaftsplanung dieses Ziel erreichen will.

28 So erklärt z. B. Carli in der erwähnten Rede zum Weltspartag: »... das Vorhandensein nicht voll ausgelasteter Produktionskapazitäten muß nahelegen, die Zweckmäßigkeit der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten sehr sorgfältig zu prüfen und die Investitionsnachfrage hauptsächlich im Hinblick auf die weitere Rationalisierung der Produktionsprozesse und die Entwicklung neuer Produktionszweige zu erhöhen« (*Mondo Economico*, a. a. O., S. 51). In diesem Zusammenhang sei auch auf den Regierungsentwurf der Maßnahmen zugunsten der Textilindustrie hingewiesen, in dem die finanziellen Zuschüsse von der Rationalisierung des Unternehmens abhängig gemacht werden.

29 Man denke beispielsweise an die Auswirkungen der hohen Produktionskosten in der Landwirtschaft auf die Lebenshaltungskosten und an den dadurch bedingten Lohnauftrieb oder an die niedrige Produktivität in der Landwirtschaft, die infolge der Erhöhung der Einfuhren die Zahlungsbilanz belastet: daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Umstrukturierung und Modernisierung dieses Wirtschaftszweiges, die sich allerdings in der Politik der einzelnen europäischen Regierungen in unterschiedlicher und oft unangemessener Weise widerspiegelt.

30 Man denke an die Funktion des staatlichen Eingriffs in der Eisen- und Stahlindustrie, der Stromerzeugungs- und -versorgungsindustrie oder der Mineralölindustrie: vor allem an die Funktion der italienischen Eisenhüttenindustrie in dieser Phase der Wirtschaftsentwicklung (verglichen mit Großbritannien, wo dieser Sektor aufgrund der unzureichenden Rationalisierungsmaßnahmen die Wirtschaft in einen Engpaß hat geraten lassen).

31 Die Rationalisierung des Transportwesens (Eisenbahn) steht in den Programmen vieler europäischer Regierungen an erster Stelle. Auf die Belastung der Betriebskosten durch diesen und andere rückständige Sektoren weist Carli in der *Relazione generale*, a. a. O., S. 487, hin.

z. B. »Empfehlungen« zugunsten eines größeren Anteils der Investitionen an der Gesamtnachfrage[32].

2. *direkte Förderungs- und Steuerungsmaßnahmen* auch auf der Ebene der Betriebspolitik: sowohl durch die *Festlegung der Durchführungsmodalitäten und -fristen der wirtschaftlichen Integration* als auch durch die Anwendung *supranationaler Kreditinstrumente*[33].

Das grundlegende Element dieser politischen Linien ist auf allen Ebenen die *Erhöhung der Investitionstätigkeit*, deren Folge, aber zum Teil auch Voraussetzung, eine Erhöhung der Gesamtnachfrage ist (da sie nach wie vor den größten Investitionsanreiz darstellt).

Die Erhöhung der Investitionstätigkeit ist also eine Komponente jenes Prozesses der *Ausweitung der Marktdimensionen*, der in der veränderten internationalen Wirtschaftssituation, die sich gegenwärtig herausbildet, für die Wirtschaft eine regelrechte »Existenznotwendigkeit« darstellt[34].

Außer den internationalen Konkurrenzbedingungen tragen auch noch bestimmte strukturelle Merkmale, die der Entwicklung der wichtigsten europäischen Länder gemein sind, zur Verstärkung dieser Notwendigkeit hoher Investitionen und zur Bestimmung ihrer Art (Rationalisierungsinvestitionen) bei. In allen diesen Ländern spielt die »keynesianische« Politik der Stützung des Beschäftigungsniveaus und der Gesamtnachfrage durch massive staatliche Eingriffe in Infrastrukturen, öffentliche Arbeiten, sozialem Wohnungsbau, usw., eine bedeutende Rolle, die sich in einen Entwicklungsprozeß einordnet, der an der Konsumnachfrage orientiert ist. Das bringt besondere Probleme und Erfordernisse mit sich: »Es ist ... scharfsinnig darauf hingewiesen worden, daß die Entscheidung für eine Art der Wirtschaftsentwicklung, bei der die Wachstumsimpulse zum größten Teil von der Nachfrage nach nicht unmittelbar produktiven Investitionen ausgehen, es um so notwendiger macht, beim Kapitaleinsatz in den Bereichen der unmittelbar produktiven Investitionen die modernsten Technologien anzuwenden. Die Akzeptierung eines Entwicklungsprozesses, der mehr von der Binnennach-

32 Wir verweisen auf die Dokumente, die die Kommission oder der Ministerrat der EWG in Gestalt von »Empfehlungen« oder »Entschließungen« regelmäßig herausgeben, auf die Reden der führenden Vertreter dieser Organismen und auf die Linie, die in den Dokumenten zur Information und Analyse der europäischen Wirtschaftslage, die monatlich oder vierteljährlich erscheinen, vertreten wird.

33 Man denke an die Kriterien, die der allerdings begrenzten Finanzierungsaktion der Europäischen Investitionsbank zugrunde liegen, sowie an die Politik, die von dem einzigen mit einer gewissen politischen Macht ausgestatteten Organismus, nämlich von der Montanunion, praktiziert wird.

34 Vgl. die Rede Carlis zum Weltspartag, a. a. O., S. 51

frage als von der Auslandsnachfrage angeregt wird, impliziert, daß die unmittelbar produktiven Wirtschaftszweige die eventuell auftretenden Störungen eines Zahlungsbilanzdefizits, denen ein solcher Entwicklungsprozeß selbstverständlich ausgesetzt ist, auffangen müssen. Nur wenn die Unternehmen, die in diesen Wirtschaftszweigen tätig sind, außerordentlich wettbewerbsfähig sind, könnten sie in der Lage sein, auf die zur Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts *notwendige Nachfrageanpassung elastisch zu reagieren«*[35]. Darüber hinaus spielt die Ausweitung der Rationalisierungsinvestitionen eine ausschlaggebende Rolle, indem sie in bezug auf das Lohnniveau (oder besser: auf den Anteil der Arbeitskosten) und auf den Beschäftigungsstand die Bedingungen schafft, die der Kapitalismus zu einem stabilen Wirtschaftswachstum braucht. Auf diesen äußerst wichtigen Aspekt werden wir noch zurückkommen, wenn wir die Auswirkungen der hier erwähnten Probleme der kapitalistischen Entwicklung auf die Lage der Arbeitskraft untersuchen werden. Jetzt wenden wir uns dagegen dem Problem des Verhältnisses zwischen Investitionspolitik (oder Investitionsanreizen) und Stabilisierungspolitik zu: welche Widersprüche treten zwischen ihnen auf und welcher Instrumente bedient sich der Kapitalismus, um sie aufzulösen.

3. *Investitionstätigkeit, Inflation und Stabilisierung*

Ist eine intensive Investitionspolitik denkbar, die keine inflationistischen Impulse auslöst? Und ist es umgekehrt möglich, eine Stabilisierungspolitik zu praktizieren, die die Investitionen nicht beeinträchtigt? Die Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahren hat bisher nicht viele positive Antworten auf diese Fragen gegeben[36].

---

35 Ibid., S. 50–51

36 Bei der Darstellung der Probleme, die wir im folgenden umreißen werden, beziehen wir uns in erster Linie auf die italienische Situation. Allerdings gilt das Gesagte auch für andere Länder, denn zum einen war die in Italien verfolgte antizyklische Politik relativ »klassisch« und auch für andere Situationen typisch, und zum anderen sind die Entwicklungen der anderen Länder hier mitberücksichtigt worden. So zeigt das Beispiel des Stabilisierungsplans in *Frankreich*, daß es auch in diesem Land trotz der größeren Interventionsmöglichkeiten nicht gelungen ist, einen durch die Stabilisierungspolitik ausgelösten Rückgang der Investitionen zu vermeiden; die hohe Zuwachsrate der Investitionen, die im Plan vorgesehen worden war, ist von 1962 an bis zum Jahre 1964 gesunken, und obwohl 1964 investitionsanregende Maßnahmen ergriffen worden sind, ergibt sich aus einer vom INSEE durchgeführten Untersuchung, daß voraussichtlich »die Investitionen 1965 gegenüber den im Vorjahre getätigten Investitionen real leicht *abnehmen werden, und der Rückgang könnte auf etwa 4–5% geschätzt werden«*

Das Problem selbst und die Schwierigkeit, es zu lösen, beruhen auf der bestimmenden Rolle, die die Konsumnachfrage in der Entwicklung der letzten Jahre gespielt hat, und auf der daraus folgenden Tatsache, daß der Hauptanreiz für die Investitionssteigerung eben die Konsumnachfrage gewesen ist[37]. Die stärksten Investitionszunahmen sind dabei in Situationen zu verzeichnen gewesen, in denen bereits »latente« inflationäre Impulse vorhanden waren: in denen die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich der Vollbeschäftigung näherte und die stürmische Entwicklung der Konsumnachfrage in einigen Wirtschaftszweigen Engpässe hervorzurufen begann. *Eine erhöhte Investitionstätigkeit ist also sehr* oft in dieser Phase der einsetzenden Hochkonjunktur und der latenten Inflation erfolgt und hat diesen Tendenzen einen zusätzlichen Auftrieb gegeben: in erster Linie durch den Arbeitsmarkt und zweitens dadurch, daß sie in dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in einigen Wirtschaftszweigen weitere Probleme hervorgerufen hat (was sich aufgrund der erhöhten Einfuhr auf die Zahlungsbilanz auswirkte). Darüber hinaus führte die Tatsache, daß der Hauptinvestitionsanreiz von der Konsumnachfrage ausging, zu besonderen Verzerrungen in der Zusammensetzung der Investitionen selbst, d. h. sie begünstigte die Investitionen zur Erweiterung der Produktionskapazitäten (bis zur Schaffung von Kapazitätsüberhang) auf Kosten der rationalisierungs- und produktivitätssteigernden Investitionen[38]; bei der Investitionsnachfrage lag das Schwergewicht also auf den Investitionen, die starke inflationäre Impulse freisetzen, statt auf jenen, die in umgekehrtem Sinne hätten wirken können (die z. B. technologische Arbeitslosigkeit

---

(gegenüber einer vorgesehenen Erhöhung von 5,5%: vgl. *Mondo Economico*, 19. Juni 1965, S. 6–7). Andererseits offenbart die gegenwärtige Konjunkturlage in der *Bundesrepublik* den engen zeitlichen und Kausalzusammenhang zwischen Investitionsboom und Ausbreitung des inflationären Auftriebs (über die Zahlungsbilanz und den Arbeitsmarkt).

37 Wir beziehen uns hier nicht auf die Investitionen, die kaum von konjunkturellen Faktoren beeinflußt sind und die sogar als antizyklische Instrumente dienen (oder zumindest dienen sollen), d. h. vor allem die Staatsinvestitionen (wir verweisen hier auf die antizyklische Investitionspolitik der Staatsunternehmen in Italien: vgl. die jährlich vom Ministerium für öffentliche Wirtschaft veröffentlichten »relazioni programmatiche«). Wir beziehen uns vielmehr auf die Investitionen, die aufgrund der Konjunkturschwankungen erheblichen Veränderungen ausgesetzt sind (und die fast überall den weitaus größten Teil der Investitionen ausmachen).

38 Vgl. die Betrachtungen Carlis unter Anmerkung 27. Diese »Verzerrung« in der Zusammensetzung der Investitionen war eine typische Erscheinung des »italienischen Wirtschaftswunders«: eine stark expandierende Konsumnachfrage, die relativ »leicht« zu befriedigen war, verbunden mit dem niedrigen Ausgangsniveau der Löhne haben die Unternehmer dazu veranlaßt, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen und die Rationalisierungsinvestitionen teilweise zurückzustellen.

hätten hervorrufen können, wodurch die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt abgeschwächt worden wären, und die den Anteil der Lohnkosten pro Produkteinheit hätten senken können, um die Auswirkungen der Lohnerhöhungen zu neutralisieren).

Andererseits hat es sich als schwierig, wenn nicht gar unmöglich erwiesen, in den Phasen der Rezession und Stabilisierung zur Wiederherstellung des Gleichgewichts nach den inflationären Spannungen einen hohen Investitionsstand aufrechtzuerhalten; das ist zum einen darauf zurückzuführen, daß die Investitionen auf die Veränderungen der »Konjunkturindikatoren« sehr empfindlich reagieren, und zum anderen darauf, daß die bisher von den Regierungen angewandten Stabilisierungsinstrumente eine abschwächende Wirkung haben oder jedenfalls nicht ausreichen, um die dämpfende Wirkung der anderen Variablen aufzuheben.

Die Investitionsentscheidungen sind in der Tat den Schwankungen zahlreicher Faktoren am stärksten ausgesetzt[39]. Wenn durch starke Lohnerhöhungen die Gewinnerwartungen weitgehend geschmälert werden, wenn die ersten inflationären Spannungen die Stabilität und damit eine sichere Erhöhung der Nachfrage gefährden oder wenn die Stabilität selbst durch politische Faktoren verschiedener Art gefährdet wird, wirkt sich das sofort negativ auf die Investitionsnachfrage aus.

Was die Stabilisierungspolitik anbelangt, so hat ihr Einsatz bisher im wesentlichen einen Konjunkturrückgang bewirkt, und nur auf diesem Wege ist es gelungen, das »Gleichgewicht« zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Größen des Systems, das durch das inflationistische Wirtschaftswachstum verzerrt war, wiederherzustellen. Das durch die Stabilisierungspolitik hervorgerufene allgemeine »Rezessionsklima« hat die Investitionstätigkeit auf verschiedene Weise abgeschwächt. In erster Linie sind im Rahmen der Stabilisierungsaktion häufig Kreditbeschränkungen vorgenommen worden, die sich vor allem auf die Investitionsnachfrage auswirkten (da diese am unmittelbarsten zu beeinflussen ist)[40]. Zweitens haben die Maßnahmen zur Einschränkung der

---

39 Zur Analyse einiger Faktoren, die die Investitionsentscheidungen bestimmen, und im allgemeinen zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Konjunkturpolitik und Investitionstätigkeit verweisen wir auf das sehr nützliche Buch von Dow, *The Management of the British Economy, 1945–60*, Cambridge, 1964.

40 Vgl. hierzu die Kritik Gunnar Myrdals an den »hohen Zinssätzen Westeuropas, die in dem ständigen Bemühen, die Nachfrage einzudämmen und die Inflation zu vermeiden, in die Höhe getrieben werden (während die Regierungen gleichzeitig nicht gewillt sind, die Instrumente der Steuerpolitik wirksam einzusetzen)«. (»Sviluppo economico e politica economica negli USA« [Wirtschaftswachstum und Wirtschaftspolitik in den USA]; zitiert nach der italienischen Übersetzung in *Mondo Economico*, 18. Dezember 1965, S. 20).

Konsumnachfrage indirekt auch die Investitionsnachfrage gedämpft. Auf diese haben schließlich auch alle übrigen Rezessionsfaktoren eingewirkt, die mehr oder weniger unmittelbar durch die Stabilisierungspolitik bedingt sind: Rückgang des Beschäftigungsniveaus und der Lohnsumme, der sich wieder auf die Konsumnachfrage auswirkt, usw.
Alles das hat unter anderem zu einem sehr interessanten »sekundären Widerspruch« geführt: während die Restriktionsmaßnahmen einerseits einen Rückgang der Inlandsinvestitionen bewirkten, begünstigten sie andererseits aufgrund der Erhöhung der Zinssätze gleichzeitig den Zustrom von Kapital aus den USA, das in Europa einen höheren Ertrag abwarf. Die Stabilisierungspolitik hat so im Rahmen der durch sie hervorgerufenen allgemeinen Tendenz zur Verlangsamung der Investitionstätigkeit eine »zusätzliche Tendenz« zur Verdrängung der Investitionen inländischen Kapitals durch Investitionen amerikanischen Kapitals bewirkt[41].
Die Investitionsnachfrage steht so letzten Endes im Mittelpunkt eines komplexen Netzes von Widersprüchen. Einerseits hat sie die inflationären Impulse verstärkt. Andererseits haben sich die Auswirkungen der Instabilität bei ihr zuerst bemerkbar gemacht und sie hat so zur Beschleunigung der Krisen und zum Auftreten von Rezessionserscheinungen beigetragen. Außerdem gehört sie zu den Komponenten, die von der Stabilisierungspolitik am unmittelbarsten betroffen werden. Und schließlich ist sie eine der Komponenten, die auf das Wiederanziehen der Konjunktur am langsamsten reagieren.
Denn während die Eingriffe zur Dämpfung der Investitionstätigkeit, die im Rahmen einer anti-inflationären Politik vorgenommen werden, ziemlich schnell und wirksam sind, sind die Förderungsmaßnahmen, mit denen dann wieder zu einer Belebung der Investitionstätigkeit angeregt werden soll, lange nicht so rasch und wirksam; das gilt vor allem für die Eingriffe, die *vor* dem allgemeinen Wiederanziehen der Konjunktur zur Wiederbelebung der Investitionstätigkeit getätigt werden, damit in dem Moment der Belebung der Konjunktur die Investitionskomponente (d. h. Rationalisierungskomponente) höher und massiver ist. Unter diesem Gesichtspunkt treten vor allem zwei Erscheinungen auf. Erstens kommt es sehr häufig zu einer »Verzögerung« bei der Verwirklichung der Konjunkturmaßnahmen, so daß diese die konjunkturellen Ungleichgewichte oft verstärken, statt sie aufzuheben[42]; das führt dazu, daß eine Politik der Einschränkung der Investitions-

41 Vgl. *ibid.*
42 Hierzu vgl. die Schlußbetrachtungen des Buches von Dow, a. a. O.

tätigkeit wirksam wird (oder jedenfalls weiterwirkt), wenn bereits entgegengesetzt wirkende Maßnahmen notwendig wären[43].

Zweitens sind die Instrumente zur Anregung der Investitionstätigkeit ziemlich unwirksam, *wenn es nicht gleichzeitig zu einer allgemeinen Ausweitung der Nachfrage kommt:* die Steuerung des Zinssatzes ist innerhalb der Grenzen, in denen sie normalerweise erfolgt, nur von sehr begrenzter Wirksamkeit – sowohl als restriktive als auch als expansive Politik[44]; und während darüber hinaus die Verknappung des verfügbaren Kreditvolumens in einer Phase inflationärer Spannungen zu einer sehr drastischen Einschränkung der Investitionstätigkeit führt, gilt dasselbe umgekehrt nicht: es kommt also vor, daß der Kredit zur Verfügung steht, aber nicht in Anspruch genommen wird, da es an einem ausreichenden Investitionsanreiz fehlt.

Der Ausweg aus dieser Situation und die Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit ist kompliziert und erfolgt schrittweise und weitgehend »spontan«. Ausschlaggebend dabei ist insbesondere ein Element starker Nachfrageexpansion, das nicht durch die Investitionen selbst gegeben ist: z. B. eine starke Entwicklung der Auslandsnachfrage. Dadurch wird ein Prozeß in Gang gesetzt, der früher oder später die Wiederbelebung der Investitionsneigung bewirkt. Zu dieser Wiederbelebung kann die Regierungspolitik auf verschiedene Weise beitragen, auch wenn keine der ihr zu Gebote stehenden Interventionsmöglichkeiten allein ausreicht, um die Wiederbelebung der Investitionen herbeizuführen. Sie kann auf die verschiedenen Elemente einwirken, von denen die Wiederbelebung abhängt: auf das politische »Vertrauensklima« der Kapitalisten, auf das verfügbare Kreditvolumen und auf die Kreditkosten; und sie kann erneut die Beschränkungen der Konsumnachfrage aufheben. Schließlich kann sie auch auf die Gewinnerwartungen Einfluß nehmen, indem sie die Faktoren abschwächt, die die Gewinnspannen *schmälern, nämlich durch* die Kontrolle der Lohndynamik.

Hiermit sind wir bei dem entscheidenden Punkt angelangt, auf den sich alle Bemühungen konzentrieren: es geht darum, von einer Entwicklung, die sich auf das Wechselspiel zwischen inflationistischen und deflationistischen Phasen gründet, zu einer Entwicklung zu gelangen, in der der inflationäre Druck stärker kontrolliert ist und daher zu seiner Neutra-

---

43 Das trifft auf die italienische Situation zu, wo eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung des Konsums und der Staatsausgaben (und die damit verbundenen Dämpfungseffekte auf die Gesamtnachfrage und dadurch auf die Investitionen) noch in der Phase, in der bereits Anreize erforderlich waren, fortwirkten oder sich sogar erst in dieser Phase auszuwirken begannen.

44 Auch diese Beobachtung entnehmen wir dem zitierten Buch von Dow und den darin angeführten Dokumenten (wie der Radcliffe-Bericht in England).

lisierung keine Deflationspolitik erforderlich ist. »Einkommenspolitik« und Rationalisierungsinvestitionen sind die beiden Schwerpunkte dieser politischen Linie. Durch eine Kontrolle des Lohnauftriebs hofft man, den sowohl kostenseitig als auch nachfrageseitig bedingten Druck vermeiden zu können, der die Inflation hervorbringt; durch die Rationalisierungsinvestitionen werden die Auswirkungen des Lohndrucks auf die Produktionskosten abgeschwächt und Arbeitskraftreserven geschaffen, die den Lohnauftrieb selbst dämpfen.

Die Kontrolle des Lohn- und des Beschäftigungsniveaus und *damit* aller Verhaltensweisen, die diese beiden Faktoren beeinflussen[45], erweist sich also noch einmal als das Kernstück der kapitalistischen Politik. Nach verschiedenen, zum großen Teil fehlgeschlagenen Versuchen der letzten Jahre, diese Kontrolle durchzuführen[46], wird gegenwärtig ein erneuter Versuch unternommen, sie zu verwirklichen, und zwar mit teilweise wirksameren Instrumenten (zumindest in einigen Ländern)[47] und in einer Situation, in der ihre Notwendigkeit für den europäischen Kapitalismus immer dringlicher ist, nicht nur, weil die internationalen Wettbewerbsbedingungen keine übermäßigen Konjunkturrückschläge mehr zulassen (insbesondere im Hinblick auf die Investitionen), sondern auch, weil eine Instabilität, wie wir oben gesehen haben, heute größere Gefahren mit sich bringt als früher.

Alles das heißt nicht, daß die kapitalistische Wirtschaftsplanung bei ihrem Versuch, die Stabilitätserfordernisse mit den Wachstumserfordernissen in Einklang zu bringen, über keine anderen Instrumente verfügt: so ist beispielsweise die Anwendung steuerpolitischer Instrumente zur Durchführung einer Stabilisierungspolitik mit geringeren Dämpfungseffekten von vielen Nationalökonomen nachdrücklich befürwor-

45 Tatsächlich kann man nicht behaupten, daß die Kontrolle der Arbeitskraft in dieser Phase vor allem von der Angst vor einer politischen Revolution bestimmt ist. Wenn nicht die Arbeiterklasse selbst, so bieten doch ihre Organisationen in dieser Hinsicht eine Garantie, die dem System gegenwärtig genügt. Die Kontrolle bezweckt also vor allem, jene konjunkturellen, aber nicht nur konjunkturellen, Störungen und Ungleichgewichte zu vermeiden, die das Verhalten der Arbeiter in der wirtschaftlichen Entwicklung des Systems heraufbeschwören kann: Störungen, die durchaus (besonders im internationalen Rahmen) eine politische Dimension annehmen, ohne daß diese jedoch mit einem organisierten revolutionären Aufbruch der Arbeiterklasse verknüpft ist.

46 Vgl. Bruno Trentin, »Politica dei redditi e programmazione« [Einkommenspolitik und Wirtschaftsplanung], in *Critica Marxista*, Januar-Februar 1964, wo die verschiedenen fehlgeschlagenen Versuche einer »Einkommenspolitik« in einigen europäischen Ländern analysiert werden.

47 Man denke beispielsweise daran, daß die Voraussetzungen für eine rigorosere Kontrolle über die Gewerkschaften, die sich in partiell unterschiedlichen Situationen in Italien, Frankreich und England herausgebildet haben, heute günstiger sind als früher.

tet worden[48], auch wenn andere dieser Linie etwas skeptischer gegenüberstehen. *Faktisch* ist jedoch keine alternative Stabilisierungspolitik durchgeführt worden, so daß sich die »Einkommenspolitik« allmählich als einzige realisierbare Linie, die Stabilität und Wachstum ermöglicht, *durchgesetzt hat. Und dieser Tatsache kommt politische Bedeutung zu:* sie offenbart nicht so sehr eine theoretische oder technische »Rückständigkeit« der in Europa vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftspolitik, als vielmehr eine ganz bestimmte politische Rangordnung der Prioritäten. In der gegenwärtigen Situation des europäischen Kapitalismus, in der die Planungsinstrumente erst im Ansatz vorhanden und teilweise noch unwirksam sind, ist eine Politik, die mit einem gewissen Zwang und einer gewissen »Abwälzung der Kosten« auf einen Teil der Kapitalistenklasse verbunden ist (wie die Durchführung einer einschneidenden Steuerpolitik zur Stabilisierung) noch gefährlich und schwer durchführbar[49]; so werden außer den Kosten, die notwendigerweise dem *kapitalistischen* Charakter der Entwicklung entspringen, noch eine Reihe »zusätzlicher Kosten« auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Durch eine strengere Kontrolle der Programmierungsorgane über die einzelnen kapitalistischen Gruppen wäre es wahrscheinlich möglich, der Arbeiterklasse ein etwas geringeres Maß an wirtschaftlichen Opfern abzuverlangen, und das könnte letzten Endes ihre politische Integration ins System erleichtern: aber diese Möglichkeit ist in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des europäischen Kapitalismus noch nicht herangereift[50]. *Darauf ist die Härte und Starrheit der »Einkommenspolitik«* zurückzuführen, die oft zu den Schwierigkeiten bei ihrer Verwirklichung und zu ihrem partiellen Scheitern beigetragen hat.

---

48 Vgl. noch einmal G. Myrdal, a. a. O., aber auch F. Forte, *La congiuntura in Italia, 1961–65*, Einaudi, 1966, wo eine Reihe interessanter Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik der italienischen Regierung angestellt werden.

49 Nicht zufällig werden Maßnahmen, die den einzelnen Kapitalisten »Kosten verursachen« – zumindest teilweise – in den Ländern angewandt, deren institutionelle Planungsinstrumente am höchsten entwickelt sind: man denke z. B. an die in Frankreich praktizierte Politik der *Preiskontrolle* und die dadurch ausgelösten Reaktionen der Privatkapitalisten (vgl. das Kommuniqué der Preiskommission des Conseil National du Patronat Français, veröffentlicht in *L'Usine Nouvelle* vom 4. November 1965).

50 In der Tat ist es auch in Ländern wie Frankreich, wo die Planungsinstrumente relativ höher entwickelt sind, nicht gelungen, eine Stabilisierungspolitik durchzuführen, ohne das Wirtschaftswachstum stark zu verlangsamen, mit all den wirtschaftlichen Kosten, die der Arbeiterklasse dadurch aufgebürdet worden sind (auch wenn dieses Versagen zum Teil auf die »Verzerrungen« zurückzuführen ist, die die »Politik des nationalen Prestiges« auch auf wirtschaftlicher Ebene hervorgerufen hat).

4. *Die Kontrolle der Arbeitskraft*

Wir haben gesehen, was für eine wichtige Funktion die Kontrolle des organisierten Verhaltens der Arbeitskraft unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kapitalismus erfüllt: sie kann der kapitalistischen Politik ermöglichen, die verschiedenen widersprüchlichen Faktoren, die einen kumulativen Prozeß negativen Vorzeichens auszulösen drohen, zusammenzufassen und in eine Art von »positivem kumulativen Prozeß« einmünden zu lassen. Sie ist auch unter dem Gesichtspunkt der Veränderungen im Produktionsprozeß (Kontrolle des Beschäftigungsniveaus und der Arbeitsbedingungen) von wesentlicher Bedeutung. Wenn es den Kapitalisten gelingt, diese Kontrolle durchzuführen, können sie einen Prozeß der Nachfrageausweitung »in Gang setzen«, der die Investitionstätigkeit anregt, ohne einen inflationären Auftrieb auszulösen; so können sich Konsum- und Investitionsnachfrage in einem nicht-inflationären Wachstumsprozeß verbinden, statt entweder zu einer inflationären Expansion oder zu einer Rezession zu führen. Dies ist, wohlgemerkt, keine *hinreichende* Bedingung zur Vermeidung der Inflation: inflationistische Impulse können außer von den Löhnen von zahlreichen anderen Faktoren ausgehen. Im allgemeinen entspringen sie sogar einem Engpaß oder einem Mangel *auf der Angebotsseite* (d. h. auf der Seite der Produktion) in einem bestimmten Wirtschaftssektor. Die Lohnkontrolle würde jedoch vor jenem geringfügigen inflationären Druck schützen, der allein von dem Kostenniveau (und von seinen Auswirkungen auf die Profiterwartungen der Unternehmer) verursacht wird und der oft der »Funke« ist, der den ganzen umfassenden inflationären Prozeß »entzündet«.
Die Notwendigkeit einer Kontrolle gilt vor allem für drei Problemkreise:
1. *Lohnkontrolle*, 2. *Kontrolle des Beschäftigungsniveaus*, 3. *Kontrolle des Arbeitsverhaltens*. Die Notwendigkeit, diese für das Wirtschaftswachstum entscheidenden »Variablen« unter Kontrolle zu bringen, impliziert jedoch die Notwendigkeit, auch alle anderen objektiven und subjektiven Bedingungen, die auf sie einwirken, zu kontrollieren. Es gilt also, eine größere Anzahl von Faktoren zu kontrollieren, und das Problem, wie diese Kontrolle zu bewerkstelligen ist, wird damit komplexer.
1. *Lohnkontrolle*. – Die Lohnkontrolle hängt einerseits von der *Lage auf dem Arbeitsmarkt* und andererseits von dem *Verhalten der Organisationen* ab, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind; dieses Verhalten ist jedoch teilweise von dem ersten Faktor bedingt (selbst die Indu-

striellen, die sich gegen jedes Zugeständnis wehren, sind bereit, für qualifizierte Arbeiter einen hohen Preis zu zahlen, wenn es an solchen Arbeitskräften fehlt; und selbst die Gewerkschaften, die vollkommen ins System integriert sind, stellen weitgehende tarifpolitische Forderungen auf, wenn Vollbeschäftigung herrscht und wenn die Lohndrift von den Unternehmern sowieso ausgelöst werden würde); außerdem sind die Gewerkschaften dem Druck der Arbeiterklasse ausgesetzt, der nicht nur auf den objektiven ökonomischen Bedingungen und auf der Beschäftigungslage beruht, sondern auch auf anderen, direkt oder indirekt politischen Faktoren (die spontanen oder organisierten Charakter haben können)[51].

2. *Kontrolle des Beschäftigungsniveaus.* – Sie ist zugleich ein Ziel und ein Instrument der kapitalistischen Politik. Es geht in erster Linie darum, die Schwankungen im Beschäftigungsstand durchzusetzen, die von den technologischen Veränderungen hervorgerufen werden; zweitens gilt es, die durch die technologischen Veränderungen freigesetzten Arbeitskraftreserven zur Kontrolle der Variablen »Lohn« auszunutzen. Aber es geht auch darum, das Ausmaß dieser Schwankungen zu kontrollieren, d. h. zu vermeiden, daß sie sich zu einer Massenarbeitslosigkeit ausweiten, die einen Rückgang der Zuwachsrate der Nachfrage bewirken würde. Vor allem kommt es also darauf an, die Gewerkschaftspolitik, die sich diesen Schwankungen widersetzen könnte, (und den »Druck der Arbeiterbasis«, der sie beeinflussen kann) unter Kontrolle zu bringen; wenn die Schwankungen im Beschäftigungsniveau sich beträchtlich ausgeweitet haben, gilt es zweitens, auch das Verhalten der Unternehmer zu kontrollieren, um zu gewährleisten, daß es den Erfordernissen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht zuwiderläuft[52].

---

51 Dieser Druck kann von einer Partei organisiert werden, und in diesem Fall ist er relativ unabhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt; wenn er dagegen spontan ist, hängt er stärker von den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ab, und zwar nicht so sehr, weil die Kampfbereitschaft nur diesen Bedingungen entspringt, sondern weil diese ihre spontane Verbreitung begünstigen, auch wenn es an einer Organisation fehlt, die sie von Anfang an zu verallgemeinern sucht.

52 Es erübrigt sich hier, ausführlich darauf einzugehen, auf welche Weise es z. B. der italienischen Regierung in den letzten beiden Jahren gelungen ist, die Kämpfe der Gewerkschaften gegen die Entlassungen unter Kontrolle zu bringen: wir alle wissen, wie die betrieblichen Kämpfe, die um diese Frage ausgetragen worden sind, ausgegangen sind und welche Funktion die Regierung beim Abschluß von Betriebsabkommen und bei der Verhinderung der Organisation von allgemeinen Kämpfen gehabt hat. Interessanter ist es dagegen, die Besorgnis der Regierung über die Politik der »leichtfertigen Entlassungen« zu beobachten, mit der einer Reihe von Betrieben (vor allem qualifizierte) Arbeitskräfte entzogen werden, die mit dem Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs erneut unentbehrlich

In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß der Dämpfungseffekt, den die Arbeitslosigkeit auf die Lohndynamik ausübt, kein Prozeß ist, in dem die Arbeitslosigkeit die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und damit die Lohndynamik einfach aufhebt: erstens, weil er im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Variablen auftritt, die alle auf die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse einwirken und oft einen *Anreiz* zum Kampf darstellen (und das gilt sogar für die Arbeitslosigkeit an sich)[53]; zweitens, weil die Kampfbereitschaft auch von Faktoren bestimmt ist, die nicht direkt auf der unmittelbaren ökonomischen Situation beruhen[54]. So kommt es in Zeiten der Arbeitslosigkeit sehr häufig – wenn auch nur vorübergehend – *zu einer erhöhten* Kampfbereitschaft. In dieser Situation treten jedoch andere Faktoren auf, die auch – wenngleich nur teilweise – *mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen und verhindern, daß sich* diese Kampfbereitschaft in eine Lohndynamik umsetzt. Erstens fällt der Lohnauftrieb weg, der von den Unternehmern selbst ausgelöst wird, indem sie versuchen, sich wechselseitig die Arbeitskräfte, vor allem die qualifizierten, abzuwerben: dieser Lohndruck ist aufgrund der von ihm verursachten Erscheinungen der Lohndrift in Zeiten der Hochkonjunktur eine nicht unbedeutende Komponente der Lohndynamik. Zweitens spielt in dieser Situation die politische Position der Gewerk-

---

werden; was in der Phase der konjunkturellen Wiederbelebung zu einer plötzlichen Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften mit dem dadurch bedingten Lohnauftrieb führt, und was, allgemeiner gesagt, eine Zersplitterung der hochqualifizierten Arbeitskräfte bewirkt, die vielleicht ins Ausland abwandern (vgl. den Artikel von Umberto Delle Fave in der Zeitschrift *Rassegna del Lavoro*, März 1965).

53 Die Arbeitslosigkeit kann z. B. im Rahmen einer Situation allgemeiner ökonomischer Schwierigkeiten des Systems auftreten, wodurch die Aspekte der Auflehnung gegen das System als solches, das für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird, sich verstärken, und daraus ergibt sich eine *besonders entschiedene Kampfbereitschaft, die sich in* verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Zielen ausdrücken kann. Wenn die Arbeitslosigkeit dagegen mit Rationalisierungsmaßnahmen einhergeht, ist sie oft mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Fabrik verbunden (was heute in Italien der Fall ist), und daraus erwachsen andere Forderungen. Schließlich liegt es wohl auf der Hand, daß die Notwendigkeit der Verteidigung des Arbeitsplatzes, die sich aus der Gefahr der Arbeitslosigkeit selbst ergibt, nicht nur Erscheinungen der »Anpassung« und des Kompromisses hervorruft, in der Hoffnung, von der Entlassung verschont zu bleiben, sondern auch einer der mächtigsten Faktoren ist, die zum Kampf antreiben.

54 Die antagonistischen Merkmale, die historisch in dem Kampfwillen der Arbeiterklasse heranreifen können, lassen sich durch die Erscheinungen der Konjunkturflaute nicht ohne weiteres aufheben, ja sie können dadurch sogar verstärkt werden. Der Prozeß, mit dem sie wieder ins System integriert werden, ist komplexer und langwieriger, und in wirtschaftlicher Hinsicht sind die Zeiten der Hochkonjunktur günstiger dafür.

schaftsführung eine Rolle: die in den gegenwärtig vorherrschenden reformistischen Gewerkschaften ständig (zumindest unterschwellig) vorhandene Tendenz, die Kämpfe einzudämmen, nimmt in einer Situation der Konjunkturflaute einerseits zu und hat andererseits größere Wirksamkeit. Sie verstärkt sich hauptsächlich aus zwei Gründen: zum einen, weil die Gewerkschaften sich entsprechend ihrer reformistischen Ideologie selbst als Hilfsorgan zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität verstehen, die durch die Lohndynamik gefährdet werden könnte; zum anderen, weil die Bedenken und die konservative Einstellung, die alle bürokratischen Organisationen kennzeichnen, die Organisierung eines Kampfes unter schwierigeren Bedingungen, die den Erfolg ungewiß erscheinen lassen, stark erschweren. Und die Tendenz, die Kämpfe einzudämmen, ist wirksamer, weil das Gespenst der Arbeitslosigkeit, auch wenn es die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht schwächt, doch ihre Organisierung erschwert und ihren spontanen Druck beeinträchtigt, da einerseits die Gefahren größer sind und andererseits die Art der tarifpolitischen Forderungen, die in einer solchen Situation aufgestellt werden, auf Betriebsebene sehr viel schwerer durchsetzbar ist (d. h. auf der Ebene, auf der sich die Arbeiterklasse am leichtesten spontan zum Kampf organisieren oder die Gewerkschaftsorganisation kontrollieren kann)[55]. Die Arbeitslosigkeit kann also letzten Endes nur dann einen wirksamen Druck ausüben, wenn sie mit einer Reihe anderer Bedingungen zusammenwirkt, und die erste dieser Bedingungen ist die Bremsaktion der Gewerkschaften. In diesem Sinne kann man sagen, daß die politische Zusammenarbeit der Gewerkschaften bei der Kontrolle des Drucks der Arbeiterklasse einerseits und eine gewisse Arbeitslosenquote andererseits einander ergänzende Instrumente sind: und nur ihre gemeinsame Anwendung bietet heutzutage eine ausreichende Garantie für die Lohnkontrolle. Aber darauf werden wir noch zurückkommen.

3. *Kontrolle des Arbeitsverhaltens.* – Veränderungen im Arbeitsverhalten der Arbeiter sind gleichzeitig eine Voraussetzung und eine Folge der technologisch-organisatorischen Veränderungen. Der Modernisierungsprozeß weist in der Tat zwei Aspekte auf. Zum einen bringt eine Produktivitätssteigerung, die ohne wesentliche Veränderungen in den Produktionsmitteln erzielt worden ist, schwerwiegende Veränderungen

[55] Der Kampf zur Sicherung des Beschäftigungsniveaus läßt sich von der Arbeiterklasse auf rein betrieblicher Ebene sehr schwer durchführen. Gleichzeitig gibt es – außer in Zeiten der Hochkonjunktur – nur sehr geringe Möglichkeiten, auf Betriebsebene vor Ablauf des Tarifvertrags Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

im Arbeitsverhalten mit sich (in der Regel eine direkte oder indirekte Intensivierung des Arbeitstempos): die Durchsetzung dieser Veränderungen ist für die Kapitalisten eine ökonomische und gleichzeitig eine gesellschaftlich-organisatorische Voraussetzung für die Durchführung der geplanten Neuerungen, da sie einerseits dazu beiträgt, die notwendigen Gewinnspannen zu erzielen, und andererseits sehr oft die Voraussetzungen für das präziser vorgeschriebene Arbeitsverhalten schafft, das nach der Einführung der Neuerung erforderlich ist[56]. Zum anderen ruft die eigentliche Neuerung selbst natürlich bedeutende Veränderungen im Arbeitsverhalten hervor; eine unvollständige Einhaltung der neuen Normen kann schwerwiegende Auswirkungen auf die Produktivität (und folglich auf die Wirtschaftlichkeit) der Neuerung selbst haben[57]. Auf dieser dritten Ebene wird die Kontrolle nicht nur über das organisierte, gewerkschaftliche Verhalten, sondern auch über das »spontane« Verhalten der Arbeitskraft besonders wichtig, da dieses nicht mehr nur indirekt wirksam wird (durch den Druck auf die Gewerkschaftsorganisation, die allein auf das allgemeine Lohn- und Beschäftigungsniveau Einfluß nehmen kann), sondern direkt auf die betreffenden Variablen einwirkt: eine starke, »spontan« auftretende Disziplinlosigkeit der Arbeiterklasse beeinträchtigt die Produktivität sehr schwer, auch wenn damit keine Forderung durchgesetzt wird.
Die kapitalistische Politik muß auf zwei Ebenen ansetzen, wenn sie versuchen will, diese drei grundlegenden Variablen zu kontrollieren, die auf das Verhalten der Arbeiterklasse einwirken: sie muß einerseits eine *Politik der intensiven Investitionen* und andererseits eine *politische Kontrolle der Gewerkschaften* betreiben.
Beide Aktionslinien weisen verschiedene Aspekte auf, die manchmal widerspruchsvoll erscheinen, aber deren Widersprüchlichkeit zu einer verstärkten kapitalistischen Kontrolle der Arbeitskraft ausgenutzt werden kann: diese scheinbare Widersprüchlichkeit läßt sich summarisch als eine Mischung aus Zwangselementen und aus Elementen freiwilliger Integration definieren, eine Mischung, die (in verschiedenen Dosierungen) die kapitalistische Politik gegenüber der Arbeiterklasse von jeher gekennzeichnet hat.
Die *Politik der intensiven Investitionen* ist nicht nur die Grund-

56 Man denke beispielsweise an die Funktion der Intensivierung und Vereinheitlichung des Arbeitstempos als Vorbereitung auf eine höhere Stufe der Mechanisierung der Montagefertigungen.
57 Man bedenke z. B., wie das ökonomische Gewicht der Wartungsprobleme durch die Automation ungeheuer zunimmt, und welche Folgen daher jede Nichtbeachtung der Normen und jede Verzögerung der Wartungsarbeiten haben kann.

voraussetzung für das »Überleben« des europäischen Kapitalismus in der gegenwärtigen Phase der internationalen Wirtschaftsintegration, sondern sie ist vor allem eine unerläßliche Voraussetzung für die Kontrolle der Arbeitskraft, und zwar in zweifacher Hinsicht. Vor allem ist sie die einzige Politik, die jene Art von Arbeitslosigkeit hervorbringen kann, die den politischen Zielen, die die Kapitalisten heute verfolgen, entgegenkommt: d. h. keine Massenarbeitslosigkeit (die sich negativ auf die Entwicklung der Konsumnachfrage auswirken würde) und keine rezessionsbedingte Arbeitslosigkeit, sondern eine Arbeitslosigkeit, die auf der Erhöhung des Verhältnisses zwischen »Neuerungsrate« und Zuwachsrate der Produktion beruht. Sie stellt letzten Endes die einzige Politik dar, die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum miteinander in Einklang zu bringen vermag. Und das ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt unbedingt notwendig: nämlich im Hinblick darauf, für die politische Kontrolle über die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung insgesamt wirtschaftliche Gegenleistungen anbieten zu können. Allein eine Politik intensiver Investitionen ist in der Lage, *heute* eine gewisse Arbeitslosenquote zu schaffen und sie – als Voraussetzung für eine intensivere Lohndynamik und eine Verbesserung des Lebensstandards *morgen* – durchzusetzen (wobei natürlich in Aussicht gestellt wird, daß sich die Situation wieder der Vollbeschäftigung annähern wird, ohne daß bestimmte Termine dafür genannt werden). Diese Politik verleiht dem Kapitalismus also gleichzeitig größere Durchschlagskraft und bessere Kontrollmöglichkeiten, die auf einer politischen Absprache beruhen. Aber diese doppelte Kontrolle wird nicht nur indirekt, durch die Steuerung »objektiver Bedingungen«, ausgeübt, sondern sie wird gleichzeitig direkt ausgeübt, und zwar im Wege von politischen Absprachen oder von politischen oder gesetzgeberischen Zwangsmaßnahmen gegenüber der Arbeiterbewegung. Der europäische Kapitalismus hat auf diesem Gebiet eine breite Skala von Aktionslinien entwickelt.

Bei ihrem Versuch, eine Politik »bindender Absprachen« mit den Gewerkschaftsorganisationen und mit der Arbeiterbewegung generell durchzuführen, verfolgen die verschiedenen europäischen Regierungen im wesentlichen folgende Linien:

a) *allgemeine Grundsatzabkommen über die »Einkommenspolitik« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern* (z. B. in Großbritannien); diese Abkommen ermöglichen im allgemeinen nur eine geringe unmittelbare Kontrolle (seit der Unterzeichnung des »Dreierabkommens« hat sich die Lohndynamik in Großbritannien verstärkt, statt sich abzuschwächen), was auf eine Reihe von Gründen zurück-

zuführen ist, die sowohl durch den *Arbeitsmarkt* als auch durch die *Struktur der Gewerkschaften* bedingt sind (letztere hängen davon ab, wie weitgehend die Autonomie der örtlichen Instanzen ist, welchen Einfluß der Druck der Basis auszuüben vermag, usw.): diesen Absprachen kommt jedoch eine große Bedeutung zu, wenn es darum geht, eine langfristige Politik zu bestimmen, bei der sich die Gewerkschaft verpflichtet, schrittweise jene Aspekte zu beseitigen zu suchen, die einer effektiven Verwirklichung der »Einkommenspolitik« im Wege stehen (und die Regierung wirkt in derselben Richtung)[58].

b) Ausbau dieser Absprachen zu regelrechten *(zum Teil selbsttätig wirkenden) Mechanismen der Kontrolle und Regulierung der tarifpolitischen Aktion und der Lohndynamik* durch *gesetzlich vorgeschriebene Konsultations- und Schlichtungsverfahren, Festsetzung von Lohnleitlinien, Formen von »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand«*, usw. (z. B. in Schweden und Holland); in einigen Fällen haben diese Mechanismen sich als sehr wirksam erwiesen (Schweden), während sie anderswo versagt haben (Holland); aber selbst in diesen Fällen haben sie dazu beigetragen, eine langfristige Tendenz in Gang zu setzen, die auf eine umfassendere Kontrolle der Löhne, des Beschäftigungsniveaus und des Arbeitsverhaltens zielt.

c) allgemeine Angebote der *Beteiligung der Arbeiterbewegung an der Wirtschaftsplanung* als Gegenleistung für bestimmte, von ihr eingegangene Verpflichtungen zur Kontrolle (oder Selbstkontrolle): dieser Weg ist bisher in Italien eingeschlagen worden, ohne daß weder der erste noch (teilweise) der zweite Aspekt dieser Politik näher definiert worden sind; sie hat allerdings zweifellos zu einer Stärkung der Vermittlungsfunktion der Regierung in den Tarifkämpfen beigetragen, die bisher das Hauptinstrument gewesen ist, mit dem die Regierung auf diesem Gebiet eingegriffen hat. Diese Politik wird seit geraumer Zeit auch in Frankreich praktiziert, wo sich die eindeutig subalterne Funktion dieser Beteiligung der Gewerkschaft – auch auf formaler Ebene – deutlicher abgezeichnet hat (es sei nur darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen örtlichen und nationalen Planungskommissionen den Unternehmervertretern zahlenmäßig unterlegen sind).

d) *Bildung (oder Wiedereinführung) von Organismen zur »Mitbestimmung« in Fragen der Unternehmensleitung*, verbunden mit formalen oder faktischen Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit auf Betriebs-

---

58 Zu der Art und Weise und den Grenzen, in denen diese zweifache Initiative in Großbritannien durchgeführt wird, vgl. die Studie von G. Cyriax, in *The Banker*, November 1965.

ebene (und mit politischen Gegenleistungen, die auf allgemeiner Ebene faktisch zugestanden werden): diese Linie ist vor kurzem in Frankreich mit dem neuen Gesetz über die »comités d'entreprise« eingeleitet worden.

Bei der Schaffung der gesetzgeberischen Instrumente zur Zwangskontrolle der Gewerkschaftsaktion sind bisher hauptsächlich folgende Wege eingeschlagen worden:

a) *Einführung von unumschränkten »Notstandsvollmachten«*, auf die die Regierung in bestimmten, besonders ernsten Situationen zurückgreifen kann, um die gewerkschaftliche Aktivität einzuschränken oder zu unterdrücken (s. den Entwurf der Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik);

b) *Versuche der Einschränkung des Rechts, »politische Streiks« durchzuführen* (die in verschiedenen Ländern, u. a. auch in Italien, unternommen worden sind)[59];

c) *Einschränkung des Streikrechts der Beamten* (z. B. in Belgien und in Frankreich; auch in Italien sind jüngst Versuche in dieser Richtung unternommen worden);

d) *Einführung hoher Strafen für Gewerkschaften, denen es nicht gelingt, wilde Streiks zu verhindern*, um zu vermeiden, daß die an der Spitze getroffenen Absprachen durch autonome lokale Aktionen zunichte gemacht werden (derartige Vorschriften sind in der Bundesrepublik schon seit langem in Kraft, und gegenwärtig ist die Rede davon, sie auch in Großbritannien einzuführen);

e) *Formen der Zwangskonsultation* (an der Basis durch *Urabstimmung*, an der Spitze durch *Aussprachen mit dem Tarifgegner und der Regierung) vor der Ausrufung von Streiks* und der *Zwangsschlichtung während des Tarifkonflikts.* Diese Formen gehören zum Teil zu der ersten Art politischer Instrumente, da sie im allgemeinen aufgrund eines politischen Abkommens mit den Gewerkschaften eingeführt werden (wohingegen die anderen Beschränkungen der Gewerkschaftsaktion oft, zumindest formal, auf den Widerstand der Gewerkschaften oder eines Teils von ihnen stoßen). Sie sind in unterschiedlichem Ausmaß z. B. in Schweden und in der Bundesrepublik in Kraft, und in Großbritannien ist ihre Einführung geplant.

Die Verwirklichung dieser beiden Bedingungen (Investitionen und politische Kontrolle der Gewerkschaften) stellt die kapitalistische Politik vor erhebliche Schwierigkeiten. Während sich diese beiden

---

59 Wir verweisen auf das Urteil des Kassationshofes zum Thema »Solidaritätsstreik« u. ä., das vor 2 Jahren ergangen ist.

Ebenen nämlich in der Theorie voneinander trennen lassen, scheint der Kapitalismus in der Praxis vor der Notwendigkeit zu stehen, die Realisierung beider Bedingungen (zumindest bis zu einem gewissen Grade) *gleichzeitig* in Angriff zu nehmen. Eine Politik intensiver Investitionen, die nicht unmittelbar vom Staat abhängt und nicht das spontane Ergebnis einer Periode der Hochkonjunktur ist, bedarf in der Tat, um wirksam zu sein, eines Klimas des »Sozialfriedens«: einmal um eine relativ hohe Gewinnspanne zur Reinvestition zu realisieren, und zum anderen, um eine gewisse Garantie dafür zu bieten, daß diese Gewinnspanne auch in Zukunft erzielt wird; diese beiden Voraussetzungen, von denen die eine materieller, die andere psychologischer Natur ist, sind für einen wirksamen Investitionsanreiz unerläßlich. Andererseits ist es bisher fast noch nie gelungen, auf der Grundlage einer bloßen politischen Absprache eine dauerhafte Kontrolle der Gewerkschaften zu erreichen, ohne daß gleichzeitig materielle Zwangsfaktoren wirksam geworden wären (Arbeitslosigkeit): nur sie nämlich ermöglichen es, zugleich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen unter Kontrolle zu halten.

Es kann daher entweder zu einem »kumulativen Prozeß« kommen, in dem die parallelen Maßnahmen zur Verwirklichung der beiden Bedingungen sich gegenseitig potenzieren, oder es ergibt sich eine Art von »circulus vitiosus«, bei dem die Schwierigkeiten, die bei der Inangriffnahme der einen auftreten, die Inangriffnahme der anderen unmöglich machen[60]. Auch das erklärt, warum man bestrebt ist, »Dreierabkommen« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern abzuschließen oder andere Formen von Absprachen zu treffen, auch wenn man weiß, daß sich ihre Durchführung (jedenfalls vorläufig) nur teilweise durchsetzen läßt: es ist der Versuch, eine Voraussetzung für die Ingangsetzung (»take-off«) des oben erwähnten Prozesses zu schaffen. Der Abschluß eines politischen Übereinkommens mit den Gewerkschaften oder der Erfolg einer Reihe von vermittelnden Eingriffen der Regierung zur Drosselung der Arbeitskämpfe können – auch nur vorübergehend – einen »Lohnstopp« bewirken und ein ökonomisches und politisches »Vertrauensklima« schaffen, das die Einleitung *einer Investitionspolitik erleichtern oder ihre Forcierung* begünstigen kann. Auch wenn eine solche Situation ungewiß und von kurzer Dauer

60 Das gilt – zumindest in gewissen Grenzen – für die Entwicklung in Italien in den letzten Jahren, auch wenn jetzt die Bedingungen für die Durchbrechung des »circulus vitiosus« und für die Einleitung des »kumulativen Prozesses« heranzureifen scheinen, dank des politischen Wohlverhaltens der Gewerkschaften, einiger bahnbrechender Konzentrations- und Investitionsinitiativen großer Unternehmen und einer Wiederbelebung der Nachfrage (vor allem der Auslandsnachfrage).

ist und schon bald wieder dieselben Probleme wie früher auftreten können, so treten sie doch unter zumindest teilweise veränderten Bedingungen auf, da die Einleitung einer Politik der Rationalisierungsinvestitionen die *Position* der *Unternehmer* inzwischen konsolidiert hat.

Hiervon ausgehend lassen sich zwei weitere Betrachtungen anstellen. In erster Linie zeigt sich, daß eine leichtfertige Skepsis hinsichtlich der Durchsetzbarkeit der »Einkommenspolitik« (sowie ein gewisser, daraus resultierender »Optimismus« der Gewerkschaften und die damit verbundene Unterschätzung der Stillhalteabkommen, die die kapitalistische Politik immer wieder erreicht) kaum gerechtfertigt sind; die Bedeutung bestimmter Absprachen ist zeitlich nicht so eng begrenzt oder auf die Ebene der »ideologischen Mystifikation« beschränkt, sondern liegt darin, daß ein weitreichenderer Prozeß in Gang gesetzt wird: und angesichts dieses weitreichenderen Prozesses ist selbst das Scheitern mancher Absprachen in der Praxis[61] oft relativ unwichtig.

Zweitens zeigt sich, daß das Verhältnis zwischen Lohndynamik und Investitionen weitaus komplexer und widerspruchsvoller ist als der einfache »Stimulierungseffekt«, von dem im allgemeinen die Rede ist. In der Anfangsphase des Booms war die Lohndynamik mit einer Anregung der Investitionstätigkeit verbunden: aber diese Anregung erfolgte weniger auf der Kostenseite als vielmehr auf der Seite der zusätzlichen Nachfrage, die durch das Ansteigen des Lohn- und Beschäftigungsniveaus hervorgerufen war, und sie führte dementsprechend eher zu Erweiterungs- als zu Rationalisierungsinvestitionen. Die weitere Entwicklung der Lohndynamik hat die Rationalisierungserfordernisse heranreifen lassen, ohne daß diese sich jedoch sofort in einer Steigerung der Investitionstätigkeit niedergeschlagen haben: zunächst ist es zu einer Rezession und der daraus folgenden Lohnbremsung gekommen, und erst dann – in einer veränderten politischen und wirtschaftlichen Situation – hat in relativ großem Maßstab eine Politik der Rationalisierungsinvestitionen eingesetzt, derenAusmaß auch heute noch den größten Unsicherheitsfaktor in der italienischen Wirtschaftsentwicklung darstellt. Man könnte also sagen, daß die Lohndynamik durch die Verstärkung der Rationalisierungskomponente zwar die Art der Investitionsperspektiven *bestimmt* hat, ohne jedoch die *Einleitung der Investitionstätigkeit* bewirkt zu haben: im Gegenteil, dazu bedurfte und bedarf es der Garantie einer starken Bremsung der Lohndynamik. Auch wenn bei diesem Prozeß zweifellos einige spezifische

61 D. h. die Tatsache, daß die Lohnerhöhungen über die vorgesehene Zuwachsrate hinausgegangen sind, wie es in Großbritannien der Fall ist.

Merkmale des italienischen Kapitalismus zu berücksichtigen sind (nämlich Wirtschaftswachstum bei niedrigem Lohnniveau), zeigen ähnliche Beispiele anderer Länder, daß es zwischen der Lohndynamik und der Verwirklichung des durch sie bedingten Investitionsanreizes zu einer »Phasenverschiebung« kommt: und um dieser Erscheinung zu begegnen, bedarf es eben jener Art von politischen Absprachen und von Kontrolle über die Gewerkschaften, auf die in den letzten Jahren in Europa immer häufiger zurückgegriffen wird.

B. PROBLEME DER ENTWICKLUNG DES ITALIENISCHEN KAPITALISMUS IM INTERNATIONALEN KONTEXT

1. Die Grundziele und die Bedingungen ihrer Verwirklichung

Die italienische kapitalistische Wirtschaftsplanung, die sich in den letzten Jahren langsam und unter Widersprüchen entwickelt hat, mußte die grundlegenden Zielsetzungen eines Jahrfünfts bestimmen, das von der zunehmenden »Internationalisierung« der italienischen Wirtschaft gekennzeichnet war. Zu den schwierigen Problemen, die dieser Prozeß der internationalen Integration als solcher aufwarf, sind einige besonders erschwerende Faktoren hinzugekommen: die italienische Wirtschaft mußte nämlich die Endphase dieses Prozesses in einer Periode der Konjunkturkrise und des darauffolgenden mühsamen Wiederanziehens der Konjunktur bewältigen[62]. Man kann sogar behaupten, daß die Wirtschaftsplanung erst in dem Moment deutlicher Gestalt angenommen hat, in dem sie begann, diese neuen und komplizierten Probleme, die sich aus der gleichzeitigen Intensivierung der internationalen Integration und der Verschärfung der italienischen Konjunkturkrise ergaben, auf theoretischer und politischer Ebene und – wenngleich partiell – auch auf der Ebene der Wirtschaftsorganisation in Angriff zu nehmen.

Auch deshalb läßt sich die Wirtschaftsplanung danach beurteilen, wie sie die Probleme löst, die sich auf drei Ebenen stellen: 1) die *Grund-*

62 Dieses zeitliche Zusammenfallen war nicht unvermeidlich: die italienische Konjunkturkrise ist nämlich zum großen Teil durch interne Faktoren bedingt, und die zunehmende internationale Integration hat nur teilweise (durch ihren Einfluß auf den Außenhandel z. B.) oder indirekt (durch ihren indirekten Einfluß auf den Lohnauftrieb) zum Auftreten der Krise beigetragen.

ziele, die in dem Jahrfünft verwirklicht werden sollen, 2) die *unerläßlichen Bedingungen zur Gewährleistung ihrer Verwirklichung* im Laufe des Jahrfünfts, 3) die *»Startprobleme«*, d. h. die Probleme des Übergangs von der gegenwärtigen Konjunkturabschwächung zu einem Entwicklungsprozeß, der den beiden ersten Bedingungen adäquat ist. Das vieldiskutierte Verhältnis zwischen »Konjunkturpolitik« und »Wirtschaftsplanung« besteht also in erster Linie darin, sofort einen intensiveren Entwicklungsprozeß als den derzeitigen in Gang zu setzen: das ist nämlich die Grundvoraussetzung aller langfristig angelegten wirtschaftspolitischen Linien, die in Italien gegenwärtig vorgeschlagen werden; welche Wachstumsrate auch immer als »unerläßliches Minimum« für das Jahrfünft angenommen werden mag, ob sie nun weit unter der der Jahre 1955–62 liegt oder ob sie sie fast erreicht, auf jeden Fall ist sie sehr viel höher als die Zuwachsrate der Jahre 1964–65, die bei etwa 3 % lag.

Bei der Bestimmung der Lösungen der beiden ersten Problemkreise (d. h. der langfristigeren) können wir von einigen grundlegenden Variablen der Wirtschaftsentwicklung ausgehen: *Bruttosozialprodukt*, seine Verteilung zwischen *Investitionen* und *Verbrauch*, *Produktivität (Gesamtproduktivität* und *Produktivität nach Sektoren)*, *Beschäftigungsniveau* [63]. Die verschiedenen Lösungen sind nicht nur durch die *verschiedenen Größen* bestimmt, die diese Variablen in ihnen annehmen, sondern auch durch die *Rangordnung der Prioritäten*, die ihnen jeweils zugewiesen wird: d. h. dadurch, welche Variablen sozusagen »unabhängig« werden, in dem Sinne, daß die Bestimmung ihrer Größe Priorität gewinnt und die Größen einer Reihe anderer Variablen von ihr »abgeleitet« oder jedenfalls so festgesetzt werden, daß sie mit ihr in Einklang sind[64].

Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich selbst in den politischen Dokumenten des italienischen Kapitalismus zwei unterschiedliche »Denkweisen« erkennen.

Die eine dieser beiden Denkweisen hat den Text des »Fünfjahresplanes« selbst geprägt und ist – wenn auch mit bezeichnenden Nuancie-

---

63 Es handelt sich hier natürlich weder um eine erschöpfende Darstellung, noch um ein »Modell«, in dem die Beziehungen dieser Variablen untereinander genau festgelegt sind. Wir haben diese Variablen lediglich als die einfachsten und anschaulichsten »Indikatoren« gewählt.

64 Auch hier sind die Begriffe (»unabhängige Variable«, »abgeleitet«, usw.) im weiteren Sinne und nicht in formal strengem Sinne zu verstehen. Es handelt sich übrigens oft um Variable, die sich aufgrund ihrer Verschiedenartigkeit kaum messen lassen oder die in ein vielschichtiges Netz von Wechselbeziehungen eingefügt sind, die wir hier nicht berücksichtigen.

rungen – im Laufe aller aufeinanderfolgenden Fassungen beibehalten worden[65], so daß sie als typischer Ausdruck der »Ideologie der Mitte-Links-Regierung« betrachtet werden kann. Diese Denkweise läßt sich schematisch folgendermaßen umreißen. Vorrang wird zwei Arten von allgemeinen Zielen zuerkannt: einerseits der *Vollbeschäftigung* und andererseits der *Überwindung der krassesten Ungleichgewichte zwischen Industrie und Landwirtschaft sowie zwischen Nord- und Süditalien*[66]. Ausgehend von diesen Zielen gilt es, die Bedingungen für ihre Verwirklichung und jene »zusätzlichen Bedingungen« zu bestimmen, die sich zwangsläufig aus der Tatsache ergeben, daß ihre Verwirklichung sich im Rahmen der zunehmenden internationalen Integration der italienischen Wirtschaft vollziehen muß[67].

Die andere Denkweise läßt sich anhand des Gutachtens des CNEL*)[68] und der jüngsten Reden des Notenbankpräsidenten Carli[69] veranschaulichen. Wir wollen sie kurz umreißen. Die *zunehmende Integration der italienischen Wirtschaft in den Weltmarkt* erfordert eine rasche und *starke Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität* (und insbesondere einiger Schlüsselbereiche). Aus diesem Grundziel ergeben sich verschiedene Notwendigkeiten, und zwar im Hinblick auf das *Investitionsniveau, die Struktur des Betriebs und des Wirtschaftszweigs* und auf das *technologische Niveau*, das darauf beruht. Eine Reihe anderer Aspekte *(Beschäftigungsstand, Lohn- und Konsumniveau, regionale und sektorale Disproportionen)* müssen – zumindest einstweilen – den ersteren strikt untergeordnet werden.

Aus diesen beiden »Denkweisen« können sich zwei sehr ähnliche »Ent-

---

* »Consiglio Nazionale dell'Economia e del Lavoro«, Nationalrat für Wirtschaft und Arbeit

65 Ihre Entwicklung läßt sich im wesentlichen anhand folgender Dokumente verfolgen: »Nota aggiuntiva« des Ministers La Malfa vom 22. Mai 1962 (vgl. Beilage zu *Mondo Economico*, 30. Mai 1962), »Rapporto Saraceno« (vgl. die Zusammenfassung in *Mondo Economico*, 25. Januar 1964), »Bozza del programma quinquennale« oder »Piano Giolitti« (vgl. *Mondo Economico*, Beilage, 4. Juli 1964), »Progetto di programma quinquennale« oder »Piano Pieraccini« (vgl. Beilage zu *Mondo Economico*, 20. Februar 1965).

66 Vgl. »Piano Pieraccini«, Teil I. Kapitel II.

67 Wir stellen hier die Rangordnung der Prioritäten und die damit verbundene Ideologie dar, wie sie aus den offiziellen Verlautbarungen hervorgeht und nicht wie sie von einigen Befürwortern der ersten Mitte-Links-Regierung vertreten werden (Lombardi), für die die Verwirklichung der vorrangigen Ziele selbst zur schrittweisen Einführung von Ungleichgewichten im kapitalistischen Herrschaftssystem diente.

68 Vgl. die Beilage zu *Mondo Economico*, 10. April 1965.

69 Vgl. insbesondere die Rede anläßlich des Weltspartags (*Mondo Economico*, 6. November 1965).

wicklungsmodelle« ergeben (und das ist auf theoretischer Ebene auch zum Teil der Fall). In der Praxis weisen sie gegenwärtig allerdings bedeutende Unterschiede auf.

Das erste Schema birgt nämlich die Gefahr einer *Unterschätzung des internationalen Integrationsprozesses und seiner Folgen* in sich, d. h. die Tendenz, die »Sachzwänge« zu unterschätzen, die dieser Prozeß mit sich bringt, wenn vermieden werden soll, daß die ganze italienische Wirtschaft in eine tiefe Krise gerät[70]. Wenn man von einer solchen Einschätzung ausgeht, erscheint es nicht so schwierig, die Verwirklichung der beiden Grundziele (Vollbeschäftigung und Überwindung der Ungleichgewichte) auch innerhalb der nächsten fünf Jahre mit dem Prozeß der internationalen Integration in Einklang zu bringen.

Aus dieser ersten Fehleinschätzung ergeben sich zwei weitere Mängel. In erster Linie entspricht dieses Denkschema nicht den Vorstellungen, die den wichtigsten langfristigen politischen Entscheidungen zugrunde liegen, die bisher nicht nur von der privaten, sondern auch von der öffentlichen Wirtschaft getroffen worden sind. Sowohl die privaten als auch die staatlichen Wirtschaftsunternehmen haben sich nämlich in den Jahren 1964–65 in ihrer Politik nicht so sehr von den »vorrangigen Zielen«, die in dem Programmentwurf formuliert worden waren, als vielmehr von den zwingenden Erfordernissen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft leiten lassen. Diese Diskrepanz zwischen den im Plan aufgestellten Prioritäten und jenen, an denen sich die Wirtschaft tatsächlich orientiert, stellt einen schwerwiegenden Mangel dar für einen Plan, der im großen und ganzen prognostischer Natur ist und nicht vorsieht (oder jedenfalls nicht dafür geeignet ist), eine bestimmte Rangordnung der Prioritäten *durchzusetzen,* auch wenn sie von der von der Wirtschaft aufgestellten abweicht. Der Beweis dafür ist in der Tatsache zu sehen, daß die konkreten politischen Maßnahmen der Regierung praktisch dieselbe »Rangordnung der Prioritäten« beachten, an die sich die Unternehmer halten und die in den allgemeinen Erklärungen, die sich an dem Problem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren, vertreten wird: der Hinweis auf die im Plan gesetzten Prioritäten wirkt so schließlich nur als hemmendes und verzögerndes Moment, als Unsicherheitsfaktor bei der Verwirklichung jener Maßnahmen, die den »Grundsätzen« des Wirtschaftsplanes am eindeutigsten widersprechen.

Zweitens wird durch diese Widersprüchlichkeit und die dadurch be-

---

70 Davon zeugen die Befürchtungen, die in dem ganzen Text des »Parere del CNEL« (Gutachten des CNEL, a. a. O.) zum Ausdruck gebracht werden (s. insbesondere S. VIII–IX und XI–XIII), auf die wir noch zurückkommen werden.

dingte Unschlüssigkeit die Wirksamkeit dieser Position bei der Bewältigung der Probleme der »Ingangsetzung« dieser Entwicklungsphase beeinträchtigt.
Im großen und ganzen also wirkt die erste der oben skizzierten Positionen auf die großen Variablen der Wirtschaftsentwicklung nur in dem Maße ein, wie sie *faktisch mit der zweiten übereinstimmt.* Es ist also vertretbar, letztere als wesentlichen Bezugspunkt für die Analyse der Politik des italienischen Kapitalismus zu wählen.
Bevor wir diese politische Linie eingehender untersuchen, seien noch zwei Bemerkungen zu der ersten, d. h. der »offiziellen Planungspolitik« der Regierung, gemacht.
Erstens beruhen die Inkohärenz und die Mängel der Regierungsverlautbarungen über das Entwicklungsprogramm – zumindest teilweise – noch auf jenem blassen »ideologischen Überrest« der offiziellen Position der Arbeiterbewegung zu der »demokratischen Programmierung«, der in den Erklärungen Pieraccinis und des Planungsbüros noch vorhanden ist. Typisch für diese Position ist, daß dem Ziel der Vollbeschäftigung oder der raschen Beseitigung der »historischen Ungleichgewichte« oder der starken Expansion des »Staatsverbrauchs« nach wie vor »grundsätzlich« Priorität eingeräumt wird, während alle Wirtschaftsbereiche (einschließlich der vom Staat kontrollierten) sich an andere Prioritäten halten und weder ein politischer Wille noch die notwendigen Zwangsmittel zur Veränderung dieser Prioritäten gegeben sind. Und typisch ist die eng mit dieser Rangordnung der Prioritäten verbundene Unterschätzung der internationalen Dimension und der »Imperative«, die sie dem italienischen Kapitalismus auferlegt: mit der These der vorrangigen Durchsetzbarkeit der oben erwähnten Ziele *im Rahmen des bestehenden Systems* werden die absehbaren Folgen der internationalen Integration beschönigt oder verschleiert.
Zweitens vollzieht sich bereits – nicht nur in der Praxis, sondern auch in den Erklärungen – eine Anpassung der Regierungsposition an die zweite, einschneidendere kapitalistische Planungslinie (die wir als die »Linie Petrilli-Carli« bezeichnen könnten). Das wichtigste Beispiel dafür ist die »nota aggiuntiva« zum Entwicklungsprogramm[71], in der – wenngleich unter vielen Vorbehalten und nicht völlig konsequent – einige außerordentlich bedeutsame Bemerkungen des CNEL etwa zum Problem der Beschäftigungslage übernommen werden[72].

71 Vgl. den Text in der Beilage zu *Mondo Economico*, 20. November 1965.
72 »In dem Zeitraum 1966–70 wird das Angebot an Arbeitskräften eine Zuwachsrate aufweisen, die leicht unter der vom Plan vorhergesehenen Steigerung liegen

2. *Die »Linie Carli-Petrilli« in der Stellungnahme des CNEL zum Fünfjahresplan*

Wie bereits erwähnt, beginnt der CNEL seine Betrachtungen damit, die »Mindestwachstumsziele« des *Bruttosozialprodukts* aufzustellen, die die italienische Wirtschaft erreichen muß, »um in dieser äußerst heiklen Phase des Aufbaus des Gemeinsamen Marktes und der von der Kennedy-Runde eröffneten Möglichkeiten eine eindeutige Verschlechterung der eigenen Position zu vermeiden, die die weiteren Entwicklungsperspektiven erheblich beeinträchtigen würde, da sie im Rahmen des neuen Wirtschaftsraumes zu einer gefährlichen Verschärfung der Ungleichgewichte führen und unser Land zu einer schwer zu überwindenden subalternen Rolle verurteilen würde«[73].
Es muß also erstens geprüft werden, ob die im Plan vorgesehene durchschnittliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 5% im Jahrfünft diesen Mindestbedingungen entspricht, und zweitens, welche Bedingungen erforderlich sind, a) um sie ausgehend von der gegenwärtigen Konjunkturlage zu verwirklichen, und b) um sie während des ganzen Jahrfünfts beizubehalten[74].
Die erste, allgemeinere Frage kann positiv beantwortet werden, wenn auch mit einigen Einschränkungen: das Ziel einer Jahreszuwachsrate von 5% ist vertretbar, sofern man berücksichtigt, daß es tatsächlich einen *Mindestwert* darstellt, der auf keinen Fall unterschritten werden darf; nicht umsonst empfiehlt der »Bericht über die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven in der EWG« für Italien eine höhere durchschnittliche Wachstumsrate, und zwar 5,75%, »in der Sorge, ein ausgewogenes Wachstum der Wirtschaft der Gemeinschaft zu gewährlei-

---

wird. Die Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit in den beiden letzten Jahren hat den Prozeß der Absorption landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch die anderen produktiven Wirtschaftszweige eingedämmt, und dieses Phänomen wird wahrscheinlich in den ersten Jahren des nächsten Jahrfünfts noch fortbestehen« (S. VII). Eine genauere Voraussage dieses Phänomens wird jedoch sofort danach vermieden und sein Ausmaß wird mit folgenden vagen Bemerkungen eingeschränkt: I) »es kann davon ausgegangen werden, daß das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften, das durch die Abnahme des Beschäftigungsgrades in der Landwirtschaft bedingt ist, niedriger sein wird, als im Programm vorgesehen worden ist«; II) »eine höhere Kapitalintensität, zu der es vor allem in den ersten Jahren in einigen Wirtschaftszweigen kommen kann, wird wahrscheinlich durch die Auswirkungen der umfassenden Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit auf die arbeitsintensiven Wirtschaftssektoren neutralisiert werden« (ibid.). Mit diesen beiden Bemerkungen wird die vorhergehende Feststellung sofort wieder aufgehoben, und alles bleibt beim alten.

73 S. Beilage zu *Mondo Economico*, a. a. O., S. V.

74 Ibid., S. IV

sten«[75]. Schon hier läuft man also Gefahr, die Probleme zu unterschätzen, die sich aus der internationalen Integration ergeben.
Eine zweite, größere Gefahr betrifft das *Niveau der Produktivität* (und der zu ihrer Verwirklichung notwendigen *Investitionen*) – insbesondere in der *Industrie* –, das zwangsläufig sowohl mit der Erreichung der festgesetzten Zuwachsrate als auch mit der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft zusammenhängt. Das Problem der *Industrieinvestitionen* wird damit zum zentralen Thema der Ausführungen des CNEL[76]; und hier werden die »Besorgnis« und die Kritik besonders eindringlich: während die Voraussagen über die Entwicklung des Bruttosozialprodukts dem Minimum, das noch mit der internationalen Integration Italiens vereinbar ist, entsprachen, ohne dieses Minimum jedoch zu unterschreiten, wird an mehreren Stellen darauf hingewiesen, daß die vorgesehene Entwicklung der Investitionen und Produktivität über die »Verträglichkeitsgrenze« der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hinauszugehen droht[77]. Diese Kritik betrifft nicht nur die *quantitative* Gesamthöhe der Investitionen, sondern ihr liegt auch eine andere *qualitative* Einschätzung der Investitionen zugrunde (d. h. eine andere Beurteilung des Grenzverhältnisses Kapital-Bruttosozialprodukt und des Verhältnisses Kapital-Beschäftigte). Diese beiden gleichermaßen bedeutsamen Aspekte sind auf die starke Betonung des »technologischen Sprungs« zurückzuführen, den die italienische Wirtschaft in den nächsten Jahren vollziehen muß, um sich in den kapitalistischen Weltmarkt integrieren zu können.
Diese Notwendigkeit wird mit einer Reihe von Faktoren begründet:
a) in erster Linie zeichnet sich heute »in den hochentwickelten Industrieländern und selbst im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eine Tendenz zur forcierten Einführung technologischer Neuerungen [ab], die die Verwendung eines sehr hohen Anteils des Bruttosozialprodukts für produktive Investitionen und damit einen intensiven Akkumulationsprozeß voraussetzt«[78];

---

75 Ibid., S. V.
76 Ibid., »Osservazioni conclusive« (Schlußbetrachtungen), S. XI.
77 Auch nach den diesbezüglichen Erklärungen des Planungsbüros »ist von mancher Seite der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, daß das im Entwurf angewandte Kriterium zur Berechnung der Produktivität die Steigerung der Industrieproduktivität unterschätzt« (S. IX); außerdem »hält der CNEL es für fraglich, ob die im Programmentwurf vorgesehenen Investitionen nicht nur den früher erreichten Werten entsprechen, sondern auch den höheren Anforderungen an die Leistungsfähigkeit gerecht werden, die ein System erreichen muß, das sich in zunehmendem Maße in einen Markt einschalten wird, auf dem weit fortgeschrittenere Industrieländer als Italien tätig sind« (S. X).

b) für Italien kommt es nicht nur darauf an, mit dieser Tendenz »Schritt zu halten«, da das technologische Ausgangsniveau Italiens nach wie vor insgesamt niedriger ist als das der anderen EWG-Länder; es gilt vielmehr, den »Rückstand aufzuholen«. Nun liegt aber die im Fünfjahresplan vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität (Jahresdurchschnittsrate 4,45%) unter der Zuwachsrate, die für die Bundesrepublik vorgesehen ist (5,1%), und nur geringfügig über den entsprechenden Werten für Belgien (4,25%) und Frankreich (3,7%). Nach Ansicht des CNEL »ist zu prüfen, ob der geringe Vorsprung Italiens ausreicht, um den Abstand zwischen den verschiedenen Ländern, entsprechend den für die Verwirklichung der EWG vorgesehenen Fristen, zu verringern, zumal sich inzwischen die Arbeitskosten in Italien insgesamt denen der anderen Länder, mit denen wir im direkten Wettbewerb stehen, angleichen«[79].

c) für Italien werden also in den nächsten Jahren einige »Vorzugsbedingungen« wegfallen, die vorübergehend ein im Vergleich zu den anderen Ländern niedrigeres technologisches und Produktivitätsniveau kompensieren konnten: nämlich einerseits die erwähnten *niedrigen Arbeitskosten* und andererseits die *Reserven an nicht ausgenutzter oder unterbeschäftigter Arbeitskraft*[80].

d) mit diesen allgemeinen Bedingungen des »technologischen Sprungs« hängt auch die *qualitative* Kritik an den im Plan vorgesehenen Investitionen zusammen. Der Plan geht von einer allgemeinen Tendenz zur Verringerung des *Grenzverhältnisses Kapital–Bruttosozialprodukt* aus, »die auf einer höheren Rentabilität des Kapitals in einer hochentwikkelten Wirtschaft beruht«. Der CNEL fragt sich nun, »ob man in Zukunft mit einem Anhalten dieser Tendenz rechnen kann oder ob nicht vielmehr eine Umkehrung dieser Tendenz zu erwarten ist, in dem

---

78 Vgl. S. III. Zu diesem Aspekt ebenso wie im allgemeinen zu dem ganzen Problem der Investitionen, die zu einer harmonischen Integration Italiens in den kapitalistischen Weltmarkt notwendig sind, vgl. die zitierte Rede des Notenbankpräsidenten Carli *anläßlich des Weltspartags 1965*.

79 S. IX. Nachdem darauf hingewiesen worden ist, daß »die vorgesehene Wachstumsrate der Industrieproduktivität unter der in den letzten fünf Jahren verzeichneten liegt«, wird weiter ausgeführt, daß »nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Aufrechterhaltung der in den vergangenen Jahren erreichten Zuwachsrate die Mindestbedingung für die Wahrung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist« (S. XII): hier zeigt sich ganz deutlich die Diskrepanz zwischen der im Plan vorgesehenen Tendenz und der vom CNEL empfohlenen Tendenz.

80 Auch wenn diese Arbeitskraftreserven zum Teil noch bestehen, legt »eine gewisse Starrheit unseres Arbeitsmarktes« die Vermutung nahe, daß sie die Funktion, die sie bisher erfüllten, in Zukunft immer weniger erfüllen werden (vgl. S. VII bis VIII).

Sinne, daß ein Reifeniveau erreicht wird, bei dessen Überschreitung der *qualitative Sprung* einer großen technologischen Umwälzung eintreten kann. Es erscheint nämlich unbestreitbar, daß die Erfahrungen anderer Länder – insbesondere der USA und der Bundesrepublik – und die entsprechenden Voraussagen der Wirtschaftsentwicklung dieser Frage große Aktualität verleihen ... nach Ansicht des CNEL nähert sich dieser Zeitpunkt wahrscheinlich auch für die italienische Wirtschaft«[81].
Hier setzt auch die Kritik an der Prognose über das *Verhältnis zwischen Kapital und Beschäftigten* an: »Das Ziel, in Italien unter Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein ausreichendes Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten ... erscheint unrealisierbar, wenn keine neuen Arbeitsplätze mit einer Leistungsfähigkeit europäischen Niveaus, d. h. mit einer weitaus höheren Kapitalintensität als früher, geschaffen werden«[82]; auch in dieser Hinsicht laufen die Prognosen des Plans also Gefahr, das Phänomen zu unterschätzen.
Daß es sich bei diesen Bemerkungen weder um »Nuancen« noch um rein »akademische« Betrachtungen handelt, ergibt sich aus den sehr klaren Schlußfolgerungen, die der Bericht des CNEL (allerdings in der ihm eigenen verschwommenen Sprache) daraus für eine Reihe grundlegender Variablen der italienischen Wirtschaft zieht: für die anderen Komponenten, in die sich die Verwendungsarten des Bruttosozialprodukts aufgliedern (*»soziale Aufwendungen«*, d. h. Staatsverbrauch, öffentliche und Wohnungsbauinvestitionen, sowie *Privatverbrauch*), für den *Beschäftigungsstand*, die *gebietsmäßige Verteilung der Wirtschaftstätigkeit* (und allgemeiner das Problem der Disparitäten) und für den *Zustrom von Auslandskapital.*
1) Der Bericht des CNEL weist eindeutig darauf hin, daß »die zur Finanzierung höherer Investitionen notwendigen Mittel nur auf zwei Wegen beschafft werden können: über die ›sozialen Aufwendungen‹ und über die Sparneigung der Gesamtwirtschaft«[83]. Der Vorschlag der Verringerung der »sozialen Aufwendungen« (insbesondere der Mittel, die der Sozialversicherung zugeführt werden sollen)[84] trifft einen ent-

81 S. XII. In diesem Zusammenhang wird der Einwand zurückgewiesen, daß Italien aufgrund seines relativ niedrigen technologischen Niveaus diesen »qualitativen Sprung« später vollziehen wird; bekanntlich besitzen die technologischen Neuerungen nämlich die Tendenz zu ihrer Ausbreitung, durch die diese *»zeitliche* Phasenverschiebung« in dem technischen Fortschritt der verschiedenen Länder, vor allem in einer Situation offenen Marktes, aufgehoben wird, und das setzt die Länder mit niedrigem technologischen Niveau natürlich besonders starken »Sprüngen« und Spannungen aus (ibid.).
82 Vgl. S. XII.
83 Vgl. S. XIII.
84 Ungekürzt sollten dagegen die Mittel bleiben, »die zur Finanzierung großer In-

scheidenden Punkt des Plans, der ihn ideologisch mit den verschiedenen Vorschlägen »demokratischer Programmierung« verbindet: im Rahmen einer Wirtschaftsentwicklung, in der die Lohn- und Konsumdynamik rigoros kontrolliert ist, sollte das starke Gewicht der »sozialen Aufwendungen« nämlich eine ausschlaggebende Rolle spielen, um zumindest einige der »Bedürfnisse der Massen« zu befriedigen.

2) Unter der Bezeichnung »Sparneigung der Gesamtwirtschaft« werden in Wirklichkeit zwei bedeutende Spararten zusammengefaßt, die wir als *»freiwilliges Sparen«* und als *»Zwangssparen«* definieren könnten und die teilweise den beiden Finanzierungsarten der Unternehmensinvestitionen, Fremdfinanzierung und Eigenfinanzierung, entsprechen. Was das freiwillige Sparen anbelangt, so gilt es, die sowohl technisch-organisatorischen als auch psychologischen Bedingungen zur Anregung der Spartätigkeit zu schaffen (und – was sehr viel schwieriger ist – dafür zu sorgen, daß diese Ersparnis auch investiert wird[85]): am ausführlichsten und klarsten hat der Präsident der italienischen Notenbank diese Bedingungen dargelegt[86]; auch sie haben eine ganz bestimmte politische Dimension, da sie den vorübergehenden Verzicht auf bestimmte Kontrollmaßnahmen oder -instrumente implizieren können, die – auch wenn ihre Notwendigkeit von den Exponenten der kapitalistischen Politik grundsätzlich anerkannt wird – unmittelbare Störeffekte auf die Spar- und Investitionsneigung der privaten Wirtschaft haben könnten[87]. Aber unmittelbare politische Auswirkungen auf die Arbeiterklasse hat vor allem der zweite Aspekt, d. h. die Herbeiführung von Voraussetzungen für die Erhöhung der *Kapitalbildung innerhalb der Unternehmen* oder, einfacher gesagt, eine Politik der *Profit-*

---

frastrukturarbeiten (Verkehrswege, Häfen, Fernmeldewesen) dienen oder die für die Entfaltung des Faktors Mensch des Wirtschaftswachstums (Schule, Berufsausbildung, wissenschaftliche Forschung) von grundlegender Bedeutung sind, Verwendungsarten, die ... eine unverzichtbare Voraussetzung für die Industrieinvestitionen im eigentlichen Sinne sind« (S. XIII). Hier haben wir ein weiteres Beispiel dafür, daß die den Industrieinvestitionen zuerkannte Priorität in der Konzeption des CNEL als striktes »Selektionskriterium« dient.

85 Seit Keynes glauben die Exponenten der kapitalistischen Wirtschaftspolitik nicht mehr, daß die Ersparnis sich restlos und unmittelbar in Investitionen umsetzt. Auch die jüngsten Daten über Ersparnis und Investitionen in Italien zeigen, daß auf einen gewissen Aufschwung der Sparbildung bisher noch kein entsprechender Aufschwung der Investitionstätigkeit gefolgt ist.

86 Vgl. die *Relazioni generali* (insbesondere die für 1964 und 1965), die Reden anläßlich des Weltspartags (vor allem die letzte, veröffentlicht in *Mondo Economico*, 6. November 1965, S. 51–52) sowie die Geschäftsberichte des Aufsichtsratsvorsitzenden der Banca Commerciale Italiana, Raffaele Mattioli.

87 Auf diese Aspekte, die alle das Problem betreffen, wie der Entwicklungsplan ausgehend von der heutigen konjunkturellen und politischen Situation in Gang gesetzt werden kann, kommen wir noch zurück.

steigerung auf Kosten der Löhne, die sowohl direkt – durch eine Bremsung der Lohndynamik – als auch indirekt – durch Formen der »Vermögensbildung«[88] praktiziert werden muß. In dieser Hinsicht stimmt die Position des CNEL im großen und ganzen mit der im Plan definierten Position überein (abgesehen von einer stärkeren Betonung der Sparförderungspolitik gegenüber den abhängig Beschäftigten)[89]: aber die *Höhe* der Ersparnis, die den Arbeitenden »abgerungen« werden soll, ist aufgrund des höheren Spar- und Investitionsanteils, der vom CNEL empfohlen wird, implizit viel größer. Das bedeutet eine Verschärfung der Politik gegenüber den Gewerkschaften. Zu diesem Aspekt paßt – auch wenn der Zusammenhang nicht ausdrücklich hergestellt wird – sehr gut ein anderer Punkt, in dem der CNEL von den Prognosen des Plans abweicht, nämlich das Beschäftigungsniveau.

3) In dem Gutachten des CNEL wird wiederholt die Möglichkeit angedeutet, daß die Arbeitslosenquote die im Plan angestellten Schätzungen übertreffen wird, und zwar aus vielfachen Gründen. Wir wollen hier einige, wenn auch wichtige Gründe, die mit der »Starrheit« des italienischen Arbeitsmarktes zusammenhängen[90], unberücksichtigt lassen und vielmehr die Gründe untersuchen, die sich unmittelbarer auf die vom CNEL formulierte Perspektive für die Entwicklung der Investitionen beziehen. Sie betreffen zwei miteinander verknüpfte Aspekte dieser Perspektive: erstens den höheren Anteil der *Rationalisierungsinvestitionen* an den Gesamtinvestitionen[91] und zweitens die stärkere *Erhöhung der Kapitalintensität* (Verhältnis zwischen Kapital und Beschäftigten), die – zum Teil eben deshalb und zum Teil aufgrund allgemeinerer Überlegungen – in der Perspektive des CNEL vorausgesetzt wird[92]. In Anbetracht dieser beiden Aspekte wird die Investi-

---

88 »Indirekt« in dem Sinne, daß die »Vermögensbildung« für den Betrieb, in dem die »Sparer« beschäftigt sind, keine direkte Quelle der Eigenfinanzierung darstellt, sondern im allgemeinen zur Erhöhung der für Investitionen verfügbaren Mittel beiträgt (und auf diesem »indirekt« sind die ganzen verschiedenen »demokratischen« Ideologien der »Vermögensbildung« aufgebaut worden).

89 Vgl. S. XI, aber auch an anderer Stelle wird die »zunehmende Bedeutung, die das Einkommen aus unselbständiger Arbeit bei der gesamtwirtschaftlichen Sparbildung in Zukunft erlangen wird«, betont (S. XIV).

90 Vgl. S. VII–VIII.

91 Vgl. S. X, wo auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, »wichtige Industriezweige von Grund auf zu modernisieren, in denen investiert werden muß, um die bestehenden Arbeitsplätze unter Bedingungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten«.

92 Vgl. noch einmal S. X; dort ist die Rede von der »Schaffung neuer Arbeitsplätze mit einer Leistungsfähigkeit ›europäischen Niveaus‹, d. h. mit einer weit höheren Kapitalintensität als früher«. Und vgl. im allgemeinen den Hinweis des CNEL auf die Möglichkeit, daß die jetzt einsetzende Phase durch einen regelrechten

tionsentwicklung im Planjahrfünft in bezug auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze weit weniger optimistisch eingeschätzt als in dem von der Regierung vorgelegten Plan, ja es wird sogar die Ansicht vertreten, *daß die* Entwicklung der Investitionen technologische Arbeitslosigkeit heraufbeschwören kann[93]. Diese Prognosen über die Entwicklung der Beschäftigungslage sind verbunden mit der Prognose, *daß* »*die* Auswanderungsquote vorübergehend die vorgesehene Höhe übertreffen könnte«[94] und daß es möglicherweise zu einer Abschwächung der »Landflucht« kommen kann[95].

4. Besonders hervorgehoben wird in dem Gutachten des CNEL das »Mißtrauen und die Bedenken gegenüber der Konzeption, die wir als ›Ideologie der Überwindung der Ungleichgewichte‹ bezeichnen könnten«. Dieses Thema ist in den letzten Jahren zum hauptsächlichen Leitmotiv der verschiedenen Planungsentwürfe geworden, ob sie nun von der Regierung oder von anderer Seite vorgelegt worden sind, auch wenn die Bedingungen für die Durchführung einer solchen Politik und die damit verbundenen »Kosten« nicht näher dargelegt werden. Im Rahmen seiner allgemein gehaltenen Betrachtungen versucht der CNEL erstens, den *Dringlichkeitsgrad* dieser Aufgabe abzuschwächen, und

»technologischen Sprung« gekennzeichnet sein wird, der die gesamte Industrie erfaßt.

93 »Was die Zweckmäßigkeit anbelangt, die Akkumulationsrate so weit zu erhöhen, daß der Zuwachs des Bruttosozialprodukts durch eine Produktivitätssteigerung erzielt wird, hat das Planungsbüro erklärt, daß eine derartige Entscheidung – wenn die vorgesehene jährliche Zuwachsrate von 5% aufrechterhalten werden soll – die Inkaufnahme eines niedrigeren Beschäftigungsgrades oder aber die Erzielung einer höheren Wachstumsrate erforderte, was bei der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung kaum möglich ist und auf jeden Fall zu inflationären Spannungen führen könnte« (S. X). Der CNEL gibt zu, daß »in dieser Perspektive kurzfristig gewisse Befürchtungen hinsichtlich des möglichen Auftretens einer gewissen technologischen Arbeitslosigkeit gerechtfertigt sein könnten. Der CNEL ist sich des Ernstes einer solchen Gefahr vollkommen bewußt. Man ist jedoch der Ansicht, daß dieses Risiko eingegangen werden muß, da eine Wirtschaftsplanung das vorrangige Ziel verfolgt, die Probleme der zukünftigen Entwicklung zu erkennen, um die geeignetsten Instrumente zu ihrer Lösung bereitstellen zu können« (S. XII). Diese Konzeption des Verhältnisses zwischen Entwicklung der Produktivität und Entwicklung der Beschäftigungslage, bei der eine gewisse technologische Arbeitslosigkeit in Kauf genommen wird, stimmt im großen und ganzen mit den von der Confindustria formulierten Prognosen über die Entwicklung der Beschäftigungslage für den Zeitraum 1965–68 überein (vgl. *Mondo Economico*, 21.–28. August 1965, S. 9–14).

94 Vgl. S. XIII.

95 »Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß der tatsächliche Rückgang der Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft auf jeden Fall eine Folge der Industrialisierung sein wird ... Die geringere Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere in der Industrie ... die Überalterung der Landbevölkerung sowie weitere Faktoren legen die Vermutung nahe ... daß sich dieses Phänomen tendenziell abschwächt ...« (S. VII).

zweitens, ihren *Inhalt* selbst abzugrenzen, in Anbetracht der verschiedenen Bedeutungen, die der äußerst vage Begriff »Ungleichgewicht« annehmen kann: regionale Ungleichgewichte, Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen (hinsichtlich der Produktivität und des Einkommens), Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung unter den Klassen: »... es wäre sinnlos, ... eine Entwicklung, die ausschließlich ›auf die größtmögliche Effizienz zielt‹, abstrakt einer Entwicklung gegenüberzustellen, die ›auf die Beseitigung der Ungleichgewichte ausgerichtet ist‹. Die Beseitigung der sozialen Kosten, die mit einigen in Italien bestehenden Disparitäten verbunden sind, wird nämlich gerade in einer Perspektive, die sich an der Erzielung der größtmöglichen Effizienz orientiert, zu einer zwingenden Notwendigkeit und kann nur im Rahmen der Wirtschaftsplanung erreicht werden; wenn ein Wirtschaftsplan dagegen das Ziel der Überwindung jener ›systemerhaltenden Ungleichgewichte‹ verfolgt, die den Spannungen immanent sind, die in allen Bereichen einen Anreiz zum Marktwettbewerb darstellen, so könnte er letzten Endes zu einer Wirtschaftsflaute und zu einer negativen Nivellierung der allgemeinen Bedingungen führen. In diesem Zusammenhang erscheint es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß der notwendige Prozeß der Umverteilung des Einkommens durch einen höheren Anteil der ›sozialen Aufwendungen‹ sich nur dann wirksam vollziehen kann, wenn er durch eine hohe Zuwachsrate abgesichert ist und im Rahmen einer angemessenen gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgt«[96].
Im besonderen äußert der CNEL »Bedenken hinsichtlich der regionalen Verteilung der Investitionen in Mittel- und Norditalien, d. h. in Gebieten, in denen bedeutende Industriezweige angesiedelt sind, die dringend der Modernisierung ihrer Anlagen bedürfen. Auch wenn der CNEL von der Notwendigkeit überzeugt ist, die Industrialisierung Süditaliens beschleunigt voranzutreiben, so hält er es doch für zweckmäßig, noch einmal zu betonen, daß diese Industrialisierung ... nicht zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten italienischen Industrie führen darf«[97].
Erstens unterscheidet der CNEL also zwischen systemerhaltenden und systemgefährdenden Ungleichgewichten; zweitens erkennt er angesichts der schwerwiegenden Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit den ausgesprochen »internationalen« Zweigen der italienischen Wirtschaft eine klare Priorität zu, auch auf die Gefahr

96 Vgl. S. IV.
97 Vgl. S. X.

hin, daß in den übrigen Wirtschaftszweigen die Rückständigkeit, die sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Italiens auswirkt, noch länger fortdauert: man ist jedoch der Ansicht, daß die Folgen dieser Verzögerung bei der Überwindung der Rückständigkeit nicht so unmittelbar katastrophal und »zeitlich besser dosiert« (und damit später besser kontrollierbar) sind als die Folgen, die sich im Hinblick auf die Integration Italiens in den neuen internationalen kapitalistischen Wirtschaftsraum aus einer Schwächung der »Schlüsselindustrien« ergeben würden. Damit werden die Leitlinien deutlich, die dem in den Jahren der Konjunkturabschwächung beobachteten Wandel in der Politik der Standortwahl der Privatunternehmen zugrunde lagen: nämlich die Abnahme der Niederlassungen in den »Entwicklungsschwerpunkten« Süditaliens und die Schaffung bzw. der Ausbau von »Entwicklungsschwerpunkten in höher industrialisierten Gebieten Norditaliens[98].

5. Schließlich werden in der Stellungnahme des CNEL, entsprechend der »internationalen Sicht« der kapitalistischen Entwicklung, die ihn kennzeichnet, die Positionen zurückgewiesen, die sich gegen einen Zustrom von Auslandskapital nach Italien wenden, dem, im Gegenteil, eine immer bedeutendere Funktion zuerkannt wird: »... es könnte zu einem Zustrom von Auslandskapital zum Zweck produktiver Investitionen in Italien kommen, dessen Ausmaß das implizit im Programmentwurf vorgesehene Niveau übertrifft. Vor allem, wenn man diesen Zustrom von Auslandskapital als realistische Alternative zu einer spürbaren Zunahme unserer Auswanderung betrachtet. Wahrscheinlich nämlich werden die damit verbundenen sozialen Probleme und effektiven Kosten, die von den Auswanderungs- und Einwanderungsländern getragen werden müssen, die Freizügigkeit des Kapitals und die Investitionen in den Gebieten, in denen der Faktor Arbeit verfügbar ist, im Rahmen einer Wirtschaftsgemeinschaft immer vorteilhafter erscheinen lassen«[99]. Aber der Kapitalzustrom ist nicht nur durch die »geringeren Kosten« der Freizügigkeit des Kapitals gegenüber der Freizügigkeit der Arbeitskräfte bedingt, die es in vielen Fällen »wünschenswert« machen, letztere durch erstere zu ersetzen, sondern er hängt auch mit den Erfordernissen der Rationalisierung und der technologischen Neuerungen zusammen. Auch zu dieser Frage hat der

---

98 Eine große Bedeutung gewinnt beispielsweise der »Entwicklungsschwerpunkt«, der in der Gegend von Alessandria entsteht.

99 S. XIII; und es wird hinzugefügt, daß das »ein weiteres Element zur Bekräftigung der These darstellen könnte, daß unsere Wirtschaft sich auch mit einer höheren Zuwachsrate als der im Programmentwurf vorgesehenen entwickeln kann«.

Präsident der *italienischen* Notenbank Carli besonders eindeutig Stellung genommen, wobei er drei Punkte hervorgehoben hat: a) die Bedeutung und Notwendigkeit des Konzentrationsprozesses, der schon jetzt in einem supranationalen, vor allem europäischen und (in besonderen Fällen) euro-amerikanischen Rahmen gesehen werden muß; b) die Bedeutung und manchmal auch Notwendigkeit des Beitrags von Auslandskapital zur *Erhöhung der Kapitalintensität*, die Hand in Hand geht mit der Konzentration und eines der Hauptmerkmale des gegenwärtigen Rationalisierungsprozesses darstellt; c) die Bedeutung, die das internationale Kapital bei der Entwicklung der rückständigen Gebiete Italiens erlangen kann[100].

3. Das Verhältnis zwischen Konjunkturlage und Wachstumszielen: die Politik der Regierung, der Staatsunternehmen und der Notenbank

Wenn das Gutachten des CNEL auch scharfsinnig die Bedingungen für eine Entwicklung des italienischen Kapitalismus aufzeigt, die den Erfordernissen des nächsten Jahrzehnts gerecht wird, so läßt es doch eine »Vorfrage« offen: nämlich wie man von der gegenwärtigen Konjunkturlage ausgehend zu einer solchen Entwicklung übergehen kann. Wie vielschichtig, ja dramatisch diese Frage ist, tritt bereits zutage, wenn man nur ein einziges, grundlegendes Problem untersucht, und zwar das der *Investitionen:* es muß wieder eine Zuwachsrate der Investitionen erreicht werden, die mit der durchschnittlichen Wachstumsrate der Jahre 1953–63 vergleichbar ist, diesmal jedoch ausgehend von einer Situation, in der man nicht nur weit entfernt ist von diesem Niveau, sondern in der sogar ein *absoluter Rückgang* der Investitionstätigkeit zu verzeichnen ist[101].

Wir haben bereits erwähnt, wie schwierig es für die kapitalistische Politik – auch auf internationaler Ebene – ist, Stabilisierungspolitik und Wachstumspolitik miteinander in Einklang zu bringen, und welche Schwierigkeiten sich daraus für die »Politik der Wirtschaftswiederbelebung« ergeben, die in anderen europäischen Ländern nach einer Phase des Konjunkturrückschlags, die mit der italienischen vergleichbar, wenn auch viel schwächer ist, durchgeführt oder in Aussicht genommen wird.

---

100 Vgl. die zitierten Reden anläßlich des Weltspartages in *Mondo Economico*, 6. November 1965, insbesondere S. 51.

101 Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (1964) wird auf etwa 9% geschätzt, und schon 1964 war ein 10%iger Rückgang gegenüber 1963 zu verzeichnen gewesen.

Diese Schwierigkeiten schlagen sich insbesondere in der *Politik der staatlichen Intervention* nieder und bewirken, daß die »treibenden Kräfte« des Wiederaufschwungs fast immer *»spontan«* sind. Sie bestehen nämlich fast immer entweder in der *Auslandsnachfrage* oder in der *Verbrauchsnachfrage* (trotz der Bemühungen vieler Regierungen ist die *Investitionsnachfrage* bisher im allgemeinen diesen anderen Komponenten gefolgt, statt die tragende Kraft des Wiederaufschwungs zu sein). Was nun die *erste Komponente* anbelangt, so sind die staatlichen Interventionsmöglichkeiten sehr begrenzt und indirekt, da aufgrund der internationalen Integration nur noch geringe fiskal- und zollpolitische Instrumente zur Verfügung stehen[102]. Gegenüber der *zweiten Komponente* hat die Regierung durch die Politik der öffentlichen Ausgaben und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung viel größere Einflußmöglichkeiten: aber nach einer relativ lange anhaltenden Abschwungphase sind diese Möglichkeiten in dem Versuch einer »antizyklischen Politik« weitgehend ausgeschöpft worden, und ihre weitere und intensive Ausnutzung bringt Instabilitätsgefahren mit sich, jedenfalls in der ziemlich »orthodoxen« Sicht des Problems, die gegenwärtig in fast allen europäischen Regierungen vorherrscht[103].
Alle diese Schwierigkeiten nehmen in Italien aufgrund einer gewissen Rückständigkeit, die die italienische Wirtschaft noch nicht überwunden hat, besonders scharfe Formen an. Einige Beispiele können zeigen, wie diese Aspekte der Rückständigkeit gleichzeitig mit den ersten Anzeichen einer Wiederbelebung dieselben Ungleichgewichte hervorzurufen drohen, die am Ende der letzten Phase des Booms aufgetreten waren. Erstens kann es – vor allem in der Landwirtschaft – zu Engpässen kommen, die auf der mangelnden Anpassungsfähigkeit des Angebots an die Nachfrage beruhen: man denke beispielsweise an die Viehzucht[104]. Zweitens können selbst in der Industrie andere kosten-

102 Daß die Labour-Regierung sich in ihrer Politik nach wie vor dieser Instrumente bedient, beruht nicht nur darauf, daß diese Politik in gewisser Weise unbefangener und energischer ist, sondern ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Großbritannien in »Wirtschaftsgemeinschaften« eingegliedert ist (Commonwealth und EFTA), die in dieser Beziehung bisher noch einen größeren Spielraum gewähren; trotzdem wird heute viel weniger – und erklärtermaßen nur vorübergehend – auf diese Instrumente zurückgegriffen als unter der letzten Labour-Regierung (auch wenn sie durch Steueranreize ersetzt werden könnten, die dieselbe Wirkung haben: vgl. *The Economist,* 15.–21. Januar 1966, S. 163–65).

103 Sehr detaillierte Vorschläge für eine mutigere Politik der öffentlichen Ausgaben im Rahmen einer allgemeinen Wiederankurbelung der Nachfrage zur Anregung und Beschleunigung des Wiederaufschwungs enthält das interessante Referat von Franco Momigliano, das er im Februar 1965 auf einem Seminar des ILSES gehalten hat.

104 Es darf nicht vergessen werden, daß die Fleischeinfuhr eine der Hauptursachen

bedingte Ungleichgewichte auftreten, sowohl auf objektiver als auch auf psychologischer Ebene: die großen Fortschritte in der Rationalisierung haben sich noch nicht genügend ausgewirkt, um ohne weiteres neue, umfangreiche Erhöhungen der Arbeitskosten »verkraften« zu können, und die »Mentalität« der meisten Unternehmer hat sich noch nicht darauf eingestellt, Arbeitskosten »europäischen Niveaus« zu akzeptieren[105].

Welche Wirtschaftspolitik hat nun in dieser besonders heiklen und schwierigen Situation der »Staat« verfolgt, d. h. *die drei wichtigsten* – und bis zu einem gewissen Grade voneinander unabhängigen – »staatlichen« Komponenten, die in die Wirtschaft eingreifen: nämlich die *Regierung*, die *Staatsunternehmen* und die *Zentralbank*?

Insgesamt haben die drei miteinander verbundenen Kräfte zwar eine ziemlich einheitliche »konjunkturpolitische« Linie verfolgt, aber die Regierung hat sich bei der Durchführung dieser Linie als das »schwächste« Glied erwiesen.

Diese Schwäche zeigt sich nicht nur an der *Art* der einzelnen Maßnahmen, sondern vor allem an der *Zeit, die für ihre Beratung und Durchführung* benötigt wurde, sowie an dem *Ausmaß* der Maßnahmen selbst. Diese besondere Schwäche der Regierungskomponente ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Der erste und augenfälligste Faktor sind die *»internen Schwierigkeiten« der Regierungskoalition* (und in erster Linie der Democrazia Cristiana), die sich auf die Dauer der Ausarbeitung und die parlamentarische Beratung der Maßnahmen sowie auf die allgemeine Handlungsfähigkeit der Regierung ausgewirkt haben. Ein zweiter Faktor ist die *Schwerfälligkeit des bürokratischen Staatsapparates*, die zu einer Verzögerung bei der Verwirklichung bereits beschlossener Maßnahmen führt, was sich beispielsweise auf dem konjunkturpolitisch außerordentlich bedeutsamen Gebiet des sozialen Wohnungsbaus zeigt[106]. Ein dritter Faktor schließlich hängt

---

für den »Zusammenbruch« der Zahlungsbilanz im Jahre 1963 war und daß die Situation sich nur infolge des Rückgangs des Fleischverbrauchs teilweise wieder stabilisiert hat (das z. T. in den Jahren 1962–63 erreichte »Wohlstands«-Niveau des Nahrungsmittelkonsums hat sich nämlich noch als unbeständig erwiesen und unterliegt den Konjunkturschwankungen). Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Zahlungsbilanz gegenwärtig derartigen Belastungen eher gewachsen ist als 1963.

105 In der außerordentlich kompromißlosen Haltung der Industriellen in der gegenwärtigen Tarifrunde der Metallarbeiter verbindet sich diese »rückständige« Komponente mit weitgehenderen politischen Zielen der »Integration« der Gewerkschaften, die sich allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt in derselben Unnachgiebigkeit äußern.

106 Der Eingriff auf diesem Gebiet war besonders wichtig, weil er einerseits eine sofortige Erhöhung der Beschäftigung mit den entsprechenden Auswirkungen auf

mit der *allgemeinen politischen und theoretischen Orientierung der Regierung* zusammen und besteht in der Unklarheit und Unsicherheit, mit der sie sich für die Stabilisierungs- und Wachstumspolitik entschieden hat, die von den beiden anderen »Komponenten« des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft sehr eindeutig formuliert worden ist: wir haben bereits gesehen, wie sich dieser Faktor auf die Bestimmung der Leitlinien der Entwicklungspläne ausgewirkt hat; aber während er auf dieser Ebene vorläufig rein theoretische und »verbale« Folgen zeitigt, hat er auf der Ebene des konjunkturpolitischen Eingriffs sehr viel schwerwiegendere und meßbare Auswirkungen gehabt.

Im großen und ganzen hat die Regierung also sowohl bei den *anfänglichen Stabilisierungsmaßnahmen* als auch bei der *gegenwärtigen Politik der »Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit«* nicht selbst die Richtlinien festgelegt, sondern ist im allgemeinen (und mit geringerem Erfolg) der Linie gefolgt, die die Zentralbank und die Staatsholding IRI in ihrem jeweiligen begrenzten Wirkungsbereich konkret verwirklicht haben.

Die Zentralbank mußte ihre Stabilisierungsaktion anfangs *ohne* eine entsprechende Regierungspolitik durchführen[107]. Das hat wahrscheinlich zu einer Verstärkung der rein deflatorischen Wirkungen ihrer Aktion beigetragen, auch wenn diese nicht den allgemeinen Zielvorstellungen entsprachen, die von Carli selbst aufgestellt worden waren, d. h. dem Ziel der »Stabilisierung ohne Deflation«[108]: wenn die Regierung rechtzeitig eine Reihe von Maßnahmen ergriffen hätte, wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, einerseits die Situation besser zu kontrollieren und andererseits ihre Auswirkungen auf die Produktionskosten abzuschwächen (z. B. durch eine raschere und massivere Übernahme der Sozialabzüge durch den Staat)[109].

---

die Gesamtnachfrage bewirkt hätte (und diese Auswirkungen hätten das Gleichgewicht nicht gestört, da sie nicht auf Erhöhungen der Arbeitskosten beruhten), und weil er andererseits besonders hohe »multiplikative Wirkungen« gehabt hätte. Es ist aufschlußreich, daß diese Dinge von den Exponenten der Regierungsmehrheit wiederholt ausgesprochen worden sind, ohne jedoch so weitgehend in die Praxis umgesetzt zu werden, daß sie auf konjunkturpolitischer Ebene zu nennenswerten Ergebnissen geführt hätten; und es ist bezeichnend, daß zur Wiederbelebung der Bautätigkeit vor allem Maßnahmen ergriffen worden sind, die eine Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit bewirken.

107 Der Beginn ihrer Stabilisierungsmaßnahmen fiel zeitlich mit der Regierung Leone zusammen, d. h. mit einer besonders untätigen Regierung; wenn man die Dinge jedoch in einem größeren Zusammenhang sieht, so ist zu bemerken, daß die vorhergehende Regierung unter Fanfani keine organische Stabilisierungspolitik eingeleitet hatte (vgl. meinen Artikel in *Quaderni Rossi*, Nr. 4, 1964, »Sviluppo e congiuntura nel capitalismo italiano«, insbesondere S. 137–40).

108 Ibid., S. 131–36.

109 Vgl. hierzu Francesco Forte, *La congiuntura in Italia, 1961–65*, a. a. O.

Tatsache ist jedenfalls, daß hauptsächlich auf die Kreditschraube zurückgegriffen worden ist, um den konjunkturellen Schwierigkeiten zu begegnen. Auf diese folgten zahlreiche Maßnahmen der Regierung zur »gezielten Dämpfung« der Nachfrage (die – zumindest anfangs – Kraftfahrzeuge, Benzin, Teilzahlungskäufe und die Erhöhung der Umsatzsteuer für verschiedene Güter betrafen). Aber die Tendenz zur Verzögerung der Beratung und Durchführung hat in diesem Fall die Gefahr verstärkt, die jeder konjunkturpolitischen Maßnahme innewohnt, daß sie sich nämlich erst dann auswirkt, wenn bereits entgegengesetzt wirkende Maßnahmen ergriffen werden müßten, eine Gefahr, die nur durch die rasche Aufgabe oder durch die Abschwächung einiger dieser Maßnahmen gebannt worden ist. Ihre Verabschiedung, die sich über das ganze Jahr 1964 hingezogen hat, erfolgte im Grunde erst, als die Wiederbelebung der Gesamtnachfrage und nicht mehr ihre Eindämmung immer mehr zum zentralen Problem geworden war[110]. Die Folge davon war, daß die Maßnahmen, die die Kraftfahrzeuge betrafen, von sehr kurzer Dauer waren (die Sondersteuer für Kraftfahrzeuge ist im November 1964, wenige Monate nach ihrer Einführung, wieder aufgehoben worden), daß die Maßnahmen hinsichtlich der Teilzahlungskäufe so abgeschwächt wurden, daß sie sich aus einer Maßnahme zur Eindämmung der Nachfrage »in eine normale Maßnahme zur Kontrolle dieser Handelsform verwandelten, die in der Gesetzgebung aller Länder vorgesehen ist«[111], und daß die Erhöhung der Umsatzsteuer schließlich eher eine Haushaltsmaßnahme zur Erhöhung der Staatseinnahmen als eine konjunkturpolitische Maßnahme war.

Als schwieriger und zum gegenwärtigen Zeitpunkt interessanter erweist es sich, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft zu untersuchen.

In erster Linie gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die wir als »sektoral« bezeichnen können, in dem Sinne, daß sie entweder für einen besonderen Produktionszweig oder für eine bestimmte Kategorie von Betrieben gelten. Zu dieser Art von Maßnahmen gehören vor allem:

1) Maßnahmen zur Erweiterung und Beschleunigung der Finanzierung

---

110 Selbst die so vorsichtige Wochenzeitung *Mondo Economico* bemerkte zu den antizyklischen Maßnahmen vom 31. August 1964, daß »die Eindämmung der Gesamtnachfrage heute wohl kein vordringliches wirtschaftspolitisches Ziel darstellt. Der Rückgang der Einfuhr von Industrieerzeugnissen deutet in einigen Wirtschaftszweigen auf eine Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit hin, die gegebenenfalls eine Stützung und Anregung der entsprechenden Nachfrage erforderlich macht« (5.–12. September 1964, S. 5).

111 Ibid.

und Durchführung von Bauarbeiten der öffentlichen Hand, insbesondere in bestimmten Bereichen (Autobahnen, Schulen)[112];
2) Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, besonders auf dem Gebiet der Viehzucht sowie der Urbarmachungs- und Meliorationsarbeiten[113];
3) Maßnahmen zugunsten der kleinen und mittleren Industrie, vor allem durch Kreditgewährung im allgemeinen und Beschaffung von Ausrüstungen im besonderen[114];
4) Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, sowohl auf der Angebotsseite (Steuererleichterungen) als auch auf der Nachfrageseite (Sondergesetz zur Förderung des Wohnungserwerbs)[115].
Ohne hier auf die »technischen« Einzelheiten der einzelnen Maßnahmen eingehen zu wollen, ist zu bemerken, daß sie – nicht nur ihren direkten, sondern auch ihren indirekten Auswirkungen nach – von nur *sektoraler* Bedeutung sind, in dem Sinne, daß keine dieser Maßnahmen innerhalb ihres Wirkungsbereichs Impulse freizusetzen vermag, die stark genug sind, um mittels multiplikativer Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft überzugreifen[116].
Es muß also geprüft werden, ob und welche umfassenderen Maßnahmen die Regierung ergriffen hat, um den Übergang von der gegenwärtigen Konjunkturlage zu den im Wirtschaftsplan aufgestellten Wachstumsbedingungen zu gewährleisten.

---

112 Vgl. Abschnitt I, II und III der im März erlassenen konjunkturpolitischen Rechtsverordnung (»super-decreto«) in *Mondo Economico*, 20. März 1965, S. 35 ff.; und vgl. die Maßnahmen zur Förderung des Schulbaus vom August 1964, in *Mondo Economico*, 5.–12. September 1964, S. 33 ff.

113 Vgl. Abschnitt IV der oben zitierten Rechtsverordnung (der Haushaltsansatz liegt nur geringfügig über 50 Milliarden Lire).

114 Vgl. die Maßnahmen vom August 1964 (»Sonderfonds« zur Finanzierung der Kleinindustrie) und Abschnitt VI der zitierten Rechtsverordnung.

115 Vgl. den kurzen Überblick über die bereits beschlossenen oder geplanten Maßnahmen für diesen Sektor in der *Relazione previsionale e programmatica per l'anno 1966* in der Beilage zu *Mondo Economico*, 16. Oktober 1965, insbesondere S. VII–VIII; und vgl. den Text der jüngsten und sehr wichtigen Rechtsverordnung in *Mondo Economico*, 18. September 1965.

116 Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die mittlere und Kleinindustrie sich »im Schlepptau« der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindet und es daher unmöglich ist, daß Sondermaßnahmen zu ihren Gunsten »propulsiv« wirken; wahrscheinlicher ist es, daß erst auf sie zurückgegriffen wird, wenn der Wiederaufschwung bereits eingesetzt hat, zu dessen stärkerer Ausbreitung sie dann zweifellos beitragen. Im Wohnungsbau, der sehr große multiplikative Wirkungen hätte, gilt für die *private* Wirtschaftstätigkeit dasselbe, so daß die Regierungsmaßnahmen auch hier keine autonome propulsive Wirkung zu haben scheinen. Allgemeiner gesagt wird die Schwierigkeit, in diesen einzelnen Wirtschaftszweigen einen umfassenden Wiederaufschwung »in Gang zu setzen«, dadurch verstärkt, daß ein großer Teil der Maßnahmen lückenhaft und relativ begrenzt ist und auf jeden Fall keinen »Schock« auszulösen vermag.

Die wichtigste und bisher einzige Maßnahme in dieser Richtung, die die gesamte Industrie erfaßt, besteht in der zweifachen Übernahme eines Teils der Sozialabgaben durch den Staat. Diese Art von Maßnahmen stellen für die Unternehmen eine bedeutende Kostensenkung dar und laufen praktisch auf eine von der Zustimmung der Gewerkschaft unabhängige, partielle Verwirklichung der »Einkommenspolitik« hinaus[117]. In dieser Hinsicht sind sie ein typisches und besonders geeignetes Instrument der gegenwärtigen kapitalistischen Politik, die die Wiederherstellung breiterer Margen reinvestierbaren Profits anstrebt. Die Anwendung dieses Instruments hätte allerdings in mancher Hinsicht wirksamer sein können: a) hinsichtlich der *gezielten Wirkung* (es hätte differenziert eingesetzt werden können, um bestimmte Produktionszweige zu fördern)[118]; b) hinsichtlich des *Ausmaßes* und der *zeitlichen Verteilung:* eine Übernahme der Sozialabzüge größeren Ausmaßes, die nicht in mehreren »Raten« erfolgt wäre, sondern auf ein besonders entscheidendes Moment der Konjunkturentwicklung konzentriert worden wäre, hätte in materieller wie in psychologischer Hinsicht spürbarere Auswirkungen gehabt[119]. Abgesehen davon ist die Förderung der Investitionen und der Rationalisierung, die in den Regierungsverlautbarungen angedeutet wird, bis jetzt toter Buchstabe geblieben: dabei ist sie manchmal schon ziemlich genau formuliert worden (s. die Maßnahmen für die Textilindustrie), während sie in anderen Fällen nicht über das Stadium allgemeiner »Grundsatzerklärungen« hinausgekommen ist. Auch in den jüngsten Dokumenten zu diesem Thema werden diese Lücken nicht geschlossen. In der *Nota aggiuntiva* ist allgemein die Rede von »Förderung der Rationalisierung und der technologischen Modernisierung der Industrie«[120].

---

117 Vgl. zu diesem Punkt einen Kommentar in *Mondo Economico*, 10. April 1965 S. 10.

118 Im ursprünglichen Konzept, wie es beispielsweise vom damaligen Minister Giolitti vorgelegt worden war, »war beabsichtigt, den Exporteuren den Anteil der vom Staat übernommenen Sozialabzüge zurückzuerstatten. Bekanntlich stieß dies auf den entschiedenen Widerstand der anderen EWG-Länder: Italien hätte sich damit hinten herum eine wettbewerbsfähige ›Export-Lira‹ verschafft« (*Mondo Economico*, 5.–12. September 1964, S. 7). Das ist ein konkretes Beispiel für die beschränkte Verfügbarkeit von Interventionsinstrumenten des Staates, die unweigerlich mit der Integration in die EWG verbunden ist.

119 Vgl. die Kritik an diesen Aspekten bei Francesco Forte, a. a. O.

120 Vgl. die Beilage zu *Mondo Economico*, 20. November 1965, S. III. Diese Angaben erscheinen um so vager, als zuvor sehr eindringlich auf den besonders komplizierten Charakter des Problems, bei dem konjunkturbedingte und strukturbedingte Aspekte ineinandergreifen, hingewiesen wird: »Auch wenn der Rückgang der Investitionstätigkeit unmittelbar mit der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Kostensteigerung, mit den Finanzierungsschwierigkeiten und mit psychologischen Motiven zusammenhängt, so hat er doch tiefere Ursachen struktureller

In der *Relazione previsionale e programmatica per l'anno 1966* (Programmatische Vorschau für das Jahr 1966) werden die beiden Arten von Maßnahmen zugunsten der Textilindustrie[121] und des Schiffbaus angedeutet, und es wird auf die »Neugestaltung der Kriterien und der Politik der finanziellen Produktionsanreize« hingewiesen, nur um dann zu sagen, daß »im Laufe des nächsten Jahres« wahrscheinlich »die Grundzüge der Reform ausgearbeitet sein« können[122]. Worauf mit einem gewissen Optimismus gefolgert wird, daß »die bereits durchgeführten Maßnahmen und die Normen, die gegenwärtig verabschiedet werden, für die Bauindustrie und für die verarbeitende Industrie einen Anreiz darstellen, der zusammen mit der Expansion der Investitionstätigkeit der Staatsunternehmen ausreichend erscheint, um die Investitionen der Privatunternehmen zu fördern«[123].
Die Politik der Staatsunternehmen (in ihren verschiedenen Komponenten: staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENEL, Industrieunternehmen und Finanzinstitute der Staatsholding IRI) stellt in Wirklichkeit die einzige wirksame Aktion der staatlichen Politik in der Industrie dar[124]. Auch dank der besonderen Struktur der Staatsunternehmen in Italien konnten ihre Investitionsvorhaben sehr weitgehend antizyklisch konzipiert werden, so daß sie wahrscheinlich eine intensivere »antizyklische Funktion« als die verstaatlichten Industrien anderer Länder erfüllen: ein Beweis dafür ist der wachsende Anteil der Investitionen der Staatsunternehmen am Gesamtvolumen der Industrieinvestitionen (1962: 42,5%, 1963: 52,9%, 1964: 60,1%), was in absoluten Werten einer starken Zunahme zwischen 1962 und 1963 und einem leichten

---

Natur. Breite Bereiche der italienischen Industrie haben in dieser Zeit Schwierigkeiten in der Verbesserung ihrer Dimensionen, Organisationsformen und technologischen Strukturen gehabt. Außerdem sind in der gleichen Zeit umfangreiche Investitionsprogramme durchgeführt worden, die von den größten Unternehmen in den vergangenen Jahren beschlossen worden waren. So ist es zu einer Diskontinuität in der Investitionstätigkeit gekommen, die mit dem heikelsten Moment der konjunkturellen Entwicklung zusammenfiel« (ibid.).

121 Die für die Textilindustrie vorgesehene Aktion stimmt weitgehend mit den Vorstellungen überein, die im Gutachten des CNEL und in anderen ähnlichen Dokumenten zum Ausdruck gebracht werden: die finanzielle Hilfe wird nämlich in gewisser Weise von der Ausarbeitung von Rationalisierungsprogrammen abhängig gemacht, und der staatliche Eingriff hat – allgemein gesagt – die Funktion, die Konzentration in der Textilindustrie zu fördern.

122 Vgl. die Beilage zu *Mondo Economico*, 16. Oktober 1965, S. VIII.

123 Ibid.

124 Sie ist inzwischen zu einer Konstanten der Regierungspolitik geworden (s. die regelmäßigen Berichte des Ministers für die Staatsunternehmen), und es wäre daher nicht richtig, sie isoliert zu betrachten; allerdings wirkt sich der Grad der Autonomie der Staatsunternehmen auf die Art und die Wirksamkeit ihrer Intervention aus.

Rückgang im Jahre 1964 entspricht (der um so bemerkenswerter ist, wenn man einerseits die allgemeine Tendenz des absoluten Rückgangs der Investitionen bedenkt, und sich andererseits die Tatsache vor Augen hält, daß das Investitionsprogramm im Eisenhüttenwerk von Taranto 1963 weitgehend abgeschlossen war)[125]. Wie wir bereits gesehen haben, beruht diese Aktion auf einer besonders konsequenten und scharfsichtigen Einschätzung der Interessen des italienischen Kapitalismus und der zu ihrer Wahrnehmung gegenwärtig am besten geeigneten Politik. Um wieder auf die von der Regierung verfolgte Linie zurückzukommen, kann also festgestellt werden, daß sie weder auf theoretischer Ebene noch auf der Ebene der Investitionen an die großen Probleme herangeht, die für den Übergang von der gegenwärtigen Konjunkturphase zu einer Entwicklung europäischen Niveaus von wesentlicher Bedeutung sind: die Rationalisierungspolitik der Unternehmen, der Konzentrationsprozeß der Industrie und das geeignete politische und psychologische »Vertrauensklima«, das die Wiederbelebung der unternehmerischen Initiative begünstigt. Sehr viel eindeutiger hat zu diesen Problemen – auf theoretischer Ebene[126] – die Währungsbehörde Stellung genommen und sind – auf der Ebene konkreter Interventionen – einige große oligopolistische Unternehmen aktiv geworden. Es muß allerdings erwähnt werden, daß die Regierung, auch wenn sie auf diesem Gebiet nicht »Schritt gehalten« hat, diesen besonders einschneidenden kapitalistischen Aktionslinien doch keine Hindernisse in den Weg gelegt hat und sie auf gesetzgeberischer Ebene im großen und ganzen unterstützt hat[127].

Bei der Linie, die von dem Notenbankpräsidenten Carli und von dem Vorsitzenden der Staatsholding IRI, Petrilli, vertreten wird, sind die *unmittelbaren, »normalen« Rationalisierungsmaßnahmen*, die *Zusammenschlüsse* und die *Wiederherstellung eines »Klimas« sicherer Profiterwartungen* eng miteinander verbundene, notwendige Voraussetzungen für den Wiederaufschwung des Wirtschaftswachstums auf einem höheren technologischen Niveau.

---

125 Vgl. die Daten über die Investitionen in dem Artikel von E. Guerra, »Crisi degli investimenti e struttura dell'industria«, *Mondo Economico*, 10. Juli 1965, S. 11–15. Und vgl. die jüngste *Relazione programmatica del Ministro delle Partecipazioni statali.*

126 Natürlich hat sie im Rahmen ihrer Kompetenzen auch auf praktischer Ebene entsprechend gehandelt.

127 Es gab auch Ansätze einer Intervention der Regierung zur Unterstützung dieses Prozesses: vgl. die Maßnahmen zur Förderung der Zusammenschlüsse von Unternehmen, die von der Regierung in den Jahren 1964–65 in zwei Etappen ausgearbeitet worden sind.

In der Frage der *Zusammenschlüsse* ist die Position der Währungsbehörde ganz eindeutig definiert: »Es gilt, die Hindernisse auszuräumen, die der Verwirklichung der Zusammenschlüsse von Unternehmen im Wege stehen, denn nur durch Konzentration erhalten die Unternehmen eine Struktur, die den Dimensionen [eines größeren Marktes] und den Erfordernissen der modernen Technologien entspricht«[128]. Und ein Teil der Kreditinstitute, die von der IRI kontrolliert werden (IMI und Mediobanca, d. h. Spezialinstitute für mittel- und langfristige Industriekredite) hat, zusammen mit offiziellen Vertretern der IRI selbst (in der Person ihres Vizepräsidenten Visentini), im jüngsten Prozeß der Finanzkonzentration (Olivetti und Montecatini-Edison) eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Aber so wichtig diese »bahnbrechenden« Initiativen auf dem Gebiet der Rationalisierung und der Konzentration auch sein mögen, so sind sie – für sich genommen – doch nicht wirksam genug, um eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit und der Produktion herbeizuführen, die sich auf die ganze Industrie ausbreitet. Welches sind nun die Voraussetzungen für diese Ausbreitung? Voraussetzung dafür ist nicht nur der Wiederaufschwung der Gesamtnachfrage, sondern – wie Carli sehr nachdrücklich betont – die *Rentabilität* und die *Dispositionsfreiheit* der unternehmerischen Initiative. Zur Anregung des Wiederaufschwungs ist es notwendig, sowohl in materieller als auch in psychologischer Hinsicht jene Bedingungen wiederherzustellen (Garantie gegen zu starke Lohnerhöhungen, zu weitgehende Eingriffe von seiten der Regierung, usw.), die für viele Unternehmer in den Jahren 1962–63 in Frage gestellt worden waren[129]. Darauf ist wahrscheinlich auch die allmählich immer mißtrauischere und polemischere Haltung gegenüber der möglichen Ausweitung des staatlichen Eingriffs zurückzuführen, die der Notenbankpräsident Carli im Laufe der letzten beiden Jahre eingenommen hat[130]. Besonders deutlich ist diese

128 Vgl. die Rede Carlis anläßlich des Weltspartags, a. a. O., S. 51.

129 Die großen oligopolistischen Unternehmen waren – und sind vor allem jetzt – sehr viel unabhängiger von diesen Einflüssen, sowohl aufgrund ihrer materiellen »Stärke«, als auch infolge einer scharfsichtigeren und unbefangeneren politischen Einschätzung der Situation; der »Durchschnittsunternehmer« dagegen, der an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor sehr starken Anteil hat, ist wahrscheinlich noch sehr weitgehend davon beeinflußt.

130 Die im Jahre 1963 definierten Positionen (sowohl im Jahresbericht der italienischen Notenbank als auch in anderen Dokumenten) polemisierten in der Tat keineswegs gegen die Wirtschaftsplanung, sondern erwähnten z. B. ausdrücklich die Möglichkeit einer gezielten Kreditkontrolle als Instrument der volkswirtschaftlichen Planung oder die Notwendigkeit der Städteplanung. Aber bereits in dem Jahresbericht für 1964 wurde – insbesondere im Hinblick auf die Kreditkon-

polemische Position in der Kritik an dem von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf über die Aktiengesellschaften zum Ausdruck gebracht worden[131]. Carli erkennt zwar einige der Leitlinien des Gesetzes an, bemerkt aber dann, daß »manche Befugnisse, die der Aufsichtsbehörde zuerkannt werden sollen, über den Rahmen der bloßen Legitimitätskontrolle hinausgehen und den Inhalt der Verwaltungstätigkeit der Gesellschaft selbst berühren, so daß diejenigen, die für die Leitung des Unternehmens verantwortlich sind, von den endgültigen Entscheidungen ausgeschlossen werden«[132]. Und nachdem er erklärt hat, auf welche Aspekte des Gesetzes sich diese Kritik bezieht, stellt er – davon ausgehend – allgemeine Betrachtungen an, die trotz des Pathos und der philosophischen Phraseologie eine klare politische Bedeutung haben: »... der *gegenwärtige Prozeß der wirtschaftlichen und finanziellen Integration* läßt es nicht zu, daß in einem bestimmten Land Normen eingeführt werden, die wesentlich von denen der meisten anderen Länder, mit denen dieses Land besonders enge Wirtschaftsbeziehungen unterhält, abweichen. Unsere Finanzpolitik hat zum Ziel – und müßte auch in Zukunft zum Ziel haben –, die größtmögliche Kapitalkonzentration in unserem Land zu fördern, um ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen ... Dieses Ziel würde jedoch verfehlt werden, wenn die Kapitalinvestitionen in unserem Land unter ungünstigeren Bedingungen erfolgten als in anderen Ländern. Es ist unvorstellbar, daß eine Gesellschaft, die fortschreitet, eine Gesellschaft von Kontrolleuren, Inspekteuren und Richtern ist, denen derart weitreichende Befugnisse übertragen werden. Es ist notwendig, *all denen, die es noch lieben, Entscheidungen zu treffen, einen breiteren Spielraum zu geben* ... Den menschlichen Entscheidungen haftet stets etwas Fehlerhaftes an, und in der Wirtschaftstätigkeit kann die Korrektur Beurteilungsmechanismen wie dem Markt überlassen werden. Anreize, Förderungsmaßnahmen, Dämpfungsinstrumente und zinsverbilligte Kredite wären nicht in der Lage, eine Investitionsneigung auszulösen und sie in die gewünschten Richtungen zu lenken, wenn die Kühnheit des einzelnen nicht wieder zu Ehren gebracht wird«[133].

Welche Politik verfolgen diejenigen, die es noch lieben, Entscheidungen zu treffen, in der gegenwärtigen Konjunkturlage?

---

trolle und allgemein im Ton und in der Fragestellung – eine Position eingenommen, die den Rahmen des planerischen Eingriffs sehr viel enger abgegrenzt sehen wollte (vgl. *Quaderni Rossi*, Nr. 4, S. 131–36 und S. 207–08).

131 Vgl. die Rede anläßlich des Weltspartags, a. a. O.

132 Ibid., S. 53.

133 Ibid.

4. *Das Verhältnis zwischen Konjunkturlage und Wachstumszielen: die Politik der Privatwirtschaft*

In Anbetracht der mehrmals erwähnten Entwicklungsprobleme muß natürlich in erster Linie die *Produktivitätsentwicklung* untersucht werden. Sie ist gegenwärtig eindeutig durch drei Faktoren bestimmt: die (wenn auch nicht sehr starke) *Zunahme der Industrieproduktion*, die *Abnahme der Beschäftigung* gegenüber dem Niveau von 1962–63 (nicht nur hinsichtlich der Beschäftigtenzahl, sondern vor allem in bezug auf die geleisteten Arbeitsstunden) sowie der *absolute Rückgang der Investitionen.*

Diese drei Daten machen ein sehr weitreichendes Phänomen sichtbar, das (wenn auch in unterschiedlichem Maße) für alle Industriezweige und alle Kategorien von Betrieben gilt, nämlich die großen und verbreiteten *Rationalisierungsanstrengungen,* die sich allerdings auf jene Rationalisierungsmaßnahmen beschränken, die keine Investitionen erfordern (oder die sie nur in geringem Umfang erfordern, wie Veränderungen in der Arbeitsorganisation, im Materialtransport, in der räumlichen Anordnung der Arbeitsprozesse, in den Arbeitsmethoden und -zeiten, in den Kontrollmethoden des Produktionsablaufs, usw.). Letzten Endes also handelt es sich um eine starke *Intensivierung der direkten Ausbeutung der Arbeitskraft.* Das zweite Phänomen, das einen großen Teil der Industriezweige und der verschiedenartigen Betriebe (wenn auch mit zahlreicheren Ausnahmen) zu erfassen scheint, ist die *starke Erhöhung der Exportfähigkeit.* Sie ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, wie auf die oben erwähnte Produktivitätssteigerung, eine wettbewerbsfähigere Preispolitik und eine verbesserte Vertriebsorganisation[134].

Rationalisierung ohne Investitionen sowie Exportpolitik sind also die beiden Bereiche, in denen die italienischen Kapitalisten *in ihrer Gesamtheit* seit Beginn des Konjunkturabschwungs eine besonders starke Initiative entfaltet und eine Tendenz ausgelöst haben, die den Erfordernissen der zukünftigen »europäischen« Entwicklung entspricht.

Aber diese Initiative allein ist nicht in der Lage, die zweifache Wiederbelebung der Gesamtnachfrage und insbesondere der Investitionsnachfrage anzuregen, von der allein eine Entwicklung auf einem höheren Niveau ausgehen kann.

Drei Initiativen, die besser geeignet sind, eine Wiederbelebung der

---

134 Dazu hat mittels der bestehenden Sonderinstitute (wie ICE, »Institut für den Außenhandel«) auch die Politik der Regierung beigetragen.

Wirtschaftstätigkeit herbeizuführen, sind vor allem im Laufe des Jahres 1965 von einigen großen oligopolistischen Unternehmen entwickelt worden, ohne bisher die ganze italienische Industrie erfaßt zu haben. Sie betreffen drei wesentliche Aspekte: die *Rationalisierungsinvestitionen,* die *Ausweitung der Finanz- und Produktionsdimensionen* durch einen Konzentrationsprozeß sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab, sowie eine *Politik der »Vorwegnahme« und der Stimulierung der Nachfrage* von seiten der Unternehmen bestimmter Industriezweige. Umfassende technologische Veränderungen sind in vielen großen Fabriken im Gange: sie betreffen sowohl die Fertigungstechnologien als auch – und manchmal vor allem – die Rechengeräte und ihre Anwendung in der Produktion.

Die in letzter Zeit erfolgten Zusammenschlüsse und Absprachen sind allgemein bekannt: Montecatini-Edison, die neue Finanzstruktur der Olivetti, die Absprache zwischen Olivetti und General Electric auf dem Gebiet der Elektronik, die Absprache zwischen Fiat und Minnesota in bezug auf die Ferrania, RIV-SKF, um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen. Worauf in diesem Zusammenhang hingewiesen werden muß, das ist der mögliche »Impuls«, den diese Zusammenschlüsse der Investitionsnachfrage binnen relativ kurzer Zeit geben werden: sie sind nämlich oft der erste Schritt in Richtung auf tiefgreifende technologisch-organisatorische Veränderungen oder auf die Erschließung bzw. Erweiterung neuer Produktionszweige.

Ein typisches Beispiel für die »Politik der Vorwegnahme der Nachfrage« haben die Fiat-Werke geliefert, die, insbesondere durch die Lancierung neuer Modelle, zu einer Wiederbelebung der inländischen Nachfrage nach Kraftfahrzeugen beigetragen haben, die eines der ersten Anzeichen des Wiederaufschwungs war (auch wenn dieser Wiederaufschwung nach wie vor eine gewisse Labilität aufweist, da es an anderen stimulierenden Faktoren gefehlt hat)[135].

Diese Initiativen der oligopolistischen Unternehmen haben nicht nur in bezug auf die Nachfrageentwicklung und die Aktion der übrigen Unternehmer, sondern – wie wir gesehen haben – auch gegenüber der Regierungspolitik eine »propulsive« Funktion. Allerdings haben diese Konjunkturanreize und die – zwar begrenzten – Impulse, die von der Politik der Regierung und der Staatsunternehmen ausgehen, noch nicht so weit zusammengewirkt, daß sie eine wirkliche allgemeine Wie-

135 Im zweiten Quartal 1965 haben die Produktion und die Zulassungen von Kraftfahrzeugen den absoluten Höchststand erreicht, und anschließend ist es wieder zu einer Verlangsamung gekommen.

derbelebung der Konjunktur herbeigeführt haben: das zeigt sich an der Entwicklung der Investitionstätigkeit und der Produktion.
Es besteht allerdings eine andere günstige Bedingung für die Belebung der Konjunktur, die sich allmählich auf alle Industriezweige und Betriebsgrößen ausweitet, nämlich die Verbesserung des allgemeinen »Vertrauensklimas«, in dem sich die Unternehmertätigkeit abspielt. Dafür gibt es einige bedeutsame Anzeichen. Die monatlichen Konjunkturanalysen des italienischen Konjunkturforschungsinstituts ISCO deuten auf eine langsame, aber stetige Verbesserung der *Unternehmererwartungen* in bezug auf Produktion, Nachfrage- und Preisniveau und die allgemeine Konjunkturentwicklung hin[136]. Das *politische Vertrauen* der Kapitalistenklasse in die gegenwärtige Regierungskoalition und -politik hat allmählich von den großen oligopolistischen Unternehmen, die von Anfang an auf die Regierung der linken Mitte gesetzt hatten, selbst auf diejenigen Unternehmerkreise übergegriffen, die lange traditionell konservativen Vorstellungen verhaftet gewesen waren[137]. Die großen Probleme, die sich dieses Jahr im Zusammenhang mit der Erneuerung der Tarifverträge stellen, werden natürlich einen entscheidenden Einfluß darauf haben, ob sich diese wachsende Sicherheit der italienischen Kapitalisten bekräftigt oder nicht: aber die äußerst harte Linie, die die »öffentliche Hand« in diesen Fragen verfolgt, und die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften tragen dazu bei, das Vertrauen der Kapitalisten auch in dieser Hinsicht zu stärken. Diese Verbesserung des allgemeinen Klimas ist natürlich auch auf die »bahnbrechenden Initiativen« der großen Oligopolunternehmen zurückzuführen, die wir oben erwähnt haben. Es ist aufschlußreich, daß es gerade im Zusammenhang mit der bedeutendsten dieser Initiativen in letzter Zeit zu einem der wichtigsten Symptome dieser Entwicklung gekommen ist, nämlich zu einem starken *Kursanstieg an der Wertpapierbörse.* Und ebenso aufschlußreich ist es, daß die Regierungskrise eine umgekehrte Tendenz ausgelöst hat; im großen und ganzen jedoch scheint die Aussicht auf eine Verbesserung in einem der Bereiche, die von den »Störungen« der

136 Vgl. die Ende Januar 1966 durchgeführte Umfrage, veröffentlicht in *Mondo Economico*, 26. Februar 1966: daraus geht u. a. hervor, daß seit drei Jahren zum ersten Mal auf die Frage nach den allgemeinen Aussichten der italienischen Wirtschaft vorwiegend »positive« Antworten gegeben worden sind.
137 Man denke beispielsweise an die Haltung der Wirtschaftszeitung *24 Ore-Il Sole* gegenüber der Mitte-Links-Regierung und an die Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation von seiten des Gesamtverbands der italienischen Industrie (Confindustria) und insbesondere von seiten ihres Präsidenten Cicogna.

letzten Jahre am stärksten betroffen waren, und zwar dem *Kapitalmarkt*, sicher zu sein[138].

Die politische Linie des staatlichen Eingriffs (entsprechend der Perspektive »Carli-Petrilli«) und die Initiativen der Kapitalisten scheinen also allmählich die Voraussetzungen für eine neue Wachstumsperiode zu schaffen, die gekennzeichnet ist durch eine geringere direkte Kontrolle des Staates und ein größeres Gewicht der unmittelbaren Initiative der Oligopolunternehmen im Vergleich zu der ursprünglich von der Mitte-Links-Koalition propagierten kapitalistischen Rationalisierung; und dadurch entspricht die kapitalistische Planung in Italien weitgehend der Politik, die gegenwärtig in den anderen europäischen Ländern praktiziert wird.

(Quaderni Rossi, Nr. 6, 1966)

---

138 Der Gesamtindex der Aktienkurse der Banca Nazionale del Lavoro für die Mailänder Börse betrug am 18. Februar 1966 319,9 gegenüber 247,5 am selben Tag des Vorjahres (vgl. *Mondo Economico*, 27. Februar 1965 und 26. Februar 1966).

Anhang

Inhaltsverzeichnis der in »Quaderni Rossi« erschienenen Artikel (Mit Hinweis auf deutsche Übersetzungen)

QUADERNI ROSSI I (erschienen im Herbst 1961)
Lotte operaie nello sviluppo capitalistico

Lotte operaie nello sviluppo capitalistico (*V. Foa*)
Cronache delle lotte ai cotonifici Valle di Susa (*G. Mottura*)
Sull'uso capitalistico delle macchine nel neocapitalismo (R. Panzieri) in diesem Band S. 14–32]
Definizione del settore in una prospettiva politica (*V. Rieser*)
Salario e rivendicazioni di potere (*S. Garavini*)
Le mansioni: valutazioni ›oggettive‹ e soluzione operaia (*G. Muraro)*

Esperienze e resoconti sindacali

Assemblee operaie e sindacato (*E. Pugno*)
Lotte e organizzazione (*P. Frasca*)
Rivendicazioni e solidarietà (*N. Miocchi*)
Il partito in fabbrica (*G. Gasparini*)
L'autonomia operaia nei giovani

Alcuni dati sulle lotte sindacali

Osservazioni preliminari (*G. Alasia*)
Dati sulle lotte sindacali
Due alternative dell'azione sindacale (*D. De Palma*)

Documenti sulla lotta di classe alla Fiat
Documenti sulla lotta di classe alla Fiat (a cura di *R. Alquati*)
Relazioni de R. Alquati sulle ›forze nuove‹ (Convegno del PSI sulla Fiat, gennaio 1961)
Tesi di G. Muraro al Convegno del PSI sulla Fiat, gennaio 1961.

QUADERNI ROSSI 2 (erschienen im Frühjahr 1962)

La fabbrica e la società

La fabbrica e la società (M. Tronti) [übersetzt in dem Band: M. Tronti, *Kapital und Arbeiterklasse*, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1972]
Rivendicazioni ed elemento politico nello sciopero della Lancia (*G. Lolli*)
Composizione organica del capitale e forza-lavoro alla Olivetti (*R. Alquati*)

Discussioni e proposte di lavoro

Possibilità e limiti dell'azione sindacale (*F. Momigliano*)
Il socialismo non è inevitabile (*F. Fortini*)
Il punto di vista operaio e la cultura socialista (*A. Asor Rosa*)
Prime annotazioni per un'analisi della realtà di classe alla Pirelli (*T. Regazzola – E. Soave*)
Note sulla classificazione del lavoro (*V. Rieser*)
Aspetti della socializzazione del lavoro nell'edilizia (*M. Paci*)
Lavoro necessario e valore della forza-lavoro in edilizia (*R. Di Leo*)
Il trasporto della forza-lavoro nel processo capitalistico di produzione (*D. Lanzardo*)
La nozione di mobilità sociale nel capitalismo (*B. Becalli*)

QUADERNI ROSSI 3 (erschienen im Sommer 1963)

Piano capitalistico e classe operaia

Piano capitalistico e classe operaia (Q. R.) [dt. Übersetzung in: »Quaderni Rossi«, *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion*, Trikont Verlag, München 1972]
Il piano del capitale (M. Tronti) [erschienen in M. Tronti, op. cit]
Temi della programmazione sociale dello sviluppo (*D. Lanzardo*)
Produzione e programmazione territoriale (C. *Greppi – A. Pedrolli*)

Discussioni e proposte di lavoro

Alcune ipotesi di ricerca marxista sulla storia contemporanea (*U. Coldagelli – G. De Caro*)
Per un discorso inattuale (*F. Fortini*)
Intervento al 1° Congresso internazionale degli scrittori per la libertà della cultura (*B. Brecht*)
Composizione del capitale e forza-lavoro alla Olivetti, 2 (*R. Alquati*)

Documenti della programmazione regionale in Umbria

Industria e credito (*G. Lolli*)

Agricoltura (*G. Fofi*)
Salario e sviluppo nella politica della CGIL (*V. Rieser*)
Produttività e salari nella linea della CISL (*G. Lolli*)
Sviluppi recenti nell'analisi della mobilità sociale (*L. Lanzardo*)

QUADERNI ROSSI 4 (erschienen im Sommer 1964)

Produzione, consumi e lotta di classe

Produzione, consumi e lotta di classe (D. Lanzardo) [in diesem Band S. 23]
Una rivoluzione tecnologica nel biellese (*G. Ciocchetti – F. Ramella*)
La Fiat dopo lo sciopero del '62 (*L. Lanzardo*)
Un opuscolo per gli operai della Fiat
Sviluppo e congiuntura nel capitalismo italiano (*V. Rieser*)

Cronache, lettere e discussioni

Una lettera dall'Inghilterra su sindacato e programmazione (*B. e M. Salvati*)
Lo sciopero dei metallurgici nel Württemberg (*M. Fisher*)
Plusvalore e pianificazione (R. Panzieri) in diesem Band S. 56]
Lettura della posizioni cinesi (E. Masi) [dt. Übersetzung in: E. Masi, Die *chinesische Herausforderung*, Wagenbach Verlag, Berlin 1970]
Frammento sulle macchine (*K. Marx*)
Interpretazioni occidentali della politica cinese (*E. Masi*)
Dal diario di un operaio americano (a cura di *R. Solmi*)

QUADERNI ROSSI 5 (erschienen im März 1965)

Intervento socialista nella lotta operaia

Intervento socialista nella lotta operaia: l'inchiesta operaia di Marx (Dario Lanzardo) [in diesem Band S. 87]
Giornali politici nelle fabbriche del Biellese (Pino Ferraris) [erschienen in »Quaderni Rossi«, op. cit]
Note per un lavoro politico socialista (Giovanni Mottura) [erschienen in »Quaderni Rossi«, op. cit.]

USO SOCIALISTA DELL'INCHIESTA OPERAIA
(dal seminario tenutosi a Torino, 12-14 settembre 1964)

Intervento di Raniero Panzieri [in diesem Band S. 105]
Informazioni, valori e comportamenti operai (*Vittorio Rieser*)

Rapporto tra scopi e strumenti dell'inchiesta (Liliana Lanzardo) [erschienen in »Quaderni Rossi«, op. cit.]
Schema d'intervista
Trasformazioni della classe operaia in alcune analisi sociologiche (*Bianca Beccalli*)

Indagini recenti sulla classe operaia

La nuova classe operaia (L. L., L. B.), L'operaio nella società del benessere (M.S.). I lavoratori dell'automobile e il mito americano (V.R.) Vecchia e nuova cultura operaia (B.B.). Una ricerca sull'alienazione e l'anomia (M.C.). Immagini svizzere delle classi sociali (M.V.).
L'inchiesta alla Fiat nel 1961 (Dino De Palma, Vittorio Rieser, Edda Salvatori) [erschienen in »Quaderni Rossi«, op. cit.]
L'inchiesta alla Olivetti nel 1961 (*Mario Carrara*)

QUADERNI ROSSI 6 (erschienen im September 1965)

Movimento operaio e autonomia della lotta di classe

Movimento operaio e autonomia della lotta di classe (Q.R.) [in diesem Band S. 114]

Interventi politici contro la razionalizzazione capitalistica *(Liliana Lanzardo e Massimo Vetere)*

Riforma agraria e lotta contadina nella Marsica *(Mario Miegge;* nota introduttiva di *Giovanni Mottura)*

Note sulla congiuntura capitalistica internazionale (Vittorio Rieser) [Auszugsweise in diesem Band S. 149]

Note sul problema: sviluppo del capitale e rivoluzione socialista *(Dario Lanzardo)*

Insegnamenti teorici del comunismo cinese (Edoardo Masi) [erschienen in E. Masi, op. cit.]

Rivoluzione nel Vietnam e movimento operaio occidentale (*Edoarda Masi*)

Arbeiterbewegung
Theorie und Geschichte

Spätkapitalismus und Klassenkampf

Eine Auswahl aus den »Quaderni Rossi«

Europäische Verlagsanstalt

Arbeiterbewegung
Theorie und Geschichte

Raniero Panzieri, Über die kapitalistische Anwendung der Maschinerie im Spätkapitalismus

Dario Lanzardo, Produktion, Konsumtion und Klassenkampf

Raniero Panzieri, Mehrwert und Planung

Dario Lanzardo, Der Marxsche »Fragebogen für Arbeiter«

Raniero Panzieri, Sozialistischer Gebrauch des Arbeiterfragebogens

»*Quaderni Rossi*«, Die Arbeiterbewegung und die Autonomie des Klassenkampfes

Vittorio Rieser, Anmerkungen zur kapitalistischen Weltkonjunktur

Europäische Verlagsanstalt